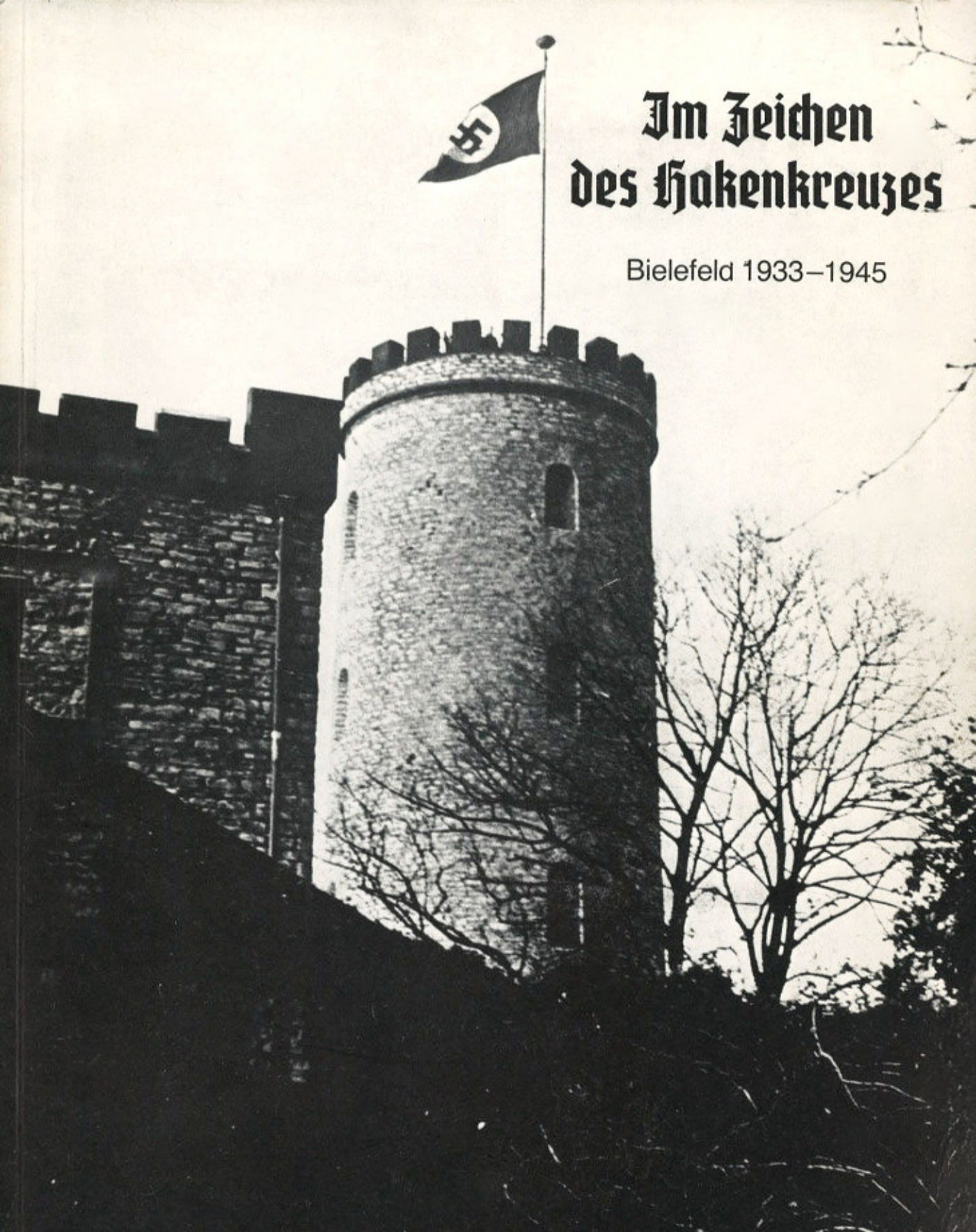
Im Zeichen des Hakenkreuzes

Bielefeld 1933–1945



Im Zeichen des Hakenkreuzes

Bielefeld 1933–1945

Eine Ausstellung des Stadtarchivs
in der Studiengalerie der Kunsthalle
28. Januar – 20. März 1983

Katalog

Text: Reinhard Vogelsang
unter Mitarbeit von
Monika Minninger und Friedhelm Schäffer

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Bielefeld: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche
Bibliothek
1983

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

© Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek
Gesamtherstellung: Kramer-Druck Bielefeld

Im Zeichen des Hakenkreuzes
Bielefeld 1933–1945

Inhalt:

Seite

Im Zeichen des Hakenkreuzes 7

A. Das Ende der Weimarer Republik 9

B. Hitler wird Reichskanzler 40

C. Die Gleichschaltung 52

D. Partei und Öffentlichkeit 72

E. Verfolgung und Widerstand 89

F. Die Kirche 129

G. Der Führerstaat 136

H. Bielefeld im Zweiten Weltkrieg 155

Bildnachweis 190

Quellen und Literatur 190

Anhang: Verzeichnis der Straßen, Stätten und Gebäude, die in Bielefeld an Verfolgung und Widerstand während der nationalsozialistischen Herrschaft erinnern. 197

Im Zeichen des Hakenkreuzes

Am 21. Juni 1931 wehte zum ersten Mal von der Sparrenburg die Hakenkreuzfahne, »die Fahne der deutschen Freiheit«, wie sie Max Hiemisch, Schriftleiter und Redner der Bielefelder NSDAP-Ortsgruppe, in seinem Rückblick auf den »nationalsozialistischen Kampf um Bielefeld« nannte. Auch die Symbolik des kommenden »Dritten Reiches« wurde mitgeliefert: Um zu verhindern, daß die Fahne vorzeitig von der Polizei entfernt werden konnte, hatte man den Mast mit Stacheldraht umwickelt. Damals, auf dem Gautag der Partei, wie später griff die Partei gegen ihre Gegner zu Mitteln der Gewalt. Es hat keine zwei Jahre seitdem gebraucht, bis die Hakenkreuzfahne, inzwischen offizielles Symbol nicht nur der Partei, sondern auch des Staates, zum alltäglichen Bild der Stadt gehörte. Es gab mehr als genug Anlässe, sie im Triumph von der Burg, vom Rathaus, ja von allen Amtsgebäuden und auch von den Häusern in den Straßen der Stadt wehen zu lassen.

Zwölf Jahre und wenige Monate hat die Hakenkreuzfahne das Stadtbild beherrscht. Als weiße Fahnen, Zeichen der Kapitulation, an ihrer Stelle ausgehängt wurden, lag Bielefelds Innenstadt in Schutt und Asche. Auf den Friedhöfen häuften sich die Gräber der Bombentoten; Hunger und Elend, Arbeitslosigkeit und Flüchtlingsnot, Erschöpfung und Trostlosigkeit – sie standen am Ende dessen, was, um die Sprache der Nationalsozialisten zu gebrauchen, so »großartig« begonnen hatte.

Ist es sinnvoll, an diese zwölf Jahre mit einer Ausstellung zu erinnern, fünfzig Jahre nach der »Machtergreifung«?

Die erste Antwort ist sicher sehr allgemein, aber dennoch wichtig: Um unsere Gegenwart verstehen zu können, brauchen wir Kenntnis von der Vergangenheit. Das gilt auch für die Stadtgeschichte; und die Zeit unter dem Hakenkreuz ist ein Teil davon, ein Teil, der sehr nachhaltig die Nachkriegszeit bis heute geprägt hat. Die Konzentration auf die Geschichte der eigenen Stadt bietet zudem die Möglichkeit, an Bekanntem und Vertrautem anzuknüpfen und damit vor allem den Jüngeren den Zugang zu erleichtern.

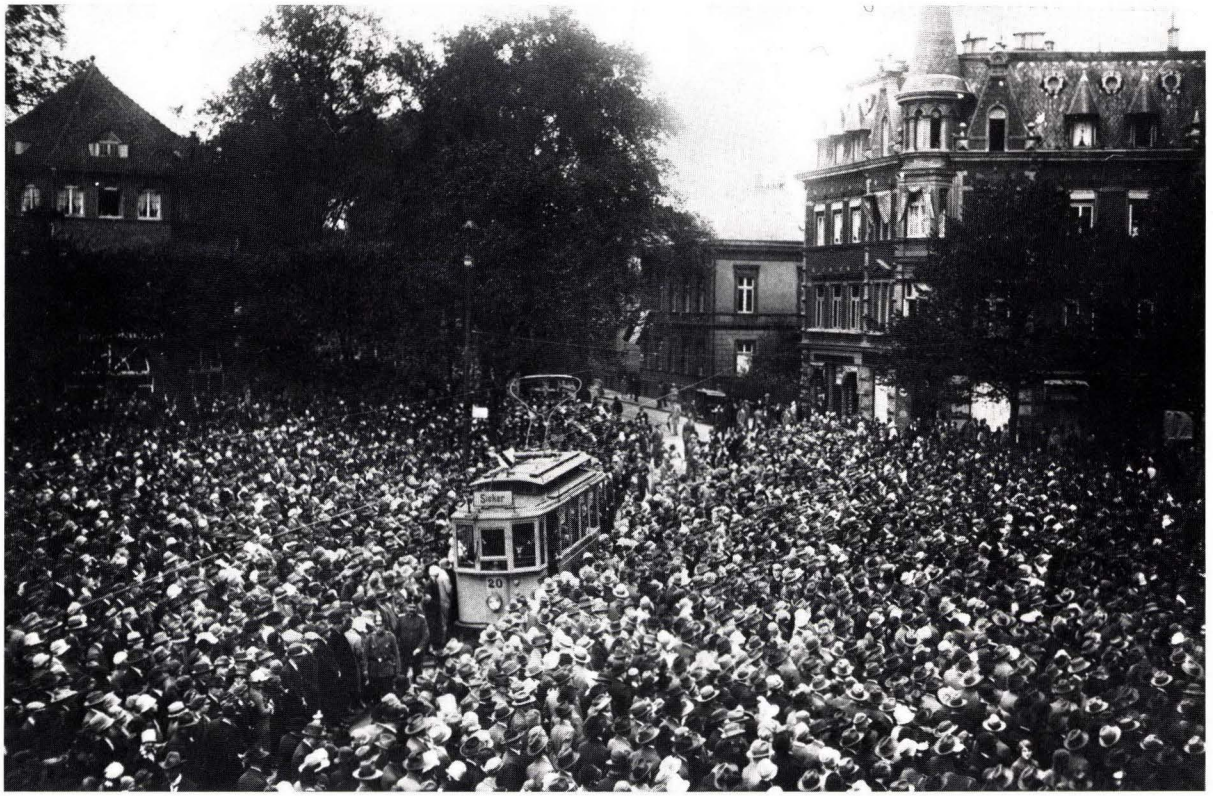
Die zweite Antwort liegt in der vielleicht viel zu optimistischen Hoffnung, daß man aus der Geschichte noch lernen könne, indem die Kenntnis der Vergangenheit das Verhalten in der Gegenwart mitbestimmt. Wenn eine der Grundüberzeugungen unseres demokratischen Staates die ist, daß sich die Ereignisse der nationalsozialistischen Zeit niemals wiederholen dürfen, so soll die Ausstellung dazu beitragen, zunächst einmal die Vergangenheit zu beschreiben. Sie soll mitteilen, »wie es gewesen ist«. Dabei muß deutlich werden, daß die Machtergreifung nicht etwa das Werk einer radikalen Minderheit war, sondern breite Zustimmung in vielen Schichten der Bevölkerung gefunden hat. Ebenso muß erkennbar sein, daß das Ende 1945 ursächlich mit den Anfängen 1933 verknüpft ist. Wer in den Märzwahlen 1933 Hitler seine Stimme gegeben hat, hat die Katastrophe des Krieges sicher nicht gewollt, und dennoch hat er sie mit verursacht.

Wenn sich die Ausstellung aus diesem Grund über die gesamte Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft erstreckt, liegt doch ein Schwerpunkt in den Jahren um 1933. Der Zerfall der Demokratie am Ende der Weimarer Republik und die Gleichschaltung nach dem 30. Januar 1933 sind im Sinne der aufklärerischen Absicht der Ausstellung die lehrreichsten Jahre – ein Thema vielleicht ausgenommen: das der Judenverfolgung, deren extremste und schlimmste Auswüchse in die Kriegszeit fallen.

Ein Anhang zu diesem Katalog führt die Stätten in Bielefeld auf, die mit Widerstand und Verfolgung im Zusammenhang stehen.

Das Konzept und die Materialien für die Ausstellungs- und Katalogteile »Verfolgung und Widerstand« und »Kirche« und für den Anhang hat Monika Minninger, für den Teil »Bielefeld im Zweiten Weltkrieg« Friedhelm Schäffer erarbeitet. Ihnen beiden und allen anderen, die am Zustandekommen der Ausstellung und des Katalogs mitgewirkt haben, darf ich hier vielmals danken.

R. V.



(A 1) Demonstration auf dem Schillerplatz vor dem Rathaus (vor 1933).

A. Das Ende der Weimarer Republik

1. Stadt und Landkreis in der Weimarer Zeit

Noch immer ist die Meinung weit verbreitet, die Weimarer Republik sei zwischen denn Extremen zugrunde gegangen; radikale Kräfte von rechts und links hätten sie gemeinsam zerstört, gleichsam zwischen sich zerrieben. Dieses Urteil, oft im Hinblick auf das politische Spektrum der Bundesrepublik abgegeben, ist mit Sicherheit so falsch wie bequem. Vor allem wird die Rolle der KPD gewöhnlich überbewertet. Wenn sie auch im Reichstag wie bei den täglichen Schlägereien als gleichgewichtiger Partner oder Gegner der Nationalsozialisten erscheint, wenn also ihre politische Radikalität dem Zeitgenossen augenfällig wurde, so hat sie für das Ende von Weimar bei weitem nicht die Bedeutung gehabt, die ihr gern zugeschrieben wird. Um die Ursachen für die Zerstörung der Republik aufzuspüren, ist es vielmehr angebracht, die Wanderung des Bürgertums von der politischen Mitte bis hin zur NSDAP zu verfolgen. Dabei wird deutlich, daß das ganze Bürgertum – und nicht nur das Kleinbürgertum – der ideologischen Radikalisierung verfallen ist und es ihm so möglich wurde, mit Hitler zu koalieren oder gar zu ihm überzutreten. Daran ist der erste Versuch einer Demokratie in Deutschland gescheitert.

(A 2) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold marschiert durch die Obernstraße (um 1930).



Kaum eine andere Persönlichkeit verkörpert mehr die Weimarer Zeit als der seit 1925 amtierende Reichspräsident von Hindenburg. Seinen Ruhm verdankte er dem Ersten Weltkrieg und der siegreichen Schlacht bei Tannenberg. In seinen politischen Anschauungen war von Hindenburg mehr dem Kaiserreich verhaftet als der Demokratie; insofern entsprach er durchaus der Einstellung eines sehr großen Teiles der Bevölkerung, der sich nicht mit der Niederlage und dem Versailler Diktatfrieden abfinden wollte und deshalb dem Kaiserreich mehr nachtrauerte, als es der Republik gut tat.

Wie Deutschland überhaupt, so waren auch Stadt und Landkreis Bielefeld vom Ersten Weltkrieg schwer getroffen worden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, die von ihnen abhängige Arbeitslosigkeit, die Inflation,

mit der die Kosten des Krieges auf weite Schichten der Bevölkerung verteilt wurden, das alles waren Faktoren, von denen nicht nur der Alltag, sondern vor allem auch das Bewußtsein der Menschen geprägt wurde. Dazu kam, daß ein Teil der Bevölkerung, die Arbeiterschaft, noch immer um die gesellschaftliche Anerkennung zu ringen hatte. Die Spaltung der Sozialdemokratie in unabhängige Sozialisten, Kommunisten und Mehrheitssozialdemokraten machte die Arbeiterbewegung für das Bürgertum nicht vertrauenerweckender. Dennoch waren die Gegensätze zeitweise nicht zu schroff, da es in Bielefeld eine verhältnismäßig breite liberale Tradition gab und da die Arbeiterbewegung trotz gelegentlich radikaler Wortwahl doch schon bürgerliche Züge trug.

In einer Zeit, in welcher der Rundfunk und der Tonfilm noch in den Anfängen steckten, war das Hauptwerbemittel der Parteien und Verbände die Demonstration. Alle Gruppen marschierten und demonstrierten, um auf sich aufmerksam zu machen und für die eigenen Ziele Anhänger zu gewinnen. Halbmilitärische und militärische Verbände beherrschten das Straßenbild. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der Sozialdemokraten war als Schutztruppe für Parteiveranstaltungen aufgestellt worden. Ähnliche Aufgaben hatte anfangs auch die Schutzstaffel (SS) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Hitlers. In Bielefeld war der Hauptaufmarschort für Demonstrationen der Schillerplatz vor dem Rathaus. Vom Rathausbalkon wurden die politischen Ansprachen gehalten.



(A 3) Reichspräsident von Hindenburg. Bildunterschrift: »Nimmer wird das Reich vergehen, wenn Ihr einig seid und treu!«



(A 4) Die Bielefelder SS, hier auf einem Bild vom 1. Mai 1933, in der Herforder Straße.

(A 5) Die Geschäftsstelle der NSDAP in der Webereistraße (um 1930).



2. Die NSDAP

In Bielefeld ist die NSDAP 1925 aus der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung hervorgegangen. Der geschäftsführende Vorstand der Ortsgruppe wurde von Fritz Homann geleitet, einem Mann mit vielen Berufen, der als Maurergeselle in der Vorkriegszeit anfing, dann Polizeioffizier geworden war, nachdem er den Wehrdienst abgeleistet und am Krieg teilgenommen hatte, später zum Steuerwachtmeister beim Finanzamt avancierte und schließlich – vor der hauptberuflichen Parteikarriere – Magazinverwalter in der Ravensberger Spinnerei wurde. Als Reichstagsmitglied und als Organisationsleiter des Gaues Westfalen-Nord der NSDAP ist Homann später bekannt geworden.

Zu den ersten 35 Mitgliedern der Ortsgruppe gehörte auch Max Hiemisch, ein Handlungsgehilfe, der vor allem als Redner für die NSDAP arbeitete und seit 1930 zeitweise die Führung der Ortsgruppe übernahm. Hiemisch wurde Schriftleiter des »Bielefelder Beobachters«.
Die neue Partei entfaltete gleich große Aktivität. Noch im März 1925 bot sie als Redner den Organisationsleiter der Partei, Gregor Strasser, auf, und zwar in einer Veranstaltung im ersten Parteilokal, der Gastwirtschaft Nerlich am Bürgerweg (heute Stapenhorststraße). Das Thema dieser Veranstaltung lautete »Was will Hitler?«. Schon damals konnte man auf dem Einladungszettel lesen, daß Juden keinen Zutritt hätten. Die Judenhetze war ein immer wiederkehrendes Thema in den folgenden Jahren.
Trotz des propagandistischen Aufwandes blieb die NSDAP-Ortsgruppe zunächst recht klein. Bis 1929 wuchs sie auf lediglich 80 Mitglieder an, wobei zu bedenken ist, daß sie nicht nur die Stadt Bielefeld, sondern auch den Landkreis wie die Kreise Halle und Wiedenbrück umfaßte. Organisatorisch gehörte die Ortsgruppe zum Gau Ruhr, nach dessen Auflösung zum Gau Westfalen unter dem Gauleiter Josef Wagner. Wagner hat – wie auch Goebbels – häufiger in Bielefeld gesprochen.
Den ersten politischen Erfolg konnte die Partei in den Kommunalwahlen 1929 erringen. Mit einer Wahlzeitung »Der Leineweber« und auf Versammlungen agitierte man gegen die »Pump- und Schuldenwirtschaft« der Stadt, gegen Luxusbauten, gegen die Pläne zur Eingemeindung; dagegen wurden Sparsamkeit der Verwaltung und ein deutsches Kulturtheater gefordert. Mit zwei Mitgliedern zog die Partei in die Stadtverordnetenversammlung ein. Neben Homann war dies der Zahntechniker Emil Irrgang aus der Bismarckstraße, ein Mann, der lange Jahre den Völkischen angehört hatte und erst wenige Monate vor der Wahl zur NSDAP übergetreten war. Im Landkreis hatte die Partei keine Kandidaten aufgestellt, weil die Zahl der Mitglieder noch zu klein war.
Seit dem Jahre 1929 besaß die NSDAP auch eine eigene Geschäftsstelle. Sie befand sich in einem Laden in der Webereistraße, neben dem neuen Parteilokal Wiegand; eine »Großdeutsche Buchhandlung« war mit der Geschäftsstelle verbunden. Aus dem Buchverkauf, aus Mitgliederbeiträgen, aus Eintrittsgeldern bei Veranstaltungen und aus Spenden wurde die Partei in dieser Zeit finanziert. Das Spendenaufkommen betrug monatlich zwischen 100 und 200 Reichsmark. Geldmangel war, wenn man dem Rückblick Hiemischs glauben darf, chronisch.
Die NSDAP wurde von der Politischen Polizei überwacht. Aus den beim Polizeipräsidenten geführten Akten – sie stammen aus den Jahren 1930 bis 1932 – kann man sich ein ungefähres Bild von der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder machen. Auffallend viele von ihnen waren im Alter von etwa 30 bis 40 Jahren, hatten also den Weltkrieg bewußt erlebt oder als Soldat mitgemacht. Vor dem Eintritt in die NSDAP waren sie gewöhnlich nicht Mitglied irgendeiner Partei. Nimmt man andere, eher zufällige Nachrichten hinzu, so kann man sagen, daß die Mehrheit der Parteigenossen aus dem Kreis der Handwerker, Handlungsgehilfen und anderer Kleinbürger bestand. Einige Arbeiter und wenige Mittelstandsbürger wie Irrgang oder der Rechtsanwalt Semler ergänzen das Bild.
Von Anfang an verfügte die NSDAP in Bielefeld auch über eine Sturmabteilung (SA), ja es scheint, als sei die Mitgliedschaft der Ortsgruppe in den ersten Jahren zum größten Teil mit der SA identisch gewesen. Bis 1929 brachte es der Sturm auf 23 Mann. Eine graue Windjacke, eine sogenannte Hitler-Mütze – sie ähnelte der späteren SA-Mütze –, kurze Hosen und eine Armbinde mit dem Hakenkreuz dienten zur Uniformie-





(A 6) Fritz Homann, der erste Führer der Ortsgruppe Bielefeld der NSDAP, Reichstagsmitglied, Gauorganisationsleiter.

(A 7) Emil Irrgang, seit Ende 1930 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung in Bielefeld.

(A 8) Anschlagzettel der NSDAP mit antisemitischer Hetze.



Die Staatspartei

Sarah,- jetzt werden wir uns immer grüßen: „Frai daitsch allewege!"

Die Daitſche Staatspartei

Sie iſt zu feige, um einen Ausſpracheredner in ihrer Verſamlung zu dulden. Die Courage der demokratiſchen Juden ſcheint auf die Ordensbrüder des Youngdeutſchen Ordens übergegangen zu ſein. Wir fordern deshalb hiermit die Staatspartei auf, in unſerer

öffentlichen Verſammlung

Sie am **Mittwoch,** den **27. Auguſt** abends 8,30 Uhr bei **Nerlich,** Bürgerweg, einen Diskuſſionsredner zu ſtellen, dem wir 3/4 Stunde Redezeit gewähren. Perſönlicher Schutz wird zugeſichert.

Juden haben keinen Zutritt. **Eintritt 30 Pfg.**

Nationalſozialiſtiſche Deutſche Arbeiter-Partei
Ortsgruppe Bielefeld.

rung. Das braune Hemd mit Kragenspiegel, brauner Krawatte, brauner Hose und Koppel setzte sich erst Ende der 20er Jahre durch.
Die SA veranstaltete Geländeübungen und Propagandamärsche;vor allem aber diente sie als Schutztruppe bei den zahlreichen Parteiveranstaltungen. Da man Propagandamärsche vorzugsweise durch solche Stadtviertel unternahm, in denen vor allem Anhänger der SPD oder KPD wohnten, beispielsweise am Kamphof, in den Heeper Fichten, an der Bleichstraße oder am Brackweder Bahnhof, kam es häufig zu Schlägereien mit Reichsbannerleuten und mit dem – offiziell verbotenen – Roten Frontkämpferbund. Als mobiler Kampfverband trat die SA im gesamten Umkreis der Stadt und im benachbarten Lippe auf.

(A 9) Anschlagzettel der NSDAP von 1925.
(A 10) Werbung für die Zigarette »Trommler« aus der Zigarettenfabrik der NSDAP in Dresden
(A 11) »Der Leineweber«, eine Zeitung der NSDAP zur Kommunalwahl 1929.

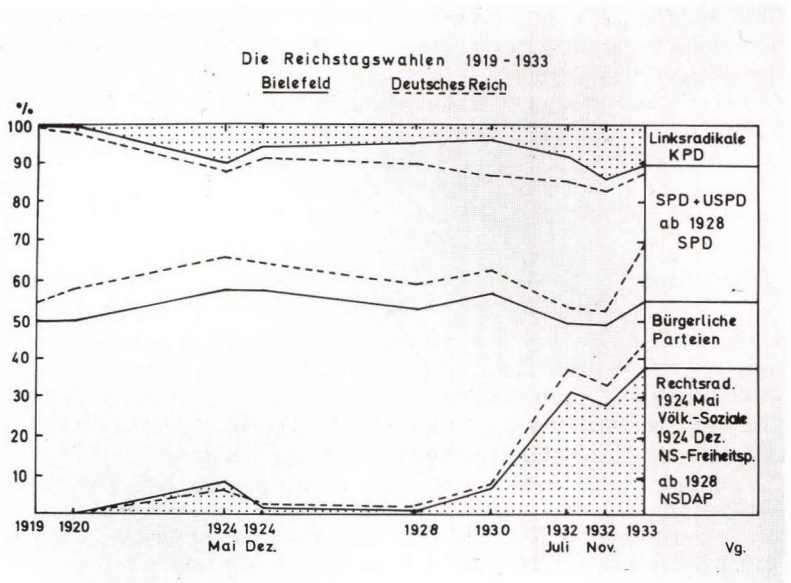
3. Wahlen

In der Erinnerung vieler Zeitgenossen war die Weimarer Republik eine Republik der Wahlen. Die Häufigkeit der Wahlgänge, ohne daß stabile politische Verhältnisse eingetreten wären, hat dazu geführt, daß Wahlen und Parlamentarismus in Verruf gerieten. Das Schlagwort vom Parlament als der »Quatschbude« fand bereitwillige Aufnahme.
Die stärkste politische Kraft in Bielefeld Stadt und Land war, sowohl der Zahl der Mitglieder nach wie nach der Anzahl der Sitze in den kommunalen Vertretungen, die SPD. Sie hatte als Partei auch die älteste Tradition. Ihre enge Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung und die zahlreichen Nebenorganisationen, Jugendgruppen, Gesang- und Sportvereine, der Konsum, die Freie Volksbühne und die Baugenossenschaft Freie

(A 12) Die Ausstellungshalle, Ort vieler Parteiveranstaltungen.



(A 13) Die Graphik der Reichstagswahlergebnisse zeigt deutlich die Schrumpfung der bürgerlichen Parteien zugunsten der NSDAP.



Scholle sicherten ihr nicht nur politisch einen festen Platz in der Arbeiterschaft, sondern auch in deren gesellschaftlichem Leben. An der Spitze der Partei standen hauptberufliche Funktionäre, Redakteure des Parteiorgans, der »Volkswacht«, Lehrer und Facharbeiter. Die bekanntesten waren die Lehrer Doht und Ladebeck, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bielefeld, Stadtrat und Reichstagsmitglied Carl Schreck, und vor allem Carl Severing, damals preußischer Innenminister und zugleich Bezirksvorsitzender der SPD. Wie kein anderer verkörperte Severing den eher konservativen, zu Kompromissen neigenden, »bürgerlichen« Zug der Bielefelder Arbeiterbewegung.
Gegenüber der SPD blieb die Kommunistische Partei in hoffnungsloser Minderheit. Ihre dogmatische Radikalität und die völlig fehlende Bereitschaft, auf örtlicher Ebene, etwa in der Stadtverordnetenversammlung, mitzuarbeiten, dazu der sich verschärfende Kurs gegen die Sozialdemokratie, verhinderten, daß die KPD unter der Arbeiterschaft bis 1930 nennenswerte Resonanz fand. Innere Streitigkeiten und Flügelkämpfe kamen hinzu.
Vielfältiger war das Bild bei den Parteien des bürgerlichen Spektrums. Hier überkreuzten sich liberale, konservative und rechtsradikale Positionen, konfessionelle Standpunkte und wirtschaftliche Interessen. Doch gab es trotz der mannigfachen Streitpunkte ein einigendes Band: die Ablehnung des »Marxismus«. Das hieß indessen nicht, daß man auf jegliche Zusammenarbeit wenigstens mit der SPD verzichtet hätte; Einstimmigkeit oder von wechselnden Koalitionen getragene Mehrheitsbeschlüsse waren durchaus üblich.
Die meisten Stimmen und Abgeordneten konnte in Bielefeld bei den bürgerlichen Parteien die DVP auf sich vereinigen. Ihr Anteil lag über dem Reichsdurchschnitt, wofür die liberale Tradition wie das Ansehen des Oberbürgermeisters Dr. Stapenhorst die Ursache gewesen sein mögen. Ganz eindeutig verband sich die DVP mit den Interessen der Industrie.

(A 13a) Oberbürgermeister Dr. Stapenhorst.



Im Landkreis hingegen blieb die Deutschnationale Volkspartei stets stärker als die DVP. Landwirte und Handwerker waren lange Jahre ihre wesentlichen Stützen. In der Stadt hatte die DNVP ebenfalls die Handwerkerschaft, aber auch konservatives Bürgertum als Basis. Dennoch: Ihr Stimmenanteil sank stetig. Die Wirtschaftspartei und später die NSDAP nahmen ihr die Wähler ab.
Die Deutsche Demokratische Partei hatte sich in der Nachkriegszeit gut behaupten können. Liberale Kreise und die Judenschaft standen hinter ihr. Der Rechtstrend des Bürgertums entzog der DDP jedoch den Boden, und auch die Umfirmierung zur Deutschen Staatspartei hat den Niedergang nicht aufhalten können.



31. Jahrgang. Nummer 74

Westfälische Neueste Nachrichten

mit Handelsblatt

und Bielefelder General-Anzeiger

Bielefeld, Freitag 28. März 1930

Das Reichskabinett zurückgetreten

Einigungsversuche über die Arbeitslosenversicherung gescheitert – Heute beauftragt der Reichspräsident den Zentrumsführer Brüning mit der Kabinettsbildung

Berlin, 27. 3.

In der Kabinettssitzung am Donnerstag beschloß das Reichskabinett, dem Reichspräsidenten den Rücktritt der Reichsregierung zu unterbreiten. Der Reichskanzler gebrauchte in folgenden Worten der Hinderungen Zusammenarbeit des Reichskabinetts in einer an schwierigen Aufgaben so reichen Zeit. Sämtliche Minister sprechen dem Reichskanzler für die vorbildliche Art seiner Amtsführung ihren aufrichtigen Dank aus, dem der Reichswehrminister sich namens der Wehrmacht anschloß.

Der Reichskanzler begab sich darauf zum Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt der Reichsregierung anzuzeigen. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt entgegen und beauftragte die Regierung mit der einstweiligen Führung der Geschäfte. Er schloß daran warme Worte des Dankes für die pflichttreue und selbstlose Arbeit des Reichskanzlers und der Reichsminister.

Die letzte Sitzung des Kabinetts Müller

In der letzten Sitzung des Kabinetts warf Reichskanzler Müller die Frage auf, ob noch der ablehnenden Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem Kompromißvorschlag die Regierung nun die Deckungsvorlagen unter Hinausschiebung der Frage der Arbeitslosenversicherung allein durchführen wolle. Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärte, die Deutsche Volkspartei könne ihre Zustimmung zu den Steuervorlagen nur geben, wenn das Gesamtprogramm einschließlich der Arbeitslosenversicherungsfrage angenommen wird. Auf eine weitere Frage des Reichskanzlers erklärte Moldenhauer, daß er zurücktreten würde, wenn das Kabinett im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Volkspartei eine Teillösung versuche. Daraufhin erklärte Reichskanzler Müller, daß demnach eine Durchführung der Deckungsvorlagen durch das jetzige Kabinett unmöglich und der Gesamtrücktritt unvermeidlich sei. Der Reichskanzler verabschiedete sich mit Dankesworten von den Kabinettsmitgliedern und begab sich zum Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt des gesamten Kabinetts mitzuteilen.

*

Auf die Nachricht von dem Rücktritt des Reichskabinetts hin hat Reichsminister Curtius seinen Erholungsurlaub in Locarno abgebrochen. Er wird am Sonnabend vormittag wieder in Berlin eintreffen.

Die Würfel sind gefallen

„Das Reichskabinett zurückgetreten!" Um 10½ Uhr abends hallt dieser Ruf durch alle Räume des Reichstagsgebäudes. Noch am frühen Vormittag bestand etwas Hoffnung, daß ein gütlicher Ausgang der Krise beendet werden könnte. Das Zentrum hatte einen neuen Vermittlungsvorschlag vorgelegt, wonach hinsichtlich der Zuschuß- und Darlehnsfrage des Reiches zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung unter bestimmten Bedingungen bestehen bleiben sollte, andererseits aber, wenn die sozialistischen Gebietsteile der Reichsanstalt nicht voll gedeckt werden, auf dem Wege der Gesetzgebung Reformen vorbehalten werden, und andererseits schon jetzt Grundlagen für die Steuerdeckung für das Jahr 1931 geschaffen werden sollen. Für die Steuerdeckung und die Grundsätze sollte sofort eine Herabsetzung von 20 Prozent beschlossen und für die Einkommensteuer eine Senkung vom 1. April 1931 ab vorgesehen werden. Auch der sogenannte bewegliche Satz in der Form einer Heranziehung aller Gemeindebürger an Lasten der Gemeinden war in den Vorschlag enthalten.

Mit diesem Kompromißvorschlag beschäftigten sich am Vormittag zunächst im Anschluß an eine gemeinsame Besprechung der Parteiführer die sozialpolitischen Sachverständigen und die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien, worauf sich wieder eine Unterredung bei Reichskanzler mit den Parteiführern anschloß.

Alle diese Bemühungen waren vergebens, und es wurde in den Besprechungen sogar von Abstimmungen abgesehen, weil sich keine der Parteien auf die Kompromißvorschläge festlegen wollte. Bekanntes waren die Sozialdemokraten, die nicht damit einverstanden waren, daß in Aussicht gestellte Reform der Arbeitslosenversicherung noch immer als ein Abbau der Leistungen angelegt werden könnte.

Das Reichskabinett selbst kam dann zu dem Entschluß, einer Beschlußfassung der Vorlagen auf der Grundlage des Zentrumskompromisses keine Schwierigkeiten zu machen, wenn die Fraktionen sich gleichfalls darauf einigen würden. Aber diese Einigung wurde gestaltet. Die Fraktionen der Regierungsparteien lagen am Nachmittag, während sich die Plenarverhandlungen über den Nachtragsetat und das Haushaltsgesetz in großer Unübersichtlichkeit abspielten. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei kam zu einer Zustimmung zu dem Kompromiß, jedoch unter dem Vorbehalt, daß auch die Sozialdemokratie auf derselben Basis trete. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte aber den Kompromißvorschlag ab, und zwar bei einstimmig, und sah sich auf die ursprüngliche Vorlage des Reichskabinetts zurück. Die Bayerische Volkspartei lehnte gleichfalls das Kompromiß im ganzen ab.

Das Reichskabinett zog sodann, als es um 10 Uhr abends wieder zusammentrat, aus der durch die Fraktionen geschaffenen Lage die Konsequenz und beschloß seinen Rücktritt.

Brüning wird Reichskanzler

Neue Regierung der Bürgerlichen Mitte

Berlin, 28. 3.

Der Reichspräsident wird heute um ½11 Uhr den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Dr. Brüning empfangen und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen.

Die Sozialdemokraten werden in dem neuen Kabinett nicht vertreten sein. Sie verzichtet übrigens, daß ihr Beschluß, der zum Austritt des Kabinetts führte, auf starken Druck der freien Gewerkschaften zurückzuführen ist.

Das Kabinett Brüning wird sich auf die bürgerliche Mitte stützen. Die absolute Mehrheit wird außerdem versuchen, einen Teil der Deutschnationalen für seine Regierung zu gewinnen. Es spricht man davon, daß dem Abgeordneten Schiele das Reichsernährungsministerium angeboten werden dürfte. Außerdem wird Brüning sich voraussichtlich bemühen, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft in seine Kabinettskoalitionsbasis mit einzubeziehen.

Rednerisch liegen die Mehrheitsverhältnisse folgendermaßen: Die absolute Mehrheit umfaßt 247 Mandate, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei haben zusammen 140 Mandate. Wenn die Wirtschaftspartei mit 23 und die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft mit 22 Abgeordneten und außerdem noch die sogenannten Splitterparteien, also die Deutsche Bauern, die Deutsch-Hannoveraner und die Volkspartei mit 14 Abgeordneten hinzutreten, würde das Kabinett sich auf 307 Mandate stützen können. Es wäre also, um die absolute Mehrheit zu erreichen, notwendig, daß auch noch gut 40 Deutschnationale das bürgerliche Kabinett der Mitte unterstützen.

In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß zwischen den Parteien, die für die neue Koalition in Frage kommen, Fühlung genommen worden ist. Die Koalition der Mehrheitsbildung werden aber auch nicht sehr günstig beurteilt. Sollte das Kabinett Brüning seine Mehrheit finden, so bliebe noch Auflösung parlamentarischer Kreise

Severings Antwort an Thüringen

Die Zahlungen werden gesperrt, keine Reichsexekution

Berlin, 27. 3.

Auf das Schreiben der thüringischen Regierung hat der Reichsminister des Innern Severing geantwortet, daß es seinem früheren Schreiben nichts hinzuzufügen habe und von seiner dortigen Ansicht nicht abgehe. Die Lage ist jetzt so, daß Ministerialdirektor Weyrauch, der die Untersuchung der thüringischen Polizeiverhältnisse vornehmen sollte, nicht weiter benutzt wird. Der Reichsminister des Innern wird an die thüringische Staatsregierung keine Zahlungen mehr leisten. Weitere Maßnahmen sind nicht in Erwägung gezogen und nicht Gegenstand von Erörterungen gewesen. Es handelt sich nicht um eine Reichsexekution, sondern um die Sperrung der Fonds auf Grund nichtöffentlicher Abmachungen vom 1. April 1926, die von allen Ländern, also auch von Thüringen, anerkannt worden sind.

Thüringens Schreiben an Severing

Weimar, 27. 3.

Die Antwort des thüringischen Kabinetts auf das Ultimatum des Reichsinnenministers Severing hat folgenden Wortlaut:

„Das thüringische Staatsministerium lehnt die in seinem Schreiben über den bisherigen formellen Verlauf der Angelegenheit festgestellten, so sonst genügt wurde, an Ihrem letzten Schreiben vom 17. Februar 1930, das er in dem Antrag auf einem weiteren gab, die gleiche bedrohende Kritik zu üben.

Mit Bestreiten wiederholt dem Herrn Reichsinnenminister das Recht, und dem gegebenen Anlaß Ueberweisungen aus irgendwelchen Fondsmitteln einzuleiten und zum Nachteil Thüringens anderweit darüber zu verfügen. Zugleich bitten wir um Rückäußerung, ob Sie damit sagen wollen, daß die Ueberweisung von Mitteln des nächsten Staatsjahres von der „weiteren politischen Entwicklung" abhängt.

Zur Frage der Weitergewährung des Reichsausgleichs für Polizeibeamte an das Land Thüringen bemerken wir: Dem Reich steht zwar auf Grund der Ziffer 1, 7 der mit den Ländern vereinbarten Grundsätze für die Gewährung eines Reichsausgleichs für polizeiliche Zwecke das Recht zu, in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Verhältnisse gegen die Schutzpolizei eines Landes erhoben werden, Auskunft zu verlangen und nach vorheriger Zustimmung des Landesgesamtausschusses über den vorgetragenen Gegenstand, bei dem vom Lande angebrachten Unterstützungen beizutragen. Wir können aber unsere Verwunderung darüber nicht verhehlen, daß der Herr Reichsminister Severing uns nicht die Tatsachen bezeichnet hat, über die er Aufklärung verlangt zu können glaubte, insbesondere auch die Gründen für die Unterstützung einem Braunkohlenwerk gewährten Mittel. Das ist ein Verfahren, das die „Grundsätze" nicht vorsehen, und das zweifellos nicht im Sinne der Vereinbarungen des Reiches mit den Ländern liegt.

Gegen diese willkürliche und durch nichts begründete Verletzung der Vereinbarungen mit den Ländern legen wir feierlich Verwahrung ein.

Glaubt der Herr Reichsminister außerordentliche Vorwürfe gegen die Schutzpolizei eines Landes erheben zu können, so muß er diese Vorwürfe zunächst angeben und Auskunft verlangen.

Die thüringische staatliche Polizei hat nichts zu verbergen und kann eine Untersuchung nicht zu scheuen. Sie könnte ihr also mit Ruhe entgegen sehen. Aber unter den vorliegenden Umständen müssen wir es Rücksicht auf die Ehre und Würde des Landes unsere Zustimmung dazu verlangen, bis der Herr Reichsinnenminister die Tatsachen näher bezeichnet, die seiner Auffassung nach eine Untersuchung notwendig machen. (gez.) Baum."

*

Im Thüringer Landtag verlas Minister Baum das Schreiben an Severing. Darauf schloß sich eine lebhafte Aussprache.

Abg. Frölich (Kbs.) erklärte das Eingreifen Severings für berechtigt.

Abg. Hofer (Landvolk) wies auf die Zustände in Thüringen im Jahre 1923 und den Einmarsch der Reichswehr hin und meinte, daß er in dem Vorgehen des Reichsinnenministers nichts weiter als den Ausfluß einer gewissen sozialdemokratischen Machtpolitik sehe. Es sei eine ungerechtfertigte Maßnahme, und man könne hierin eine Gefahr für den Bestand des Reiches, der Länder und der Reichsverfassung erblicken. Die Landvolkpartei werde das Kabinett Baum unterstützen, jedoch unter der Voraussetzung, daß dieses nicht verfassungsbrüchig handle. Man müsse der Regierung danken, daß sie sich mit einem einheitlichen Auftreten an das Volk gewandt habe, um ihm die Lage darüber zu öffnen, und gebeten werde. Darauf beantragte Hofer, die Erklärung der Regierung zu billigen.

Dieser Antrag wurde mit 25 Stimmen der Rechten gegen 18 Stimmen der SPD. und der Demokraten angenommen.

Staatsrat Marschler verlas die Meldung über den Rücktritt der Reichsregierung. Auf der Rechten erhob sich lauter Händeklatschen und Bravorufe.

Im Laufe der Sitzung ergriff auch Staatsminister Frick das Wort, um seinen Standpunkt zur Frage der Belegung von öffentlichen Aemtern bekanntzugeben. Er legte, daß es für ihn keinerlei parteipolitische Gesichtspunkte

(A 14) Titelblatt der WNN vom 28. 3. 1930 mit dem Beschluß der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Müller zurückzutreten.

Die Graphik mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen zeigt, daß bis 1928 der Radikalismus kaum eine Rolle spielte. Erst dann schwoll die Zahl der Wähler von NSDAP und KPD an. Seit 1932 verfügten beide Parteien über eine Mehrheit, mit der sie den Reichstag blockieren konnten. Die Graphik zeigt aber auch mit aller Deutlichkeit, daß es die bürgerlichen Stimmen gewesen sind, die in der Endphase der Weimarer Republik von der NSDAP übernommen wurden. Das Titelblatt der »Westfälischen Neuesten Nachrichten« hält den Tag fest, an dem 1930 die Große Koalition, die letzte Stütze der demokratischen Republik, zerbrochen ist. Schon die folgende Ära Brüning ist als Halbdiktatur zu bezeichnen.

(A 15) Zwei Flugblätter der SPD zur Reichstagswahl 1930.

4. Im Rathaus

(A 16) Der Schillerplatz mit Rathaus und Theater. Hier fanden häufig politische Kundgebungen statt.

Der Einzug der NSDAP in das Bielefelder Stadtparlament war eher unauffällig über die Bühne gegangen. Ohnehin wurde der Kommunalwahl vom 17. November 1929 nicht allzuviel Bedeutung beigemessen, weil im nächsten Jahr die Eingemeindung bevorstand und damit die



Stadtverordnetenversammlung wie der Kreistag neu gewählt werden mußten.
Um die 46 Mandate bewarben sich in der Stadt alle größeren Weimarer Parteien. Der Wahlausgang bot keine besonderen Überraschungen, wenn auch eine gewisse Stimmenwanderung zu beobachten war. So konnte sich die bisher stärkste Fraktion, die SPD, um 3 auf 19 Sitze verbessern, während ihre marxistische Konkurrenz, die KPD, von bisher 4 Mandaten 2 verlor. Im bürgerlichen Lager hielt die DVP ihre 9 Sitze. Zentrum und DDP büßten einen bzw. zwei Plätze ein und hatten nun je zwei; die Deutschnationalen mußten sich mit 3 statt bisher 6 Sitzen zufrieden geben. Neu hinzu kamen der Evangelische Volksdienst mit 2 Sitzen und



(A 17) Plakat der KPD (1930).

die Wirtschaftspartei mit – allerdings beachtlichen – 5 Sitzen. Neu waren schließlich die Nationalsozialisten mit 2 Sitzen, wenn man davon absieht, daß der Völkisch-Soziale Block nicht mehr kandidierte (bisher 4 Sitze). Alles in allem hatten nur jeweils im linken wie im rechten Lager interne Sitzverschiebungen stattgefunden, und das sogar zugunsten der Parteien, die sich zur Weimarer Republik bekannten.

Die neue Stadtverordnetenversammlung konstituierte sich am 18. Dezember 1929. In der Eröffnungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Stapenhorst klangen schon die großen Probleme der folgenden Monate und Jahre an, vor allem die sich abzeichnende Wirtschaftskrise. In ihrem ganzen Ausmaß konnte sie freilich noch nicht erahnt werden. Dann wurden nur noch Formalien erledigt. Die SPD als stärkste Fraktion wurde dabei regelrecht überfahren. Ungeachtet des parlamentarischen Brauches, daß die stärkste Partei den Vorsteher der Versammlung stellte, vereinigten sich alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten zur Wiederwahl des DVP-Kandidaten Kramer. Gemessen an der Praxis der folgenden Jahre war dieser Wahlgang nicht nur für die SPD ein böses Omen.

Eines der wichtigsten Themen, die Eingemeindung, stand in den Sitzungen der kommenden Monate nicht mehr selbst zur Diskussion, bestimmte aber ausgesprochen oder unausgesprochen die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung. Auf die Verabschiedung des Eingemeindungsgesetzes im Preußischen Landtag hatten die Volksvertreter keinen Einfluß mehr, wohl aber mußten sie sich mit den Auswirkungen – besonders in finanzieller Hinsicht – im voraus befassen. Ihre Bereitschaft, die Folgekosten der Eingemeindung auf sich zu nehmen, wurde wesentlich von ihrer Haltung zur Eingemeindung überhaupt bestimmt. Strikte Gegner waren vor allem die Vertreter der Deutschnationalen, aber auch der der Wirtschaftspartei nahestehende Haus- und Grundbesitzerverein. Die Furcht vor dem Einfluß der »roten« Arbeitervorstädte im künftigen Groß–Bielefeld stimmte sie ebenso bedenklich wie das eigene materielle Interesse; denn der Zugewinn von Land, das zum Wohnungsbau geeignet war, mußte sich auf den Bodenwert und damit auf die Mietpreise negativ auswirken. Die Wirtschaftspartei schloß sich deshalb der DNVP an. Die Industrie- und Handelskammer hingegen befürwortete die Eingemeindung ebenso wie die Gewerkschaften; mithin stimmten auch die Deutsche Volkspartei und die SPD für die Vergrößerungspläne. Der Oberbürgermeister als Verfechter einer größeren Lösung war auf die Unterstützung beider Parteien angewiesen

Indessen waren es weniger die Folgekosten der Eingemeindung, als vielmehr die wegen der Wirtschaftskrise steigenden Wohlfahrtsausgaben, die den Stadthaushalt belasteten und zu heftigen Diskussionen führten. In der letzten Stadtverordnetensitzung vor den Neuwahlen, die auf Grund des endlich am 1. Oktober 1930 in Kraft getretenen Eingemeindungsgesetzes erforderlich wurden, prallten die Interessen der Parteien noch einmal hart aufeinander. Jetzt zerbrach auch die Koalition zwischen der DVP und den Sozialdemokraten, die bisher stillschweigend in Haushaltsfragen geübt worden war. Auf der Suche nach neuen Möglichkeiten zur Beschaffung von Steuermitteln kam es nun so weit, daß auch der »kleine Mann« hart betroffen wurde. Eine Magistratsvorlage sah vor, die Biersteuer zu erhöhen und eine Bürgersteuer – von der »Volkswacht« gewöhnlich als »Negersteuer« apostrophiert – einzuführen und damit zugleich die gesetzliche Voraussetzung für eine Erhöhung der Realsteuern zu schaffen. Die SPD lehnte rundweg ab. Weil auch

andere Parteien aus ganz verschiedenen Motiven die Zustimmung verweigerten, fiel die Vorlage durch.
Die relativ friedlichen Verhältnisse im Rathaus gehörten damit der Vergangenheit an, wenn auch Tumulte mit einer Ausnahme vorerst ausblieben. Das Ende der Großen Koalition im Reichstag mit dem Rücktritt der Regierung Müller fand in den Bielefelder Vorgängen so eine gewisse Parallele.

Die Kommunalverfassung

Magistrat	**Stadtverordnetenversammlung**
Oberbürgermeister	Vorsteher
Besoldete	Stadtverordnete
Magistratsmitglieder	(Vertreter der Parteien)
Unbesoldete (ehrenamtliche)	(aus dem Gremium der
Magistratsmitglieder ←	Stadtverordneten gewählt)



„Immer feste, Jungs, je lauter Ihr ‚Deutschland erwache' brüllt, um so ruhiger kann ich schlafen."

(A 17a) Karikatur aus der Volkswacht vom 4. 9. 1930.

5. Reichstags- und Kommunalwahlen 1930

Nach dem Bruch der Großen Koalition und der Ernennung Brünings zum Reichskanzler wurde im September 1930 der Reichstag neu gewählt. Die Regierung fand jedoch keine Mehrheit. Im Gegenteil: Mit 107 statt bisher 12 Abgeordneten zog die NSDAP in das Parlament ein. Ihr Wahlsieg ging voll auf Kosten der bürgerlichen Parteien.
In Bielefeld kam es während des Wahlkampfes zu ersten blutigen Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerleuten und den nationalsozialistischen SA-Truppen. Die NSDAP verbreitete das Gerücht, das



Nr. 53. 2. Jahrgang

Herford, 22. November 1930 — Einzelnummer 15 Pfg.

Westfälischer Beobachter

Gaublatt der N.S.D.A.P. für Minden-Ravensberg und Lippe
Herausgeber: J. Wagner.

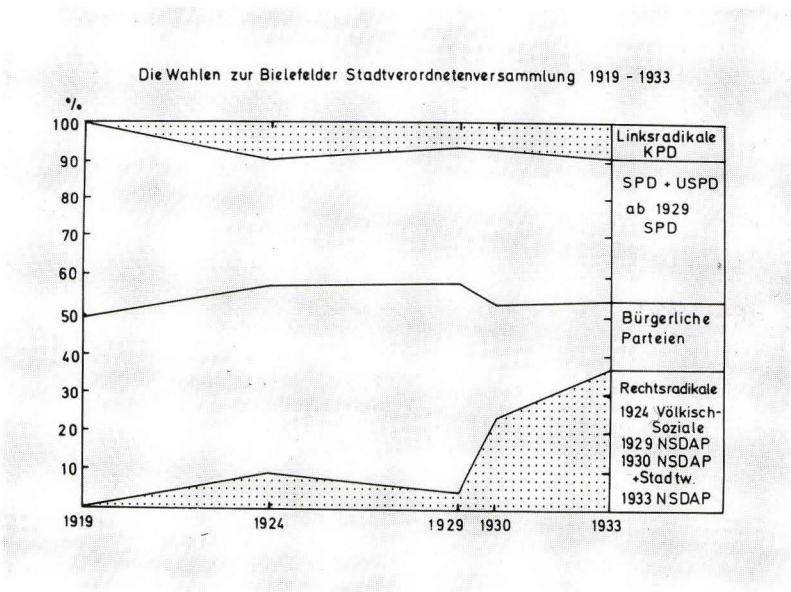
Adolf Hitler in Bielefeld.

Zwölftausend Menschen in und vor der Ausstellungshalle.

In zwölfter Stunde.

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

(A 18) Titelseite des Parteiblattes der NSDAP zum Auftritt Hitlers in Bielefeld 1930.



(A 19) Aus der Graphik wird deutlich, wie stark seit 1929 die Stimmenzahl der NSDAP auf Kosten der bürgerlichen Parteien zunahm.

Reichsbanner sei im Besitz von mehreren tausend Infanteriegewehren; mit Wissen des Gauführers Ladebeck seien diese Gewehre in der Weser versenkt worden. Ein Jude habe geplaudert. – Trotz der Panikmache blieben die Nationalsozialisten in der Stadt und im Landkreis unter dem Ergebnis des Reiches. Im Gegensatz dazu konnte die SPD ihre Wähler halten.

Nach Inkrafttreten des Eingemeindungsgesetzes mußten am 30. November eine neue Stadtverordnetenversammlung und ein neuer Kreistag gewählt werden. Alle Parteien boten ihre führenden Redner auf, sah man die Bielefelder Wahl doch als Testwahl auf das Reichstagswahlergebnis an. Für die NSDAP kamen Göring und Strasser und auch – das einzige Mal überhaupt – Adolf Hitler. Die KPD schickte Ernst Thälmann, die SPD den Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun.

Das Wahlergebnis zeigte stabile Verhältnisse im Landkreis auf seiten der Arbeiterparteien. Die NSDAP gewann fünf Sitze und zog damit erstmals in den Kreistag ein. In der Stadt eroberte die SPD drei, die KPD einen der vier neu hinzugekommenen Sitze. Die NSDAP verbesserte sich von zwei auf zwölf Mandate. Wie im Reich, so gingen auch in Bielefeld deren Gewinne voll zu Lasten der bürgerlichen Parteien.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte mit allen 25 bürgerlichen Stimmen Emil Irrgang zum Vorsteher – als erste deutsche Großstadt einen Nationalsozialisten!

(A 21) Werbeanzeigen in den Bielefelder Tageszeitungen zur Kommunalwahl 1930.

(A 20) Titelblatt der Westfälischen Neuesten Nachrichten mit den Kommunalwahlergebnissen nach der Eingemeindung 1930. ▶

31. Jahrgang. Nummer 280. Ausg. A

Westfälische Neueste Nachrichten

mit Bielefelder General-Anzeiger und Handelsblatt

Die „Westfälischen Neuesten Nachrichten" mit den Beilagen für Sport, Unterhaltung, Literatur, Frau und Kind, Haus, Hof und Garten und Ravensberger Blätter erscheinen wöchentlich 6mal und kosten monatlich 2,30 RM. frei ins Haus. Die Bezieher bei allen Trägerinnen, Agenturen, Postanstalten, Briefträgern und in unseren Filialen und Geschäftsstellen bestellt werden. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Bielefeld, Rohrteichstraße 9. Fernruf für die Geschäftsstelle und Redaktion durch die Sammel-Zentralnr: 4970—4973, nach 19 Uhr Geschäftsstelle: 4972, Redaktion: 4970 und 4975.

Bielefeld

Montag, 1. Dezember 1930

Anzeigenpreis: Der Raum für die Anzeigenspalte (20 mm breit, 1 mm hoch) kostet 15 Pfg. Der Raum für die Reklamezeile (70 mm breit, 1 mm hoch) kostet 60 Pfg. Rabatt nach besonderem Tarif. Bei vorgeschriebenem Eingang der Zahlung oder bei Zwangseinziehung des Betrages kommt der gewährte Rabatt in Fortfall. Beilagen 15 Mark das Tausend, bei Teilauflagen 20 Mark. Annahmestellen für Bielefeld die Geschäftsstellen Rohrteichstr. 9 und Alter Markt 2 sowie die Filialen Bahnhofstr. 84, Crenstr. 40, Arndtstr. 41, Bernhardstr. 84; für Brackwede: Hauptstr. 60; für Schildesche: Bielefelder Str. 25.

Gemeindewahlen in Bielefeld Stadt und Land

Starke Zunahme der Nationalsozialisten — Zusammenbruch der Bürgerlichen
Verluste der Sozialdemokraten — Keine sozialistische Mehrheit im Stadtparlament

Wohin der Weg?

Wg. Das erste Groß-Bielefelder Stadtparlament ist gewählt. Ein Wahlkampf hat sein Ende gefunden, der mit beispiellosem Aufwand durchgeführt, dessen Ausgang mit beispielloser Spannung erwartet wurde. Zwei Momente gaben dieser Wahl ihr besonderes Gesicht und Gewicht: Einmal die Frage, ob es den sozialistischen Linksparteien gelingen würde, mit Hilfe der Arbeiterstimmen aus den eingemeindeten Orten die Mehrheit im Bielefelder Stadtparlament zu erringen, und zweitens das politische Interesse, das die erste Nachwahl in einer preußischen Großstadt nach dem 14. September beanspruchen durfte. Die starke Wahlbeteiligung von 84,5 v. H. — 7,5 v. H. mehr als 1929! — beweist, daß die Bielefelder Bürgerschaft sich der Bedeutung dieser Wahl wohl bewußt gewesen ist. Die Zunahme der radikalen Stimmen legt allerdings Zeugnis davon ab, daß dieses Bewußtsein nicht mit vernünftiger staats- und kommunalpolitischer Einsicht gepaart war.

Die sozialistische Mehrheit wurde mit knapper Not vermieden. Ein Mandat mehr, und die vereinigten Sozialisten und Kommunisten hätten dem Stadtparlament das Gesetz des Handelns diktieren können. Ob es in der Praxis freilich dazu gekommen wäre, darf man ernstlich bezweifeln, denn die Bielefelder Sozialdemokratie hat bisher nicht erkennen lassen, daß ihr an einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten besonders viel gelegen ist.

Das Ereignis, das alles andere überschattet, ist die Zerschlagung der bürgerlichen Mitte und das sprunghafte Emporschnellen der nationalsozialistischen Stimmen. Die nichtsozialistischen Parteien haben von ihren 28 Mandaten 10 eingebüßt, mit 18 Sitzen bleiben sie in der neuen Stadtverordneten-Versammlung in hoffnungsloser Minderheit. Ihnen gegenüber stehen 25 Sozialisten und Kommunisten und 12 Nationalsozialisten. Die Deutsche Volkspartei ist trotz der Bürgergemeinschaft mit Volksnationalen und Konservativen, auf ein Drittel ihrer Mandatszahl zurückgefallen, die Staatspartei hat nicht einmal einen Sitz behaupten können, die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen haben je ein Mandat verloren, Zentrum und Evangelischer Volksdienst haben, obwohl ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Kommunalwahl ein wenig gestiegen ist, gerade noch ihren bisherigen Besitzstand gehalten.

Berücksichtigt man, daß die Zahl der Wahlberechtigten um rund 22 000 höher war als bei der Wahl im vorigen Jahre und daß weiter die Wahlbeteiligung die des Vorjahres um 7,5 Punkte übertraf, so fällt das Ergebnis doppelt schwer in die Waagschale. Die starke Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die S. P. D. auf der Tobelsuche buchen muß. Die Sozialdemokraten haben wie alle anderen einen Teil ihrer Wähler an die radikale Rechte abgeben müssen, allerdings lange nicht in dem Umfange wie die vollkommen geschlagenen bürgerlichen Parteien.

Die politische Tendenz dieser Wahl wird deutlicher, wenn man ihr Ergebnis mit dem der Reichstagswahl am 14. September dieses Jahres vergleicht. Ein solcher Vergleich ist freilich nur auf Umwegen möglich. Abgesehen davon, daß der Wählerkreis bei beiden Wahlen nicht übereinstimmt — die Wahlberechtigung zu den Kommunalwahlen setzt eine mindestens sechsmonatige Ansässigkeit in der betreffenden Gemeinde voraus — geben erfahrungsgemäß viele Wähler bei der Kommunalwahl nicht den Parteien die Stimme, die sie bei politischen Wahlen bevorzugen. Vor allem aber hat sich durch die am 1. Oktober in Kraft getretene Eingemeindung das Bild gründlich verschoben. Ein großer Teil der ehemaligen Landkreiswähler wählte diesmal in Groß-Bielefeld. Wenn man also ein einigermaßen zutreffendes Vergleichsbild erhalten will, muß man schon die Ergebnisse von Bielefeld Stadt und Land zusammenziehen. Hierbei ist aber zu beachten, daß auch die Parteigruppierung diesmal nicht die gleiche ist wie bei den Septemberwahlen. Die Konservative Volkspartei hospitierte bei den gestrigen Wahlen bei der Deutschen Volkspartei, die konservativen Stimmen sind deshalb auch in dem Septemberergebnis der D. V. P. zugezählt worden. Die Volksnationale Reichsvereinigung, die gestern ebenfalls mit der D. V. P. zusammenging, gehörte im September noch zur Deutschen Staatspartei.

Hier die Gegenüberstellung:

Bielefeld Stadt und Land			
Parteien	Stimmen		
	30. 11. 1930	14. 9. 1930	+ —
S. P. D.	42 947	48 036	— 5 109
D.V.P. u. Kons. V. P.	6 257	9 817	— 3 560
Wirtsch. P.	6 782	7 352	— 570
Dtnl.	6 491	6 844	— 353
Zentrum	3 796	4 148	— 352
Staatspartei	1 526	3 977	— 2 451
Evgl. Volks.	7 201	7 279	+ 22
Kommunisten	5 447	3 684	+ 1 263
Nat.-Soz.	22 109	16 641	+ 5 468
Stadtwächter	976		+ 976
Wahlberechtigt	124 849	125 654	— 1 160
Abgegeb. Stimmen	104 461	113 898	

Die Tabelle beweist, daß mit Ausnahme der Nationalsozialisten und des Evangelischen Volksdienstes alle Parteien gegenüber dem 14. September an Stimmenzahl eingebüßt haben. Läßt man die 22 Plusstimmen des Volksdienstes und die 976 „Stadtwächter", die nicht einmal zu einem Mandat langen, außer Acht, so bleiben die Nationalsozialisten die einzigen Nutznießer der politischen Depression, die das unter schweren Nöten leidende deutsche Volk ergriffen hat.

Wie sich die Zusammensetzung des neuen Stadtparlaments kommunalpolitisch auswirken wird, steht noch dahin. Die Stadtverwaltung, der es schon bei dem bisherigen Kräfteverhältnis oft schwer fiel, eine Mehrheit für ihre Vorlagen zu finden, wird in Zukunft manche harte Nuß zu knacken haben. Der zu erwartende Kampf um die Magistratsräte und um den Stadtverordnetenvorsteher wird wahrscheinlich bald erkennen lassen, welche Gruppen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Im Kreistag ist die bisherige sozialistische Mehrheit beseitigt, aber auch hier geht der Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten in erster Linie auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die Sozialisten haben einen großen Teil ihrer Landkreiswähler an die Großstadt abgetreten.

Ein Plus von 5000 nationalsozialistischen Stimmen, ein Fragezeichen in die Zukunft, das ist das Ergebnis des 30. Novembers.

Die Wahlen in Bremen

In Bremen wurde am Sonntag die Bürgerschaft (der bremische Landtag) neu gewählt. Die Wahlen verliefen ruhig und hatten folgendes Ergebnis:

Sozialdemokraten	58 807	Stimmen,	40 Sitze
Deutschnat.	9 000	„	5 „
Zentrum	4 298	„	2 „
Kommunisten	19 708	„	12 „
Deutsche Volkspartei	22 756	„	15 „
Staatspartei	3 682	„	4 „
Wirtschaftspartei	3 383	„	2 „
Haus- und Grundbes.	8 780	„	5 „
Nationalsozialisten	45 719	„	32 „
Konservative	1 884	„	1 „
Chrl. Soz. Volksd.	1 339	„	0 „
Kommun. Opposition	299	„	0 „

Gültige Stimmen: 178 177; ungültige 1429. Wahlbeteiligung 80%.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 14. 9. 30 im Staatsgebiet Bremen betrugen:

Sozialdemokraten 78 068, Kommunisten 25 534, Kommunistische Opposition 0, Deutschnationale 15 870, Deutsche Volkspartei 36 020, Wirtschaftspartei 8514, Nationalsozialisten 26 045, Zentrum 5288, Deutsche Staatspartei 12 754, Bauernbund 0, Konserv. Vp. 7202, Christl. Soz. Vb. 1541, und andere 3604.

Ein Zwischenfall

In der Nacht zum Sonntag kam es zu einem Zwischenfall, bei dem ein Reichsbannermann durch den Schuß eines Feldwebels schwer verletzt wurde. Da in den letzten Tagen wiederholt an den Reichswehrkasernen in Bremen Wahlplakate angeklebt worden waren, hatte die Kommandantur Befehl gegeben, durch zwei Reichswehrsoldaten die Kasernen zu bewachen und das Ankleben von Wahlzetteln zu verhindern. Die mit dieser Aufgabe betrauten Soldaten trugen keine Uniform. Bei dem nächtlichen Rundgang trafen die Wachtposten einige Zivilisten, von denen sie annahmen, daß sie Plakate kleben wollten. Sie gerieten mit ihnen in einen Streit, und einer der beiden Soldaten, ein Feldwebel, zog seine Dienstpistole. Er schoß, wie er angibt, in Notwehr, auf einen Reichsbannermann und traf ihn in beide Oberschenkel. Der Reichsbannermann wurde mit sehr schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht. Andere Zivilisten übermannten den Feldwebel, nahmen ihm den Armeerevolver ab und übergaben ihn der Polizei. Die Kommandantur der Reichswehr und die Polizei haben sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Kabinett Vaugoin zurückgetreten

Verkündigung über die neue Regierung

Wien, 30. 11.

Die Bundesregierung Vaugoin hat am Sonnabend, als das Wahlverfahren endgültig abgeschlossen wurde und die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien über die Bildung einer Parlamentsmehrheit zu einem Ziele geführt haben, ihren Rücktritt erklärt. Dieser wurde vom Bundespräsidenten angenommen.

Bundespräsident Miklas hat den Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Otto Ender aufgefordert, Verhandlungen wegen Bildung der neuen Bundesregierung einzuleiten. Ender hat diese Aufgabe übernommen.

Da die kommunalen Körperschaften in Magdeburg die Einführung der neuen Steuern abgelehnt haben, ist zur Festsetzung der Steuern ein Staatskommissar ernannt worden.

Stadverordnetenwahl Bielefeld

Parteien	1930 Stimmen	1930 Sitze	1929 Stimmen	1929 Sitze
Sozialdemokraten	29372	22	18025	19
Dtsch. Volkspartei u. Volksn. R.-V. u. Kons. V.-P.	4191	3	9050	9
Wirtschaftspartei	5844	4	5045	5
Deutschnationale Volkspartei	3154	2	2987	3
Zentrum	3122	2	2822	2
Deutsche Staatspartei	1192	0	2593 (Demokraten)	2
Evangelischer Volksdienst	3757	2	2543	2
Kommunisten	4068	3	2532	2
Nationalsozialisten	15936	12	2244	2
Stadtwächterpartei	976	0	—	—
Summe:	72261	50	49062	46

Wahlberechtigt 1930: 84 055 — 1929: 62 862 — 7 [illegible]beteiligung 1930: 84,5 % — 1929: 77 %

Kreistagswahl Bielefeld

Parteien	1930 Stimmen	1930 Sitze	1929 Stimmen	1929 Sitze
Sozialdemokraten	18575	10	24448	14
Deutschnationale Volkspartei	3307	2	6427	4
Deutsche Volkspartei	2046	2	5141	3
Evangelischer Volksdienst	3544	2	3738	2
Wirtschaftspartei	988	1	3357	2
Deutsche Staatspartei	334	—	1206 (Demokraten)	1
Kommunisten	1379	1	2231	1
Zentrum	674	—	1197	1
Nationalsozialisten	6462	5	—	—
Summe:	32200	25	48023	28

Wahlberechtigt 1930: 40 909 — 1929: 59 900 — Wahlbeteiligung 1930: 80,5% — 1929: 82 %



(A 22) Totenehrung der NSDAP am Kriegerdenkmal auf dem Oberntorwall 1931 (Gauparteitag.)

6. Die NSDAP auf dem Vormarsch

Die Nationalsozialisten konnten im Laufe des Jahres 1930 ihre Organisation weiter ausbauen. Wegen des Zulaufs an Mitgliedern wurde der Gau Westfalen zum 1. Januar in zwei Gaue geteilt. Zum Gauleiter für Westfalen-Nord ernannte Hitler Dr. Alfred Meyer, nachdem auch kurze Zeit der Bielefelder Homann im Gespräch gewesen war. Die Zentrale des Gaues blieb vorläufig in Gelsenkirchen (später Münster), dem politischen Arbeitsfeld Meyers.
Am 17. Januar 1931 hielt der NSDAP-Bezirk Bielefeld Heerschau. Der Gauleiter, alle Ortsgruppenleiter und die SA-Führer wurden aufgeboten. Etwa zur gleichen Zeit übernahm der Tischler Karl Heidemann auf Veranlassung Homanns die Führung der Ortsgruppe. Einen Kreisleiter hat es damals noch nicht gegeben. Für die Propaganda wurde im April der Friseur Paul Holtmann zuständig; das Amt des Pressewartes nahm der Rechtsanwalt und Stadtverordnete Hans Semler wahr.
Mit Großkundgebungen machte die Partei in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam. So traten im Mai Dr. Frick, damals Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Reichstag, der Gauleiter von Westfalen-Süd, Josef Wagner, und der preußische Prinz August Wilhelm auf Veranstaltungen in der Ausstellungshalle auf.
Am 20. und 21. Juni 1931 fand der Gauparteitag in Bielefeld statt, eine Gelegenheit für die NSDAP, wiederum mit einer großangelegten Propagandaschau ihre Stärke zu demonstrieren. Allein rund 5000 SA- und SS-Männer marschierten durch die Stadt. Am Kriegerdenkmal auf dem Oberntorwall wurde eine aufwendige Totengedenkfeier veranstaltet.
Auch in den Landgemeinden faßte die NSDAP soweit Fuß, daß weitere Ortsgruppen entstehen konnten. Eine Übersicht vom 1. Oktober 1931 ergibt das folgende Bild:

(A 23) Programm für den Gauparteitag der NSDAP in Bielefeld 1931.



Nr. 51 — Beilage „Bielefelder Beobachter"

Gauparteitag

Westfalen-Nord

am 20. und 21. Juni in Bielefeld.

Sonnabend, den 20. Juni nachmittags 5 Uhr:

Sondertagungen der Fachberater,

Angabe der Lokale durch Bezirksleiter Pg. Homann, M.d.R. **Die Gauleitung erwartet, daß sämtliche O.-G. diese Sondertagungen restlos beschicken, da der Ausbau der Organisation mit die Hauptaufgabe des Gautages ist.**

8 Uhr abends:
Begrüßungsabend und Kundgebung in der Ausstellungshalle
Redner: Gauleiter Dr. Meyer, M.d.R., Gausaf Pg. Schramme und Pg. Kube, M.d.L.

Sonntag, den 21. Juni 9—11½ Uhr

Delegiertenkongreß im „Kyffhäuser".

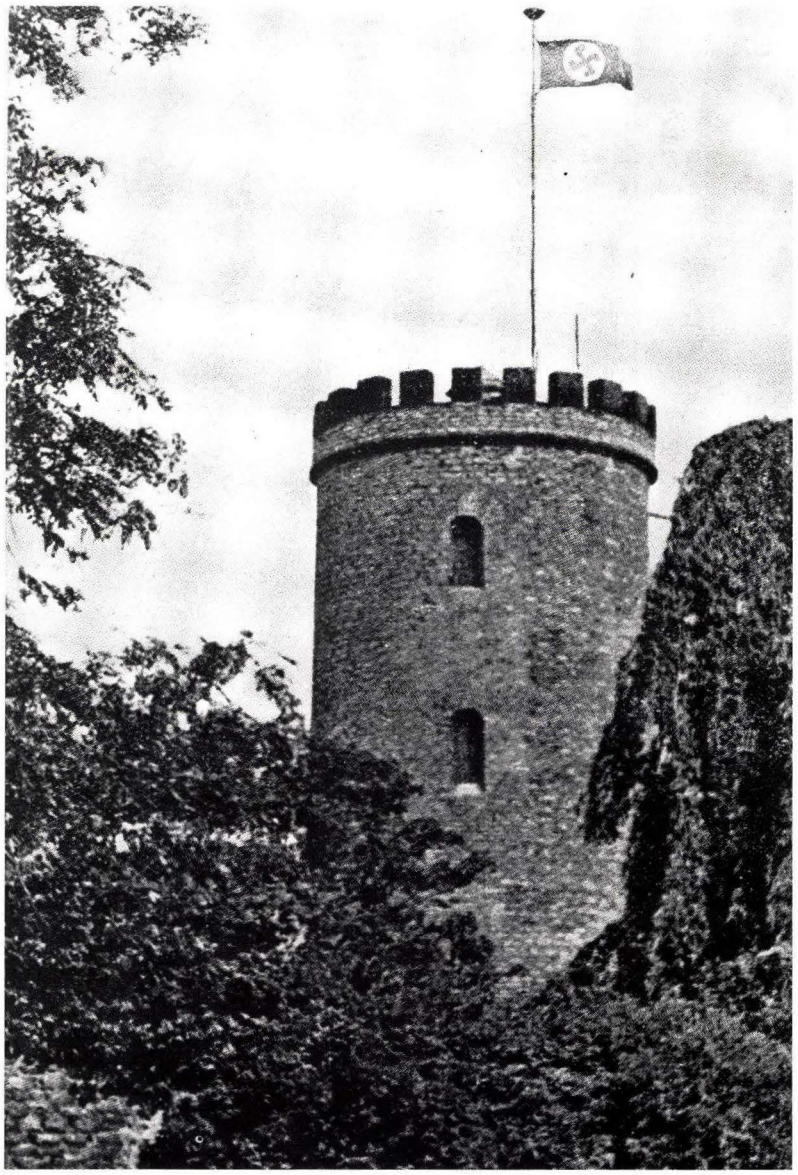
Es sprechen für Landwirtschaft: Pg. Willikens, M.d.R.
für Betriebszellenwesen: Pg. Schuhmann, M.d.R.
für Kulturfragen: Pg. Schemm, M.d.R.

9—11 Uhr vorm.: SA. Führerbesprechung.
Leitung: Gausaf Pg. Schramme.
9—11 Uhr: Tagung der Hitler-Jugend und des Schülerbundes.
11,30—2,30 Uhr: Platzkonzert.
Mittagessen und Unterbringung ist in großzügigster Weise durch den Bezirk Bielefeld gewährleistet.
3—5 Uhr: Propagandamarsch durch Bielefeld.
Kranzniederlegung und Ansprache durch Gausaf. Pg. Schramme. Danach Entlassung der auswärtigen Teilnehmer.
Abschlußkundgebung
mit Pg. Dr. Göbbels, M.d.R., Kube, M.d.R., Schemm, M.d.R.
Quartiermeldung durch die O.G. an die Geschäftsst. der NSDAP. Bielefeld, Hindenburgstr. 168.
Sonderzüge werden durch die Bezirksleiter zusammengestellt.
Auf nach Bielefeld, der ehemaligen roten Hochburg! Kein Parteigenosse darf fehlen, den Willen des erwachten Deutschland machtvoll darzutun.

gez. **Dr. Meyer, Gauleiter.**

Ortsgruppe	Ortsgruppenführer	Mitglieder
Bielefeld	Karl Heidemann	916
Brackwede	Hermann Bitter	143
Gadderbaum	Johann Waltenberg	86
Heepen	Karl Holzapfel	201
Isselhorst	Friedrich Meyer	44
Jöllenbeck	Waldemar Meyer zu Jöllenbeck	178
Senne II	Fritz Lieker	77

Die SA war inzwischen in einem Sturmbann organisiert, zu dessen Amtsbereich in Bielefeld ein Sturm mit 264 Mitgliedern und Trupps in Brackwede, Heepen, Jöllenbeck und Senne II mit je rund 20 bis 30 Mann



(A 24) Anläßlich des Gauparteitages 1931 wird auf der Sparrenburg die Hakenkreuzfahne gehißt. Das Kreuz scheint auf dem Foto retuschiert zu sein.

gehörten. Sturmbannführer war der Kaufmann Otto Grund aus Gadderbaum. Den Bielefelder Sturm führte Kurt Detering.
Aus der SA ging im Juli 1931 die erste SS-Formation hervor; sie trat erstmals bei der Kundgebung mit Wagner in Erscheinung, damals noch mit blauem Ziviljackett, schwarzer Hose, weißem Oberhemd und blauer Segelmütze mit dem Totenkopfabzeichen. Bis September 1931 erreichte der SS-Sturm die Stärke von 17 Mann. Der Aufbau ging verhältnismäßig langsam vor sich, weil man die Partei nicht durch das gespannte Verhältnis der SS zur SA belasten wollte. SS-Sturmführer war der Arbeiter Peter Bettray.

Gleichzeitig wurde die Hitlerjugend aufgebaut. Bis Ende Dezember 1931 zählten zur Ortsgruppe 56 Jugendliche; die Führung wurde dem ehemaligen Gymnasiasten, dann Kaufmannslehrling Gerhard Breipohl übertragen. Die Ortsgruppe des Bundes deutscher Mädel (BDM) unter der Leitung der Haustochter Magdalene Vogt trat im November 1931 an die Öffentlichkeit.

(A 25) Plakat der NSDAP zur Juli-Wahl 1932

7. Die Wahl des Reichspräsidenten 1932

Die Krise des Weimarer Staates spitzte sich 1932 zu. Fünf Wahlgänge, drei Reichsregierungen, der Staatsstreich in Preußen, Mord und Totschlag im politischen Tageskampf, das sich täglich vergrößernde Heer der Arbeitslosen und als Nutznießer der desolaten Zustände eine immer erfolgreicher werdende nationalsozialistische Bewegung – das waren die Kennzeichen des Jahres. Das Straßenbild wurde von marschierenden Gruppen beherrscht; jeder glaubte, auf sich aufmerksam machen zu müssen, handelte es sich nun um die bekannten politischen Kampfverbände, um SA, SS, Reichsbanner und Kommunisten, um die Schützen, den Kyffhäuser oder den Jungdeutschen Orden. Ja selbst die Sportvereine, die Pfadfinder, der CVJM und die Hundezüchter zogen marschierend durch Bielefeld.
Schon im Januar kam es wieder zu den bekannten Schlägereien. Den Anfang erlebte das Kamphofviertel, eine Hochburg der SPD, in die 50 bis 60 SA-Leute eingedrungen waren, um zu provozieren. Die Rechnung ging auf. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Als die Polizei einschritt, nahm sie allein unter den SA-Leuten zwölf Verhaftungen vor. Brisant war stets auch die Lage in der Webereistraße, weil dort sowohl die Nationalsozialisten wie die Kommunisten ihr Parteilokal hatten.
Anfang April gab es zahlreiche Verwundete, als Angehörige des Reichsbanners vor dem Wirtshaus Ramsbrock in Brackwede mit SA- und SS-Leuten zusammengerieten. Diesmal setzten sich die Reichsbannerleute



(A 26) Die vier Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten 1932.

(A 27) Titelblatt des NSDAP-Organs mit einem Aufruf zur Reichspräsidentenwahl 1932.

Einzelnummer 10 Pfg.

Bielefelder Beobachter

Kampfblatt für nationalsozialistische Politik.

Hauptschriftleitung Dr. Böd. Verantwortlich für Politik Dr. Böd; für Lokales, Kunst und Wissenschaft H. Hagie; Sport und Unterhaltung R. Schröder; Anzeigen: Carl Litzenberger, sämtliche in Herford. Für Bielefeld Stadt und Land: W. Diemich

Nachdruck verboten. Bielefeld, Niederwall 4. Fernruf 1466. — Verlag und Rotationsdruck: Buchdruckerei Gustav Busch Herford. — Erscheint werktags. Bezugspreis monatlich 2,00 RM und Bestellgeld. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen an. — Versendung durch Kreuzband 1,80 RM mehr. — Bei höherer Gewalten, Streik, Betriebsstörung besteht für den Verlag keine Verpflichtung zur Rückzahlung des Bezugspreises. — Postscheckkonto Hannover

Herausgeber: Dr. Meyer.

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Millimeterzeile 80 mm breit 10 Pfg. Reklamen: Millimeterzeile 90 mm breit 50 Pfg. Bei Wiederholungen und tabellarischen Anzeigen nach Tarif. Bei Konkursen, Zwangsvergleichen, Klagen und Zielüberschreitungen fällt vereinbarter Rabatt fort. — Erfüllungsort: Herford. — Für unvertragte Mannskriptsendungen wird keine Garantie geleistet. Postscheckkonto: (West) Beobachter, Herford) Hannover 19578.

Nummer 52 | Mittwoch, den 2. März 1932 | 4. Jahrgang

An das deutsche Volk!

Der Wahlaufruf der N.S.D.A.P. „Die Stunde der Abrechnung ist gekommen!" „Adolf Hitler ist das lodernde Fanal und die Parole aller, die eine neue deutsche Zukunft wollen!"

Am 13. März wird über das Schicksal der deutschen Nation entschieden, das Euer aller Schicksal ist. Nach 13 Jahren unerhörter Mißwirtschaft der schwarz-roten Novemberparteien, nach 13 Jahren furchtbarer [illegible] Not ist Euch durch Ablauf der Amtsdauer des Reichspräsidenten der letzten 7 Jahre die Möglichkeit gegeben, Euer Schicksal zu wenden.

Nun ist die

Stunde der Abrechnung

gekommen. Es gibt für die Notverordner kein Ausweichen und keinen Schlupfwinkel mehr. Das System des Zusammenbruchs wird vor den Richterstuhl des Volkes gestellt.

Am 13. März wird abgerechnet mit der namenlosen Bonzenwirtschaft der

Volksverräterischen SPD.,

die zu feige ist, selbst vor das Volk zu treten und sich hinter dem Rücken des einst von ihnen bekämpften Generalfeldmarschalls versteckt, weil sie den Spruch des Volkes mit Recht fürchtet.

Am 13. März,

wird abgerechnet, mit der südischen Pseudo-Demokratie, die ohne jede innere Verbundenheit mit dem deutschen Volke nur den Zweck verfolgt, durch eine vergiftete Presse die deutschen Volksgenossen und schaffende Stände gegeneinander zu hetzen, um sie in diesem Zustand der Schwäche und Zerrissenheit auszubeuten. Am 13. März wird abgerechnet mit dem

scheinheiligen Zentrum und der Bayrischen Volkspartei,

die um volksfremder Ziele willen konfessionelle Zwietracht säen und auf dem besten Wege sind, die Totengräber des deutschen Volkes zu werden, wenn ihnen nicht endlich das Handwerk gelegt wird.

Am 13. März wird abgerechnet mit dem

feigen spießbürgerlichen Geldsackpatrioten,

den Trabanten und Steigbügelhaltern dieses schwarz-roten Systems, mit dem wirtschaftlichen Interessenhaufen und den längst überflüssigen Parteikadavern, die ihre nationale nicht zu verantwortende Existenz lediglich zu politischen Schacher- und Schiebergeschäften benutzen.

Mit ihnen allen,

die — um allem die Krone aufzusetzen — sich nicht geschent haben, auf dem Umweg über die getarnten Ausschüsse die Kandidatur eines 85jährigen, ihnen innerlich fremden, abwirtschaftlichen alten Mannes vorzuschieben, um den Generalfeldmarschall, statt ihm den wohlverdienten Ruhestand zu gönnen, einer für sein Ansehen verhängnisvollen Niederlage auszusetzen, wird nun Gericht gehalten.

Am 13. März,

dem gleichen Tage, an dem vor 2 Jahren Hindenburg seinen Namen unter die von diesem System abgeschlossenen Younggesetze schrieb, die Not, Hunger, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung in das deutsche Volk gebracht haben, greift das seine Lebensrechte anmeldende

Junge Deutschland

verkörpert in seinem Führer Adolf Hitler, nach der Macht im Staate und wird die alten zu neuem Leben untauglichen Parteigebilde hinwegfegen.

Der Führer unserer nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, die sein Werk ist, und der 12 Jahre mit ihr um die Seele seines Volkes, für Deutschland gerungen hat, fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken.

Hitler das ist die Parole aller, die an Deutschlands Wiederauferstehung glauben.

Hitler ist die letzte Hoffnung derer, denen man alles nahm, Haus und Hof, Ersparnisse, Existenz und Arbeitsplatz, denen nur eines blieb, der Glaube an ein gerechtes Deutschland, das seinen Volksgenossen wieder Ehre, Freiheit und Brot geben wird.

Hitler ist für Millionen das erlösende Wort, weil sie heute verzweifeln und nur in diesem Namen einen neuen Weg sehen zu neuem Leben und neuem Schaffen.

Hitler erfüllt das Vermächtnis der 2 Millionen toten Kameraden des Weltkrieges, die nicht starben für das heutige System der langsamen Vernichtung unseres Volkes, sondern für Deutschlands Zukunft.

Hitler das ist der stürmische Wille der deutschen Jugend, die inmitten eines müden Geschlechts nach neuer Gestaltung ringt und den Glauben an eine bessere Zukunft nicht aufgeben will und kann.

Und darum ist Hitler das lodernde Fanal und die Parole aller, die eine neue deutsche Zukunft wollen.

Sie alle werden am 13. März den Männern des Systems, die ihnen Freiheit und Würde versprachen, aber Steine und Phrasen statt Brot gaben, zurufen:

Euch kennen wir zur Genüge, jetzt sollt Ihr uns kennen lernen.

München, 1. März 1932

Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Seine Sendung

Gedanken um den Führer

Dr. W. — Große Ideen sind die stärksten Beweger im Auf und Ab der geschichtlichen Daseinsströme. Sie tauchen aus dem geheimnisvollen Schoße der Zeit empor, werden zum Fleisch und Blut der geschichtlichen Tatsachenwelt, und formen durch ihre innere Spannungen und Gestaltungskämpfe den historischen Gehalt und die sichtbaren Ordnungen der großen Zeitepochen.

Die Art ihrer Verwirklichung ist, wie die Geschichte zeigt, sehr verschieden. Oft brechen sie wie grimmige Wettenströme mit blutrotem Kamm verheerend hinweg über die morsche Formenwelt einer Zeit. Oft kommen sie organisch, wachshaft, von unten herauf und formen in kunstvoller Weiterentwicklung den Neubau einer Epoche.

Immer aber ist die Verwirklichung der großen Ideen an das Dasein großer Einzelmenschen gebunden. In dem Schicksal ihrer Lebensträger offenbart sich die geschichtsbildende Kraft und Richtung einer Idee. Sie sind ihr lebendiges Gefäß; sie werden von ihren gottinnigsten Stunden durchglüht, zu leidenschaftlichen Anklägern und Empörern ihrer Zeit, bis ihre übermenschliche Kraft die bestehenden Gewalten überwindet und das neue Geschichtsbild hervorwächst. Deshalb sind diese Ideenträger, — die Vorsehung schenkt sie dem Menschen oft nur im Abstand von Jahrhunderten, — die größten und geschichtlich wertvollsten Menschen ihrer Epoche, deren typenbildende Kraft oft ganze Jahrhunderte durchströmt.

*

Auch wir Menschen von heute durchleben eine Zeitwende von weltgeschichtlichen Ausmaßen. In dem Blutmeer des Weltkrieges ging ein weltbeherrschendes Gedankensystem unter, das durch die Plattheit seines anorganischen Intellektualismus und die wirklichkeitsfremde Konstruktion seiner Menschheits- und Gleichheitsträume den ganzen Erdball in Unfrieden und Chaos zurückstößt.

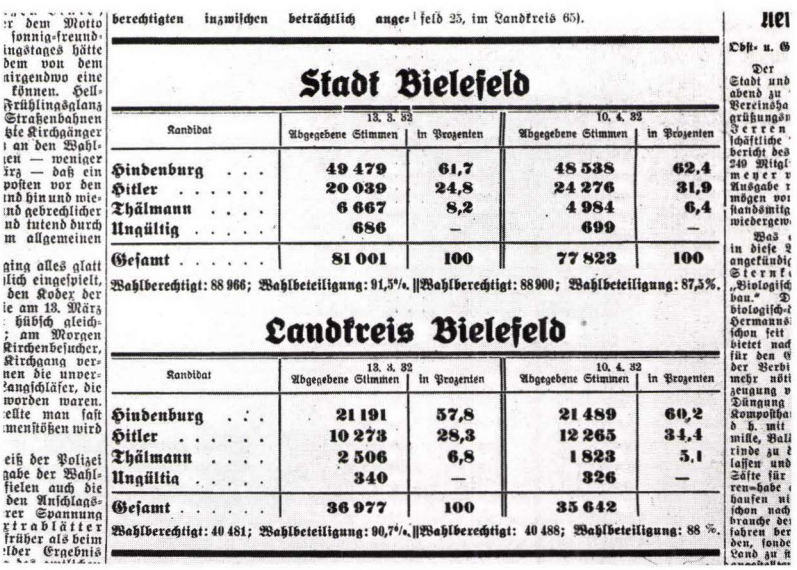
Heute sind ihre Ideale längst zu wesenlosen Schatten geworden. Eine neue Idee, ein neuer Gestaltungswille bricht mit Urgewalt hervor!

Die Religion des Blutes! Ihre verjüngende Glut hat bereits Millionen von Menschen erfaßt und umgewandelt. Die wilden Binnenflüsse ihrer Verbindung brausen von Tag zu Tag mächtiger und unbezwingbarer durch die Lande. Sie ist organisch aus dem blut-seelischen Urgründen des echten Volkstums herausgewachsen.

Blut und Ehre, Rasse und Volk, Persönlichkeit und Genie! das sind die großen Ideale, die neue und hoch unsere Lebenszentrum, um das seit Jahrtausenden die schöpferischen Urwerte nordischen Menschentumes kreisen.

Für diese große Idee deutscher Zukunft sind die zwei Millionen Blutopfer des Weltkrieges gebracht, sind über 300 junge S.A.-Männer in den Tod gegangen, unter dem Zeichen dieses Gedankens marschieren heute Abermillionen deutsche Menschen als gläubende Kämpfer und schöpferische Gestalter eines

(A 28) Die Ergebnisse der Stichwahl für das Amt des Reichspräsidenten, April 1932.



berechtigten inzwischen beträchtlich ange- feld 25, im Landkreis 65).

Stadt Bielefeld

Kandidat	13. 3. 32 Abgegebene Stimmen	in Prozenten	10. 4. 32 Abgegebene Stimmen	in Prozenten
Hindenburg	49 479	61,7	48 538	62,4
Hitler	20 039	24,8	24 276	31,9
Thälmann	6 667	8,2	4 984	6,4
Ungültig	686	–	699	–
Gesamt	81 001	100	77 823	100

Wahlberechtigt: 88 966; Wahlbeteiligung: 91,5%. ||Wahlberechtigt: 88 900; Wahlbeteiligung: 87,5%.

Landkreis Bielefeld

Kandidat	13. 3. 32 Abgegebene Stimmen	in Prozenten	10. 4. 32 Abgegebene Stimmen	in Prozenten
Hindenburg	21 191	57,8	21 489	60,2
Hitler	10 273	28,3	12 265	34,4
Thälmann	2 506	6,8	1 823	5,1
Ungültig	340	–	326	–
Gesamt	36 977	100	35 642	

Wahlberechtigt: 40 481; Wahlbeteiligung: 90,7%. ||Wahlberechtigt: 40 488; Wahlbeteiligung: 88 %.

ins Unrecht. Zwei von ihnen wurden wegen Landfriedensbruchs zu vier bzw. neun Monaten Gefängnis verurteilt.

In diesen aufgeregten Zeiten mußte der Reichspräsident neu gewählt werden. Der Stahlhelmführer Duesterberg kandidierte für die rechtsbürgerlichen Parteien und Verbände, Hitler für die NSDAP und Thälmann für die Kommunisten. Der amtierende Reichspräsident von Hindenburg wurde vor allem von den Sozialdemokraten und von der DVP unterstützt. Die Absurdität dieser politischen Konstellation ist nur zu verstehen, wenn man in Rechnung stellt, daß Hindenburg, obwohl persönlich gewiß kein echter Demokrat, das Weimarer System repräsentierte und damit für alle demokratisch überzeugten Deutschen der einzig wählbare Kandidat war.

In der Stadt Bielefeld erreichte Hindenburg beim ersten Urnengang am 13. März 1932 61,7 % der Stimmen, im Landkreis 57,8 %. Dieses Ergebnis lag noch über dem Reichsdurchschnitt, und zwar um beachtliche 11 bzw. 8 Punkte.

Der zweite Wahlgang vom 10. April, die Stichwahl, brachte für Hindenburg 62,4 % bzw. 60,4 %, für Hitler 31,2 % bzw. 34,5 % und für Thälmann 6,4 % bzw. 5,2 %. Duesterberg hatte nicht mehr kandidiert. Auch das zweite Wahlergebnis für Hindenburg lag weit über dem Reichsdurchschnitt von 53,1 %.

Hitlers erster Angriff auf ein hohes Staatsamt war damit abgewehrt. Aber der Erfolg Hindenburgs war doch nur ein Scheinerfolg für Weimar: Der greise Reichspräsident trug in den folgenden Monaten selbst zum Untergang der Republik bei.

Ohne genauere Wahlanalysen vorzunehmen, kann man doch feststellen, daß für den Repräsentanten der demokratischen Parteien in der Stadt Bielefeld und im Landkreis noch eine breite Mehrheit vorhanden war, daß aber auch die NSDAP wiederum seit den Wahlen des Jahres 1930 einen erheblichen Stimmengewinn verbuchen konnte, auf dem Land noch ein wenig mehr als in der Stadt. Die Kommunisten schnitten

im Verhältnis zum Reich schlecht ab; noch immer war die Bielefelder Arbeiterschaft fest auf der Seite der Sozialdemokraten.
Das zeigte sich auch in den nur vierzehn Tage später durchgeführten Landtagswahlen. Während die SPD hier 39,9 % der Stimmen gewann, konnte keine der bürgerlichen Parteien – das waren DVP, Deutsche Staatspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei und Evangelischer Volksdienst – mehr als 4,3 % auf sich verbuchen. (Dieses Ergebnis erlaubt auch Rückschlüsse auf die Stimmenanteile bei der Reichspräsidentenwahl.) Der NSDAP fielen abermals gut 31 % der Stimmen zu, und zwar sowohl in der Stadt wie auf dem Land. Ihr Durchschnitt in Preußen lag bei 38,4 %; das entsprach 162 von 422 Sitzen im Landtag. Braun und Severing blieben zwar im Amt, doch jetzt als Chefs einer Minderheitsregierung.

(A 29) In den Tageszeitungen abgedruckter Wahlzettel für die Reichspräsidentenwahl 1932 (erster Wahlgang im März).
(A 30) Plakat der KPD zur Reichspräsidentenwahl 1932.

(A 31) Veranstaltung der Arbeitersportvereine in der Ausstellungshalle. Am Rednerpult der SPD-Parteisekretär und Reichstagsabgeordnete Carl Schreck.

(A 32) Titelblatt des NSDAP-Organs nach der Absetzung der preußischen Regierung Braun-Severing durch den Reichskanzler von Papen. ▶



Einzelpreis 15 Pfg.

Bielefelder Beobachter

Kampfblatt für nationalsozialistische Politik.

Amtliche Tageszeitung des Gaues Westfalen-Nord der N.S.D.A.P.

Geschäftsstelle: Bielefeld, Wilhelmstr. 6, Fernruf 1466. — Verlag und Rotationsdruck: Bote & Bock, Herford. — Erscheint werktags. Bezugspreis monatlich 2,00 RM und Bestellgeld. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen an. — Zustellung durch Kreuzband 1,50 RM mehr. — Bei höheren Gewalten, Streik, Betriebsstörung besteht für den Bezug keine Verpflichtung zur Rückzahlung des Bezugspreises. Volksverband Herford.

Herausgeber: Dr. Meyer.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Millimeterzeile 32 mm breit 10 Pfg. Reklamen Millimeterhöhe 90 mm breit 50 Pfg. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Ermäßigung nach Tarif. Bei Konkursen, Zwangsvergleichen, Klagen und Gleitklauselberichtigungen fällt vereinbarter Rabatt fort. — Erfüllungsort: Herford. — Für unverlangte Manuskriptsendungen wird keine Garantie geleistet. Postscheckkonto: (Westf. Beobachter, Herford) Hannover 19573.

Hauptschriftleitung: Dr. Lück. Verantwortlich für Politik: Dr. Lück, für Lokales, H. Haase, Sport und Unterhaltung: A. Schröder, Anzeigen: Carl Tigemeyer, sämtliche in Herford. — Bielefeld: Max Plemp

Nummer 162 | Donnerstag, den 21. Juli 1932 | 4. Jahrgang

Rot-Preußen erledigt!

Die Begünstiger des bolschewistischen Blutrausches hinweggefegt!

Das klägliche Ende der zentrümlich-marxistischen Reaktion — Feige drücken sich die Bonzen! — Schupo geschlossen gegen die Hochverräter — Grzesinski-Weiß-Heimannsberg hinter Schloß und Riegel — Papen im Rundfunk gegen das rote Verbrechertum — Ueberall Ruhe, auch die Gewerkschaften „warten ab"

Weg mit Schaden!

Endlich hat die Reichsregierung aus den unhaltbaren Zuständen in Preußen die einzig mögliche und von uns Nationalsozialisten schon längst geforderte Konsequenz gezogen. Reichskanzler von Papen ist durch Notverordnung des Reichspräsidenten zum Reichskommissar in Preußen eingesetzt, die geschäftsführenden Staatsräte des schwarz-roten Koalitionsterrors, an der Spitze die Marxisten Braun und Severing, sind kurzerhand abgesetzt worden. Das Trio der roten Berliner Polizeibekämpfer, Grzesinski, der Jude Weiß und Heimannsberg wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt, bis man sie nach Ablegung entsprechender Versicherungen wieder laufen ließ. In Berlin und Brandenburg wurde der Ausnahmezustand erklärt. Die Schutzpolizei, das kann jetzt schon festgestellt werden, steht im ganzen Land geschlossen hinter den verfassungsmäßigen Gewalten und gegen die schwarz-roten Hochverräter.

Wir stellen fest, daß die Reichsregierung unter dem wachsenden Druck des nationalsozialistisch bestimmten Volkswillens den ersten Schritt zur Unschädlichmachung der schwarz-roten Begünstiger des bolschewistischen Mordterrors, der ständigen Bedrohung des anständigen Deutschland getan hat.

Jetzt darf es kein Zurückweichen und kein Zaudern mehr geben! Bis zum letzten Rest muß der marxistisch-bolschewistische Parteistaat ausgemistet werden. Das Volk sehnt sich nach Ordnung und Sauberkeit, nun in Ruhe am 31. Juli seine Entscheidung zu fällen.

Dann wird der Nationalsozialismus den Aufbau des neuen Deutschlands in Angriff nehmen.

Jetzt ausmisten!

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Juli 1932.

Dramatisch spitzten sich am gestrigen Tage die Ereignisse zu und überstürzten sich in einem in der deutschen Innenpolitik bisher noch nicht gewohnten Maße.

Noch läßt sich kein abschließendes Urteil über Wirkung und Ausdehnt der Maßnahmen des Reiches gegen Rot-Preußen fällen, da die Dinge noch zu sehr im Fluß sind und jede Stunde Ereignisse bringen kann, die alle Kombinationen durchkreuzen werden.

Wir Nationalsozialisten haben keinen Anlaß, laute Freudenkundgebungen zu veranstalten, da wir uns nicht von dem Schein des Augenblicks betören lassen, sondern Taten erst nach ihren Erfolgen zu beurteilen pflegen. Es läßt sich aber heute schon sagen, daß das Hindenburgkabinett für ein bürgerliches Kabinett ziemlichen Mut an den Tag gelegt hat und bis jetzt wenigstens den Willen verrät, den einmal beschrittenen Weg unbeirrt zu Ende zu gehen.

Die Zustände in Preußen verlangten, wie wir ja oft genug aufgeführt haben, katastrophale Abhilfe. Die schwarz-rote Preußenregierung hat in dem größten deutschen Lande ein Hilfsregiment aufgerichtet, das in der Geschichte eines kultivierten Volkes einzig dasteht. Abgesehen von der systematischen Korruptionierung des preußischen Verfassungsrechts durch marxistische Parteibuchbeamte, abgesehen von der Knüppelwirtschaft und sogar offenen Förderung volksvergiftender und kulturzerstörender Strömungen durch schwarz-rote preußische Behörden stellen, hat das Kabinett Braun in politischer Beziehung alles getan, um verfassungswidrige Zustände in Preußen herzustellen und die deutsche Freiheitsbewegung unter Ausnahmerecht zu stellen und mit brutaler Gewalt den Verbleib der schwarzen und roten Ausbeuter zu sichern.



Papen

Und als schließlich die sozialdemokratische Polizei in Preußen offen dazu überging, den marxistischen Bürgerkrieg amtlich zu fördern, die roten Mordformationen zu bewaffnen und auszubilden, da war es einfach Pflicht einer verantwortungsbewußten Reichsregierung, unter Einsatz aller staatlichen Hilfsmittel, diese schwärende Wunde am deutschen Volkskörper auszubrennen. Alle wäre es möglich gewesen, daß die für das Schicksal Deutschlands entscheidende Reichstagswahl ordnungsgemäß durchgeführt wurde, wenn die schwarz-rote Koalition in Preußen weiter geherrscht hätte? Unter frecher Verleumdung der

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Achtung! Hier Deutschland!

Hitlers Sturmflug — Im „roten" Hamburg-Altona, in Stralsund, Kiel und Lüneburg gewaltige Kundgebung der deutschen Freiheitsbewegung

Durch Nacht und Regen!

(Von unserem Sonderberichterstatter Joseph Berchtold.)

An Bord der D 1720. 20. Juli 1932.

Die herrliche Kundgebung in Kottbus liegt hinter uns.

Bereits dämmert der Abend. Blutrot taucht der Sonnenball unter. Tanklchwierigkeiten in Schneidemühl. Die Besprechungen in Kottbus hatten mehr Zeit weggenommen, als ursprünglich vorgesehen. Es eilt, denn Zehntausende erwarten bereits in Stralsund des Führers Ankunft. Rasch geht es hinein in die Maschine. Wir fliegen in die dergende Nacht. Vier Flugzeuge des nationalsozialistischen Fliegersturms geben uns das Geleit, winken dem Führer zu, bis sie im Nebel verschwinden.

Flugplatz Warnemünde, das ursprüngliche Ziel, kann infolge der Nacht nicht mehr angeflogen werden. Für Augenblicke ist die Situation kritisch. Was tun? Die Kraftwagen sind auf Fahrt nach Warnemünde, das Flugzeug des Sicherheitsdienstes bereits unterwegs nach Stettin.

Wir fliegen ohne Ziel.

Unentwegt arbeitet der Bordfunker, sucht Verbindung mit dem Flugzeug und den Kraftwagen. Der Führer befiehlt Zwischenlandung in Berlin.

In der Kabine flammen die Lichter auf. Draußen ist es nacht. Wälder und Felder verschwinden sich zu einer einzig schwarzen Masse und selbst die Wolken scheinen gar oft Nebel und Wolkenfetzen. In der Ferne Berlin, die Lichtgeschirr der Königsberger Flugstrecke, als und zu funkeln die Sterne, die Lichter der Dörfer, huscht der Scheinwerfer im Auto über unsichtbare Landstraßen. Aus der Nacht steigt erst langsam, dann immer rascher das Lichtmeer Berlin, weiß und rot und blau. Das funkelt und blitzt wie tausend kleine Sonnen. Ueber der Stadt brummt unsere Dreimotorige. Dort liegt der Flugplatz. Wir steigen zur Erde herab. Am Flügel der Maschine flammt grell die Magnesiumfackel. So sicher wie am hellen Tage setzt der Flugkapitän seinen Rohrbock zu Boden.

In kaum 90 Minuten ist getankt. Und die Sicherungsmaschinen und die Autos durch Telefongespräche endlich erreicht und mit neuen Weisungen versehen. 10 Uhr nachts. Wir starten wieder. Ziel Stettin. Nochmals über Berlin und seinem Lichtermeer. Anhalter Bahnhof. Potsdamer Platz, Unter den Linden, Reichstagsgebäude, Spree. Noch 10 Minuten über der Millionenstadt, dann geht es über das Land in Nacht und Schlaf. In der Kabine verlöschen die Lichter, nur vorn der Scheinwerfer im Rumpf der Maschine wirft sein mattes Licht über Wälder, Flüsse, Dörfer, Seen und Wiesen. Das Letzte holt der Flugkapitän aus den Motoren. Zwei Stunden kreuzen wir durch die Nacht. Regenschauer und Böen. Endlich, endlich Stettin. 12 Uhr nachts.

25000 im Morgengrauen

Einzigartige Kundgebung in Stralsund — 8 Stunden harrte die Menge aus

Fest hinunter zur Erde und hinein in die Wagen. Der schwere Mercedes legt los. Der Kompressor heult gegen Stralsund. Kalt ist die Nacht. Einmal Regen, dann wieder leuchtet der Vollmond durch Dörfer und Wälder in rasender Fahrt. Ob die Menschen in Stralsund noch warten, wenn wir kommen? 3.15 Uhr nachts. Ja, sie haben gewartet. 40 000 von 7 Uhr abends bis lange nach Mitternacht in Regen und Nebel und Kälte.

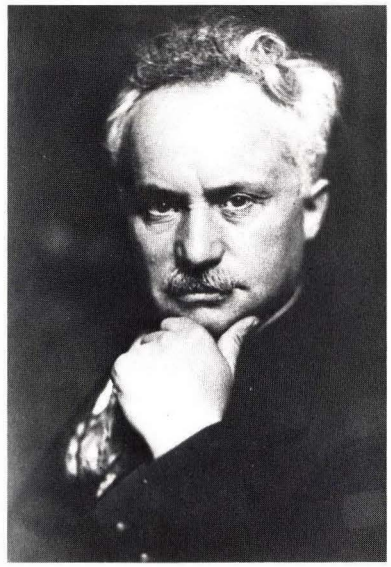
Alarmnachrichten jagen sich. Der Führer kann nicht in Rechlin landen. Der Führer fliegt nach Berlin zurück. — Der Führer wird wahrscheinlich in Warnemünde landen. — Der Führer fliegt nach Stettin. — Zuzwischen kommen Meldungen, daß in Greifswald wieder kommunistische Unruhen zu befürchten sind. Angeblich umlagern Kommunisten die Leichenhalle, in der unsere toten Kameraden aufgebahrt liegen. Dann wieder kommt Nachricht, daß ein Mord kurz vor Stralsund, völlig von Marxisten besetzt sei, um heimkehrende SA.-Männer in der Nacht überfallen zu können. Die Polizei schickt ein Kommando in den Wald. Später erfährt man, daß 90 Sozialdemokraten die schwer bewaffnet dort angetroffen wurden, verhaftet werden konnten. — Lautsprecher donnern über den Platz.

Gauleiter Dr. Karpenstein spricht. Begeistert folgt die Menge seinen Worten. Und dann vergeht wieder Stunde um Stunde mit sich widersprechenden Nachrichten. Schließlich kommt von der Flugstelle der Luftpolizei die bestimmte Meldung, daß der Führer um 22.54 Uhr in Rechlin an der Müritz gelandet ist und sich z. Zt. im Auto auf dem Wege nach Stralsund befinde. Wieder vergeht Stunde um Stunde in gedrängtem Warten. Regenböen klatschen auf die Wagen

8. Staatsstreich in Preußen und Reichstagswahlen

Gestützt auf Notverordnungen und getragen vom Vertrauen des Reichspräsidenten hatte Brüning als Kanzler zwei Jahre lang versucht, auf halbdiktatorische Weise zu regieren und die ihm notwendig erscheinende Sparpolitik durchzusetzen; ein sichtbarer Erfolg stellte sich nicht ein.

Ohne Verständigung mit dem Parlament ließ Hindenburg seinen Kanzler fallen und ernannte den ehemaligen Zentrumspolitiker, jetzt Konservativen, Franz von Papen zum Nachfolger. Da Papen so wenig wie sein Vorgänger im Reichstag eine Mehrheit hatte, wurde das Parlament aufgelöst. Die Neuwahlen sollten am 31. Juli stattfinden.



(A 33) Der Preußische Innenminister Carl Severing.



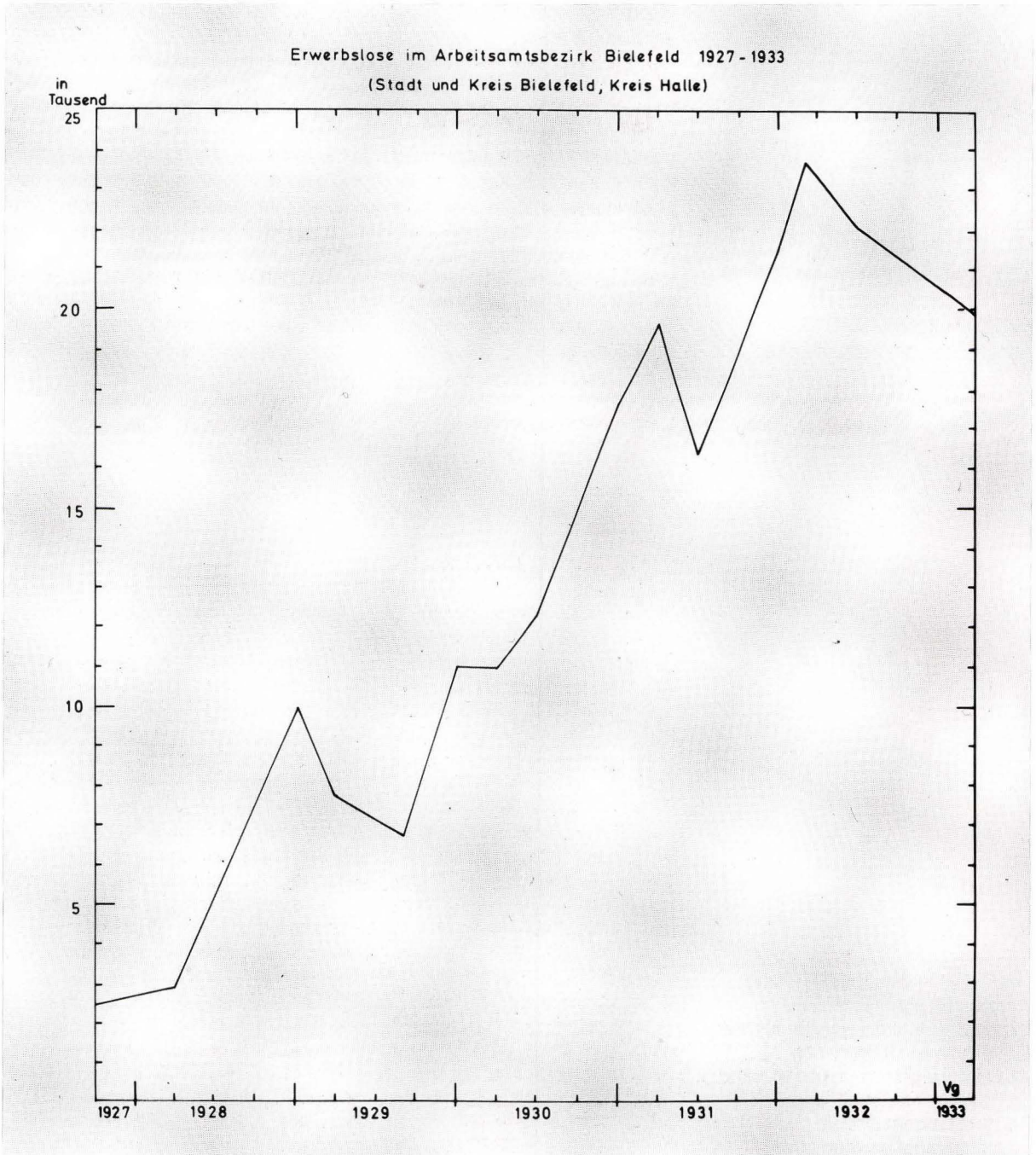
(A 34) Plakat der SPD zur Reichstagswahl im Juli 1932.

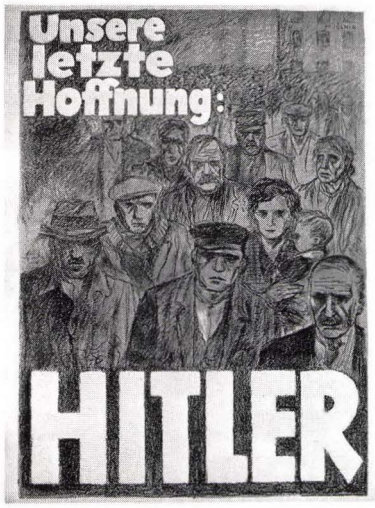
Um den blutigen Auseinandersetzungen auf der Straße ein Ende zu machen, waren im April aufgrund einer Notverordnung SA und SS verboten worden. Am Abend nach der Bekanntgabe sammelten sich Nationalsozialisten in großer Zahl in den Straßen. Parteimitglieder, SA, SS und erstmals in Mengen Schüler der höheren Schulen zogen durch die Stadt bis zur Ecke Herforder/Düppelstraße. Hier löste die Schutzpolizei den Umzug gewaltsam auf. 19 Teilnehmer wurden angezeigt.
Trotz des Verbots trafen sich SA und SS weiter zu Gruppenabenden, ja der SA-Führer Detering wurde im Mai bei einer Übung mit SA-Männern auf der Ochsenheide überrascht. Am 16. Juni, rechtzeitig zum Wahlkampf, hob Papen das Verbot, gleichsam als Geschenk für Hitler, wieder auf.
Dieser vierte Wahlgang im Jahr stellte, was die Verwilderung der politischen Stitten betraf, alles bisher Dagewesene in den Schatten. »Im nationalsozialistischen Staat wird aufgeräumt, und zwar gründlich, auch in Bielefeld«, so drohte man unverhohlen auf Veranstaltungen der NSDAP.
Mitten im Wahlkampf traf ein schwerer Schlag den preußischen Staat und damit die Republik: Am 20. Juli setzte Papen, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, die Minderheitsregierung Braun/Severing ab, ein offenkundiger Rechtsbruch, der insbesondere in Bielefeld empörte, weil der Staatsstreich Severing getroffen hatte.
Die Wahlen im Juli brachten der NSDAP neuen Zulauf. Zusammen mit der KPD konnte sie jetzt im Reichstag jede Mehrheitsbildung blockieren.

9. Die Arbeitslosigkeit

Im Februar 1932 erreichte die Arbeitslosigkeit ihren absoluten Höhepunkt. 23699 Erwerbslose suchten im Arbeitsamtsbezirk nach einer Stellung. Im März entfielen von 23468 allein 15221 Arbeitslose auf die Stadt Bielefeld; 6377 waren es im Landkreis und 1870 im Kreis Halle. Von rund 5000 Gewerbebetrieben stellten etwa 1200 im Laufe des Jahres ihre Arbeit ein. Am meisten Aufsehen erregte die Teilstillegung der Dürkoppwerke, nicht nur wegen der Größe und Tradition des Betriebes, sondern auch, weil hier schon seit Jahren durch den Verkauf unrentabler Zweigwerke ein Sanierungskonzept durch Gesundschrumpfen ausprobiert worden war. Dem nunmehr durchgeführten Schnitt fielen die Lastwagenproduktion und der Bereich der Haushaltsnähmaschinen zum Opfer. Die Mehrheit der Aktien lag bei den deutschen Großbanken, und so hatte man in Bielefeld verhältnismäßig wenig Einfluß auf das Geschehen bei Dürkopp. Mit einer Kapitalherabsetzung von 20:1 und der Aufstockung des Grundkapitals durch die Ausgabe neuer Aktien blieb wenigstens der Kern der Firma erhalten.
Wie allgemein die Not inzwischen geworden war, schildert anschaulich ein Artikel in den Westfälischen Neuesten Nachrichten von Ende September 1932. Darin beschreibt der Redakteur ein Haus am Kamphof. Kern seiner Darlegungen ist die Errechnung des verfügbaren Einkommens der Bewohner, und zwar nach Abzug der Miete. Am günstigsten stand sich danach ein Postbeamter, der zusammen mit seiner Frau monatlich über 127 RM verfügen konnte. Ganz unten befanden sich eine

(A 35) Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wurde in Bielefeld schon im Februar 1932 erreicht. Am stärksten war die Metallindustrie betroffen.



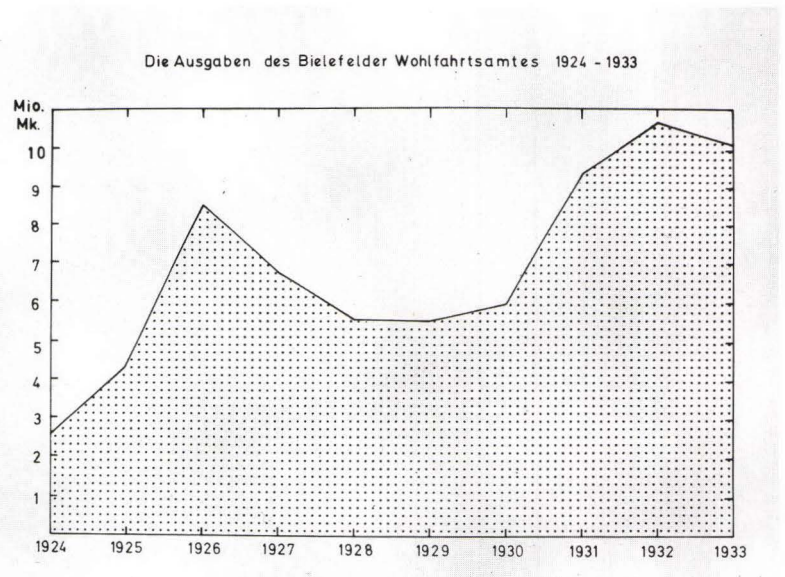


(A 36) Plakat der NSDAP, gerichtet an die Arbeitslosen.

Witwe und ihre Tochter mit 35 RM und eine alleinstehende Witwe mit 32 RM. Ihren Wert erhalten solche Zahlen im Vergleich: Der Hausmeister einer der Bielefelder Bürgerschulen erhielt monatlich rund 200 RM; ein Industriearbeiter verdiente pro Woche im Durchschnitt 80 RM.

Vor dem Hintergrund derartiger Schilderungen muß man das Jahr der Wahlen 1932 betrachten. Es stellt sich die berechtigte Frage, wieweit man angesichts der Not ein »vernünftiges« Wahlverhalten erwarten oder gar fordern darf.

Das Problem, ob die Arbeitslosigkeit das Anwachsen der NSDAP begünstigt hat, bleibt in der Forschung umstritten. Gerade ein großer Teil der Erwerbslosen ist in der Arbeiterbewegung engagiert gewesen und zählte sicher nicht zu den Wählern Hitlers. Vielleicht kann man sagen, daß es eher die Atmosphäre der Angst, die Mutlosigkeit, die Unfähigkeit der Parteien, einen Ausweg zu finden, gewesen sind, welche die Wähler, und zwar in erster Linie das Kleinbürgertum, in Hitlers Arme trieben. Die NSDAP verstand es, den Anschein übergroßer Aktivität zu erwecken; sie war außerdem bedenkenlos genug in ihren Versprechungen, so daß ihr viele Leute schließlich zutrauten, auch mit dem Problem der Arbeitslosigkeit fertig werden zu können.



(A 37) Nach der Aussteuerung mußte das städtische Wohlfahrtsamt die Kosten für die Erwerbslosen tragen. Die Aufwendungen wuchsen so sehr an, daß die Haushaltspläne seit 1930 mit einem Defizit verabschiedet wurden.

UNIVERSUM

Heute, Freitag, 4 Uhr (Kassenöffnung 3.30 Uhr). Spielzeiten: 4.00, 6.30 und 8.15 Uhr

Start des diesjährigen UFA-**Spitzentonfilms:**

Lilian Harvey

Willi Forst **Willi Fritsch**



Ein blonder Traum

Weitere Darsteller: **Paul Hörbiger, Trude Hesterberg / Falkenstein.** Erich Pommer-Produktion der UFA.

Musik: **Werner R. Heymann,** der Schöpfer der Melodien in „Liebeswalzer", „Tankstelle" und „Kongreß tanzt"

Die Schlager des Films **„Irgendwo auf der Welt gibt's ein kleines bischen Glück"** (Lieder der Jou-Jou), **„Wir zahlen keine Miete mehr"** (zeitgemäßer Foxtrott, gesungen von Harvey-Fritsch-Forst), der Marsch **„Uns gefällt die Welt mit und ohne Geld"** sowie das Volkslied **„Alles verstehn heißt alles verzeihn"** werden bald überall begeistert gesungen werden.

Im Beiprogramm: Das UFA-Lustspiel **„Sergeant fliegt durch die Luft"** und die **UFA-Tonwoche**

Spieldauer 2½ Stunden. / Freikarten und Passe-Partouts haben bis auf weiteres keine Gültigkeit.

(A 38) Der erste wenige Jahre alte Tonfilm zeigte die Gegenwelt zum täglichen Elend.

10. Die Novemberwahl 1932

Weil das Kabinett von Papen keine Mehrheit im Reichstag finden konnte, wurden für den November Neuwahlen angesetzt. Zusammen mit der Wahl zum Preußischen Landtag im Frühjahr war dies der fünfte Wahlgang innerhalb eines Jahres. Der NSDAP bot sich die gute Aussicht, nun auch das wichtigste Ziel, die Machtergreifung im Staat, erreichen zu können. Indessen gelang es weder ihr noch den anderen Parteien, die Wähler in gleicher Weise wie bei den Juli-Wahlen zu mobilisieren. Schuld daran trug sicher unter anderem die Tatsache, daß der neuerliche Wahlgang auf eine Phase der Erschöpfung traf: Es war nicht abzusehen, wie Wahlen zu stabileren Verhältnissen und zu einer Überwindung der politischen und der ökonomischen Krise hätten beitragen sollen.
Wie nach dem 14. Juli, so blieben auch nach dem 6. November die demokratischen Parteien in der Minderheit. Wenn es das Ziel der Neuwahlen gewesen war, dem Reichskanzler von Papen die Möglichkeit zu verschaffen, auf das Parlament gestützt zu regieren, war dieses Ziel verfehlt. Nationalsozialisten und Kommunisten konnten nach wie vor jede Beschlußfassung verhindern. Insofern blieb alles beim alten.
Indessen gab es interessante Wählerbewegungen. Die Stimmen für die NSDAP gingen von 37,8 auf 33,6 % im Reichsdurchschnitt zurück, während die Deutschnationalen 2,8 % hinzugewannen und 8,9 % erreichten. Schon der Wahlkampf hatte erwiesen, daß die alte Harzburger Front der rechten Parteien zerbrochen war, seit Hitler mit dem Zentrum Verhandlungen aufgenommen hatte. – Auf der politischen Linken hingegen zeigte sich eine Tendenz zu weiterer Radikalisierung. Die SPD verlor abermals an Stimmen und ging auf 20,7 % zurück, die KPD dagegen steigerte sich um 2,5 % auf 17,1 %. Damit war die Arbeiterbewegung in zwei fast gleich starke Blöcke gespalten.
In Bielefeld wich, wie schon in den anderen Wahlen, auch dieses Mal das Ergebnis vom Reichsdurchschnitt ab. Mit 27,9 % in der Stadt und 28,1 % auf dem Land blieb die NSDAP unter ihrem Reichsergebnis. Ebenso die KPD: sie erreichte 14,1 bzw. 11,5 %, was aber im lokalen Rahmen doch ein Gewinn von 5,6 bzw. 4,8 Punkten war.
Die SPD verlor Stimmen; 5,3 Punkte in der Stadt und 4,3 im Landkreis. Wenn die Stimmenverschiebung zugunsten der KPD tatsächlich so eindeutig verlief, wie es das Wahlergebnis zu zeigen scheint, dürfte hierfür die sehr wirksame Agitation der Kommunisten in der Erwerbslosenbewegung verantwortlich sein. Dennoch blieb die SPD mit 36,8 bzw. 35,8 % weit über dem Reichsdurchschnitt. Noch immer war Bielefeld eine Hochburg der Sozialdemokratie.
Das Jahr 1932 endete mit einem erneuten Kanzlerwechsel. Franz von Papen wurde entlassen; zu seinem Nachfolger ernannte der Reichspräsident den General von Schleicher, der sich wie seine Vorgänger auf die Notverordnungsparagraphen der Verfassung und auf das Vertrauen von Hindenburgs stützen mußte – eine Basis, die um nichts stabiler war als zuvor. Das Parlament blieb weiterhin ausgeschaltet.
In Bielefeld lebte bereits ein Fünftel der Bevölkerung von den Zahlungen des Wohlfahrtsamtes. Im Juni war der Haushaltsplan für das Jahr 1932/33 verabschiedet worden, gegen die Stimmen der NSDAP, der DNVP und der KPD, die nicht bereit waren, irgendwelche Verantwortung für die Stadtpolitik zu übernehmen. Das Defizit betrug mittlerweile 6,9 Mill. RM, und das bei einem gesamten Ausgabevolumen von 24,6 Mill. RM. Allein der Zuschußbedarf des Wohlfahrtsamtes schlug mit 7,3 Mill. RM zu

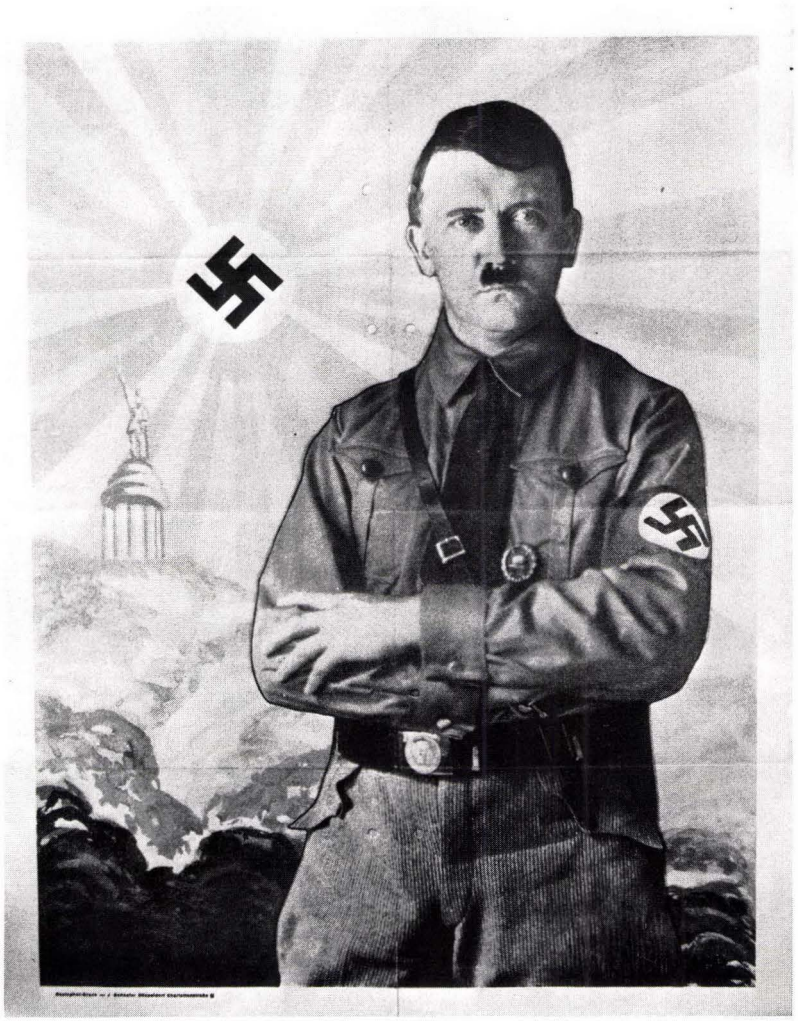


(A 39) Plakat der Reichspartei des deutschen Mittelstandes – Wirtschaftspartei zur Novemberwahl 1932.

Buche. Es drohte die Zahlungsunfähigkeit der Stadt. Von einer echten Selbstverwaltung konnte längst keine Rede mehr sein.
Das Jahr endete deprimierend. In der trostlosen Gegenwart blieb nur die vage Hoffnung auf eine allgemeine Besserung der Wirtschaftslage. Ihr wurde in dem Motto Ausdruck gegeben, das die Volkswacht ihrem Jahresrückblick voranstellte: »Es kann ja nicht immer so bleiben – hier unter dem wechselnden Mond« (August von Kotzebue).

(A 40) Plakat der Deutschnationalen Volkspartei zur Novemberwahl 1932.

(B 1) Plakat der NSDAP für den lippischen Wahlkampf im Januar 1933: Hitler als der neue Hermann, als Retter Deutschlands.



B. Hitler wird Reichskanzler

11. Der 30. Januar 1933 – Tag der »Machtergreifung«

Seit seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte General von Schleicher versucht, im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu finden. Der Weg dorthin war aber nur mit Hilfe der NSDAP zu erreichen, und es schien, als sei zumindest ein Teil der Partei, der linke Flügel um den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, hierfür zu gewinnen. Der gewerkschaftlich orientierte Kurs Schleicher scheiterte jedoch. Hitler konnte verhindern, daß seine Partei auseinanderbrach, und Strasser verlor seine Ämter.

(B 2) Die einst liberalen »Westfälischen Neuesten Nachrichten« sind mit der Machtergreifung schon auf neuem Kurs.

Inzwischen war es durch Vermittlung des Keppler-Kreises gelungen, zwischen von Papen und Hitler ein Treffen zu arrangieren, auf dem alte Kontroversen ausgeglichen werden sollten. Dieses berühmt gewordene Treffen im Hause des Bankiers von Schröder – am 4. Januar 1933 in

83. Jahrgang. Nummer 26

Westfälische Neueste Nachrichten

mit Bielefelder General-Anzeiger und Handelsblatt

Die „Westf. Neuesten Nachrichten" mit den Beilagen für Sport, Unterhaltung, Literatur, Frau und Kind, Haus, Hof und Garten, Ravensberger Blätter, Radio und Schach erscheinen wöchentl. 6mal und kosten monatl. 2.00 RM., im Postbezug 2.00 RM. einschließlich 0.48 RM. Zeitungsgebühr, aber ohne Bestellgeld. Sie können bei allen Trägerinnen, Agenturen, Postanstalten, Briefträgern und in unseren Filialen und Geschäftsstellen bestellt werden. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Bielefeld, Rohrteichstr. 9. Fernruf durch die Gundlach-Zentrale: 6970—6973, nach 19 Uhr Geschäftsstelle 6970 u. 6973.

Bielefeld

Dienstag, 31. Januar 1933

Anzeigenpreis: Der Raum für die Anzeigenspalte (29 mm breit, 1 mm hoch) 15 Pfg., für die Reklamezeile (70 mm breit, 1 mm hoch) 60 Pfg. Rabatt nach besonderem Tarif. Bei verspätetem Eingang der Zahlung oder bei Zwangseinziehung des Betrages kommt der gewährte Rabatt in Fortfall. Beilagen 15 Mark das Tausend, bei Teilbelagen 20 Mark. Annahmestellen für Bielefeld sie Geschäftsstellen Rohrteichstraße 9, Alter Markt 2, Herforder Str. 84, die Filialen Bahnhofstr. 34, Kreuzstr. 40, Arndtstr. 41, Bleichstr. 135; für Brackwede: Hauptstr. 60; für Bielefeld-Schildesche: Talbrückenstraße 4.

Berlin feiert Hitler und Hindenburg

Das neue Kabinett mit jubelnden Kundgebungen begrüßt

Dank an Hindenburg für sein Vertrauen

Hitler Reichskanzler

Hoffnungen und Schwierigkeiten

Bielefeld, 31. 1.

Das neue Reichskabinett unter Adolf Hitlers Führung ist zunächst als Minderheitsregierung zustandegekommen. Eine aktive Teilnahme des Zentrums dürfte, nachdem die Ministerliste bis auf den Reichsjustizminister fertiggestellt ist, wohl kaum noch in Frage kommen. Da aber dem neuen Kabinett vom Reichspräsidenten ein parlamentarischer Start zur Aufgabe gestellt worden ist, muß das Zentrum sich schlüssig werden, ob es dem Kabinett der Harzburger Front die praktische Gelegenheit zur Arbeit bewilligen oder verweigern will, die Hindenburg dem nationalsozialistischen Führer mit dieser Regierung in die Hand gegeben hat.

Das Zentrum legt Wert auf die unbedingte Wahrung der Verfassungsmäßigkeit. Ein anderer praktisch gangbarer Weg als der jetzt eingeschlagene steht gegenwärtig nicht offen. Das Zentrum dürfte also wohl, wenigstens zunächst, der neuen Regierung keine Steine in den Weg werfen. Zumal ihm die Entscheidung in gewissem Sinne dadurch erleichtert wurde, daß es vor der Regierungsbildung nicht zu klarer Stellungnahme für oder wider aufgefordert worden ist. Jetzt kann die Zentrumspartei eine abwartende Haltung einnehmen, ohne sich vor aller Oeffentlichkeit in der einen oder andern Richtung binden zu müssen.

Aber die parlamentarischen Startschwierigkeiten werden nicht die einzigen Hindernisse sein, denen Hitlers Kabinett begegnet. Von seinem Kabinett könnte heute die Arbeit mit fröhlicher Beschäftigkeit geleistet werden, dazu ist der Druck der Not und Arbeitslosigkeit zu groß. Für Hitlers neue Regierung aber kommt zu all dem noch hinzu, daß die nationalsozialistische Bewegung selbst nicht schuldlos daran ist, wenn die neuen Männer teil von den Linken als eine Kulisse von „Reaktionären" und „Fremden der Diktatur" bezeichnet werden, da die NSDAP. bisher mit diesen Vorwürfen gegen die gleichen Männer nicht gespart hat.

Demgegenüber verfügt ihrerseits eine Regierung unter Hitlers persönlicher Führung aber auch über weitgehende Vorteile gegenüber anderen Regierungsmöglichkeiten, wenn solche überhaupt heute vorhanden wären. Hitler selbst ist eine staatspolitisch noch unverbrauchte Kraft. Hinter ihm aber steht seine Bewegung mit ihrem Glauben an den Führer.

Gerade dieses Element des Glaubens ist es, daß Hitler in Zukunft vielleicht manche Schwierigkeiten aus dem Wege räumen kann. Auch wenn man natürlich heute noch nicht abzusehen vermag, inwieweit Hitlers Anhängerschaft in der praktischen Politik die Regierungsgemeinschaft anerkennen werden, die ihr Führer jetzt eingegangen ist, und mit der er ihnen zweifellos in vieler Hinsicht eine starke Belastungsprobe für ihre Gefolgschaftstreue zugemutet hat.

Daran können auch alle sofortigen Versicherungen nichts ändern, daß die Regierung sich in höchstem Maße ihrer sozialen Aufgaben bewußt sei. Erst die Erfahrung, die das Volk aus den Maßnahmen der neuen Regierung gewinnt, wird hier das Urteil sprechen.

In einer zweifachen Richtung aber müßte eigentlich Hitler nach seiner bisherigen politischen Einstellung zu erfolgreichen Fortschritten befähigt sein: Einmal müßte er es nach der großen Rolle, die gerade dieser Punkt im nationalsozialistischen Programm spielt, zustande bringen, daß Volk und Staat wieder zueinander finden, die sich in staatsbedrohender Weise in den letzten Jahren auseinandergelebt haben.

Zum anderen aber müßte es nach dem dringlichen Aufrufe der Reichspräsidentschaft der NSDAP. nunmehr auch gelingen, weite Volksmassen, die sich von Hindenburg abzuwenden begannen, wieder an die geschichtliche überragende Persönlichkeit des Reichspräsidenten anzunähern.

Man soll gerade diesen Punkt für eine weitere gedeihliche Entwicklung der deutschen Innenpolitik nicht unterschätzen. Hindenburg hat sich in schweren Stürmen als ein fester Fels in den brandenden Wogen erwiesen. Nur wer auf diesem Felsgrund aufbaut, vermag wie Hindenburg das von allen Parteien geübte Volksvertrauen zu gewinnen, das einzig und allein auf längere Sicht eine Einigung der widerstrebenden Volksgruppen herbeizuführen vermag.

Für die weiten Kreise des Volkes, die der neuen Regierung mit mehr oder minder offenem Mißtrauen oder wenigstens mit weitgehenden Zweifeln gegenüberstehen, mag vielleicht gerade die Person des Reichspräsidenten das Symbol sein, daß Ziel aller deutschen Politik nach wie vor das Wohl des ganzen Volkes sein und bleiben soll.

nl.

Berlin, 30. 1.

Ueberraschend schnell hat die Kabinettskrise mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und der Bildung seines Kabinetts, wie wir sofort durch Extrablatt bekanntgaben, bereits am Montag mittag kurz vor 13 Uhr ihr Ende gefunden. Man hatte in Berlin selbst eine derart schnelle Lösung nicht erwartet, weil am Montag vormittag Gerüchte umgingen, daß die Verhandlungen des früheren Reichskanzlers von Papen mit den Nationalsozialisten doch erneut Schwierigkeiten ergeben hätten.

Am frühen Nachmittag vollzog sich dann der Ablauf der Dinge mit außerordentlicher Schnelligkeit. Sofort nach der Berufung Adolf Hitlers fand die

Vereidigung des neuen Reichskanzlers und seiner Minister durch den Reichspräsidenten

statt. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß an Stelle des bisherigen Staatssekretärs Pfund Ministerialrat Dr. Lammers zum Staatssekretär der Reichskanzlei und der früh[ere] Schriftleiter der Berliner Börsenzeitung Funk zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt würden.

Um 13.30 Uhr trat das alte Reichskabinett zu seiner letzten Sitzung zusammen, der nur noch formelle Bedeutung zukam. Bereits um 17 Uhr versammelte sich das neue Reichskabinett unter Adolf Hitler zu einem ersten Kabinettsrat.

Während sich die Neubildung der Regierung selbst ohne irgendwelchen besonderen äußeren Aufwand vollzog, waren die Straßen Berlins naturgemäß seit den Mittagsstunden dicht bevölkert. Ueberall herrschte erwartungsvolle Stimmung, die zunächst vor dem Hotel Kaiserhof, dem Hauptquartier Adolf Hitlers, zu

stürmischen Kundgebungen für den neuen Reichskanzler

führte. Als Hitler um 16.15 den Kaiserhof verließ und zur Wilhelmstraße fuhr, wollten die begeisterten Kundgebungen kein Ende nehmen.

Fackelzug vor Hindenburg und Hitler

Für den Abend war dann im Zentrum Berlins ein großer

Fackelzug der gesamten Berliner SA. und SS. zusammen mit dem Stahlhelm

zu Ehren des neuen Reichskanzlers und des Reichspräsidenten angesetzt. Der Wilhelmplatz wurde von 19 Uhr ab für jeglichen Fahrzeugverkehr in weitem Umfange abgesperrt, um Verstopfungen während des Fackelzuges zu verhindern. Die Polizei hatte mehrere Hundertschaften im Regierungsviertel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt. Trotzdem hat sie sich bald genötigt, selbst aktiv zu werden, um den Andrang der Massen, die immer von neuem zuströmten, zu bewältigen, damit wenigstens eine ungehinderte Anfahrt zur Reichskanzlei ermöglicht wurde. Die harrende Menge stimmte von Zeit zu Zeit das Deutschlandlied und nationalsozialistische Kampflieder an.

Gegen Abend strömten aus allen Gegenden Groß-Berlins die Kolonnen der Organisationen für den Fackelzug, zumeist in geschlossenen Zügen, nach dem Großen Stern im Tiergarten.

Der Fackelzug traf vor ½9 Uhr auf dem Zuge durch die Wilhelmstraße, die dicht von vielen Tausenden von Menschen besetzt war, vor dem Reichskanzlerpalais ein. Beim Eintreffen des Zuges erschien der Reichspräsident an einem hellerleuchteten Fenster des Vorflügels der alten Reichskanzlei, von jubelnden, nicht endenwollenden Zurufen der Tausenden begrüßt. Reichskanzler Hitler begrüßte den Zug von dem Fenster seines Arbeitszimmers in der neuen Reichskanzlei aus. Auch ihm wurden langandauernde Ovationen dargebracht.

Der Vorbeimarsch der SA.-Abteilungen und der sich immer wieder auf den Anmarschstraßen bildenden Züge aus dem Publikum zog sich bis fast um Mitternacht hin. Der Zug des Stahlhelms traf erst kurz vor ½12 Uhr an der Reichskanzlei ein. Auch er wurde überall von der Menge jubelnd begrüßt. Zum Anschluß an den Stahlhelm marschierten die SS.-Abteilungen vorbei, so daß der Zug etwa um 24.30 Uhr sein Ende fand.

Der Reichspräsident hat fast die ganze Zeit hindurch mit kurzen Unterbrechungen am Fenster gestanden. Die Menge jubelte Hindenburg immer wieder zu und brachte ihm auch nach dem Vorbeimarsch des Fackelzuges lebhafte Ovationen dar.

Neben dem Reichskanzler Hitler stand der Stahlhelmführer Seldte am Fenster und auch Hugenberg, Goering und Frick reihten sich ein. Auch er wurde überall von der Menge jubelnd begrüßt. Im Anschluß an den Stahlhelm marschierten die SS.-Abteilungen vorbei, so daß der Zug etwa um 24.30 Uhr sein Ende fand.

Der Reichspräsident hat fast die ganze Zeit hindurch mit kurzen Unterbrechungen am Fenster gestanden. Die Menge jubelte Hindenburg immer wieder zu und brachte ihm auch nach dem Vorbeimarsch des Fackelzuges lebhafte Ovationen dar.

Neben dem Reichskanzler Hitler stand der Stahlhelmführer Seldte am Fenster und auch Hugenberg, Goering und Frick nahmen den Vorbeimarsch von der neuen Reichskanzlei aus. Auch Hitler mußte sich nach Schluß des Fackelzuges wiederholt der fürmisch jubelnden Menge zeigen.

Ihren Abschluß fand die machtvolle Kundgebung auf dem Wilhelmplatz mit einer Ansprache von Goebbels, der den Teilnehmern im Auftrage Hitlers seinen Dank aussprach.

Der Vorbeimarsch wurde ab 10 Uhr abends durch eine Funkreportage übertragen, an deren Schluß Reichsminister Goering das Wort ergriff. Goering erinnerte an die Begeisterung der Augusttage 1914 und erklärte, der 30. Januar 1933 werde in der deutschen Geschichte als der Tag bezeichnet werden, da der Nation wieder zu sich selbst zurückfand.

Der neue Arbeitsminister



Franz Seldte,
Der Führer des Stahlhelms

Die erste Kabinettssitzung

Frick vor der Presse — Verfassungsmäßiger Kurs
Kein Verbot der KPD.

Berlin, 30. 1.

Die erste Kabinettssitzung der Reichsregierung dauerte, wie der neue Reichspressechef Ministerialdirektor Funk in einer Pressekonferenz mitteilte, von 5 bis 7 Uhr abends. In dieser Sitzung hat Reichskanzler Adolf Hitler zunächst auf die Bedeutung des Tages hingewiesen, an dem die Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht worden sei. Die Politik des Kabinetts dürfe nicht den Glauben und das Vertrauen, die heute im deutschen Volke spontan zum Ausdruck gekommen seien, enttäuschen.

Dann gab der Reichskanzler einen Ueberblick über die Grundsätze, nach denen er seine Politik zu führen gedenkt, und insbesondere über das Verhalten der Regierung gegenüber dem Reichstag.

An diese Ausführungen des Reichskanzlers schloß sich eine allgemeine, sehr eingehende Aussprache, an der sich alle Mitglieder des Kabinetts, soweit sie anwesend waren — der Reichsminister von Eltz-Rübenach ist erkrankt —, beteiligten und in der

volle Uebereinstimmung der Ansichten erzielt wurde.

Der Reichskanzler Adolf Hitler ließ durch den Mund des neuen Ministerialdirektors der Presse seine besonderen Grüße bestellen. Funk wies darauf hin, daß der Reichskanzler selbst als Journalist und Schriftsteller stark tätig gewesen sei. Er sei leider im Augenblick nicht in der Lage, zur Presse selbst zu sprechen. Er wolle damit warten, bis eine weitere Klärung der Lage erfolgt sei.

Der neue Reichsinnenminister Frick ergriff dann vor der Presse das Wort. Er führte aus: Als der für die Presse zuständige Reichsinnenminister nehme ich gern die erste Gelegenheit wahr, um mit Ihnen in nähere Fühlung zu treten. Ich lege den allergrößten Wert darauf, daß die Reichsregierung in allerstärkster Fühlung mit der Presse arbeitet. Ich werde mich bemühen, Ihnen alle Informationen zu geben, die Sie für Ihre Arbeit brauchen. Ich bitte Sie, mich in dieser Arbeit zu unterstützen.

Die neuen Minister

Reichskanzler a. D. von Papen, Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen.

Freiherr von Neurath, Außenminister.

Graf Schwerin v. Krosigk, Finanzminister.

Freiherr Eltz von Rübenach, Reichspost- und Reichsverkehrsminister.

Staatsminister a. D. Dr. Frick, Reichsinnenminister.

Generalleutnant von Blomberg, Reichswehrminister.

Dr. Hugenberg, Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister.

Franz Seldte, Reichsarbeitsminister.

Reichstagspräsident Goering, Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig Reichskommissar für den Luftverkehr; gleichzeitig beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des komm. preuß. Innenministers.

Dr. Gereke wurde als Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung bestätigt.

Das Justizministerium bleibt noch offen.

Köln – brachte die erwünschte Vermittlung und damit die Annäherung von NSDAP und den Deutschnationalen. Die Harzburger Front lebte wieder auf.
Damit war eine Voraussetzung für Hitlers Machtübernahme geschaffen. Die andere war, den Reichspräsidenten davon zu überzeugen, daß an Hitlers Kanzlerschaft kein Weg vorbeiführe. Hindenburg hatte lange gezögert, und es bedurfte noch des Wahlerfolges der Nationalsozialisten in Lippe und des Rücktritts von Schleichers – ihm hatte der Reichspräsident die gewünschte Auflösung des Reichstages und weitgehende, fast diktatorische Vollmachten verweigert –, ehe der Präsident dem Drängen von Papens und der Kamarilla im Präsidialamt nachgab. Am 30. Januar ernannte er Hitler zum Reichskanzler. Und ihm gewährte er, was er Schleicher verwehrt hatte: die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen auf den 5. März 1933.
Die vier Bielefelder Tageszeitungen reagierten ganz unterschiedlich auf Hitlers Reichskanzlerschaft. Das NS-Blatt, der »Westfälische Beobachter«, erging sich selbstverständlich im Triumph. Auch die »Westfälischen Neuesten Nachrichten«, ursprünglich eine liberale Zeitung, jubelten der neuen Regierung zu. Zustimmung fand das Kabinett Hitlers ebenso in der bürgerlichen »Westfälischen Zeitung«. Nur die sozialdemokratische »Volkswacht« warnte vor den »Feinden der Arbeiterklasse«, forderte Einigkeit von der Arbeiterschaft und kündigte eine Demonstration an.
Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler kam für seine eigene Partei wie für die Öffentlichkeit völlig überraschend. Überall im Reich, so auch in Bielefeld, riefen SA und SS zu Fackelzügen auf. Noch am Abend des 30. Januar zogen rund 1200 begeisterte Nationalsozialisten durch die Stadt.
Schon einen Tag später organisierte das »rote« Bielefeld eine Gegenkundgebung. Dem Appell der Eisernen Front folgten rund 8000 Sozialdemokraten und Kommunisten; deren eigene Demonstration war verboten worden. Nach der Kundgebung auf dem Kesselbrink – hier hatten sowohl sozialdemokratische wie kommunistische Funktionäre zum Widerstand aufgerufen und in ihren Reden vor allem den deutschnationalen Hugenberg, den neuen Wirtschaftsminister, und den Stahlhelmführer Seldte, den Arbeitsminister des Kabinetts Hitler, wegen ihrer arbeiterfeindlichen Haltung scharf angegriffen – bewegte sich ein Zug von gut 5000 Teilnehmern durch Bielefeld. Trotz kleiner Zwischenfälle verlief die Demonstration im ganzen ruhig.
Während die KPD in den folgenden Tagen, unter anderem in Brackwede vor dem Haus des Ortsgruppenleiters Bitter, Kundgebungen veranstaltete, verhielt sich die SPD mehr als zurückhaltend. Noch Mitte Januar hatte Artur Ladebeck auf einer Ortsvereinsversammlung angekündigt, die SPD werde sich zu schlagen wissen; unternommen wurde jedoch nichts. Der Aufruf der KPD zum Generalstreik blieb unbeantwortet. Die Sozialdemokraten vertrauten auf den Kurs der Legalität und auf die angekündigten Neuwahlen. Hingegen hatte sich die KPD längst auf die Arbeit in der Illegalität vorbereitet.

(B 3) Titelblatt des NS-Organs »Westfälischer Beobachter« vom 31. Januar 1933.
(B 4) Titelblatt der bürgerlichen »Westfälischen Zeitung« vom gleichen Tag.
(B 5) Titelblatt der sozialdemokratischen »Volkswacht« vom gleichen Tag.



(B 6) Plakat der SPD zur Reichstagswahl am 5. März 1933. Die drei Pfeile sind das Symbol der Eisernen Front.

12. Auf dem Weg in die Diktatur

Bei seinem Amtsantritt hatte Hitler Unruhen unter der Arbeiterschaft befürchtet. Sie blieben aus, weil sich SPD und KPD nicht auf gemeinsames Handeln einigen konnten. Zu tief waren die Gegensätze in der Weimarer Zeit geworden.

Schon am 2. Februar ließ der Bielefelder Polizeipräsident von Werder bei allen kommunistischen Funktionären und Organisationen Haussuchungen durchführen. Das Parteiblatt »Der Kämpfer«, wurde für vier Wochen verboten – es erschien nie wieder, von einigen illegalen Ausgaben abgesehen. Die legale politische Arbeit der KPD ging mit einer Veranstaltung am 13. Februar zuende. Einen Wahlkampf zu führen, wurde ihr unmöglich gemacht.

(B 7) Titelblatt der »Volkswacht« vom 27. Februar 1933; die letzte erschienene Ausgabe. ▶

Erscheint unter der Presse-Notverordnung der Regierung Hitler-v. Papen-Hugenberg.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östl. Westfalen und die lippischen Freistaaten

Mit den Beilagen „Der Sonntag", „Die Welt der Frau", „Spiel und Sport", „Arbeitende Jugend", „Kinderfreund"

Bezugspreis bei Zustellung ins Haus durch eigene Zeitungsboten 2.– RM. vierteljährlich 80 Pfg. Postbezugsgeld. Durch die Post bezogen monatlich 2.– RM. ohne Postbestellgeld. Einzelnr 10 Pfg. Die Zeitung erscheint täglich außer Sonntags. Geschäftsstelle und Redaktion Detmolderstr. 20. Fernsprecher: Redaktion 2004 Expedition 332

Anzeigenpreis: Einspaltige Millimeterzeile 15 Goldpfennige. Reklamezeile Millimeterzeile 50 Goldpfennige. Familien-Anzeigen werden nur bei Zahlung innerhalb 10 Tagen nach Erhalt der Rechnung genährt. — Beilagen 15.– RM. das Tausend, bei Zeitenlagen 20.– RM. — Anzeigenannahme bis 9 Uhr nachmittags.

44. Jahrgang — Bielefeld, Montag, den 27. Februar 1933 — Nummer 46

Ihr könnt das Wort verbieten, ihr tötet nicht den Geist!

Bielefeld ist rot und bleibt rot!

Fast 43 Jahre im Kampf — Das erste Verbot der Volkswacht

wk. Bielefeld, 27. Februar.

„Freiheit und Wahrheit — das sind die Stützen der Gesellschaft" (Ibsen.)

„Die Wahrheit zu demütigen ist jederzeit die schlechteste Politik." (Börne.)

Fast 43 Jahre lang ist die „Volkswacht" an seinem Arbeitstage der willkommene Freund in den Häusern der Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Leute im östlichen Westfalen und den lippischen Freistaaten. Fast 43 Jahre führt sie den sozialistischen Kampf gegen die Barrechte des Mammons, gegen die kapitalistische Ausbeutung, Unterdrückung, Unfreiheit, für die Rechte aller Menschen, für die Freiheit der Völker und der Erde.

Dieser Kampf rief die verschiedensten Gegner auf den Plan, auch unter den Inhabern der öffentlichen Macht: königliche Landräte und feudale Oberpräsidenten, Bürgermeister und Vasallen, Gauverweser und Generäle, zivile und militärische Instanzen, den ganzen Obrigkeitsstaat des wilhelminischen Deutschland. Die „Volkswacht" stand unter mancherlei Presserecht, unter der Kriegszensur und anderen die Pressefreiheit einschränkenden Maßnahmen. Vom 1. Juli 1890 bis zum 22. Februar 1933 aber wurde die „Volkswacht" niemals verboten.

*

Nach fast 43jährigem Erscheinen traf die „Volkswacht" das erste Verbot vom 23. bis zum 25. Februar 1933.

Die Auflage des Verbots trotz bei uns ein gleichgültig mit einer „Verwarnung". Das war am Mittwoch, dem 22. Februar 1933, an demselben Tage, an dem der Oberpräsident Grosnowski, ein Maschinenschlosser, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu hoher Staatsstellung berufen wurde, in den Ruhestand versetzt und der Freiherr von Lüninck von Schloß Horstmar bei Münster, ein Vertreter des alten westfälischen Adels, an seiner Stelle zum Oberpräsidenten der Arbeiterprovinz Westfalen ernannt wurde.

Wir sind nicht in der Lage, uns mit den Gründen des Verbots auseinanderzusetzen, denn selbst ihre gedruckte Mitteilung an unsere Leser ist uns verboten worden. In der Geschichte des deutschen Presserechtes ist eine derartige Maßnahme der Behörden unseres Wissens ohne Beispiel, bis auf eine Zeit und ein Gebiet des Deutschen Reiches, in denen das deutsche Recht außer Kraft gesetzt war.

Wir werden uns aber nach der Aufhebung des Verbots, das wir bei der rechtlichen Sachlage für sicher halten, mit den Verbotsgründen noch zu befassen haben. Wenn wir wirklich so schwerwiegende Sünden auf uns geladen hätten, daß sie ein Verbot überzeugend rechtfertigten, dann müßte der Staat, so sollte man glauben, im Gegensatz zu Interesse daran haben, daß die Verbotsgründe vor der breiten Oeffentlichkeit bekannt würden, da das Urteil des Volkes dann sicherlich gegen uns ausschlagen würde.

*

Wir könnten heute, auf Grund unserer Erfahrungen unter „ausdrücklicher Mißbilligung" hundertfach Anklagungen von national-„sozialistischen" Zeitungen anführen, in denen die Redakteure oder prominenteste Amtsführer z. B. den jetzigen Vizekanzler Papen oder den Wirtschaftsminister Hugenberg in der unflätigsten Weise angepöbelt und verächtlich gemacht haben, ohne daß sie selbst unter dem Kanzler und Reichskommissar Papen verboten wurden. Abgesehen davon, daß jedes Kind in Deutschland genügend Beweise dafür kennt, erscheint es uns wichtiger, die gesellschaftlichen Ursachen zu dem groß angelegten Feldzug gegen die sozialdemokratische Presse, dem bisher schon über 100 sozialdemokratische Zeitungen, zum Opfer gefallen sind, darzulegen:

Der Kapitalismus, der wirtschaftlich keine Lösung zu seiner Rettung mehr finden kann,

(Fortsetzung auf Spalte 4.)

Tatsachen sprechen eindeutig

Und Denken kann nicht verboten werden

In der vergangenen Woche waren nicht weniger als 16 politische Morde zu verzeichnen. Sieben Opfer gehörten dem Reichsbanner bzw. der SPD., vier der KPD., zwei der NSDAP. an. Drei Opfer waren Arbeiter ohne Parteizugehörigkeit.

Der Großhandelsindex ist in der Zeit vom 8. bis zum 15. Februar zum erstenmal seit langer Zeit wieder gestiegen, und zwar von 90,5 auf 91,2 Proz. Der Index für Schlachtvieh ist um 7,9, der für Viehzeugnisse (siehe Schmalz) um 3,3 Proz gestiegen. Die Verteuerung war also bei den Lebensmitteln besonders stark.

In der Woche vom 15. bis 22. Februar ist der Großhandelsindex weiter gestiegen, und zwar von 91,2 auf 91,7 Proz. Besonders die Lebensmittel sind wiederum teurer geworden. Der Schlachtviehindex stieg erneut um 3,2 Proz., teurer wurde auch Butter, Speck, Talg.

Gleichzeitig stieg mit den Preisen die Arbeitslosigkeit. Die erste Februarhälfte brachte allein an gemeldeten Arbeitslosen ein Mehr von 33 000.

Der Führer der Deutschen Volksparteí Dingeldey wandte sich in Dresden gegen die jetzige Wirtschaftspolitik, von der die sächsische Exportindustrie besonders stark betroffen werde. Eine Abperrung der Grenzen könne auch der Landwirtschaft nicht helfen.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union teilt mit, daß der Volkskommissar für die Schwerindustrie die Streichung von Einfuhr im Gesamtbetrage von 21 Millionen Goldrubel verfügt hat. Wie wir hören, sind davon auch Bielefelder Metallbetriebe betroffen.

Die „Textilzeitung", ein Unternehmerorgan, teilt aus Chemnitz mit, daß infolge der neuen deutschen Zollsätze für Fleisch, Fett usw. bedeutende Firmen der Wirkwarenindustrie von ihren dänischen Abnehmern die Nachricht erhalten haben, daß ihnen die weitere Geschäftsverbindung mit Deutschland unmöglich sei.

In Dessau sprach am Sonntag der Reichsarbeitsminister Seldte; Einer „Heldengedenkfeier" und einem Führerappell folgte ein Marsch durch die Stadt. Die Fahnenabteilung mit „100 Fehlzeichen" führte der ehemalige Herzog von Anhalt an.

Der nationalsozialistische Innenminister hat für die Stadt Braunschweig die Umbenennung mehrerer Straßen und Plätze notverordnet. Die „Friedensbrücke" wird wieder „Kaiser-Wilhelm-Brücke", die „Friedensallee" in „Kaiser-Wilhelm-Straße, der „Leffingplatz" (!?) in „Siegesplatz" umbenannt.

Es ist nicht verboten, über diese Tatsachen nachzudenken und am nächsten Sonntag die Liste 2 zu wählen.

Das freie Wort

Sollmann das Wort entzogen — Brüning verwarnt — Kaas droht ein Redeverbot

Dortmund, 27. Februar.

Wiederum hatte die Sozialdemokratie am Sonntag zu einer politischen Kundgebung in der Westfalenhalle aufgerufen. 20 000 Menschen füllten das weite Rund, 15 000 fanden keinen Einlaß mehr. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung mußte die Halle polizeilich geschlossen werden. Eine Parallel-Kundgebung wurde untersagt, weil sie nicht angemeldet war.

Als Redner sprachen Abg Sollmann die Arbeiterschaft, die den Abwehrkampf an der Ruhr in der Stunde Deutschlands größter Not geführt und gewonnen habe. Wenn das Rheinland und die Ruhr heute noch deutsch seien, dann danke Deutschland das nicht den Nationalsozialisten, sondern der Freiheitsfaust der Arbeiter. Die Kundgebung fand ihr vorzeitiges Ende, als Sollmann schließlich den Satz sprach: „Ihr Nationalsozialisten nennt euch Sozialisten. Wogegen kämpft ihr? Ihr stürmt die Volkshäuser und brennt Arbeiterhäuser nieder. Ihr nennt euch Sozialisten und seid die Schutzgarde des deutschen Kapitalismus." In diesem Augenblick griff der Abgesandte des nationalsozialistischen Polizeipräsidenten ein, entzog Sollmann das Wort und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Ein Sturm der Entrüstung war die Antwort der vieltausendköpfigen Menge.

Gelsenkirchen, 27. Februar.

Als der frühere Reichskanzler Brüning hier in einer Zentrumsversammlung bei der Erwähnung der vielen von den neuen Machthabern abgebauten Beamten verwarnt wurde, erklärte er unter dem stürmischen Beifall der vieltausendköpfigen Menge, daß er sich zu einer Mission berufen fühle, und zwar dafür zu sorgen, daß diejenigen, die den Reichspräsidenten gewählt haben, nicht unterdrückt werden von denen, die ihn bekämpft und verleumdet hätten.

Wörtlich führte Brüning aus: „Ich bin derjenige gewesen, der in die Lande hinausgezogen ist, um für die Wiederwahl des Reichspräsidenten zu werben. Ich habe mich für ihn eingesetzt, wegen seiner verfassungstreuen Gesinnung, auf die Ruhr heute noch deutsch sein, dann danke Deutschland das nicht den Nationalsozialisten, sondern der Freiheitsfaust der Arbeiter. Die Kundgebung fand ihr vorzeitiges Ende, als Sollmann schließlich den Satz sprach: „Ihr Nationalsozialisten nennt euch Sozialisten. Wogegen kämpft ihr? Ihr stürmt die Volkshäuser und brennt Arbeiterhäuser nieder. Ihr nennt euch Sozialisten und seid die Schutzgarde des deutschen Kapitalismus." In diesem Augenblick griff der Abgesandte des nationalsozialistischen Polizeipräsidenten ein, entzog Sollmann das Wort und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Ein Sturm der Entrüstung war die Antwort der vieltausendköpfigen Menge.

Frankfurt a. M., 27. Februar.

In Frankfurt a. M. sprachen am Sonnabend der bayerische Staatsrat Schäffer und der Führer des Zentrums, Prälat Kaas. Der Anlaß zu der Kundgebung war außerordentlich.

Der Zentrumsführer Prälat Kaas erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, er sei zwar nicht als ein aggressiver Redner bekannt, aber es bedürfte doch die Gefahr eines Redeverbotes für ihn.

versucht in seinem Todeskampf die Aufrechterhaltung und Sicherung des Klassenstaates und der besitzbürgerlichen Vorrechte auf dem Wege der politischen Macht und Gewalt zu erreichen. Die Formen, in der in unserer Zeit diese politischen Rettungsversuche des Kapitalismus sich ausdrücken, sind Faschismus und Obrigkeitsstaat. Die müssen alle Freiheiten des Volkes begraben, um ihr Ziel zu erreichen, sie müssen den Kampf in der vielfältigen Gestalt, wie wir ihn erleben, durchzusetzen versuchen, sie müssen vor allem den Schlag führen gegen die organisierte Arbeiterbewegung, die drohend emporsteigt und die die Totengläubern des Kapitalismus und die Auferstehungsglocken einer sozialistischen Welt läutet.

*

In einer solchen Wende eines Zeitalters wird gehandelt, und dabei fallen, wie das Sprichwort sagt, Späne. Neben den gefallenen Freiheitsopfern auf der Totenklage wird der Kampf gegen das Wort und die Schrift geführt, werden Versammlungen gesprengt und aufgelöst, wird vor allem auch die Arbeiterpresse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gekneblet.

Deshalb schimpfen wir nicht und klagen wir nicht. Wir wissen, daß jeder soviel Recht hat, wie er Macht besitzt. Wir kennen die soziale Bedingtheit aller politischen Erscheinungen in der Klassengrundlage der Gesellschaft. Wir wollen die Welt verändern und kämpfen deshalb für das Ziel der Wahrheit, für eine bessere Zukunft, gegen eine zerfallende und verfaulende Vergangenheit. Wir fürchten nichts, weil wir wissen, daß die Welt sozialistisch sein oder untergehen wird. Wir fürchten nichts, weil wir wissen, daß Deutschland in Freiheit leben muß oder — es wird nicht sein!

*

Unser Verbot ist von dem bürgerlichen Gegner mit seltsamen Gefühlen aufgenommen worden. Ein deutschnationaler Rechtsanwalt aus Bielefeld erklärte uns gegenüber die juristische Begründung für einfach unhaltbar. Nur in den Spalten des braunen „Westfälischen Beobachters" herrschte eitel Freude, daß die fortwährenden Verbotsrufe und die Postsendungen nach Berlin nicht vergeblich gewesen sind. „Endlich, endlich!" lechzt er in die Welt. Wir werden dafür sorgen, daß der Angstschweiß und die Wahlfurcht, die wir über diese Partei gebracht haben, auch weiterhin gesteigert werden. Wenn wir diese „Zeitung", in der Journalismus gleichgestellt wird mit übelster Hinterrtreppenphantasie, in der der machtvolle Aufzug der Eisernen Front in Bielefeld bezeichnet wurde als ein „Leichenzug" der „Millionenviehe", uns ansehen, dann halten wir es mit Goethe:

„Wir reiten in die Kreuz und Quer,
Nach Freuden und Geschäften;
Noch immer läßt es hinterher



„Siehst du, jetzt wird mir immer klarer, warum ich Liste 2 wählen werde."

Der SPD erging es nur vergleichsweise besser. Nach einem Verbot auf drei Tage erschien die »Volkswacht« am 27. Februar zum letzten Mal. Die Schlagzeile »Bielefeld ist rot und bleibt rot« war Wunsch, nicht Realität.
Der Reichstagsbrand bot Hitler den Vorwand, beliebig viele Funktionäre der KPD zu verhaften. Bis zum 7. März wurden in Bielefeld Stadt und Land insgesamt 71 Kommunisten festgenommen und in das Polizeigefängnis in der Turnerstraße eingeliefert.



(B 8) Das Volkswacht-Gebäude mit Transparenten für die Reichstagswahlen am 5. März 1933.

13. Der Terror beginnt

Mit der Besetzung des »Volkswacht«-Gebäudes wurde auch der SPD die Möglichkeit genommen, sich am Wahlkampf gleichberechtigt zu beteiligen, befand sich hier doch die Druckerei, in der Material für die Werbung hergestellt worden war. Die bürgerlichen Zeitungen konnten nicht ganz ihre Genugtuung darüber verbergen, daß es der »marxistischen« Konkurrenz an den Kragen ging.
Die Bielefelder Polizei, die für die Besetzung und auch für die Festnahmen kommunistischer Funktionäre verantwortlich war, kann zu dieser Zeit noch nicht als »braun« gelten. Nur wenige Polizeibeamte waren der NSDAP schon vor der Machtergreifung beigetreten. Der Polizeipräsident von Werder, 1932 nach dem Staatsstreich in Preußen anstelle des liberalen Präsidenten Fiehn eingesetzt, war sicher kein Demokrat, galt aber auch nicht als Nationalsozialist.
Vor diesem Hintergrund muß die Aufstellung der Hilfspolizei am 1. März 1933 gesehen werden. Der Anfang wurde mit der Einstellung von je 50 Leuten aus der SA, der SS und dem Stahlhelm gemacht. Bis zum 8. März erhöhte sich die Zahl auf 360 in der Stadt und 75 im Landkreis.



(B 9) Das Gebäude wird von der Polizei besetzt, die Transparente werden abgenommen.



Erscheint unter der Presse-Notverordnung der Regierung Hitler-v. Papen-Hugenberg.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östl. Westfalen und die lippischen Freistaaten

Mit den Beilagen „Der Sonntag". „Die Welt der Frau" „Spiel und Sport" „Arbeitende Jugend". „Kinderfreund"

44. Jahrgang — Bielefeld, Dienstag, den 28. Februar 1933 — Nummer 47

Verboten!

Das Erscheinen der Zeitung

„Volkswacht"

ist infolge einer polizeilichen Maßnahme unmöglich

Verantwortlich nach dem Preßgesetz: W. Koeppter, Bielefeld. Druck und Verlag: Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht". R. Gaedig & Co., Bielefeld.

(B 12) Ausgabe der »Volkswacht« vom 28. Februar 1933; sie bestand nur aus diesem einen Blatt.

Mit der Hilfspolizei schufen sich die Machthaber ein Instrument, das voll hinter der neuen Regierung und ihrem gewalttätigen Kurs stand. Sie setzte die Verhaftungswelle fort, die von der Politischen und der Schutzpolizei begonnen worden war.

(B 10), (B 11) Zwei weitere Fotos von der Besetzung des Gebäudes der Volkswacht.

(B 13) Bericht der »Westfälischen Zeitung« über die Besetzung der »Volkswacht« und über Festnahmen (1. 3. 1933).

Bielefelder Zeitgeschichte



Wie gestern schon mitgeteilt, sind die marxistischen Zeitungen in Preußen, darunter auch die Bielefelder „Volkswacht" verboten worden. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus der Menschenansammlung vor dem Verlagsgebäude in der Schulstraße, das von Polizeibeamten bewacht wurde, nachdem wenige Stunden vorher große Mengen politischer Druckschriften beschlagnahmt worden waren.

24 Kommunisten festgenommen

Heute Einstellung von Hilfspolizei.

Von der politischen Polizei Bielefeld wurden in der Nacht zum 1. März 24 Funktionäre der Ortsgruppe Bielefeld der Kommunistischen Partei Deutschlands festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Unter den Verhafteten befand sich auch ein kommunistischer Stadtverordneter.

Heute morgen sind in der Stadt Bielefeld SS- und SA-Leute sowie Stahlhelmer als Polizeihilfskräfte einberufen worden. Sie sollen nicht in bestimmten Fällen, sondern nach Bedarf eingesetzt werden.

Die Frage der Einsetzung von Hilfspolizei dürfte für den Landkreis Bielefeld im Laufe des heutigen Tages geklärt werden.

Die vergangene Nacht ist durchaus ruhig verlaufen. Gestern abend in der Zeit von 10 bis 11 Uhr wurden in der Heeper Straße in der Nähe des Ehlentrupper Holzes größere kommunistische Ansammlungen beobachtet, die sich zerstreuten, ohne das die Polizei eingreifen brauchte.

Die Severingversammlung verboten.

Wie wir hören, ist die zu morgen geplante Severing-Versammlung in Bielefeld verboten worden.

!! Die Lebenskosten im Februar.

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Februar 1933 um 0,4 v. H. auf 116,9 (gegenüber 117,4 im Vormonat) zurückgegangen.

14. Die Märzwahlen 1933

Für das politische Klima im Vorfeld der auf den 5. März angesetzten Reichstagswahlen war es bezeichnend, daß sich die Denunzierungen bei den Polizeibehörden häuften. Der Vorwurf, man habe die Reichsregierung verächtlich gemacht, konnte schnell zur Festnahme und zur Verhängung von Schutzhaft führen, wobei der Verhaftete, so lautete die offizielle Begründung, vor dem aufgebrachten Volkszorn »geschützt« werden sollte.

Bielefelder Stadtverordnetenwahl

Parteien	Kommunalwahl 12. 3. 1933 Stimmen	Mandate	Kommunalwahl 30. 11. 1930 Stimmen	Mandate	Landtagswahl 5. 3. 1933
Nationalsozial. D. A. P.	28 292	19	15 936	12	31 029
Sozialdemokrat. Partei	28 658	19	29 372	22	28 948
Kommunistische Partei	5 983	4	4 068	3	8 629
Zentrum	3 047	2	3 122	2	3 400
Kampffr. Schw.-w.-rot [1]	5 955	4	3 154	2	5 507
Evangel. Volksdienst	2 103	1	3 757	2	2 420
Bielefelder Bürgerblock [2]	2 483	1	4191+5855	3+4	2 030 [4]
Wehrwolf	85	—	—	—	—
Summa [3]	77 229	50	72 261	50	84 255
Wahlberechtigt	97 986		84 685		90 299
Wahlbeteiligung	87,8 Proz.		84,5 Proz.		93,6 Proz.

Kreistagswahl Bielefeld-Land

Parteien	Kreistagswahl 12. 3. 1933 Stimmen	Mandate	Kreistagswahl 30. 11. 1930 Stimmen	Mandate	Landtagswahl 5. 3. 1933
NSDAP.	14 473	10	6 403	5	15 436
SPD.	13 964	10	13 575	10	13 748
KPD.	1977	1	1 379	1	3 150
Zentrum	805	1	674	—	853
Schwarz-weiß-rot [1]	2 815	2	3 302 Deutschnational	3 Deutschn.	2 503
DVP.	509	—	2 046	2	601
Evangel. Volksdienst	1937	1	3 544	3	2 155
Wirtschaftspartei	—	—	938	1	—
Summa [3]	36 891	25	32 200	25	39 338

[1]) Am 30. 11. 30 Deutschnationale Volkspartei.
[2]) Am 30. 11. 30 Deutsche Volkspartei (einschl. Volksnat. Reichsvg., Kons. VP.) u. W. P.
[3]) In der Endsumme sind die nicht aufgeführten zersplitterten und ungültigen Stimmen berücksichtigt. [4]) Deutsche Volkspartei.

(B 15) (B 16) Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Stadt und Kreis Bielefeld vom 12. März 1933.

Ungehindert von Repressalien konnte nur noch die NSDAP ihren Wahlkampf führen. Sie tat das mit allen Mitteln der Demagogie und der Einschüchterung. An einem Fackelzug der »nationalen« Verbände – das waren SA, SS, Hitlerjugend, Stahlhelm und erstmals ein Eisenbahnertrupp mit Hakenkreuzbinden – beteiligten sich rund 3000 Menschen. Auf den Sieben Hügeln wurden Leuchtfeuer abgebrannt. Dennoch war die Kundgebung, verglichen mit einer Demonstration der SPD auf dem Kesselbrink, eher dürftig. Hier hatten sich gut 8000 Menschen versammelt. Selbst aus Brackwede, Ummeln, Herford und Rheda waren Reichsbannergruppen anmarschiert.
Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März schien in Bielefeld dem Motto der SPD-Veranstaltung »Bielefeld ist rot und bleibt rot« recht zu geben. Trotz des Terrors gegen die KPD und der Diffamierungskampagne gegen die SPD – vor allem Severing wurde hemmungslos angegriffen – und trotz des Erscheinungsverbotes für den »Kämpfer« und die

(B 17) Hissung der Hakenkreuzfahne und der Schwarz-weiß-roten Fahne der nationalen Verbände durch SA-Leute auf dem Rathausbalkon (6. März 1933).



»Volkswacht« erreichten die Arbeiterparteien noch immer erstaunliche Stimmenzahlen.
Der SPD gaben in der Stadt 34,4 % der Wähler ihr Votum, im Landkreis 34,9 %. Die KPD hatte einen Anteil von 10,3 bzw. 8,1 %. Von den Regierungsparteien entfielen auf die NSDAP 37,3 bzw. 39,9 % der Stimmen – und damit hatte sie die SPD erstmals überholt – und auf die DNVP, die als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot alle bürgerlichen Kräfte zu vereinigen versucht hatte, 6,9 bzw. 6,5 %. Anders als im Reich fand die Regierung in Bielefeld Stadt und Land keine Mehrheit.
Die Umwälzung der staatlichen Verhältnisse hatte auch in den Kommunen unmittelbare Auswirkungen. Auf Vorschlag Görings setzte das Reichskabinett den Termin für die preußischen Kommunalwahlen auf den 12. März fest, obwohl die Wahlperiode erst gegen Jahresende auslief.
Wegen des kurzen Abstandes konnte ein kommunalpolitisch orientierter Wahlkampf nicht geführt werden; er stand auch gar nicht im Interesse der Machthaber. SA und SS beherrschten nun völlig das Bild. Zusammen mit dem Stahlhelm und dem Deutschnationalen Kampfring veranstalteten sie am 6. März einen Aufmarsch auf dem Schillerplatz. Eine Gruppe von acht SA-Leuten betrat ungehindert das Rathaus und hißte vom Balkon die Hakenkreuzfahne und die schwarz-weiß-rote Fahne der



Deutschnationalen. Gauinspekteur Homann hielt dazu eine kurze Ansprache. Der Magistrat indessen, der um diese Zeit im Rathaus zusammengekommen war, lehnte mit Mehrheit ab, seine Sitzung fortzusetzen, solange unter Duldung der Polizei städtisches Eigentum verletzt sei.
Am folgenden Tag wehten Hakenkreuzfahnen auch vom Polizeipräsidium, vom Hauptbahnhof, vom Haus der Technik und vom Kreishaus.
Aus Schulen und öffentlichen Gebäuden holten SA und SS in den folgenden Tagen die Fahnen der Republik und verbrannten sie öffentlich.
Das Ergebnis der Wahl am 12. März ist insofern belanglos, als die Rathausparteien ohnehin in den folgenden Monaten verschwanden, sei es durch Verbot, sei es durch Selbstauflösung.

(B 16) Die Hakenkreuzfahne und die schwarz-weiß-rote Fahne werden über den Niederwall zum Rathaus getragen.

(B 18) Regierungspräsident Frhr. von Oeynhausen begrüßte die Fraktion der NSDAP-Stadtverordneten mit Irrgang an der Spitze vor dem Einzug ins Rathaus.

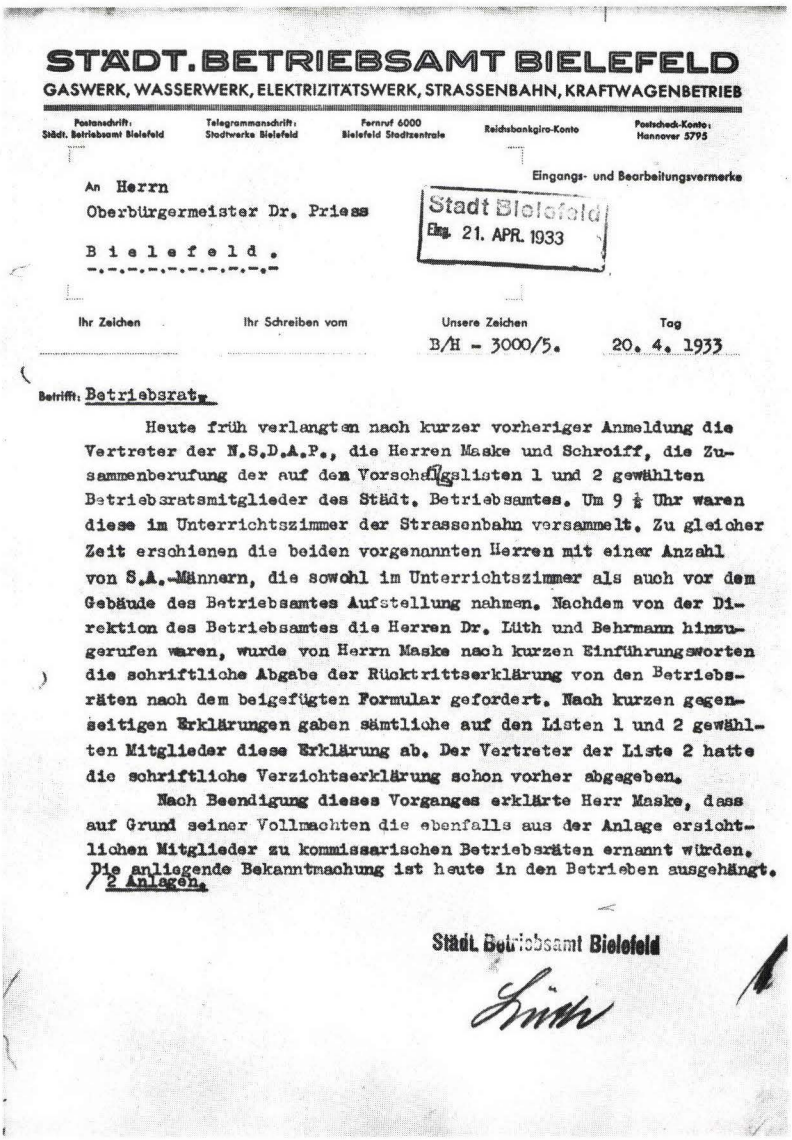
(C 1) Die Geschäftsstelle der NSDAP in der Wilhelmstraße, zeitweise als »Horst-Wessel-Haus« bezeichnet (1933).



C. Die Gleichschaltung

15. Machtergreifung in der Stadt

Die Kommunalwahlen hatten der NSDAP 19 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht, die mit ihr verbündete DNVP erwarb 4; das war nicht die Mehrheit. Noch immer hielt ein Teil der Bielefelder Bevölkerung an den demokratischen Parteien fest. Ähnlich sah es im



STÄDT. BETRIEBSAMT BIELEFELD

GASWERK, WASSERWERK, ELEKTRIZITÄTSWERK, STRASSENBAHN, KRAFTWAGENBETRIEB

Postanschrift: Städt. Betriebsamt Bielefeld | Telegrammanschrift: Stadtwerke Bielefeld | Fernruf 6000 Bielefeld Stadtzentrale | Reichsbankgiro-Konto | Postscheck-Konto: Hannover 5795

An Herrn
Oberbürgermeister Dr. Priess

B i e l e f e l d .
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eingangs- und Bearbeitungsvermerke
Stadt Bielefeld
Eing. 21. APR. 1933

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unsere Zeichen	Tag
		B/H - 3000/5.	20. 4. 1933

Betrifft: Betriebsrat.

Heute früh verlangten nach kurzer vorheriger Anmeldung die Vertreter der N.S.D.A.P., die Herren Maske und Schroiff, die Zusammenberufung der auf den Vorschlagslisten 1 und 2 gewählten Betriebsratsmitglieder des Städt. Betriebsamtes. Um 9 ½ Uhr waren diese im Unterrichtszimmer der Strassenbahn versammelt. Zu gleicher Zeit erschienen die beiden vorgenannten Herren mit einer Anzahl von S.A.-Männern, die sowohl im Unterrichtszimmer als auch vor dem Gebäude des Betriebsamtes Aufstellung nahmen. Nachdem von der Direktion des Betriebsamtes die Herren Dr. Lüth und Behrmann hinzugerufen waren, wurde von Herrn Maske nach kurzen Einführungsworten die schriftliche Abgabe der Rücktrittserklärung von den Betriebsräten nach dem beigefügten Formular gefordert. Nach kurzen gegenseitigen Erklärungen gaben sämtliche auf den Listen 1 und 2 gewählten Mitglieder diese Erklärung ab. Der Vertreter der Liste 2 hatte die schriftliche Verzichtserklärung schon vorher abgegeben.

Nach Beendigung dieses Vorganges erklärte Herr Maske, dass auf Grund seiner Vollmachten die ebenfalls aus der Anlage ersichtlichen Mitglieder zu kommissarischen Betriebsräten ernannt würden. Die anliegende Bekanntmachung ist heute in den Betrieben ausgehängt.

2 Anlagen.

Städt. Betriebsamt Bielefeld

Lüth

(C 3) Bericht des Direktors des Städtischen Betriebsamtes, Lüth, über die Gleichschaltung des Betriebsrates.

Kreistag aus. Zu den 10 Sitzen der Nationalsozialisten kamen 2 der DNVP von insgesamt 25. Kennzeichnend war, daß die bürgerlichen Parteien so gut wie einflußlos geworden waren. Ihre Stimmen hatte bis auf kleine Reste die NSDAP geschluckt.

Bemerkenswert wich das Wahlergebnis in Gadderbaum von allen übrigen ab: Hier erhielt die Hitlerpartei mit 56,8 % der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit. Rechnet man die 11 % der DNVP (Kampffront Schwarz-Weiß-Rot) hinzu, wird offenkundig, daß gut ⅔ aller Wähler ihre Stimmen den Parteien der Regierung und damit den Gegnern der Demokratie und der Republik gegeben hatten. Selbst der Evangelische Volksdienst kam nur auf einen Anteil von 10,9 %. Dagegen brachten die



(C 4) Der Bürgerpark wird zu Hitlers Geburtstag am 20. 4. 1933 in »Adolf-Hitler-Park« umbenannt.

16,1 % für die SPD und die 3,7 % für die KPD entsprechend der sozialen und weltanschaulichen Zusammensetzung der Bevölkerung Gadderbaums und der Anstalt Bethel keine Überraschung.
Seit 1932 hatte die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) versucht, in den Bielefelder Firmen Fuß zu fassen, ohne daß sie damit größere Erfolge gehabt hätte. Nach der Machtübernahme Hitlers ging sie dazu über, rigoros alle ihr nicht genehmen Betriebsräte aus dem Amt zu drängen. Ein Beispiel hierfür ist die Einflußnahme auf die Belegschaftsvertretung des Städtischen Betriebsamtes (heute Stadtwerke).
Für den Betriebsrat hatten hier auf Liste 1 die sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften kandidiert; die Liste 2 wurde von den christlichen Gewerkschaften besetzt, Liste 3 von der NSBO. Am 5. April verlangte die NSBO-Kreisleitung die Entlassung der auf Liste 1 Gewählten aus dem Betriebsrat. Nach dem Bericht des Direktors Dr. Lüth mußten am 20. April auf den Druck der NSDAP hin auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften ihr Amt abgeben. Die Vertretung der Belegschaft verblieb einzig in den Händen der NSBO.
Unter Beteiligung der NSDAP-Gruppierungen, zahlreicher Vereine und aller offizieller Vertreter der Verwaltungen wurde an Hitlers Geburtstag, dem 20. April 1933, der Bürgerpark an der Oetkerhalle in »Adolf-Hitler-Park« umbenannt. Zum Park hin war eine riesige Leinwand aufgebaut, auf die das Bild Hitlers projiziert wurde.

(C 2) Schreiben der NSBO-Kreisleitung an den Direktor des Städtischen Betriebsamtes mit der Forderung, alle Marxisten aus dem Betriebsrat zu entlassen (5. 4. 1933).
(C 5) Zeitungsnotiz vom 18. 4. 33 über die Beschlagnahme der Eintrachthütte des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes in der Senne.





(C 6) Bilder vom 1. Mai 1933: Eine Marschkolonne der Schutzpolizei und Aufmarsch in den Heeper Fichten.

16. Der 1. Mai 1933

Von Anfang an haben es die Nationalsozialisten verstanden, Massenaufmärsche zu inszenieren und die Emotionen der Bevölkerung zu wekken. Wie Hitlers Geburtstag, so bot auch der 1. Mai hierzu eine günstige Gelegenheit.

Kein Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung hatte eine derartige Symbolkraft wie dieses Datum. Seit der Durchsetzung der Maifeiern im Jahre 1890 wußte sich die deutsche Arbeiterschaft mit den Kollegen in allen Industrieländern verbunden. Die internationale Verbrüderung war trotz der Krise des Ersten Weltkriegs ein Leitgedanke am »Tag der Arbeit«.

Hatte Hitler unermüdlich davon geredet, daß die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern überwunden werden müsse, um das deutsche Volk aus dem Elend herauszuholen, nutzte er jetzt die neu erworbene Macht, um den Akt der Verbrüderung propagandistisch zu vollziehen. Er machte den 1. Mai zum Nationalfeiertag und entkleidete ihn damit seines internationalen Charakters. Er ließ Unternehmer und Arbeiter wie Angestellte in einem Zug hinter dem jeweiligen Firmenschild aufmarschieren, um Verbundenheit zu demonstrieren. Er füllte die Marschreihen zugleich mit den Trupps der SA und SS, um zu zeigen, daß Partei und Betriebe zusammengehörten. Galten die Geburtstagsfeiern am 20. April dem Kult des Führers, so die Feiern des 1. Mai dem Kult der Volksgemeinschaft. Zugleich schufen sie ein Hochgefühl, sicher auch bei vielen alten Gewerkschaftern, ein Gefühl der Sicherheit, das Hitler für seinen nächsten Schlag, die Vernichtung der Arbeiterbewegung, brauchte.

Auf drei Plätzen in der Stadt sammelten sich die Marschkolonnen: die verschiedenen Formationen der NSDAP, die Innungen der Handwerkerschaft, die Arbeiter und Angestellten der größeren Firmen, Polizei, Eisenbahner und Postler, Chöre und Orchester – rund 50000 Menschen, wie die Zeitungen berichteten. Die eigentliche Feier fand in den



(C 7) Die Belegschaft einer Bielefelder Firma.

Heeper Fichten statt. Nach der Übertragung einer Goebbels- und einer Hindenburgrede hielt der Führer der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation, Erwin Voß, die Hauptansprache. Darin war viel vom neuen Deutschland und von der Überwindung des Klassenkampfes die Rede.
Abends wurde auf dem Plateau der Sparrenburg wieder ein riesiges Hitlerbild auf eine Leinwand projiziert, abgehoben vom dunklen Abendhimmel, dem Irdischen entrückt.

(C 9) Der Bielefelder SS-Sturm am 1. Mai in den Heeper Fichten.



(C 8) Aufmarsch in den Heeper Fichten.

Donnerstag 4 Mai 33 — 3. Jahrgang Nr. 103

Westfälischer Beobachter

Bielefelder Beobachter — Herforder Beobachter — Mindener Beobachter

Nationalsozialist. Tageszeitung für Westfalen-Nord

Für Freiheit und Brot

Sämtliche Gewerkschaften unterstellen sich der Führung Adolf Hitlers

Ein großes Werk vollendet

Berlin. Die NSK. meldet: Wie uns im Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Dr. Ley, mitgeteilt wird, haben der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenschaften (Hirsch-Dunker), der G. d. A., der V. d. H. und andere Verbände sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit unterstellt. Morgen werden mit dem DHV. als letzten Verbande Verhandlungen aufgenommen. Es ist zu hoffen, daß auch diese Organisation den Beitritt vollzieht und sich dem großen Werke anschließt.

Damit haben zum ersten Mal in der deutschen Arbeiterbewegung die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände erreicht und eines der größten Werke vollendet, die die Geschichte des deutschen Arbeitertums zu verzeichnen hat.

Die und der Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Dr. Ley, teilen weiterhin mit, daß es jetzt, nachdem sich diese Verbände bedingungslos und vorbehaltlos der NSDAP unterworfen haben, die Pflicht, die sachlichen und fachlichen Kräfte aus diesen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. Schon auf dem in der nächsten Woche stattfindenden großen Arbeiterkongreß in Berlin wird dieser Wille zum Ausdruck gebracht werden.

Zu diesem Arbeiterkongreß, der am 10. Mai in Berlin stattfindet, hat Adolf Hitler die Schirmherrschaft übernommen.

Die Erklärung der Reichsregierung

Berlin. Die Aktion gegen die Freien Gewerkschaften entspricht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, durchaus dem vom Reichskanzler proklamierten Kampf gegen den Marxismus. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß er nicht möglich ist, wenn der Marxismus hinter den Gewerkschaften versteckt und getarnt den Kampf weiterführen. Die Maßnahmen richteten sich nicht gegen den Arbeiter als solchen, sondern hätten den Zweck, die Gelder und sonstigen Rechte für den Arbeiter sicherzustellen.

Der neue Gewerkschaftskommissar

Berlin. Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Reichstagsabgeordneter Dr. Robert Ley, veröffentlicht folgende Erklärung: „Alle bisherigen Meldungen über den zukünftigen Gewerkschaftskommissar entbehren jeglicher Grundlage und sind reine Kombinationen, die als Zweckmeldungen bestimmter Quertreiber aufzufassen sind. Um nun all diesen Quertreibereien jeden Boden zu entziehen, wird folgendes bestimmt: Ich selbst übernehme die Führung der neu aufzubauenden Arbeitsfront. Zum Führer der gesamten Arbeiterverbände bestimme ich den Parteigenossen Walter Schumann, MdR. Berlin, zum Führer der gesamten Angestelltenverbände bestimme ich den Parteigenossen Albert Forster, MdR. Danzig."

Rosenberg über die Gewerkschaftsaktion

Berlin. Im „Völkischen Beobachter" schreibt Alfred Rosenberg zur Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften u. a.: Die korrupte Führung der Gewerkschaften bedrohte heute immer mehr ihre eigene Sicherheit, und wenn auch manche Arbeiter am Dienstag mitzog fassungslos gewesen sein mögen — sie werden der NSDAP einmal dankbar sein, das deutsche Arbeitertum von einem Alpdruck befreit zu haben. Die nationalsozialistische Revolution hat einen zweiten Schritt vorwärts getan; sie hat aus der größten, mächtigsten Kundgebung, die die Welt jemals gesehen hat — in Tempelhof — die Schlußfolgerung gezogen. Sie hat weitere Stützen des marxistischen Klassenkampfes zerbrochen und Gegner der deutschen Wiedererneuerung unschädlich gemacht.

Wir sind uns klar darüber, daß die Handlung des 2. Mai ein Weltgeschrei bei den Genossen der Leipart und Grahmann im Auslande hervorrufen, eine neue Hetze zeitigen wird. Aber ebenso überzeugt sind wir, daß die Festigkeit und die Disziplin des Nationalsozialismus nach und nach allen — Freunden und Gegnern — imponieren werden. Viele werden sich angesichts dieses Imponierens sagen müssen, daß so nur Menschen handeln können, die sich ihrer Sendung bewußt sind. Und sie werden sich dann fragen, ob nicht auch ihrem Lande ähnliche Probleme zur Lösung auferlegt sind.

Die Aufnahme in England

London. Die englische Presse gibt die Maßnahmen zur Gleichschaltung der „freien" Gewerkschaften in Deutschland in sehr eingehenden Meldungen wieder. Die „Times" schreibt, die Maßnahmen seien nicht ganz unerwartet gekommen. Die Vorbereitungen seien vorzüglich gewesen. Die Kundgebungen hätten eine größere Arbeiterorganisation geschaffen, als sie jemals den Gewerkschaften in ihren besten Tagen zur Verfügung gestanden habe. Die Vorgänge seien ein Beispiel für das elastische Zusammenspiel zwischen der vordringenden volkstümlichen Bewegung und den wohlerwogenen Maßnahmen der Regierung. Die konservative Presse enthält sich vorläufig jeglicher Stellungnahme. Der sozialistische „Daily Herald" sagt, die Hoffnungen der alten Gewerkschaftsführer auf ein Kompromiß mit Hitler seien fehlgeschlagen.

Paris und die Gleichschaltung

Paris. Die Gleichschaltung der marxistischen Gewerkschaften hat in Paris großes Aufsehen hervorgerufen. Nach den bisherigen Kommentaren scheint aber daß diese Maßnahme als verständliche Folge der bisherigen Entwicklung betrachtet wird. „Dieser gewaltige Angriff der revolutionären nationalsozialistischen Regierung", so schreibt der „Petit Parisien" u. a., „wird in den Arbeiterkreisen keinen nennenswerten Widerstand finden, da diese vollkommen enttäuscht und angewidert sind von der Art, mit der die sozialistischen und gewerkschaftlichen Führer ihre Interessen vernachlässigt haben. Diese Arbeiterkreise scheinen jetzt ihre Hoffnungen auf die neue Herrschaft gesetzt zu haben. Die deutsche Arbeiterklasse, die bisher sozialistisch oder kommunistisch war, glaubt, daß sie durch eine Stärkung der nationalsozialistischen Reihen die Bewegung noch mehr radikalisieren kann, was den Lohnempfängern größere Vorteile bringen könnte, als die verblaßte Demokratie.

Neue Führer in den Gewerkschaften

Berlin. Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Pg. Dr. Ley, hat eine Reihe von wichtigen Anordnungen erlassen:

Pg. Walter Schumann, M. d. R., wird mit der gesamten Leitung des ADGB. des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, des Gewerkschaftsringes deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände, sowie kleinerer Verbände beauftragt.

Der Schatzmeister der Arbeiterverbände, Pg. Paul Brinkmann, und der Leiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Pg. Karl Müller, erhalten die Beaufsichtigung und Kontrolle der oben aufgeführten Verbände, sowie des Afa-Bundes und des GDA.

Für die Erledigung aller organisatorischen Fragen der fünf großen Verbände, sowie kleinerer Verbände wird der Organisationsleiter des Aktionskomitees, Pg. Reinhold Muchow, ernannt. Gleichzeitig erhält er den Auftrag, den neuen Organisationsaufbau der beiden Einheitsverbände der Arbeiter und Angestellten auszuarbeiten und vorzubereiten.

Die Leitung der gesamten Gewerkschaftspresse aller in Frage kommenden Verbände übernimmt der Presse- und Propagandaleiter des Aktionskomitees Pg. Hans Biallas.

Die DNVP beschloß in ihrer gestrigen Vorstandssitzung, sich in Zukunft Deutsche nationale Front zu nennen.

Hitlers Wirkung in Oesterreich

Von Heinz Cohrs, Wien.

Die Ereignisse der nationalsozialistischen Revolution im Reich haben selbstverständlich auch hier zu Lande Auswirkungen ausgelöst. In der Angst, über den Haufen gerannt zu werden, erließ die christlich-soziale Regierung eine Notverordnung nach der anderen, um sich im Sattel zu halten. Nach außen hin wurde dabei betont, daß sich diese diktatorischen Maßnahmen selbstverständlich nur gegen den Marxismus richten, hinter den Kulissen hoffte man aber die nationalsozialistische Welle an den österreichischen Grenzen abdämmen zu können. Diese Hoffnung hat sich aber als recht trügerisch erwiesen; denn wenn man heute die Geschehnisse in Oesterreich genau verfolgt, muß man einsehen, daß die Ereignisse im Reich nicht nur Beachtung bei der Regierung, sondern auch in weitesten Volkskreisen gefunden haben. Trotzdem die Zeitungen natürlich in weitgehendstem Maße verbieten, die politische Arbeit des Kabinettes Hitler zu vertuschen, schätzt man im Volke das, was bisher seit dem 30. Jänner im Reiche geleistet wurde, sehr genau ein. Man unterhält sich in einst gegnerischen Kreisen gern über die Arbeitsleistungen des Kabinetts Hitler und kann, ob man nun will oder nicht, diesem die Hochachtung nicht versagen. Die 400-Millionen-Reichsmark-Kredite im Arbeitsbeschaffungsprogramm, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die hervorragende Unterstützung der Notstandsgebiete, die Kraftfahrzeugsteuer, die Gleichschaltung der Länder, die Antigreuelpropaganda, die ausgezeichnete Disziplin der SA und der SS, die fortschreitende Auflösung der Systemparteien und Einigung des Volkes haben hier zu Lande größte Beachtung gefunden und sind das Tagesgespräch in Stadt und Land.

Durch diese gigantischen Leistungen des Kabinetts Hitler sind alle Notverordnungen — also Versammlungsverbot, Zeitungsknebelung, Abzeichenverbot —, die die Regierung gegen den Nationalsozialismus in Oesterreich erließ, wieder wettgemacht. Das heißt mit anderen Worten, daß wir augenblicklich hier gar keine Versammlungen gebrauchen, das Volk wird schon durch die fabelhafte Arbeitsleistung des Kabinetts Hitler allein aufgeklärt. So kommt es, daß trotz der Knebelung die nationalsozialistische Bewegung Oesterreichs in den letzten Wochen ganz ungeheure Erfolge zu verzeichnen gehabt hat. Ueberall, ob in Steiermark, in Kärnten, Tirol, Burgenland oder Niederösterreich sind in den letzten Wochen fast mehr Ortsgruppen gegründet worden als in den letzten drei Monaten. In den Gaukanzleien laufen täglich stoßweise Neuanmeldungen ein, und die SA wächst von Tag zu Tag.

So ist auch der große Wahlsieg in Innsbruck zu erklären. Nicht ein Mandat hatten wir bisher und sind nun, man kann fast sagen über Nacht, durch die Eroberung von

17. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung

Dem »Tag der nationalen Arbeit« folgte die große Ernüchterung. Wie so oft in der Zeit des Dritten Reiches standen die Beteuerungen der Friedensliebe Hitlers unmittelbar neben Aktionen nackter Gewalt.
Am 2. Mai 1933 wurden alle »marxistischen« Gewerkschaften aufgelöst, ein »Stoß ins Herz«, wie die Westfälische Zeitung meinte. Die Eisenhütte in der Marktstraße, das gesamte Volkswachtgebäude, die Gewerkschaftsbüros, der Rütli, die gewerkschaftliche Bildungszentrale in Brackwede, das Naturfreundehaus in der Senne und andere Einrichtungen der Gewerkschaften wurden besetzt, die Bücher beschlagnahmt, die Kassen eingezogen. Schon am 27. April hatte das Preußische Innenministerium Anweisung an die Polizeipräsidenten gegeben, den Aktionen der NSDAP nicht entgegenzutreten. Fast gleichzeitig informierte die Gauleitung Westfalen-Nord die Presse über die Maßnahmen; ihre Mitteilung war so abgefaßt, als sei die Aktion bereits durchgeführt.
Zum Teil übernahm die NSDAP die beschlagnahmten Gebäude für eigene Zwecke. In die Eisenhütte zog die NSBO ein. Den Angestellten der Büros der Gewerkschaften wurden kommissarische Leiter vorgesetzt; sie mußten einen Verpflichtungsschein unterschreiben, daß sie ihre Arbeit unter den neuen Leitern fortführen würden. Zugleich verbreitete man Greuelmärchen über Betrügereien und Unterschleife von Gewerkschaftsfunktionären.

(C 10) Titelblatt des NS-Organs vom 4. Mai 1933: Mit der Schlagzeile wird der Eindruck erweckt, als hätten sich die Gewerkschaften aus freien Stücken »gleichgeschaltet«.

(C 11) Die Eisenhütte, das Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter in der Marktstraße. Hier ein Foto von einem Jugendtag 1921.





(C 12) Die Produktionsanlagen und Läger des Konsum in der Märkischen Straße.

Nur in Einzelfällen ist es gelungen, Kassen und Akten, insbesondere die Beitragslisten, rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Einige Gewerkschaftsführer tauchten unter. Andere wurden in »Schutzhaft« genommen. Ein Kassierer des Metallarbeiterverbandes, der die Mitglieder aufgefordert hatte, keine Beiträge mehr zu bezahlen, wurde ebenfalls verhaftet.

Am 3. Mai holte die NSBO führende Gewerkschafter in der Ausstellungshalle zusammen. Der NSBO-Kreisleiter Erwin Voß teilte hier Einzelheiten über die Auflösung der Gewerkschaften mit. Zu Tumulten kam es bei einer ähnlichen Veranstaltung am 15. Mai im Kyffhäuser, auf der Voß die Anwesenden als »Bonzen« beschimpfte.

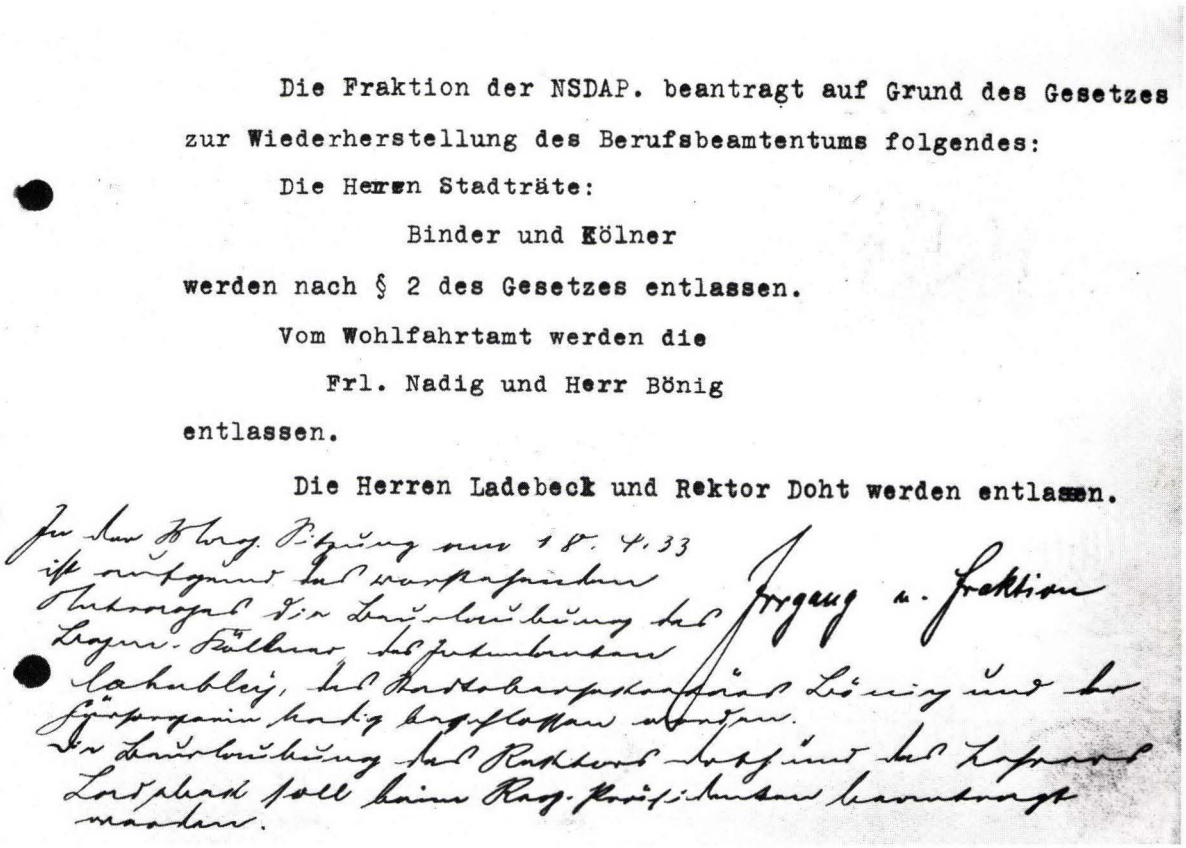
In den folgenden Wochen wurden auch die Arbeiter-Sport- und Gesangvereine aufgelöst und andere genossenschaftliche Einrichtungen der Gewerkschaften beschlagnahmt. Der Konsum führte seine Geschäfte unter kommissarischer Leitung weiter.

Ähnlich wie zuvor beim Städtischen Betriebsamt ging man nun daran, die Betriebsräte der Industriefirmen gleichzuschalten. Am 18. April schon hatte der Kreisleiter Dr. Löhr massiven Einfluß auf die Wahllisten der Feldmühle in Hillegossen genommen, in dem er den Landrat aufforderte, dafür zu sorgen, daß acht Arbeiter entlassen würden, die kandidiert hatten. Der Bürgermeister von Heepen erhielt den Auftrag, diese acht und zwei weitere »Kommunisten« zu verhaften. Am 8. Mai meldete der Polizeipräsident dem Landrat, daß man acht der Arbeiter aus dem Polizeigefängnis in das Zellengefängnis Herford überführt habe. Vom 20. Mai liegt die Nachricht vor, daß der gewählte Betriebsrat der Feldmühle inzwischen von einem NSBO-Betriebsrat abgelöst worden sei.

(C 14) Bericht der »Westfälischen Zeitung« vom 3. Mai 1933 über die Aktion gegen die Gewerkschaften.



(C 13) Der Arbeitersportverein Isselhorst 1929.



Die Fraktion der NSDAP. beantragt auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums folgendes:

Die Herren Stadträte:

Binder und Kölner

werden nach § 2 des Gesetzes entlassen.

Vom Wohlfahrtamt werden die

Frl. Nadig und Herr Bönig

entlassen.

Die Herren Ladebeck und Rektor Doht werden entlassen.

(C\15) Antrag der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordneten-versammlung auf Entlassung von Beamten der Verwaltung und der Schulen.

18. Die Gleichschaltung in den Verwaltungen

Die Nationalsozialisten hatten in den vergangenen Jahren immer damit gedroht, sie würden, einmal an der Macht, mit der »Parteibuchwirtschaft aufräumen«. Bevorzugtes Ziel persönlicher Angriffe waren der Theaterintendant Max Cahnbley, der Wohlfahrtsdezernent Gottlob Binder, der Leiter des Arbeitsamtes Jerrentrup und der Lehrer Artur Ladebeck.
Mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 schuf sich der Staat die Möglichkeit, alle Beamten, Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Verwaltungen zu entlassen, wenn sie aus irgendeinem Grunde mißfielen. Bei der Stadt mußten Cahnbley, Binder und auch der Finanzdezernent, Bürgermeister Josef Köllner, gehen, beim Arbeitsamt Jerrentrup, ebenso der Rektor der Bükkardtschule Fritz Doht und der Lehrer Ladebeck von der weltlichen Sammelschule. Im Städtischen Betriebsamt fielen zahlreiche Arbeiter der Säuberung zum Opfer; dem Direktor Lüth wurde mit dem NS-Vertrauensmann Höcker ein Kommissar zur Seite gestellt. Insgesamt verloren bei der Stadtverwaltung außer einer größeren Zahl von Beamten 9 Angestellte und 41 Arbeiter ihre Stelle.
Der Druck auf die Beschäftigten, sich für die NSDAP zu erklären, nahm im Gegenzuge zu. Eine Zusammenstellung über die Parteimitgliedschaft

(C 16) Bericht der Westfälischen Neuesten Nachrichten über eine Magistratssitzung, auf der Entlassungen und Beurlaubungen ausgesprochen wurden (20. April 1933). ▶

Bielefelder General-Anzeiger

Zweites Blatt der Westfälischen Neuesten Nachrichten, Nr. 92

Donnerstag, 20. April 1933

Groß-Bielefeld

Frei von Hauszinssteuer

Im Stadt- und Landkreis Bielefeld insgesamt 460 Ablösungen mit 815 000 RM.

Von der Möglichkeit, bis zum 31. März dieses Jahres die Hauszinssteuer mit dem Dreifachen des Jahresbetrages abzulösen, haben wider Erwarten viele Bielefelder Gebrauch gemacht. Im Stadtkreis sind etwa 400 Ablösungen im Gesamtbetrage von 750 000 Reichsmark vorgenommen worden, im Landkreis etwa 60 Ablösungen mit insgesamt 65 000 RM. Der niedrigste Einzelbetrag belief sich auf 48 RM., der höchste auf 25 000 RM. Die Ablösungen betragen im Durchschnitt 1500 bis 2000 RM.

Erwähnt sei, daß eine Ablösung mit dem dreieinhalbfachen Jahresbetrag ohne die bisherigen Vergünstigungen, die in letzter Zeit ohnedies nur noch geringfügig waren, auch noch zu haben ist möglich ist. Befreitet ist diese Ablösung bis zum 31. März 1934.

Städtische Ausschüsse

Die Frage der sozialdemokratischen Mitglieder

Die Frage nach dem Verbleiben der sozialdemokratischen Mitglieder in den städtischen Ausschüssen und Deputationen ist jetzt durch eine Verfügung der Regierung dahin gelöst worden, daß Sozialdemokraten auch in städtischen Ausschüssen, ebenso wie aus den Gemeindevertretungen selbst, nicht ausgeschaltet werden können. Nur aus Ausschüssen mit beschließlichem Charakter, wie z. B. Schulausschüssen, Sparkassenausschüssen, Gesundheitskommissionen, Jugendämtern usw., können sozialdemokratische Mitglieder entfernt werden, wenn eine Zusammenarbeit mit ihnen nicht möglich erscheint. Eine entsprechende Anordnung des Regierungspräsidenten für Bielefeld liegt jedoch noch nicht vor.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung folgende Mitglieder in die nachstehenden Ausschüsse entsandt:

Stadtausschuß: Vorsteher: Oberbürgermeister Dr. Drieß, Stellvertreter: Stadtrat Heitkamp, Mitglieder: Dellbrügge, Semler, Heidemann, Röser.

Finanzausschuß: Homann, Wiethüchter.

Bauausschuß: Heidemann.

Betriebsausschuß: Homann.

Schuldeputation: Dellbrügge, Röser.

Trinkhallen unter Kontrolle

Einschränkung der Warenabgabe

Die Polizeibehörden sind durch einen Runderlaß des preußischen Innenministers angewiesen worden, den Ausschank und Warenverkauf in Trinkhallen schärfer zu überwachen. In allen Fällen, in denen entgegen der erteilten Erlaubnis in Trinkhallen alkoholhaltige Getränke ausgeschänkt werden, soll unnachsichtig das Konzessionsentziehungs-Verfahren durchgeführt werden. Die Abgabe von Speisen und Eßwaren, (auch Schokolade, Apfelsinen usw.) ist ausserhalb der für den Verkauf im Handelsgewerbe freigegebenen Zeiten nur in Mengen zulässig, deren Genuß an Ort und Stelle möglich ist. Tabakwaren dürfen während der Ladenschlußzeiten gleichfalls nur in solchen Mengen abgegeben werden, wie sie zur Befriedigung des augenblicklichen Bedürfnisses eines Schankgastes dienen. Die Abgabe darf ferner nur an wirkliche Schankgäste, d. h. an Personen erfolgen, die außer den Tabakwaren auch Speisen oder Getränke genießen. Der Verkauf von Tabakwaren allein ist außerhalb der für den Verkauf im Handelsgewerbe zugelassenen Zeiten nicht statthaft.

Neustädter Arbeitslosen-Stube

Abschluß des Winters

Auch diesen Winter hindurch hat (nun im dritten Jahr) die Neustädter Gemeinde in den Nachmittagsstunden ihr Gemeindeheim den erbeitslosen Gemeindegliedern offen gehalten, die davon gern Gebrauch gemacht haben. Am Mittwochabend wurde der Abschluß der Winterzeit durch eine kleine Ostereier begangen.

Etwa 90 Besucher hatten sich zusammengefunden. Von wohlwollender Seite gespendete Ostereier erregten durch ihre leuchtenden Farben freudigen Dank. Man schied mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß nicht nur freundliche Tage des Sommers, sondern freudige Tage neuermsglicher Arbeit den arbeitslosen Gliedern unseres Volkes beschieden sein mögen.

Der Personalschub

Gleichschaltung bei der Stadtverwaltung

Bürgermeister Köllner und Intendant Cahnbley beurlaubt — Stadtverordnetenvorsteher Budde 2. Bürgermeister — Leon Geer Theaterleiter

Der erwartete Personalschub bei der Bielefelder Stadtverwaltung, über den schon die übertriebensten Gerüchte in der Stadt umgingen, ist in der ersten Sitzung des neuen Magistrats eingeleitet worden. Auf Antrag der NSDAP. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Bürgermeister Köllner, Intendant Cahnbley, Stadtoberbaurat Bönig und die Fürsorgerin Frl. Radig werden mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres beurlaubt.

Die Beurlaubung des Lehrers Ladebeck und des Rektors Dohl soll bei der Regierung beantragt werden.

Die Regierung soll gebeten werden, mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des 2. Bürgermeisters den Stadtverordnetenvorsteher Fritz Budde zu beauftragen.

Mit der einstweiligen Leitung des Theaters soll Herr Leon Geer beauftragt werden.

Bei Stadtrat Binder soll die Entlassung auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 7. 4. 1933 (Berufsbeamtenamt) beantragt werden.

* * *

Bei diesen Beschlüssen handelt es sich um vorläufige Maßnahmen, da die Entscheidung über die Entlassung oder Pensionierung von Beamten in der Hand des Ministeriums liegt. Gerüchte, die von einer umfangreichen „Entlassungsliste" wissen wollen, entsprechen nicht den Tatsachen. Mit weiteren Personalveränderungen wird, abgesehen von internen Verschiebungen in der Verwaltung, kaum zu rechnen sein.

Der neue Bürgermeister

Der zum 2. Bürgermeister unserer Stadt vorgeschlagene Obersteuersekretär Fritz Budde wurde am 30. März 1895 in Lautenbach, Kreis Altena, als Sohn des Rentners Wilhelm Budde geboren. Nach Besuch der Präparanden-Anstalt und des Lehrerseminars-Besuch er nach Unterbrechung seiner Ausbildungszeit durch den Krieg, den er als Frontsoldat bis zum Ende mitmachte, im Jahre 1919 das Einjährigen-Examen. Er schlug daraufhin die mittlere Beamtenlaufbahn ein und war als Anwärter und Supernumerar bei der früheren preußischen Einkommensteuer-Veranlagungskommission und beim Steueramt in Gelsenkirchen tätig. Die Anstellung als Obersteuersekretär in der damals neugeschaffenen Reichsfinanzverwaltung erfolgte am 1. Oktober 1920, und zwar beim Finanzamt Gelsenkirchen. Nach seiner Heirat am 30. 12. 21 war Budde dort noch drei Jahre tätig und wurde dann auf seinen Wunsch hin zum Bielefelder Finanzamt versetzt. Als Vertreter der Beamtenschaft hat sich Budde seit Jahren betätigt, er ist auch hier mehrfach hervorgetreten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bielefelder Ortskartells im deutschen Beamtenbunde. Noch in frischer Erinnerung ist seine Wahl zum Stadtverordneten-Vorsteher in der letzten denkwürdigen Sitzung des neuen Stadtparlaments.

*

Bürgermeister Josef Köllner, der infolge der veränderten politischen Lage jetzt beurlaubt worden ist und wahrscheinlich bald in den Ruhestand versetzt wird, wurde am 7. Februar 1929 mit 26 Stimmen zum 2. Bürgermeister gewählt. Sein Gegenkandidat war damals der heutige Oberbürgermeister Dr. Drieß, für den sich die Rechte einsetzte. Bürgermeister Köllner hat bis heute das städtische Finanzdezernat verwaltet und dürfte einer der letzten amtierenden sozialdemokratischen Bürgermeister in Preußen sein. Bürgermeister Köllner, der 58 Jahre alt ist, war ursprünglich Metallarbeiter, wurde dann Gewerkschaftssekretär und leitete vor seinem Eintritt in die Stadtverwaltung die Allgemeine Ortskrankenkasse. Persönlich hand er auch bei seinen schärfsten politischen Gegnern immer in gutem Ansehen.

Leon Geer

Der mit der einstweiligen Leitung des Theaters beauftragte frühere Bassist und Opernregisseur unserer Bühne, Leon Geer, ist den Bielefeldern wohlbekannt. Leon Geer wurde am 16. Mai 1886 in Nürnberg geboren, widmete sich in seiner Vaterstadt und später auf der Kunstakademie in München zunächst der Bildhauerei und Malerei und ging im Jahre 1912 zur Bühne über. Der bekannte Wagnersänger Franz von Milde entdeckte seine Stimme und sorgte für seine Ausbildung. Leon Geer kam 1912 als Bassist an das Hoftheater in Coburg, nahm dann am Weltkriege teil und wurde mehrfach verwundet. Nach dem Kriege war er an den Theatern in Coburg, Altenburg und Danzig. Acht Jahre lang, bis zum Beginn der letzten Spielzeit, war er ein sehr bekanntes und wegen seiner hohen künstlerischen Begabung geschätztes Mitglied unserer Oper. In der letzten Spielzeit hatte er große Erfolge als Regisseur und Bassist bei seinen Gastspielen in Zwickau.

*

Der scheidende Intendant Max Cahnbley feierte am 1. Juni vorigen Jahres sein 25jähriges Jubiläum als Kapellmeister und Orchesterleiter in Bielefeld. Max Cahnbley wurde am 1. Oktober 1876 in Altona geboren, wirkte am Stadttheater Riga als 3. und an den Vereinigten Bühnen Reval-Dorpat als 2. Kapellmeister, kam von dort als 1. Kapellmeister nach Beuthen und im Jahre 1907 nach Bielefeld. 1918 wurde ihm, gemeinsam mit Richard Starnburg, die Leitung des Theaters übertragen, die er bis 1921 alleine innehatte. Eine ausführliche Würdigung der Persönlichkeit Max Cahnbleys veröffentlichen wir im vorigen Jahre bei Gelegenheit seines 25jährigen Jubiläums.

Theater wieder in städtischer Regie

Intendant Cahnbley hat, wie wir hören, auch seine Dirigententätigkeit niedergelegt. Vorhandungen über die Nachfolge Cahnbleys als Dirigent mit einer auch in Bielefelder Kreisen bekannten Persönlichkeit sind schon angebahnt. Die Entscheidung über diese Frage wird wohl in den nächsten Tagen fallen. Das für Freitag vorgesehene Abonnementskonzert wird auf den 6. Mai verschoben; als Solist wirkt in diesem Konzert auch der bekannte Geiger Prof. Gustav Havemann (Berlin) mit. Bei der heutigen Hitler-Geburtstagsfeier hat Kapellmeister Eichborn die Leitung des Orchesters.

Das Bielefelder Stadttheater soll in der nächsten Spielzeit wieder in rein städtische Regie übernommen werden.

Das neue Schuljahr

Weltliche Schule aufgelöst

Verteilung der Schüler auf die übrigen Systeme — Eine neue Klasse für den Wellensiek — Das Ende der Volkshochschule?

Zu den dringendsten Aufgaben der neugebildeten städtischen Körperschaften gehört die Neuordnung des Schulwesens, die durch die verschiedenen ministeriellen Verfügungen der letzten Zeit bedingt wird. So hat sich denn auch der Magistrat in seiner ersten Sitzung mit einigen vordringlichen Schulfragen beschäftigt.

Die einschneidendste Maßnahme, die getroffen wurde, ist der Beschluß, die weltliche Schule mit dem Beginn des neuen Schuljahres aufzulösen und die dort eingeschulten Kinder auf die übrigen Bürgerschulen zu verteilen. Insgesamt müssen 486 Kinder in anderen Klassen untergebracht werden. Die Verteilung macht jedoch keine besonderen Schwierigkeiten, da sie sich ziemlich gleichmäßig über alle anderen Systeme durchführen läßt. Nur der Petrischule im Ofen muß eine größere Anzahl — 107 Kinder — zugewiesen werden, wodurch die Einrichtung neuer Klassen unvermeidlich wird. Im allgemeinen wird man mit Hilfe der bei der Sammelschule freiwerdenden Lehrkräfte die notwendigen Umstellungen ohne Schwierigkeiten vornehmen können.

Die von der weltlichen Schule geräumten Klassen sollen wieder der Bückarbschule zu, die ja wohl nach der Beurlaubung ihres bisherigen Leiters, Rektor Dohl, einen neuen Rektor erhalten wird. Von den Lehrkräften der Sammelschule ist bisher nur die Beurlaubung von Lehrer Ladebeck vorgesehen.

Das Schicksal der Volkshochschule ist noch ungewiß. Im kommenden Etatsjahres wird der bisherige städtische Zuschuß von 3000 RM. nicht mehr gezahlt werden; ob die Schule sich auch ohne diesen Zuschuß aufrechterhalten läßt, bedarf noch der Klärung.

Die Wellensiekschule leidet schon seit einiger Zeit unter Raumnot. Im kommenden Jahr müssen acht Klassen eingerichtet werden, während nur vier Klassenzimmer vorhanden sind. Bisher hat man sich dadurch gehalfen, daß man noch andere Räume des Schulgebäudes zu Unterrichtszwecken heranzog. Der Magistrat hat aber beschlossen, für das neue Schuljahr einen Raum in einem benachbarten Ladenlokal zu einer Monatsmiete von 30 RM. hinzuzumieten, um dort noch eine weitere Klasse einzurichten. Mit einer Erweiterung der Wellensiekschule, wie sie im städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen war, ist ja nicht zu rechnen, da Mittel für Hochbauten vorläufig nicht zur Verfügung stehen.

Schließlich soll noch die Handwirtschaftsklasse der Volksschülerinnen in der Luisenschule in Ausführung einer ministeriellen Anordnung in einen Lehrgang für Kinderpflege und Haushaltshilfe umgewandelt werden. Mehrkosten entstehen dadurch nicht.

In der nächsten Zeit wird man weitere wichtige Beschlüsse, vor allem auch über die Durchführung der Geschlechtertrennung, erwarten dürfen.

Personalien

Heute feiert die Ehe. Pauline Behm-Höner geb. Leonhardt, Spindelstraße 15, ihren 70. Geburtstag.

*

Heute feiert in geistiger und körperlicher Frische Frau Ehe. Luise Kahlmeier, Bolhagenerstraße 18 a, ihren 80. Geburtstag.

Die neuen Männer

Gleichschaltung im Landesverband des Einzelhandels Westfalen-Industriegebiet

Am Mittwochnachmittag tagte im Bielefelder Vereinshaus der Landesverband des Einzelhandels Westfalen-Industriegebiet, Sitz Dortmund. Aus allen Städten des Verbandes waren Vertreter erschienen, um die Gleichschaltung durchzuführen. In den neuen Vorstand wurden gewählt die Herren Zarnitz-Bielefeld (NSDAP.), Borgrähe-Dortmund (NSDAP.), Wörthoff-Langendreer (NSDAP.), Marx-Dortmund und Schildhagen. Die Geschäftsführung des Landesverbandes bleibt wie bisher in Händen des Einzelhandelsverbandes Dortmund.

Die einzelnen dem Landesverband angehörenden Ortsverbände schalten bis zum 25. April durch Neuwahl ihre Vorstände gleich.

Magistrat billigt Arbeitsbeschaffungsprogramm

Am Montag trat der neue Magistrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Da die jetzige Zusammensetzung endgültig ist, steht noch nicht fest. Jedenfalls wird mit der Verringerung der besoldeten Magistratsmitglieder, die im Zuge der augenblicklichen Personalveränderungen vorgenommen wird, auch die Zahl der unbesoldeten Stadträte (bisher 12, jetzt 7) endgültig vermindert.

Der Magistrat billigte u. a. das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadtverwaltung, so daß mit den Vorarbeiten in Kürze begonnen werden kann.

* Der Unfall des Arminen-Autos

Von der Arminia wird uns mitgeteilt, daß der Unfall der Zigarrefrau sich nicht um 4.30 Uhr, sondern bereits um 0.45 Uhr zugetragen hat.

*





(C 17) Bürgermeister und Finanzdezernent Josef Köllner (links).

(C 18) Wohlfahrtsdezernent Gottlob Binder (Nachkriegsfoto).

(C 19) Theaterintendant Max Cahnbley (links).

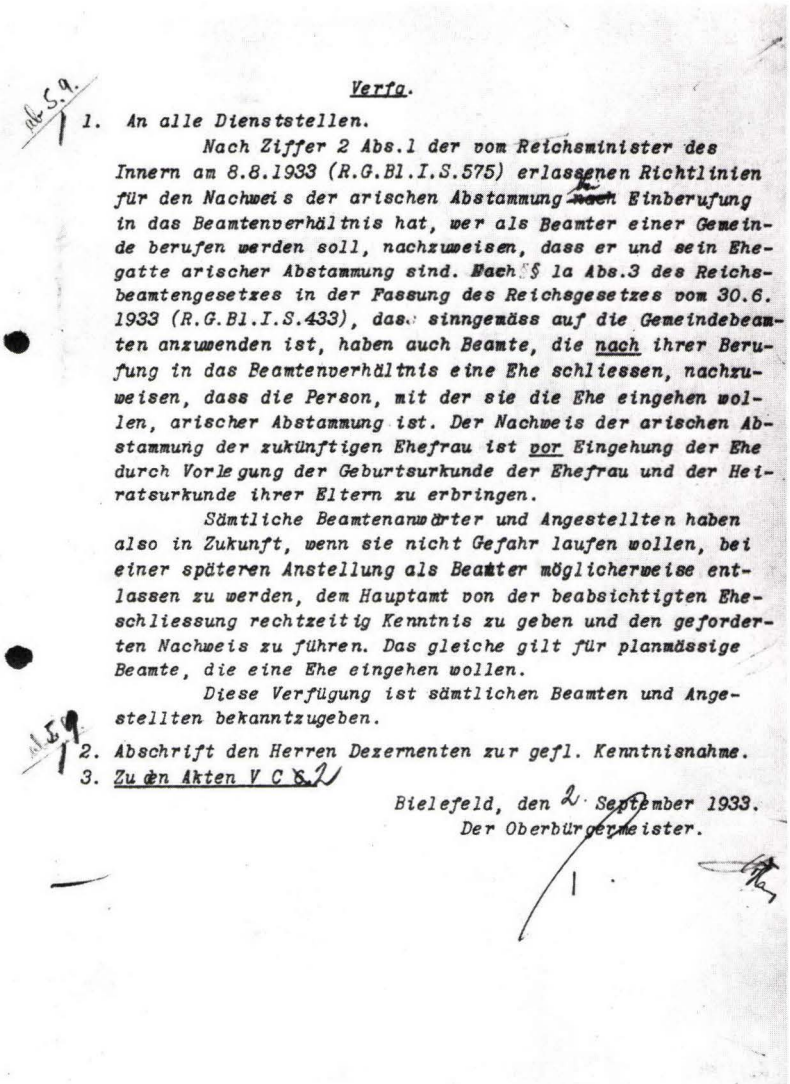
(C 20) Lehrer Artur Ladebeck; in der Nachkriegszeit, aus der auch das Foto stammt, Oberbürgermeister von Bielefeld.





von Beamten, Angestellten und Arbeitern bei der Stadt und beim Betriebsamt aus dem Jahre 1934 zeigt, daß die Zahl derer, die vor dem 30. Januar 1933 Mitglieder der NSDAP geworden waren, recht niedrig lag. Die große Masse ist erst nach der Machtergreifung eingetreten. Was die Beamten betraf, so legte man besonders strenge Maßstäbe an. Nach Richtlinien des Reichsministers des Innern vom August 1933 – sie wurden durch Verfügung des Oberbürgermeisters Anfang September bekannt gemacht – konnte Beamter nur sein und bleiben, wer arischer Abstammung war. Von Beamten, die sich verheirateten, wurde die Eheschließung mit einer arischen Frau verlangt.
An der Spitze der Stadtverwaltung stand der parteilose Dr. Prieß als

(C 21) Verfügung des Oberbürgermeisters vom 2. 9. 1933 über den Nachweis arischer Abstammung für Beamtenanwärter.



Verfg.

1. *An alle Dienststellen.*

Nach Ziffer 2 Abs.1 der vom Reichsminister des Innern am 8.8.1933 (R.G.Bl.I.S.575) erlassenen Richtlinien für den Nachweis der arischen Abstammung ~~nach~~ Einberufung in das Beamtenverhältnis hat, wer als Beamter einer Gemeinde berufen werden soll, nachzuweisen, dass er und sein Ehegatte arischer Abstammung sind. Nach § 1a Abs.3 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung des Reichsgesetzes vom 30.6. 1933 (R.G.Bl.I.S.433), das sinngemäss auf die Gemeindebeamten anzuwenden ist, haben auch Beamte, die nach ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis eine Ehe schliessen, nachzuweisen, dass die Person, mit der sie die Ehe eingehen wollen, arischer Abstammung ist. Der Nachweis der arischen Abstammung der zukünftigen Ehefrau ist vor Eingehung der Ehe durch Vorlegung der Geburtsurkunde der Ehefrau und der Heiratsurkunde ihrer Eltern zu erbringen.

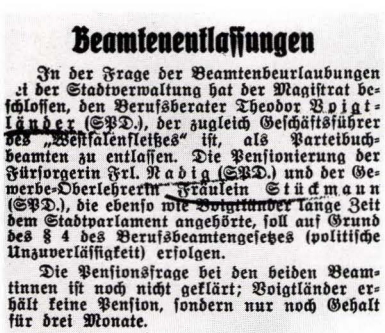
Sämtliche Beamtenanwärter und Angestellten haben also in Zukunft, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, bei einer späteren Anstellung als Beamter möglicherweise entlassen zu werden, dem Hauptamt von der beabsichtigten Eheschliessung rechtzeitig Kenntnis zu geben und den geforderten Nachweis zu führen. Das gleiche gilt für planmässige Beamte, die eine Ehe eingehen wollen.

Diese Verfügung ist sämtlichen Beamten und Angestellten bekanntzugeben.

2. *Abschrift den Herren Dezernenten zur gefl. Kenntnisnahme.*
3. *Zu den Akten V C 8.2*

Bielefeld, den 2. September 1933.
Der Oberbürgermeister.

(C 22) Zeitungsnotiz über die Entlassung städtischer Beamter vom April 1933.



Beamtenentlassungen

In der Frage der Beamtenbeurlaubungen in der Stadtverwaltung hat der Magistrat beschlossen, den Berufsberater Theodor Voigtländer (SPD.), der zugleich Geschäftsführer des „Westfalenfleißes" ist, als Parteibuchbeamten zu entlassen. Die Pensionierung der Fürsorgerin Frl. Nadig (SPD.) und der Gewerbe-Oberlehrerin Fräulein Stückmann (SPD.), die ebenso wie Voigtländer lange Zeit dem Stadtparlament angehörte, soll auf Grund des § 4 des Berufsbeamtengesetzes (politische Unzuverlässigkeit) erfolgen.

Die Pensionsfrage bei den beiden Beamtinnen ist noch nicht geklärt; Voigtländer erhält keine Pension, sondern nur noch Gehalt für drei Monate.

Oberbürgermeister. Da er sich loyal verhielt, blieb er im Amt, doch erhielt er mit Friedrich Budde einen Nationalsozialisten an die Seite gestellt. Budde, geboren am 30. 3. 1895 in Lantenbach, Kreis Altena, hatte zunächst eine Präparandenanstalt besucht, war dann Soldat geworden und 1924 in die Bielefelder Steuerverwaltung eingetreten. Inzwischen Obersteuersekretär beim Finanzamt, hatte er sich im Beamtenbund betätigt und vor allem in der NSDAP, auf deren Liste er am 12. März 1933 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war. Er wurde zunächst deren Vorsteher, bis ihn das Parlament am 21. April zum kommissarischen Zweiten Bürgermeister ernannte, während das Amt des Vorstehers dem Schriftsteller Karl Wilke, ebenfalls einem Nationalsozialisten, übertragen wurde.

Die Parteibuchwirtschaft hielt mit diesen Vorgängen erst wahrhaft Einzug in Politik und Verwaltung.
Die Stadtverordnetenversammlung bot in den folgenden Monaten nur noch das Bild der eigenen Liquidierung. Die Kommunisten waren sofort ausgeschlossen worden, die Sozialdemokraten folgten am 7. Juli. Im Oktober trat die auf 27 Sitze geschrumpfte Stadtverordnetenversammlung ihre Befugnisse an einen Beschließenden Ausschuß ab, im Dezember wurde sie aufgelöst.
Nach dem Tod von Prieß wurde Budde am 4. September 1935 Oberbürgermeister.

(C 23) Zeitungsnotiz über die Gleichschaltung der Bielefelder Schutzpolizei (Ende April 1933).

(C 24) Aufmarsch zum Tag der Hitlerjugend auf dem Niederwall (1933).



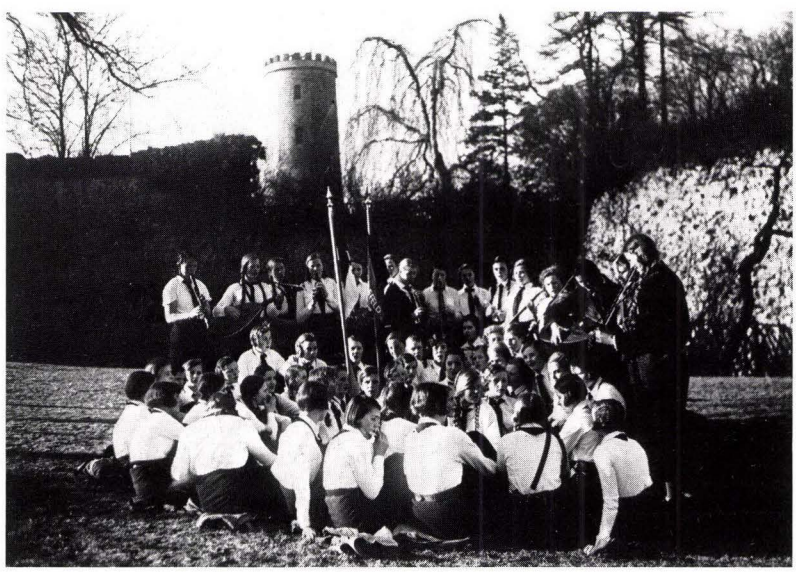




(C 25), (C 26) »Kükengruppen« der Hitlerjugend.

19. Gliederungen in der NSDAP

Auf den verschiedensten Wegen ergriff die Partei von der Öffentlichkeit Besitz. Einer davon war, bestehende Institutionen gleichzuschalten, d. h. personell mit Vertrauensleuten der NSDAP zu besetzen.
Ein Beispiel hierfür ist die Industrie- und Handelskammer. Auf der Vollversammlung im März begrüßte Präsident Bitter »die Wendung der Dinge in nationaler Hinsicht«. Am 11. April 1933 wurde beschlossen, die Vollversammlung mit sofortiger Wirkung aufzulösen, den Vorstand zu beauftragen, die Geschäfte weiterzuführen, Neuwahlen auszuschreiben und schließlich den Vorstand zu ermächtigen, bis zum Zusammentritt der neuen Vollversammlung sich durch ein von der NSDAP zu benennendes Mitglied zu ergänzen. Ende April wurde der Pg. Kaufmann Pielsticker, Schatzmeister der NSDAP-Kreisleitung, in den Vorstand berufen. Für die Wahlen stellte man eine Einheitsliste auf, wobei für jeden Wahlbezirk nur ein Kandidat benannt wurde. Auf den eigentlichen Wahlgang konnte man infolgedessen verzichten. Im Juni trat die neue Vollversammlung zusammen. Unter der Ehrenpräsidentschaft von Bitter und dem Vorsitz von Heinrich Oberschelp (Firma Rixe) amtierten die Vorstandsmitglieder Buddeberg, Uekermann, Steinmann, Pielsticker und Kaselowsky. Die Gleichschaltung war damit vollzogen.
Ganz entsprechend wurde beim Handwerksamt, bei der Bielefelder Kaufmannschaft, beim Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) und anderen Einrichtungen verfahren.
Der zweite Weg war die Bildung eigener NS-Organisationen. Sie verdrängten bestehende Institutionen. So wurde im Juni 1933 die Nationalsozialistische Angestelltenschaft gegründet, in der alle anderen Angestelltenorganisationen aufgingen. Der Beamtenbund war gleichgeschaltet, seit Bürgermeister Budde, zugleich Kreisleiter Bielefeld-Stadt der NSDAP, den Vorsitz innehatte. Die Ärzte schlossen sich zum NS-Ärztebund zusammen. In diesem Bund mit stark antisemitischer Tendenz



(C 27) Eine Gruppe des Bundes Deutscher Mädel (BDM) an der Sparrenburg.

setzte sich der Vorstand der Ortsgruppe aus den Ärzten Dr. Feldmann, Dr. Heise und Dr. Kortmann zusammen.
Drittens schließlich veränderte sich das Verhältnis zwischen Partei und Öffentlichkeit dadurch, daß die Menschen massenweise in die NSDAP eintraten, sei es aus Überzeugung, sei es aus Opportunismus. Die letztere Gruppe wurde ironisch als die der »Märzgefallenen« apostrophiert. Da die Partei des großen Zulaufs nicht Herr werden konnte, verhängte Hitler eine Aufnahmesperre; sie trat am 1. Mai 1933 in Kraft.
Die Parteigliederungen waren inzwischen schon so angewachsen, daß sie mehr als zuvor die Öffentlichkeit beherrschten.
Die SA, in der »Kampfzeit« das wirksamste Machtmittel Hitlers, verlor dabei allmählich an Einfluß. Bielefeld war Sitz der Standarte 174. An ihrer Spitze stand Standartenführer Detering. Sein Nachfolger Vollkammer wurde von Nerking abgelöst, dieser wiederum von Obersturmführer Bantke (1938). Oberbürgermeister Budde, Bürgermeister Dr. Graeven und der Landrat Dr. Rütten waren seit 1938 Sturmführer in der SA. Nach der Ermordung des Stabschefs Röhm und anderer SA-Führer (1934) und damit der Entmachtung der SA fehlte die eigentliche Aufgabe. So wurden der SA bevorzugt Sammlungen anvertraut, beispielsweise die Schrott- und Altmaterialsammlungen im Rahmen des Vierjahresplans. Seit 1938 hielt die SA vor- und nachmilitärische Wehrsportübungen ab. Es war möglich, ein eigenes SA-Sportabzeichen zu erwerben.
Im Gegensatz zur SA gewann die SS allmählich an Einfluß. Bielefeld hatte zunächst nur einen Sturmbann; ihn führte der Kaufmann Otto Grund. Später war hier der Sitz der 82. SS-Standarte, seit 1936 unter dem Standartenführer Thiele. In den Werksanlagen der Phönix-AG besaß sie eine eigene Waffenmeisterei. Wie zeitgenössische Aufzeichnungen berichten, wurde die SS »aus den Kreisen der Wirtschaft ständig und wirksam unterstützt, so daß sie häufig in der Lage ist, schwächeren Formationen ihres Standartenbereichs in besonderen Fällen beizuspringen«. An der Entmachtung der SA beim sogenannten Röhmputsch war die Bielefelder SS nicht beteiligt.



(C 28) Der Bielefelder SS-Sturm 1933.

Der Sicherheitsdienst der SS (SD) arbeitete eng mit der Geheimen Staatspolizei zusammen; seit 1936 war der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, auch Chef der Deutschen Polizei. Leiter der Sicherheitspolizei, zu der die Gestapo gehörte, und zugleich Chef des SD wurde Reinhard Heydrich. Die Lageberichte des Sicherheitsdienstes sind für Bielefeld teilweise erhalten. Sie ergeben ein recht detailliertes Bild von den inneren Verhältnissen der Stadt während des Dritten Reiches.
Die NS-Frauenschaft war die Frauenorganisation der NSDAP. Auf Schulungsabenden wurde das ideologische Leitbild der Frau als Hausfrau und Mutter vermittelt.
Die Hitlerjugend (HJ) wurde 1926 als Jugendorganisation der NSDAP gegründet. Sie war ursprünglich eine Art Jugendformation der SA. Seit 1933 bemühte sich die Partei, sie zur Staatsjugend auszubauen. Andere Jugendverbände mit Ausnahme kirchlicher Jugendgruppen wurden gleichgeschaltet. Seit dem »Gesetz über die Hitlerjugend« (1936) war jedes deutsche Kind ab 10 Jahren automatisch Mitglied der HJ.
Zur Hitlerjugend zählte auch der BDM, der Bund Deutscher Mädel. Kinder unter 14 Jahren bezeichnete man als Pimpfe oder Jungmädel. An der Spitze der Bielefelder HJ stand seit der Zeit der Machtergreifung Gerhard Breipohl; den BDM führte die Haustochter Magdalene Vogt (seit 1931).

(C 29) Eine Gruppe der Bielefelder NS-Frauenschaft (um 1933).

(C 31) Aus der Programmvorschau für 1935/36.

Das Theater bildet einen wichtigen Faktor im Kulturleben der deutschen Nation. Das hat unser Führer erkannt und durch tatkräftige Unterstützung der deutschen Kunst zum Ausdruck gebracht.
Das Bielefelder Theater hat seine besonderen Aufgaben im ost-westfälischen Kulturraume. Es soll allen Volksgenossen deutsche Art vermitteln durch Musik und Dichterwort. Damit unser Theater geistiger Mittelpunkt der Stadt und seiner weiteren Umgebung sein und zu großen Leistungssteigerungen geführt werden kann, ist Voraussetzung, daß die Bevölkerung durch regelmäßigen Besuch die wirtschaftliche Grundlage sicherstellt in der richtigen Erkenntnis des Wertes und der lebenswichtigen Bedeutung dieser Kunststätte.

Budde
Oberbürgermeister

20. Das Theater

Wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten Mitte der 20er Jahre dazu geführt, daß das Stadttheater, um ihm eine bessere finanzielle Grundlage und eine sichere Zahl von Abonnenten zu geben, in eine GmbH umgewandelt wurde, an welcher außer der Stadt die zur Arbeiterbewegung zählende Freie Volksbühne und der Bühnenvolksbund beteiligt waren. Schon allein deshalb war es das Bemühen der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion, das Theater wieder ganz in städtische Regie zu überführen.

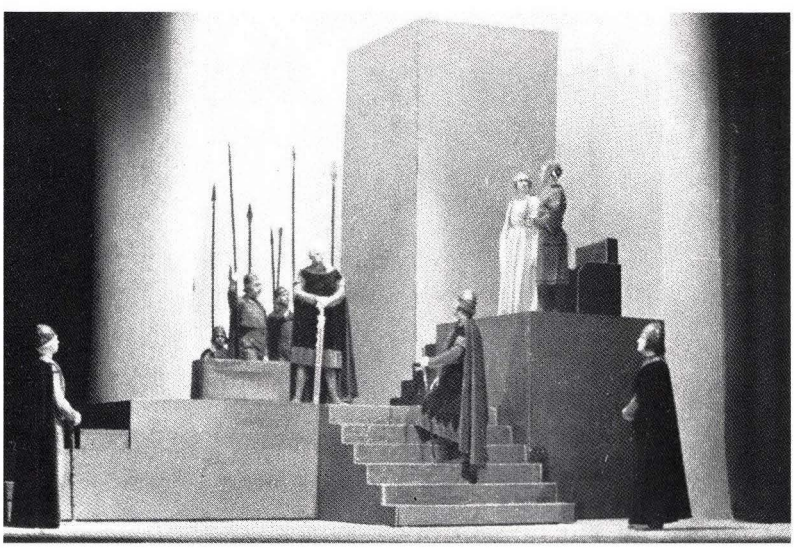
Dem Intendanten Max Cahnbley galt der besondere Haß der Nationalsozialisten, nicht nur wegen seiner Spielplangestaltung, die ihnen nicht national genug war. Cahnbley hatte einen Beleidigungsprozeß gegen den NS-Redakteur Hiemisch gewonnen, ein unverzeihliches Vergehen. Mit der Machtergreifung erfüllten sich die Nationalsozialisten sofort beide Wünsche aus der »Kampfzeit«. In der Aufsichtsratssitzung der GmbH am 5. Mai 1933 trat der Vorsitzende, Bürgermeister Köllner, zurück. Es wurde beschlossen, der Gesellschafterversammlung außerdem die Beurlaubung Cahnbleys vorzuschlagen, der nicht nur Intendant des Theaters, sondern auch der Geschäftsführer der GmbH war. Danach sollte sich die Gesellschaft selbst auflösen. Bürgermeister Budde ließ sich zum Aufsichtsratvorsitzenden wählen, während der Bassist Leon Geer provisorisch die Geschäftsführung übernahm.

Die Gesellschafterversammlung am 15. Mai verfuhr denn auch in der vorgezeichneten Weise. Cahnbley wurde entlassen. Er hat bis zu seinem Tode 1956 in Bielefeld gelebt. Mit säuerlicher Mine hatte sich der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, der NSDAP-Kreiskulturwart Wilke, bereitfinden müssen, Cahnbleys Verdienste zu würdigen, doch sei er nicht der Mann gewesen, aus dem Theater wieder einen Ort »deutscher Kultur« zu machen.

Leon Geer, der neue Intendant, war seit 1931 Mitglied der NSDAP. An sich Bassist, hatte er schon unter Cahnbley gelegentlich bei Opern



(C 32) Leon Geer, Intendant des Stadttheaters seit 1933.



(C 33) »Totila«, ein Schauspiel von Wilhelm Kube, aufgeführt in der Spielzeit 1935/36.

Regie geführt. »Er war ein cholerischer Polterkopf und ungeeigneter Theaterleiter, von angemaßter Autorität, der nach einigen Jahren von seinen eigenen Parteigenossen nach Augsburg versetzt wurde« (Schütze).
Wie Geer, so war auch der neue Musikdirektor Werner Gößling schon vor 1933 Mitglied der NSDAP. Der gebürtige Brackweder, ein Freund Geers, kam damals aus Köln. Am 1. Juli 1933 übernahm er die Leitung des Städtischen Orchesters.
Der Spielplan wurde jetzt umgestellt. Stücke jüdischer oder sozialistischer Autoren entfielen selbstverständlich. Die Oper bevorzugte Wagner; mit den »Meistersingern« wurde die neue Spielzeit im Herbst eröffnet. Im Schauspiel wandte man sich heroischen Stücken zu, Dramen, die der Verherrlichung germanischer oder deutscher Größe oder der Propagierung von Kampf und Krieg dienten. Ein Beispiel hierfür ist das Schauspiel »Totila« von Wilhelm Kube, aufgeführt in der Spielzeit 1935/36. Sein Verfasser war der Gauleiter des NSDAP-Gaues Kurmark, der spätere Reichskommissar in Minsk (1943 ermordet).
An die Stelle der alten Besucherorganisationen trat die »Deutsche Bühne e.V.« unter dem Vorsitz Wilkes. Ihr Bemühen war, Besucher aus Ostwestfalen in das Bielefelder Theater zu bringen, damit sie sich dort an Stücken, die den neuen Zeitgeist spiegelten, erbauen sollten. Zugleich nahm sie Einfluß auf den Spielplan. Doch die Blut- und Bodenstücke, zum Einheitspreis von 95 Pfg. angeboten, zogen nicht so recht. Ebensowenig vermochten sie, das traditionelle Bielefelder Theaterpublikum anzuziehen.
Auch eine andere Organisation, die NS-Feierabendgemeinschaft »Kraft durch Freude«, brachte Besucher ins Theater. War das Niveau allzu schlecht, wie etwa bei den Schwänken »Konjunktur« oder »Das Huhn auf der Grenze«, blieben Interessenten aus, und die Stücke mußten abgesetzt werden.
Insgesamt litt das Theater in den Anfangsjahren des Dritten Reiches unter Besuchermangel. Wenn im Heft 12 der Spielzeit 1935/36 die richtige Erkenntnis Görings abgedruckt wurde, daß man zwar aus einem hervorragenden Künstler einen braven Nationalsozialisten machen



(C 34) Szenenfoto aus dem Schauspiel »Totila«.

könne, unmöglich aber aus einem braven Nationalsozialisten ohne weiteres einen hervorragenden Künstler, so galt das uneingeschränkt auch für die vielen Autoren, die sich um nationale Stücke bemühten.
1936 löste Dr. Alfred Kruchen aus Danzig Leon Geer im Amt des Intendanten ab, ein fähiger und menschlicher Theaterleiter, der wieder mehr Gewicht auf die Qualität der Stücke und Inszenierungen legte und unter dessen Anleitung das Schauspiel einen neuen Aufschwung erlebte. Schiller, Kleist, Grabbe und Shakespeare standen auf dem Spielplan. Nicht der gewöhnliche Besucher, wohl aber der Kritiker der »Westfälischen Neuesten Nachrichten«, Havemann, vermißte die Stücke der Johst und Kolbenheyer.
1937 wurde das Theater im Inneren völlig neugestaltet. Der Sternenhimmel verschwand, ebenso der bemalte Bühnenvorhang. Stuck und Gips machten der rötlichen Holzvertäfelung Platz, die auch heute noch die Wände bekleidet. In den Wandelgängen wurden Gemälde aus städtischem Besitz aufgehängt. Dem Hitlerkult trug man durch die Aufstellung einer Führerbüste von Ferdinand Liebermann Rechnung.
Die Gleichschaltung des Theaters 1933 erfolgte vor dem Hintergrund allgemeiner Bemühungen, das gesamte Kulturleben auf den NS-Staat hin auszurichten. Unter der Leitung von Bernhard Bavink, Lehrer an der Auguste-Viktoria-Schule, bildete sich die »Arbeitsgemeinschaft für deutsche Kultur«, ein Zusammenschluß des Stahlhelm, des Kreiskriegerverbandes, der Abteilung Volksbildung der NSDAP, des Kampfbundes für deutsche Kultur, des Deutschbundes und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Zweck der Arbeitsgemeinschaft war die »Erneuerung des Kulturlebens im Anschluß an die nationale Erneuerung«, die »Reinigung von Schmutz und Schund«, der Kampf gegen »undeutsche« Richtungen. – In den folgenden Jahren ist jedoch von dieser Arbeitsgemeinschaft nichts mehr zu hören.

(C 30) Lokalteil der Westfälischen Zeitung vom 20. 4. 1933; hier wird über die Umbesetzung der Theaterleitung berichtet.
(C 35) Geleitwort Hermann Görings, abgedruckt in Heft 12 der Blätter des Stadttheaters Bielefeld, Spielzeit 1935/36.

D. Partei und Öffentlichkeit

21. Horst Wessel

Um keine in der »Kampfzeit« umgekommene Person ist von den Nationalsozialisten ein gleicher Kult getrieben worden wie um den SA-Mann Horst Wessel. Dem nahezu religiösen Anspruch der NS-Ideologie entsprach die Verehrung von »Märtyrern der Bewegung«. Der Tod Wessels, in Wahrheit ein Mordfall aus dem Berliner Zuhältermilieu (1930), wurde zum Opfertod für Hitler und die NSDAP hochstilisiert.

Horst Wessel ist 1907 als Sohn des Hilfspredigers Dr. Ludwig Wessel in Bielefeld geboren worden. So kam die Stadt zu der »Ehre«, Ausrichterin besonderer Horst-Wessel-Feiern zu werden. Der Pfarrer selbst war mit seiner Familie bereits ein Jahr später nach Mülheim im Ruhrgebiet verzogen.

Das Horst-Wessel-Lied (»Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, SA marschiert . . .«) wurde zum Kampflied der SA und zu einer Art von Nationalhymne der nationalsozialistischen Bewegung.

Am Vorabend des 9. Oktober, dem Geburtstag des SA-Mannes, fand auf dem Kammweg kurz vor der Überquerung der Straße zum Buschkamp, die Weihe eines Horst-Wessel-Steines statt. Zugleich wurde die Bergkuppe in »Horst-Wessel-Höhe« umbenannt. An der Weihe nahm die gesamte örtliche NS-Prominenz teil, darüber hinaus der SA-Gruppenführer Viktor Lutze, der Gauleiter Dr. Alfred Meyer und der Regierungspräsident von Minden, Freiherr von Oeynhausen.

Dem Aufmarsch im Wald ging eine Feier mit der Enthüllung einer Gedenktafel am Geburtshaus in der Kaiserstraße 37 (jetzt August-Bebel-Straße) voraus. An dieser Feier nahmen auch die Mutter und die Schwester Horst Wessels teil. Sie durften sich in das Goldene Buch der Stadt als besonders würdige Gäste eintragen. Wenige Tage später



(D 1) Weihe des Horst-Wessel-Steins auf dem Kammweg in Sieker, 8. 10. 1933.

beschloß der Magistrat, die Kaiserstraße in Horst-Wessel-Straße umzubenennen.
Die Partei verkündete ihre Absicht, jährlich zum Geburtstag des »Revolutionärs«, des »großen Sohnes unserer Stadt« – und wie die schmükkenden Titel alle lauteten – eine Horst-Wessel-Gedenkfeier zu veranstalten.
Im Juni 1939, anläßlich eines Besuchs der »Alten Garde« (Mitglieder der NSDAP aus der Zeit vor 1933), wurde mit großem Aufwand auf dem Oberntorwall ein Horst-Wessel-Denkmal enthüllt. Prominente Teilnehmer waren außer Dr. Meyer und Generalleutnant von Pellengahr Dr. Ley und SA-Gruppenführer Jüttner, der anstelle des Stabschefs Lutze gekommen war. Die Ehrenformation bildeten alle örtlichen Parteigliederungen und das 18. Infanterieregiment. Für die Vertreter der großen deutschen Zeitungen gab es einen Empfang im Rathaus. »Ein stolzer Tag und froher Festtag für die gesamte Bevölkerung« (Westfälische Zeitung vom 15. 6. 1939).

(D 3–5) Kinoanzeigen der Bielefelder Tageszeitungen; Werbung für Filme, welche die »Kampfzeit« und die Kampfverbände SA und SS glorifizierten (1933).
(D 6) Horst-Wessel-Denkmal auf dem Oberntorwall (1939).



(D 2) Enthüllung des Horst-Wessel-Denkmals auf dem Oberntorwall, 14. 6. 1939; am Mikrofon: Reichsorganisationsleiter Dr. Robert Ley.

(D 7) Tag des Pferdes (1933), eine Aktion zugunsten des Winterhilfswerks.



22. Das Winterhilfswerk

War der Aufmarsch der Parteiformationen gleichsam der Festtag im nationalsozialistischen Jahresablauf, so bestimmte die Sammelbüchse den Alltag. Jedenfalls hat sich die ständige Sammelei sehr nachhaltig in die Erinnerung der Zeitgenossen eingeprägt.

Die größten Sammelaktionen wurden vom Winterhilfswerk der NS-Volkswohlfahrt durchgeführt. Die NSDAP hat auf örtlicher Ebene damit an eine Einrichtung angeknüpft, die schon vor Hitlers Machtantritt bestand. Bielefelder Industriefirmen, Einzelhandelsgeschäfte und zahlreiche Privatpersonen haben in den letzten Jahren der Weimarer Republik ansehnliche Geld- und Sachspenden aufgebracht, um bedürftigen Familien aus der größten Not zu helfen. Vor allem wurden Kleidungsstücke und Heizmaterial verteilt.

Im NS-Staat wurde hieraus eine ganze Organisation. Der Einfallsreichtum der Veranstalter kannte keine Grenzen, und auch die Parteigrößen ließen sich gern mit der Sammelbüchse fotografieren. 1933 wurde ein Tag des Pferdes veranstaltet, bei dem eine große Zahl von Pferdegespannen durch die Stadt fuhr, um für das Winterhilfswerk zu werben.

Straßensammlungen, Haussammlungen, der Eintopfsonntag oder Lohnabzüge halfen der Bereitschaft zum Spenden erheblich nach. Zum Teil wurde geradezu Druck ausgeübt, wenn man Spendenunwillige als »Volksschädlinge« bezeichnete.

Sehr stolz berichteten die Zeitungen über die Ergebnisse der Sammlungen. Abzeichenserien, Schmuckfigürchen, Aufkleber, Anstecknadeln mit und ohne Parteisymbole, Bändchen und anderes wurde verkauft. Die Ergebnisse der Sammlungen wurden zur »sozialen Volksabstimmung« erklärt.

(D 8) Titelblatt der »Westfälischen Neuesten Nachrichten« vom 6. 12. 1937.

Ausgabe A

Westfälische Neueste Nachrichten

Vereinigt mit NS-Volksblatt — Bielefelder Stadtanzeiger

Die „Westf. Neuesten Nachr." mit unterhaltenden und unterrichtenden Beilagen erscheinen wöchentlich 6mal und kosten monatl. 2 RM., im Postbezug 2.36 RM. einschl. 37,68—36,46 Pfg. (= im Durchschnitt 31,77 Pfg.) Zeitungsgebühr, aber ohne Bestellgeld. Im Falle höherer Gewalt oder infolge Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Hauptgeschäftsstelle: Schulstr. 20

Bielefeld, Montag, 6. Dezember 1937

Anzeigenpreis: Der 1 mm hohe, 46 mm breite Anzeigenraum in der Ausgabe A — Bielefeld 16 Pfg., Gesamtausgabe 20 Pfg. Der 1 mm hohe, 70 mm breite Textraum in der Ausgabe A — Bielefeld 60 Pfg., Gesamtausgabe 1 RM. Beilagen: 10 RM. das Tausend. Teilauflagen 12 RM. Annahmestellen für Bielefeld: Hauptgeschäftsstelle Schulstraße 20. Geschäftsstellen: Alter Markt 2, Rohrteichstraße 9, Herforder Straße 84. Fernruf Nr. 213, 351—356

Nr. 285 / 37. Jahrgang — Amtliches Organ der NSDAP und sämtlicher Behörden — Einzelnummer 10 Pfg.

Einzigartige soziale Volksabstimmung

Der Tag der nationalen Solidarität ergab über siebeneinhalb Millionen Reichsmark!

Dr. Goebbels dankt

Berlin, 5. 12.

Zu dem hervorragenden Ergebnis der Winterhilfssammlung am Sonnabend veröffentlicht Reichsminister Dr. Goebbels folgende Erklärung:

Der diesjährige „Tag der Nationalen Solidarität" hat seinem Namen Ehre gemacht. In einer einzigartigen sozialen Volksabstimmung hat sich die deutsche Nation wiederum zum Führer und zu seinem Werk bekannt. Ihr moralisches und finanzielles Ergebnis stellt alle daran geknüpften Erwartungen weit in den Schatten. Die gesammelten Summen werden mit dazu beitragen, ungezählten Armen unseres Volkes, vor allem Kindern, Müttern und Alten, eine besondere Weihnachtsfreude zu bereiten.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, allen, die an diesem stolzen Ergebnis mitgewirkt haben, den bekannten und unbekannten Sammlern, den Organisatoren und Propagandisten und den Millionen gebefreudigen Spendern herzlichst zu danken. Sie haben einen Nachmittag im Dienste eines nationalen Sozialismus gestanden, der sich nicht in hohlen und leeren Programmen, sondern in Taten der Opferbereitschaft und Nächstenliebe dokumentiert. Sie haben dabei mitgeholfen, die Einigkeit und Gemeinschaft unseres Volkes zu stärken und zu erhärten.

Besonderer Dank aber gebührt bei dieser Gelegenheit den ungezählten namenlosen Helfern des WHW. und der NSV., die nicht nur einen Nachmittag, sondern als Ganzes Jahr im schweren und entsagungsvollen Dienst unseres deutschen Sozialismus stehen. Uns Sammlern vom Tage der nationalen Solidarität war es ein Bedürfnis, und an diesem Nachmittage einmal sichtbar und demonstrativ an ihre Seite zu stellen, um damit vor aller Welt unsere innere Verbundenheit mit ihnen und unsere Bewunderung für ihr Werk zum Ausdruck zu bringen.

Wir alle aber sind stolz und glücklich, einem Volk anzugehören, das am „Tage der nationalen Solidarität" wieder einmal, wie so oft, Gelegenheit hatte und nahm, seine besten und ergreifendsten Tugenden sich selbst und der Welt zu zeigen:

Gemeinschaftssinn, Disziplin, Opferbereitschaft, Ausdauer und Humor, eine offene Hand und ein großes, gütiges Herz.

Heil unserm Führer!

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Goebbels

Dank für den Feiertagslohn

Telegramm Leys an Göring

Berlin, 4. 12.

Aus Anlaß der Anordnung des Beauftragten des Vierjahresplanes, Ministerpräsident Generaloberst Göring, über die Lohnzahlung an Feiertagen richtete der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, nachstehendes Telegramm an Ministerpräsident Göring:

„Im Namen der in der Deutschen Arbeitsfront vereinten Schaffenden deutschen Menschen danke ich Ihnen für Ihre Anordnung über die Lohnzahlungen an Feiertagen für die deutschen Arbeiter. Ihrer Eigenschaft als Beauftragter des Führers für den Vierjahresplan haben Sie mit dieser Maßnahme wiederum dem deutschen Arbeiter eine Anerkennung für seine treue Mitarbeit am Aufbau der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck gebracht. Deshalb wird ihre große sozialpolitische Tat die den von der Deutschen Arbeitsfront immer wieder aufgestellten Grundsatz, daß eine gute Sozialpolitik die beste Wirtschaftspolitik ist, bestätigen, auch in der deutschen Wirtschaft breitestes Echo finden. Ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß Ihnen die Deutsche Arbeitsfront Ihre Tat, die erneut den ernsten Willen der Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft mit Deutscher Arbeitsfront bekundet, durch vorbehaltlosen Einsatz immer danken wird."

Berlin, 5. 12.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gibt bekannt: Das vorläufige Ergebnis der diesjährigen Sammlung am „Tage der nationalen Solidarität" im ganzen Reiche beträgt

RM. 7 655 478,49

Im Vergleich dazu betrug das Ergebnis des Jahres 1936 RM. 5 662 279,19. Gegenüber dem Ergebnis des Jahres 1936 bedeutet das des „Tages der nationalen Solidarität" 1937 also eine Steigerung um RM. 1 993 197,30 oder um 35,2 Prozent. Das Ergebnis dieses Jahres wird sich noch weiter erhöhen, da einige Teilergebnisse zur Stunde noch nicht endgültig vorliegen. — Das Ergebnis des Jahres 1935 betrug RM. 4 084 819,45, das des Jahres 1934 RM. 4 021 000,00.

Das Ergebnis im Gau Westfalen-Nord

Nach einer Aufstellung über die Einzelergebnisse in den verschiedenen deutschen Gauen, verglichen mit den Jahren der Jahre 1934, 1935 und 1936 ergibt sich für unseren Gau Westfalen-Nord und für den Nachbargau Westfalen-Süd folgendes Bild:

	1934	1935	1936	1937
Westfalen-Nord	127 000,00	113 464,79	135 422,30	197 305,14
Westfalen-Süd	98 000,00	102 723,32	117 064,87	138 441,69

Das einzigartige Sammelergebnis am Tage der nationalen Solidarität zeigt in den übrigen deutschen Gauen folgendes Bild:

Gau	1934	1935	1936	1937
Baden	148 000	140 939,26	204 295,15	280 618,49
Bayerische Ostmark	118 000	104 818,16	180 698,56	215 510,51
Berlin	300 000	294 324,66	845 256,25	633 285,16
Düsseldorf	104 000	119 693,38	179 975,51	205 377,27
Essen	46 000	50 180,64	71 811,80	109 601,26
Franken	50 000	98 172,19	149 748,75	215 496,68
Halle-Merseburg	80 000	78 357,51	94 806,15	118 288,54
Hamburg	94 000	103 401,77	190 868,19	400 729,80 (*)
Hessen-Nassau	220 000	188 876,20	280 109,92	317 943,58
Kurhessen	80 000	46 299,44	70 104,80	117 888,58
Koblenz-Trier	102 000	118 508,06	159 782,16	150 882,67
Köln-Aachen	77 000	88 951,42	92 879,19	108 881,18
Kurmark	140 000	184 307,06	181 816,19	222 084,18
Magdeburg-Anhalt	166 000	168 859,75	195 952,80	278 805,84
Main-Franken	48 000	43 836,12	58 808,80	106 744,49
Mecklenburg-Lübeck	90 000	121 491,86	167 810,64	184 498,16
München-Oberbayern	122 000	159 880,09	204 317,86	257 602,81
Osthannover	136 000	198 231,07	266 453,53	308 500,09
Ostpreußen	134 000	99 278,86	109 066,85	128 906,90
Pommern	14. 000	118 740,82	129,064,84	202 217,84
Saarpfalz	61 000	90 885,46	99 021,88	179 024,82
Sachsen	294 000	298 498,97	359 724,60	542 864,38
Schlesien	202 000	191 886,02	248 512,32	311 614,90
Schleswig-Holstein	221 000	202 489,76	305 056,42	352 297,44
Schwaben	65 000	72 181,76	121 801,52	203 055,58
Süd-Hannover-Braunschw.	107 000	110 803,64	158 478,81	158 930,78
Thüringen	152 000	122 975,21	180 404,70	280 468,80
Weser-Ems	76 000	106 910,80	156 060,35	193 056,90
Württemberg	200 000	189 718,78	321 644,68	388 599,72
Zusammen:	4 021 000	4 084 819,49	5 662 279,19	7 655 478,49

(*) Hamburg ist durch das Groß-Hamburg-Gesetz um drei Kreise größer geworden.

Unser Gauleiter eröffnete den Sammeltag



Foto Hegemann

Gauleiter Dr. Meyer sammelt am Tag der nationalen Solidarität in Bielefeld

Das Ja der Einheit

Bielefeld, 6. 12.

Nach jedem großen Kampfe, den der Nationalsozialismus in seinem Ringen um die Macht in Deutschland zu bestehen hatte, gab am gleichen Abend oder nächsten Tage der Führer die weitere Parole aus: Der Kampf geht weiter!

Seit der Machtergreifung ist es nicht anders geworden. Der Führer selbst ist der letzte, der ein Stillstehen kennt oder auf errungenen Lorbeeren ausruhen möchte. Deutschland steht in einer so gewaltigen inneren und äußeren Umwälzung, daß es kein Müdewerden gibt. Wir brauchen nur um uns zu schauen, um die Größe der anbrängenden Aufgaben zu erkennen. Zumal wirklicher Sozialismus kennt kein Haltmachen! Er ist Fanatismus, und dieser Fanatismus drängt zur Tat.

Wenige Stunden vor dem Beginn der großen Sammlung zum „Tag der nationalen Solidarität" hat Ministerpräsident Hermann Göring durch eine Anordnung, die seine erste nach außen in Erscheinung tretende Maßnahme war, für den deutschen Arbeiter die Lohnzahlung an den Feiertagen ermöglicht. Sein Handeln paßt und ganz im Zeichen einer geschlossenen nationalen Solidarität!

Der deutsche Arbeiter hat sich ohne Zaudern ehrlich und freudig in den Dienst des Vierjahresplanes gestellt. Ihm ist es vielleicht deutlicher ins Bewußtsein geschrieben, was die Sicherstellung der deutschen Arbeit durch die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit im Vierjahresplan bedeutet als manchem anderen Volksgenossen. Darum stellt auch Görings Anordnung klar heraus, daß es sich bei dieser Maßnahme nicht um ein mildtätiges Weihnachtsgeschenk, sondern um die endlich erfolgte Anerkennung einer wohlverdienten Leistung handelt.

Mit wissen alle, daß Hermann Göring nicht der Mann ist, der unüberlegte Maßnahmen trifft. Ihm ist es ebenso klar wie jedem Wirtschaftler, daß diese Lohnzahlung an Feiertagen eine finanzielle Zusatzleistung der Wirtschaft bedeutet. Ihm ist es aber ebenso klar wie jedem ehrlich und sozial denkenden Wirtschaftler, daß die bisherige Regelung für den Arbeiter wirtschaftliche Härten brachte, die sich mit dem Sinn dieser Feiertage nicht recht vertragen.

Wahrer Sozialismus, wie ihn der Nationalsozialismus Schritt für Schritt in Deutschland verwirklicht, heißt immer Wertung der Leistung. Im gleichen Umfange, wie der Nationalsozialismus durch seine Stärkung und Sicherung der deutschen Wirtschaftskraft den Betrieben neue Aufstiegsmöglichkeiten schuf, muß nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit auch die wirtschaftliche Sicherstellung und Anerkennung des deutschen Arbeiters fortschreiten.

Die Einheit der Nation darf nicht Phrase bleiben, sie muß tägliches Tatbekenntnis sein. In diesem Sinne will Hermann Görings Anordnung über die Lohnzahlung an Feiertagen verstanden sein. Und in diesem Sinne hat der Sonnabendnach-

Des Führers Spende

Empfang von Künstlern und Künstlerinnen

Berlin, 5. 12.

Nach Abschluß der großen Sammelaktion am Tage der nationalen Solidarität empfing der Führer am Sonnabendabend in der Reichskanzlei eine größere Zahl von Künstlern und Künstlerinnen von Bühne und Film. Der Führer sprach ihnen den Dank für ihren Einsatz bei diesem großen Werk der Selbsthilfe des deutschen Volkes aus und gab jedem einzelnen einen größeren Betrag für seine Sammelbüchse.



(D 9) Werbeplakat für das Winterhilfswerk 1935.

Nach einer Mitteilung des Amtes für Volkswohlfahrt der Kreisleitung Bielefeld-Halle von 1939 wurden im Winter 1933/34 insgesamt 373230 RM aufgebracht. Davon verteilte man vor allem Kohlen und Kartoffeln, in geringerem Umfang auch Kleidungsstücke und Lebensmittel.
Der Spendenertrag stieg 1934/35 auf 1040992 RM
1935/36 auf 1506362 RM
1936/37 auf 1838308 RM
1937/38 auf 2046520 RM
1938/39 auf 3158316 RM.
Die Zahl der unterstützten Personen sank hingegen mit der Normalisierung der Wirtschaftslage und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Von den mehr als 3 Mill. RM des letzten Berichtsjahres sind nur 564000 RM ausgegeben worden. Unklar bleibt, wohin die übrigen Gelder flossen.

(D 11) Schreiben des Gaubeauftragten des Winterhilfswerks vom 11. 1. 1937 an den Amtsbürgermeister in Brackwede, mit der Aufforderung, bestimmte Beträge aus Stiftungen zu überweisen.



(D 10) Foto vom Tag des Pferdes; hier der Kesselbrink (1933).



Literarische Vereinigung e.V. Bielefeld

Montag, 19. Nov. 1934

um 20,15 Uhr im Saal der „Eintracht"

Hans Friedr. Blunck

Präsident der Reichsschriftumskammer

liest aus eigenen Dichtungen.

Es bedarf keines ausführlichen Hinweises mehr, dass diesem Dichter-Abend eine besondere Bedeutung zukommt. Denn Hans Friedrich Blunck steht an hervorragendster Stelle innerhalb der heutigen Dichtkunst, die um eine neue künstlerische Gestaltung des deutschen Lebensgefühles ringt. —

Wir bitten um Ihren Besuch und um Ihre rege Werbung für diesen Abend.

Der Vorstand

Dr. Dr. Th. Buddeberg

Unsere Mitglieder werden freundlichst um Einlösung ihrer neuen Mitgliedskarte gebeten, die erst zum freien Eintritt berechtigt. Eintrittskarten für Nichtmitglieder zu 1.50 und 1. RM (Schüler 0.75 RM), in den hiesigen Buchhandlungen und an der Abendkasse.

Einige Werke von Blunck: Die große Fahrt — Werdendes Volk (Trilogie) — Bruder und Schwester — Gewalt über das Feuer — Volkswende — Kampf der Gestirne — Erwartung — Neue Balladen — Von Klabautern und Rullerpückern.

Voranzeige:

am 11. Dezember findet unsere „Weihnachts-Buchmette" in der „Ressource" statt.

(D 12) Hans Blunck, Präsident der Reichsschrifttumskammer, war einer der besonders geförderten Dichter im Dritten Reich. Heute ist er fast vergessen.

(D 13) Der Historische Verein für die Grafschaft Ravensberg (in Bielefeld) wandte sich seit 1933 verstärkt Themen zu, die der Ideologie des NS-Staates nahestanden (1934).



Vortragsveranstaltungen im März:

In Verbindung mit der Städt. Museumsverwaltung veranstaltet der Historische Verein für die Grafschaft Ravensberg im März folgende Vorträge:

Oberstudiendirektor Lic. Dr. Hahn, Bielefeld:

„Das Gesetz über den Neubau des deutschen Reiches im Lichte der deutschen Geschichte."

Ort: Städt. Museum, Wertherstraße 3.
Zeit: Freitag, den 2. März, abends 8¼ Uhr.

Landgerichtsdirektor Dr. Lange, Bielefeld:

„Sinn, Zweck und Inhalt des Erbhofrechtes"

Ort: Städt. Museum, Wertherstraße 3
Zeit: Donnerstag, den 15. März, abends 8¼ Uhr.

Zu beiden höchst zeitgemäßen Vortragsveranstaltungen laden wir herzlich ein.

Städt. Museum Dr. Schoneweg. Historischer Verein Dr. Schrader.

23. Die Gleichschaltung der Kultur

Am 14. Juli 1933 wurde das »Gesetz gegen die Neubildung von Parteien« erlassen. In Wahrheit war es ein Gesetz, das alle Parteien mit Ausnahme der NSDAP verbot. Deutschland wurde zum Einparteienstaat. Die Teilnahme des Volkes am politischen Geschehen beschränkte sich hinfort auf Akklamation und auf das Mitmarschieren in den Reihen der NS-Organisationen.
Wurde das Volk politisch ausgeschaltet, so bemühten sich die Nationalsozialisten, es kulturell und ideologisch gleichzuschalten. Der Weg dahin war nicht schwierig, weil die kulturellen Vereinigungen des Bürgertums ohnehin die Tendenz hatten, das, was man für »deutsche« Kultur hielt, zu fördern.
Der Historische Verein für die Grafschaft Ravensberg stellte seine Vortragsthemen auf aktuelle Fragen um: Die Geschichte wurde in etlichen Beiträgen zur Begründung für das Dritte Reich in Anspruch genommen.
Die Literarische Vereinigung lud den Dichter Hans Friedrich Blunck zu einer Lesung ein. Blunck war eine Art von Staatsdichter. Als Präsident der Reichsschrifttumskammer nahm er unter den genehmen deutschen Literaten den höchsten Rang im NS-Staat ein. Seine Werke sind heute zum größten Teil wieder aus der Literaturwelt verschwunden.



„Kraft durch Freude" in Bielefeld

Gewaltiger Auftakt in der Rudolf-Oetker-Halle

Die Feierabendorganisation der Deutschen Arbeitsfront tritt am kommenden Donnerstag erstmalig mit einer Veranstaltung in der Rudolf-Oetker-Halle an die Oeffentlichkeit.

1500 Arbeiter der Stirn und der Faust werden eine Feierstunde erleben, die ein Markstein in der Gestaltung der Bielefelder Feierabend-Gemeinschaft sein wird. Das Städt. Orchester und namhafte Künstler unseres Theaters haben sich freiwillig in den Dienst der Sache gestellt, um den Abend durch ihre Mitwirkung zu verschönern. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht die Rede des Gauwarts KdF., Pg. Hetzel, über die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude". Außerdem werden sich die HJ und das Jungvolk beteiligen.

Die Eintrittskarten sind bereits restlos in den Bielefelder Betrieben kostenlos verteilt, dabei hat die Kreisleitung der Gemeinschaft „Kraft durch Freude" keinen Unterschied in der Platzverteilung gemacht. Der Betriebsführer sitzt neben der Betriebsgefolgschaft. Der Abend verspricht, die Veranstaltungen von „Kraft durch Freude machtvoll einzuleiten. Die Vortragsfolge werden wir morgen veröffentlichen.

Nach Schluß der Arbeit am Donnerstag wird die NSBO-Kapelle der Dürkoppwerke von 17.30 bis 18.30 Uhr vor dem Rathaus ein Freikonzert geben.

(D 14) Artikel aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 6. 2. 1934.

Die Bücher der verfemten Schriftsteller hatte man schon am 11. Mai 1933 öffentlich verbrannt.
Auf einer Kulturtagung des NSDAP-Gaues in der Ausstellungshalle debattierte man nicht über den Ausgleich zwischen künstlerischer Qualität und den politischen Erfordernissen, wie die Machthaber sie formulierten. Kultur war hier nur der Anlaß für eine Kundgebung von Parteigrößen. Gauleiter Dr. Meyer feierte Hitler in seiner Rede als »Pionier einer neuen deutschen Kunst«.
Auf Reichsebene war die Organisation »Kraft durch Freude« dafür zuständig, vor allem die Belegschaften der Betriebe an kulturelle Veranstaltungen heranzuführen. Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Organisationen der Angestellten sollte durch das gemeinsame kulturelle Erlebnis am Feierabend überspielt werden. In Bielefeld begann die Feierabendorganisation – sie war Teil der Deutschen Arbeitsfront (DAF) – ihre Tätigkeit mit einem Festakt in der Oetkerhalle 1934.

(D 15) Reichsgesetzblatt: Gesetz gegen die Neubildung von Parteien. Vom 14. Juli 1933.
(D 16) Bericht einer Tageszeitung über die Kulturtagung des Gaues Westfalen-Nord in der Ausstellungshalle (11. 9. 1933).

24. Kunst

In einem als privat ausgegebenen Schreiben an den damals noch kommissarischen NS-Bürgermeister Budde schlug der Direktor des Städtischen Museums, Dr. Eduard Schoneweg, vor, das Museum mit dem Kunsthaus zusammenzulegen. Nach gehässigen Bemerkungen über die Ankäufe des Kunsthauses fuhr er fort: »Man wollte bewußt jüdische, bolschewistische Kunst pflegen, man wollte nichts wissen von bodenverbundener, nationaler Kunst«. Sich selbst sah Schoneweg als Garant für die neue, vom nationalsozialistischen Staat verlangte Kunst an.
Tatsächlich wurde Schoneweg später für die Kunstsammlungen verantwortlich, damit auch für die Aussonderung »entarteter Kunst« aus den Bielefelder Beständen. Im Rahmen dieser Aktion mußte er sich wegen des Ankaufs von drei Böckstiegel-Radierungen rechtfertigen, die er 1927 erworben hatte. Er schreibt dazu am 28. 8. 1937 an den Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste, die anfragende Behörde: »Für den Erwerb bin ich selbst verantwortlich. Ich darf dabei betonen, daß ich sie als Kuriosa für die volkskundliche Abteilung unseres Museums erwarb. Ich wollte damit zeigen, wie unser gesundes westfälisches Bauerntum und unsere schöne Minden-Ravensberger Landschaft in dem Hirn eines Malers aussieht, der, ein schlichter Bauernsohn unserer Landschaft, ursprünglich gesund war und der erst durch die Machenschaften einer marxistisch-jüdisch infizierten Kunstclique immer mehr in diese blöde Richtung gegängelt worden ist . . . Ich habe mich hier in Bielefeld in Wort und Schrift seit langen Jahren gegen den Ungeist der bolschewistischen Kunst gewandt.« Schonewegs Haltung ist sicher als Opportunismus noch zu vorsichtig gekennzeichnet.

(D 17) Werner Scholz: Mutter und Kind (1932). Im Besitz der Kunsthalle.



Der ehrenamtliche Leiter des Kunsthauses, gegen den sich Schonewegs Bemühungen und Anfeindungen richteten, war Dr. Heinrich Bekker. Er mußte sofort 1933 gehen und wurde durch den Bildhauer Arnold Rickert ersetzt.

Die Kunstkritik der Tageszeitungen schwenkte schnell auf die neue Linie ein. Ein Beispiel hierfür sind die Besprechungen des Kritikers der Westfälischen Zeitung, Dr. Hans Kornfeld. Unter dem Titel »Kunst und soziale Not« würdigte er eine Ausstellung, in der neben Radierungen von Käthe Kollwitz auch Arbeiten des Berliners Werner Scholz zu sehen waren (6. 1. 1933): »Die psychologische Durchdringung der Bildinhalte führte



(D 18) Alfred Kitzig: Mutter und Kind. Gezeigt in einer Ausstellung 1942. Im Besitz der Kunsthalle.

oft zum stillen, aber eindringlichen Protest gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Der Maler wurde über den Freund der Geächteten und Geknechteten hinaus zum Kläger wider die menschliche Gesellschaft.« Weiter unten heißt es dann kritisch: »Der bittere Beigeschmack der sozialen Dissonanz verstimmt den unbefangenen Betrachter . . . Wir wehren uns gegen die Tendenz der Verächtlichmachung, nicht gegen die künstlerische Leistung.«

Ein knappes Jahr später, im Jahresrückblick auf das Kunstgeschehen in Bielefeld, schlägt Dr. Kornfeld dann gehässige Töne an: »Zersetzende Kunst im wahrsten Sinne des Wortes waren die Arbeiten von Scholz, in ihrer boshaft negierenden Tendenz Machwerke des Großstadtpflasters, bezeichnend für einen krankhaft übersteigerten Individualismus.«

Die vom Dritten Reich geförderte Kunst fand beim Publikum durchaus Verständnis. Ein Blatt wie das von Alfred Kitzig, 1942 in einer Ausstellung in Bielefeld gezeigt, schien unmittelbar verständlich, auch wenn

weder die Idealisierung der Frau als Mutter, noch die Abbildung des Mannes als pflügender Bauer der harten Wirklichkeit des Krieges entsprach.
Ein Erlaß vom 30. Juni 1937 regelte die Aussonderung der als »entartet« angesehenen Kunst aus den deutschen Museen. Dazu gehörten alle Werke der Expressionisten, Arbeiten von Künstlern, die sich politisch engagiert hatten und soziale Mißstände anprangerten oder die Juden waren, Zeichnungen, mit denen der Militarismus angegriffen wurde – kurz, alles das, was heute als traditionelle Moderne bezeichnet wird, verfiel der Verfemung.
Zunächst wurden die großen Museen gesäubert. Ein Teil der »entarteten« Gemälde wurden nach München gebracht und als abschreckende Beispiele in einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert. Wenige Wochen später waren dann auch die kleineren Museen und Sammlungen an der Reihe. Bielefeld mußte 136 Werke abgeben; ein Verzeichnis hierüber ist erhalten. Die meisten der Werke sind wahrscheinlich im Hof der Berliner Feuerwache am 20. März 1939 verbrannt worden. Nur einige tauchten nach dem Krieg wieder im Kunsthandel auf.
Das Verzeichnis enthält unter anderem die Namen von Christian Rohlfs, Emil Nolde, Hermann Stenner, Otto Dix, Käthe Kollwitz, Karl Schmidt-Rottluf, Ernst Barlach, Lovis Corinth, Franz Mark, Erich Heckel, Oskar Kokoschka, Otto Mueller, Max Pechstein und vielen anderen. Von den einheimischen Künstlern waren Böckstiegel, Schabbon, Tuxhorn, Godewols, Sagewka, Lewerenz, Westhäuser und andere mit ausgesonderten Werken vertreten.

(D 19) Schreiben der Reichskammer der bildenden Künste vom 26. 8. 1937 wegen des Ankaufs von Böckstiegel-Radierungen.
(D 20) Antwortschreiben von Dr. E. Schoneweg mit der Rechtfertigung des Ankaufs. Vom 28. 8. 1937.
(D 21) Kunst und soziale Not. Artikel in der Westfälischen Zeitung vom 6. 1. 1933. Von Dr. Hans Kornfeld.
(D 22) Bildende Kunst und Gegenwart. Artikel in der Westfälischen Zeitung vom 2. 1. 1934. Von Dr. Hans Kornfeld.

25. Feste I

Zu den wesentlichen Mitteln der Propaganda im Staat Hitlers gehörte es, daß sich die NSDAP ununterbrochen zur Schau stellte. Dabei machte sie nicht nur ihre eigenen Parteiveranstaltungen zum Schauspiel für die Öffentlichkeit, sondern benutzte auch die Festtage anderer Organisationen für die eigenen Zwecke.
Ein Beispiel hierfür sind die Feiern zum 450. Geburtstag Martin Luthers, an sich eine Angelegenheit der evangelischen Kirche. Die Partei machte sie zu einer Schau des Propagandaapparates. Bereitwillig ließ sich die Kirche hierfür einspannen. Die Mitglieder der Gemeinden marschierten in mehreren Säulen zu drei Sammelpunkten in der Stadt. Von dort ging



(D 23) Tag der Hitlerjugend im Dezember 1933; ein Emblem der HJ wird genagelt.



(D 24) Gautag der NSDAP in Bielefeld, 1934. Auf dem Foto von links: Reichsorganisationsleiter Robert Ley, SA-Stabschef Viktor Lutze, Gauleiter Dr. Alfred Meyer.

es weiter zum Kesselbrink, dem eigentlichen Ort der Veranstaltung. Auch Marschgruppen der Bielefelder Schulen trafen dort ein. Die Tribüne bestand im wesentlichen aus einem Turm, auf dem Landsknechte Wache hielten. Links und rechts wehten Hakenkreuzfahnen und die violetten Kirchenfahnen mit weißem Kreuz.

Nach dem Anmarsch wurde zunächst das Deutschlandlied gesungen. Die Eröffnungsansprache hielt Oberbürgermeister Dr. Prieß. Er erinnerte weniger an die Tage der Reformation als vielmehr an den Führer und Reichskanzler, den »Künder und Bringer einer neuen Zeit«. Die Festrede übernahm Pfarrer Siebold. Die Zeit der Reformation bot ihm die Möglichkeit zum dauernden Vergleich mit der Gegenwart, einer neuen Reformation. Das gemeinsam gesungene Horst-Wessel-Lied und eine szenische Darstellung von Schülern unter dem Thema »Luther auf der Reise nach Worms« ergänzten das Programm. Ein Fackelzug am Abend beschloß den Tag.

Der offenkundige Einsatz der Partei für einen kirchlichen Zweck hat sicher manchen evangelischen Christen an die Seite der NSDAP gebracht, ohne daß er sich dessen bewußt gewesen sein mag, daß den größeren Nutzen hiervon die Partei hatte.

In der Inszenierung ganz ähnlich, wenn auch mit einer völlig anders gearteten Gruppe, verlief die Fahnenweihe des Kreiskriegerverbandes (Kyffhäuser) im Januar 1934. In geschlossenen Formationen marschierten die 34 zugehörigen Vereine zur Oetkerhalle. Dort wurden mit einer Traditionsfahne neue Fahnen geweiht. SA-Brigadeführer Vogel hielt eine



(D 25) Lutherfest, November 1933. Auf dem Kesselbrink war eine Tribüne aufgebaut. Im Hintergrund das Landratsamt.

(D 26) Fahnenweihe des Kyffhäuserbundes, Januar 1934. Hier der Ausmarsch aus der Oetkerhalle.



Ansprache, in welcher er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß der Kyffhäuserverband als SA-Reserve II in die Sturmabteilungen der Partei eingegliedert worden sei. Die Schlußworte sprach Oberbürgermeister Dr. Prieß. Er erinnerte an soldatische Traditionen aus dem Ersten Weltkrieg und an den Glanz der »Alten Armee«. Geschlossen marschierte man zum Kesselbrink zurück.

(D 27) Festzug in Ummeln, 1936.

(D 28) Der »Tag des Fahrrades« 1935; ein Foto aus der Niedernstraße.



26. Feste II

Die nationalsozialistische Ideologie war nur eindeutig, wo ein Gegner fixiert werden konnte; der Antisemitismus war deshalb häufigstes Thema der Propaganda.
Verschwommen hingegen wurde die Ideologie da, wo gleichsam »positive« Werte festgelegt werden sollten. Viel einfacher war es, Aufmärsche und Feste zu inszenieren und die Bevölkerung aufzurufen, die Häuser und Straßen zu schmücken, vor allem mit Hakenkreuzfahnen und Bekränzungen.
So wurde ein »Wir-Gefühl« gestiftet, auf das der NS-Staat dauernd angewiesen war. Die gefühlsmäßige Zustimmung der Massen sollte über die vielen Schönheitsfehler hinwegtäuschen: über den Terror gegen einzelne, über die fortdauernden Wirtschaftsprobleme und die karge Lebenshaltung, über die Entrechtung der Arbeiterschaft und der Belegschaften in den Betrieben.
Jedes Jahr war angefüllt mit einer Reihe von Gedenk- und Ehrentagen, Parteitagen, Jugendtagen, Sportfesten. Durchblättert man die Tageszeitungen nur eines einzigen Jahres, gewinnt man den Eindruck, als seien die »Volksgenossen« fast ununterbrochen damit beschäftigt gewesen, irgendeinen Anlaß mit Aufmärschen, Fahnen und Kundgebungen zu begehen, bei dem Staat und Partei Gelegenheit hatten, sich zu präsentieren. Alles war »großartig«, »gewaltig«, war »machtvolle Demonstration« der Partei, der Gliederungen der NSDAP, der Wehrmacht, des Handwerks oder wessen auch immer.
Der Alltag hingegen, die Arbeit, das tägliche Brot – das waren nur noch Themen am Rande. Sie eigneten sich nicht für die emphatische Sprache der Dauerredner und der Jubeljournalisten.
Am »Tag des Fahrrades« (1935) fuhren kostümierte Radler auf historischen Rädern durch die Stadt, begleitet von SA-Leuten. Eine Kundgebung auf dem Alten Markt durfte nicht fehlen.



(D 30) Kreistreffen der NSDAP, 1936; Blick aus der Obernstraße auf die Kreuzung am Oberntor.

Mit großem Aufwand wurde 1939 die Reichsfahrt der Alten Garde begangen. Bielefeld, »das nie zuvor in seiner mehr als 700jährigen Geschichte ein solch herrliches Festkleid angezogen hatte« (Westfälische Neueste Nachrichten vom 15. Juni 1939), war mit Fahnen und Tannengrün aufgeputzt. Die »Alten Kämpfer« aus dem Gau Köln-Trier wurden schon am Bahnhof empfangen. Dort erwarteten sie Fahnen und Marschmusik, Ehrenformationen der örtlichen NSDAP und die NS-Prominenz, darunter der stellvertretende Gauleiter Stangier und Kreisleiter Reineking. Mit dem Musikcorps der SA-Standarte 174 an der Spitze zogen dann die Marschkolonnen durch die Stadt. Die Fahnen der Alten Garde wurden im Triumphzug vorangetragen und im neuen Horst-Wessel-Haus an der Hindenburgstraße (jetzt Alfred-Bozi-Straße) abgestellt.

Im Zentrum des Besuches stand die Enthüllung des Horst-Wessel-Denkmals auf dem Oberntorwall durch den Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley (vgl. Tafel 21). Hier einige Passagen aus seiner Ansprache: »Wir in der Partei wissen, wieviel Opfer jeder in der Kampfzeit hat bringen müssen; es war in den Kampfjahren ein tägliches Ringen, ein Opferbringen vom Morgen bis zum Abend. Wir können jetzt sagen, daß der Wechsel, den wir durch dieses Opfer erzwungen haben, gewaltig ist. Es fließt kein Tropfen Blut umsonst. Wo Blut fließt, muß

(D 31) Reichsfahrt der »Alten Garde«, 1939; die Düppelstraße, mit tannenbegrünten Podesten und Hakenkreuzfahnen dekoriert.



etwas Neues werden . . . Der SA-Mann Horst Wessel ist das Symbol dieses Opfers geworden . . . Tausende von Jahren mögen vergehen, – immer noch wird man in Deutschland den Namen dieses Helden nennen.«

Die Gliederung des Jahres durch die Festtage des NS-Staates und der »Opfertod« Horst Wessels, gleichsam Voraussetzung für das Heil, das Deutschland seit der Machtergreifung erfuhr – das alles waren Symbole einer Ersatzreligion. Hierzu gehörte auch das dauernde »Bekenntnis« zu Adolf Hitler.

Der Tag der Alten Garde wurde mit einer Feierstunde in der Oetkerhalle, einem Fackelzug durch die abendliche Stadt und einem Aufmarsch auf dem Kesselbrink beschlossen. »Im gleißenden Licht der Scheinwerfer leuchtet gelb die Opferflamme in den Pylonen«.

(D 29) Kreistreffen der NSDAP 1935; ein Bild aus der Herforder Straße in Richtung Jahnplatz.
(D 32) Kreistreffen der NSDAP 1936; die Obernstraße von der Mauerstraße (Klasingstraße) aus.

E. Verfolgung und Widerstand

27. Der Weg in die Illegalität

Oft genug hat Hitler in seinen Reden vor 1933 die Arbeiterführer als »Verräter« und »Verbrecher« beschimpft. Es konnte deshalb eigentlich keinen Zweifel daran geben, daß er, einmal an der Macht, rigoros gegen sie vorgehen würde. Dennoch machten sich die Sozialdemokraten Illusionen. Sie hofften, auf dem Weg der Legalität bleiben zu können, und glaubten, das Dritte Reich werde bald wieder zusammenbrechen. Die Kommunisten schätzten die Lage realistischer ein; sie bereiteten sich rechtzeitig auf die Illegalität vor. Eine Zusammenarbeit beider Parteien nach der Machtergreifung war ausgeschlossen, weil die Gegensätze schon in der Weimarer Zeit zu tief geworden waren. Das galt aber mehr für die Funktionäre an der Spitze der Parteien. Auf lokaler Ebene hat es vielfältige Formen der Kooperation geben.
Mit dem Verbot der »Volkswacht« und des »Kämpfers« war den Arbeiterparteien das wichtigste Informationsmittel für ihre Mitglieder genommen. Während die SPD noch bis zum Parteiverbot im Juni 1933 Veranstaltungen organisieren und – wenn auch im Beisein der Polizei –

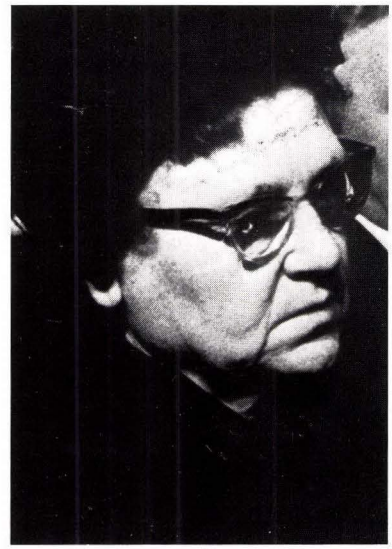


(E 2) Politische Häftlinge müssen 1933 in Dresden Wandparolen abwaschen. Rechts der ehemalige Redakteur der »Volkswacht«, Max Sachs (aus: R. Helm, Anwalt des Volkes. 1978).

(E 4) Emil Groß, ehemaliger Vorsitzender der SAJ; in der Nachkriegszeit (Foto) Herausgeber der Freien Presse.



(E 5) Maria Schmidt, ehemalige SAJ-Gruppenleiterin. Sie versorgte Sozialdemokraten mit illegalem Material aus Holland (Nachkriegsfoto).



(E 6) Else Zimmermann verfaßte illegale Ausgaben der »Roten Volkswacht«. Später Landrätin des Kreises Bielefeld (Nachkriegsfoto).



(E 8) Johanna Melzer, 1933–1934 Gebietsinstrukteurin der KPD für Bielefeld (aus: Widerstand und Verfolgung in Dortmund, 1981).



(E 11), (E 12) Klebezettel der SPD (nach 1933).

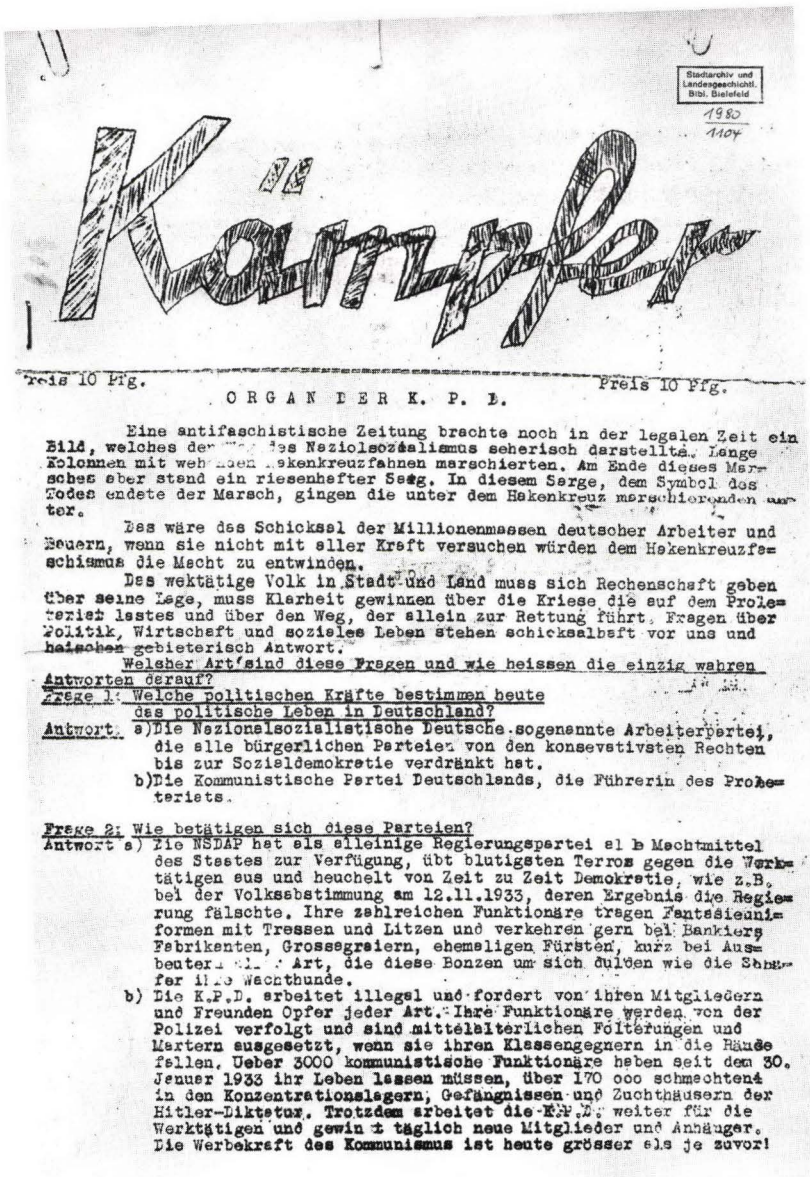




Gedanken austauschen konnte, mußte die KPD schon seit Ende Februar im Untergrund arbeiten.

Im März 1933 erschienen zwei illegale Ausgaben der »Roten Volkswacht« der KPD. Der Text wurde von der späteren Landrätin Else Zimmermann verfaßt, während den Druck bis zu seiner Verhaftung Konstantin Langhammer besorgte. Der »Kämpfer« der KPD ist bis 1935 in einer unbekannten Zahl von Ausgaben gedruckt worden.

Außer diesen beiden Zeitungen wurden Flugblätter und Handzettel weitergegeben. Man ließ Tarnschriften in den Wartezimmern von Ärzten liegen oder schob Informationsmaterial unter Haustüren durch. Auch in Fabriken tauchten Flugblätter auf, so bei »Anker« und in der »Feldmühle«. Ein SPD-Flugblatt, betitelt »Deutsche Geschichte«, zitierte



Stadtarchiv und Landesgeschichtl. Bibl. Bielefeld
1980
1104

Kämpfer

Preis 10 Pfg. ORGAN DER K. P. D. Preis 10 Pfg.

Eine antifaschistische Zeitung brachte noch in der legalen Zeit ein Bild, welches den Weg des Nazisozialismus seherisch darstellte. Lange Kolonnen mit wehenden Hakenkreuzfahnen marschierten. Am Ende dieses Marsches aber stand ein riesenhafter Sarg. In diesem Sarge, dem Symbol des Todes endete der Marsch, gingen die unter dem Hakenkreuz marschierenden unter.

Das wäre das Schicksal der Millionenmassen deutscher Arbeiter und Bauern, wenn sie nicht mit aller Kraft versuchen würden dem Hakenkreuzfaschismus die Macht zu entwinden.

Das werktätige Volk in Stadt und Land muss sich Rechenschaft geben über seine Lage, muss Klarheit gewinnen über die Kriese die auf dem Proletariat lastes und über den Weg, der allein zur Rettung führt. Fragen über Politik, Wirtschaft und soziales Leben schicksalhaft vor uns und heischen gebieterisch Antwort.

Welcher Art sind diese Fragen und wie heissen die einzig wahren Antworten darauf?

Frage 1: Welche politischen Kräfte bestimmen heute das politische Leben in Deutschland?

Antwort: a) Die Nazionalsozialistische Deutsche sogenannte Arbeiterpartei, die alle bürgerlichen Parteien von den konservativsten Rechten bis zur Sozialdemokratie verdrängt hat.

b) Die Kommunistische Partei Deutschlands, die Führerin des Proletariats.

Frage 2: Wie betätigen sich diese Parteien?

Antwort a) Die NSDAP hat als alleinige Regierungspartei al le Machtmittel des Staates zur Verfügung, übt blutigsten Terror gegen die Werktätigen aus und heuchelt von Zeit zu Zeit Demokratie, wie z.B. bei der Volksabstimmung am 12.11.1933, deren Ergebnis die Regierung fälschte. Ihre zahlreichen Funktionäre tragen Fantasieuniformen mit Tressen und Litzen und verkehren gern bei Bankiers Fabrikanten, Grossagrariern, ehemaligen Fürsten, kurz bei Ausbeutern aller Art, die diese Bonzen um sich dulden wie die Schnorrer ihre Wachthunde.

b) Die K.P.D. arbeitet illegal und fordert von ihren Mitgliedern und Freunden Opfer jeder Art. Ihre Funktionäre werden von der Polizei verfolgt und sind mittelalterlichen Folterungen und Martern ausgesetzt, wenn sie ihren Klassengegnern in die Hände fallen. Ueber 3000 kommunistische Funktionäre haben seit dem 30. Januar 1933 ihr Leben lassen müssen, über 170 000 schmachten in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern der Hitler-Diktatur. Trotzdem arbeitet die K.P.D. weiter für die Werktätigen und gewinnt täglich neue Mitglieder und Anhänger. Die Werbekraft des Kommunismus ist heute grösser als je zuvor!

(E 15) Illegale Ausgabe des in Bielefeld hergestellten KPD-Organs »Kämpfer« (1933).

einen Text von Franz Mehring über die Attentate auf Kaiser Wilhelm I. Die KPD arbeitete direkter; eines ihrer Flugblätter trug die Überschrift: »Nieder mit der blutrünstigen, faschistischen Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung!«

Die Polizei veranstaltete Razzien und hob die illegalen Druckereien aus. Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate wurden beschlagnahmt, ja selbst Fahrräder stellte man sicher, um Kurierdienste zu verhindern. Hin und wieder fand man auch Waffen. An einer Razzia im Bereich Ziegelstraße/Herforder Straße/Kortmannstraße im Mai 1933 nahmen rund einhundert Schutzpolizisten, 150 SA-Leute und 30 Kripo-

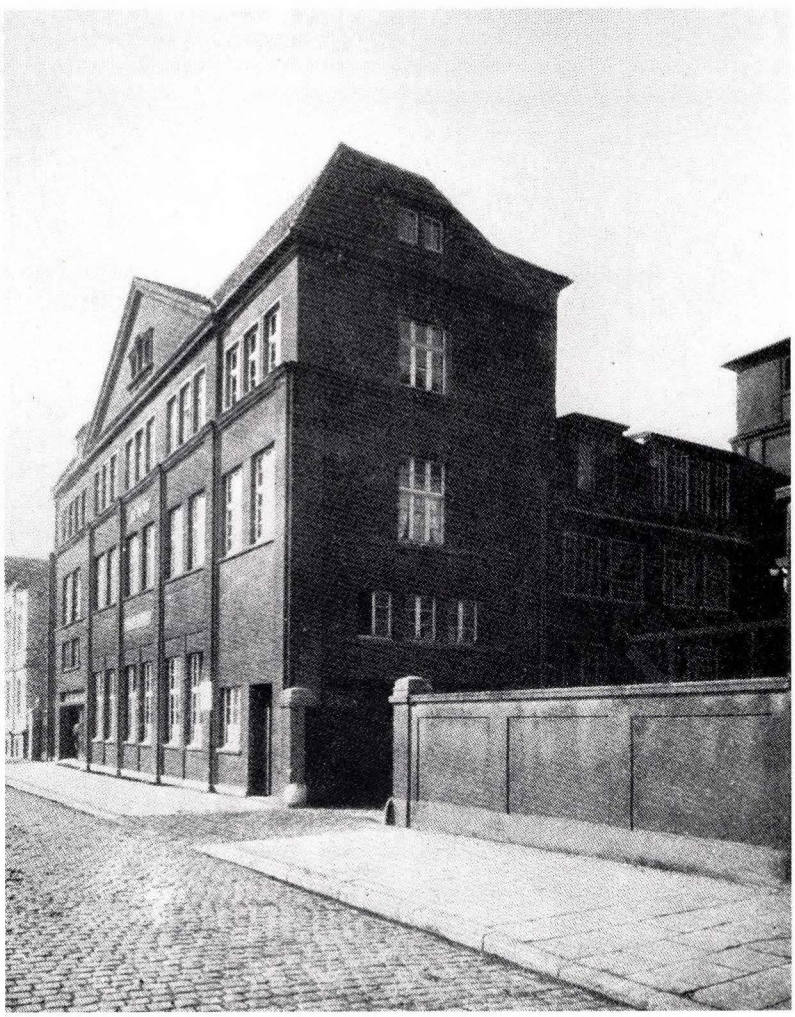
beamte teil. Sie ermittelten 14 Karabiner, eine Maschinenpistole und Munition; zwei Kommunisten wurden verhaftet.
Der Denunziation wurde Tür und Tor geöffnet. Die NSDAP-Ortsgruppe Brake zeigte beim Amtsbürgermeister in Heepen an, daß einige SPD-Mitglieder im Besitz von Waffen seien, die Internationale hörten und eine SPD-Fahne versteckt hielten. Der Bürgermeister alarmierte sofort die Polizei, das Untersuchungsergebnis blieb jedoch mehr als mager.
Am schlimmsten wurde die Arbeiterbewegung – und hier besonders die Kommunistische Partei – durch die Verhaftungen getroffen. Seit dem Reichstagsbrand gingen regelmäßige Verhaftungswellen über die Stadt und den Landkreis. Die Häftlinge wurden in das Polizeigefängnis an der Turnerstraße oder in das Gerichtsgefängnis an der Gerichtsstraße gebracht. Ihre Zahl wuchs zeitweise so sehr an, daß man dazu überging, Gefangene in das Gerichtsgefängnis Herford, aber auch nach Münster und Bochum zu verlegen.
Unter den bekanntesten Opfern der Verhaftungswellen waren bei der SPD Carl Schreck – man hatte ihn im Franziskus-Hospital wegen einer Rede zum Reichstagsbrand festgenommen –, der ehemalige Wohlfahrtsdezernent Gottlob Binder, der Gemeindevorsteher Otto Tönsgöke in Quelle und der Brackweder Buchbinder Ferdinand Roß, früher Führer des Reichsbanners. In Köln wurde Else Zimmermann festgenommen. Auch Artur Ladebeck, der Bielefelder Reichsbannerführer und spätere Oberbürgermeister, hat monatelang in Untersuchungshaft gesessen. Anderen gelang die Flucht ins Ausland, so Emil Groß, dem ehemaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend, nach dem Krieg Herausgeber der Freien Presse; er und seine damalige Verlobte Maria Schmidt versorgten von Holland aus die Freunde mit illegalen Flugschriften und Broschüren. Der Volkswacht-Redakteur Heinz Potthoff konnte sich ebenfalls rechtzeitig absetzen, während einer seiner Vorgänger, Dr. Max Sachs, in Dresden festgenommen wurde.
Von der KPD nahm man den ehemaligen Vorsitzenden, dann aus der Partei ausgeschlossenen Wilhelm Kötter fest; das gleiche Schicksal traf Paul Jagenburg, einen Privatgelehrten, der in der Nachkriegszeit Kulturdezernent in Bielefeld wurde. Die genaue Zahl der verhafteten Kommunisten ist nicht bekannt, doch dürfte sie für die Stadt und den Landkreis Bielefeld bei annähernd einhundert liegen.
Die Betroffenen wurden in »Schutzhaft« genommen. In den Akten heißt es dann regelmäßig, ihre Äußerungen oder Handlungen hätten in der Öffentlichkeit so große Erregung verursacht, daß man sie vor Übergriffen schützen müsse. Anderen warf man pauschal »Vorbereitung zum Hochverrat« vor. Die Festgenommenen brachten Wochen oder Monate in den Gefängnissen zu; viele sind dort mißhandelt worden. Einige wurden in das Konzentrationslager Börgermoor, später auch nach Esterwegen, (beide bei Papenburg im Emsland) überführt. Nach ihrer Entlassung mußten sie über ihren Aufenthalt dort strengstes Stillschweigen bewahren. Vielen wurde aufgegeben, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden.

(E 1) Artikel aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 17. 2. 1936 »Keine Gnade für Hochverräter«.
(E 3) Politische Häftlinge. (Foto aus: Widerstand 1933–1945, Bonn 1980).
(E 7) Gustav Koch; er wurde 1944 hingerichtet.
(E 9), (E 9a) SPD-Tarnschrift »Pflegen Sie Ihr Haar?«

(E 10) SPD-Flugzettel mit einem Aufruf an Katholiken.
(E 13) Tarnschrift »Die Kunst des Selbstrasierens«.
(E 14) Illegale Druckerei in einem Keller (aus: Widerstand und Verfolgung in Dortmund, 1981).

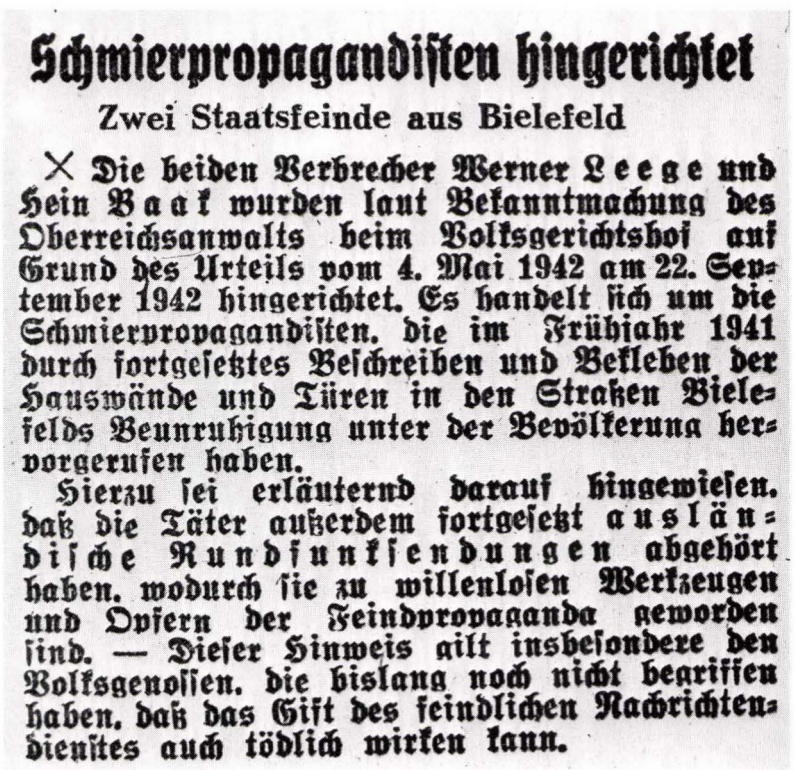
28. Todesurteile und Hinrichtungen

Soweit bekannt, sind von der NS-Justiz zwischen 1934 und 1939 mehr als 500 Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt worden, zwischen 1940 und 1944 hingegen mehr als 12000. Hinzu kommt eine hohe Zahl von Morden ohne Gerichtsurteil.
Mit Beginn des Krieges wurden die Urteile für politische Vergehen drastisch verschärft. Jeder Widerstand gegen die Willkürherrschaft war mit der Todesstrafe bedroht. Trotzdem haben sich immer wieder Frauen und



(E 17) Die Benteler-Werke, Rüstungsbetrieb und Arbeitsfeld einer Widerstandsgruppe (Foto von 1926).

Männer zusammengefunden, um zu protestieren oder zu agitieren; bewußt haben sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt, weil sie sich mit dem massenhaft praktizierten Unrecht nicht abfinden konnten.
Zwischen dem 22. April 1942 und dem 22. September 1944 sind wenigstens gegen 19 Personen in Bielefeld Todesurteile verkündet worden, meist wegen des Vorwurfs des Hochverrats. Ein Beispiel hierfür ist das Urteil gegen Heiko Plöger, einen Herforder, der seit 1937 bei Dürkopp arbeitete. In den Pausengesprächen hatte Plöger seine Ansichten über die ihm unausweichlich erscheinende Niederlage Deutschlands im Kriege geäußert. Außerdem war ihm vorgeworfen worden, Feindsender abgehört zu haben. Wegen des Abhörens und wegen Wehrkraftzersetzung wurde Plöger zusammen mit Gustav Höcker zum Tode verurteilt und am 15. September 1944 in Dortmund hingerichtet.
Der Widerstand in Bielefeld gruppierte sich im wesentlichen in den beiden Rüstungsbetrieben Benteler und Dürkopp. Außer Plöger und Höcker wurden im Juli und August 1944 Hermann Kleinewächter, Otto Appelfelder, Gustav Koch, Bernhard Putjenter, Friedrich Wolgast, Hermann Wörmann, Otto Giesselmann, Gustav Milse, Rudolf Sauer und Paul Brockmann abgeurteilt. Auch sie endeten in Dortmund unter der Guillotine. Bernhard Zawacki, dem man vorwarf, vor Jugendlichen »kommunistische und defaitistische Propaganda« betrieben zu haben, war schon im März in einer Einzelverhandlung verurteilt worden.



Schmierpropagandisten hingerichtet

Zwei Staatsfeinde aus Bielefeld

× Die beiden Verbrecher Werner Leege und Hein Baak wurden laut Bekanntmachung des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof auf Grund des Urteils vom 4. Mai 1942 am 22. September 1942 hingerichtet. Es handelt sich um die Schmierpropagandisten, die im Frühjahr 1941 durch fortgesetztes Beschreiben und Bekleben der Hauswände und Türen in den Straßen Bielefelds Beunruhigung unter der Bevölkerung hervorgerufen haben.

Hierzu sei erläuternd darauf hingewiesen, daß die Täter außerdem fortgesetzt ausländische Rundfunksendungen abgehört haben, wodurch sie zu willenlosen Werkzeugen und Opfern der Feindpropaganda geworden sind. — Dieser Hinweis gilt insbesondere den Volksgenossen, die bislang noch nicht begriffen haben, daß das Gift des feindlichen Nachrichtendienstes auch tödlich wirken kann.

(E 22) Artikel aus der Westfälischen Zeitung vom 3. 10. 1942.

Abschrift

3 L 85/44
8 J 12/44

IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES!

In der Strafsache gegen

den Hilfsarbeiter Bernhard Zawacki aus Senne II, Kreis Bielefeld, am 15. Juni 1899 in Graudenz geboren, zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft, wegen Wehrkraftzersetzung,

hat der Volksgerichtshof, 3. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 22. März 1944, an welcher teil genommen haben

als Richter:

Volksgerichtsrat Lämmle, Vorsitzer,
Kammergerichtsrat Möhler,
SS-Brigadeführer Heinsius,
Regierungsdirektor Offermann,
Gaurichter Kapeller,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Erster Staatsanwalt Dr. Trede,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Bernhard Zawacki, ein alter Kommunist, hat im Jahre 1943 vor allem in Gegenwart von Jugendlichen kommunistische und defaitistische Propaganda getrieben.

Er hat sich hierdurch der Vorbereitung zum Hochverrat und der Wehrkraftzersetzung schuldig gemacht und wird zum

Tode

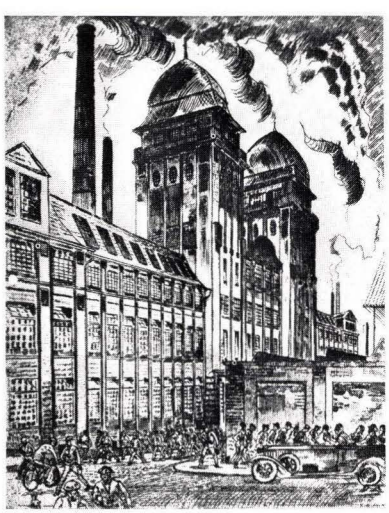
verurteilt.

Die Ehrenrechte werden ihm für immer aberkannt.

-2-

(E 24) Todesurteil gegen Bernhard Zawacki aus Senne II (Abschrift).

(E 27) Die Dürkoppwerke, Rüstungsbetrieb und Arbeitsfeld einer Widerstandsgruppe (Zeichnung P. Kottenkamp, 1926).



Hier der Abschiedsbrief von Otto Giesselmann vom 22. September 1944:

»Meine allerliebste Ilse, meine teuren Angehörigen!

Nun müßt Ihr tapfer sein, das Schicksal hat nun mal anders entschieden. Vor einiger Zeit ist mir dies eröffnet worden. Ich hatte es mir schwerer vorgestellt, doch das liegt wohl daran, daß man in Wirklichkeit schon Wochen tot ist. Ich weiß, für Euch ist es viel schwerer als für mich, denn für mich kommt Ruhe. – Ich werde schlafen – Schlaf, den ich in meinem Leben so wenig bekommen habe.

Liebste Ilse! Dir bin ich so unendlich dankbar für all das Schöne und Gute und Liebe, das Du mir gegeben hast. Persönliches Leben kannte ich kaum und deshalb auch kaum persönliche Freude – aber Du gabst sie

mir. Diese letzten Worte sollten Dir noch all meine Liebe und Dankbarkeit geben, doch kann ich durch die Behinderung der Fesseln so schlecht schreiben. Ilse, mein Lieb, und Du, liebe Oma, Kurt und Heini und mein kleiner Heiner, Ihr seid jung, ich wünsche und hoffe, daß Euch das Leben bald wieder aufrichtet. Aber Papa ist alt – ihm müßt Ihr helfen, daß er drüber hinwegkommt.
Also lebt wohl – ich umarme Euch alle inniglich.
Erzieht Heiner zum tüchtigen Menschen.
Ich küsse Euch
Seid tapfer Euer Otto.«

(E 16) Abschiedsbrief von Otto Giesselmann. (Aus: Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945, Biographien und Briefe. Bd. 1, Berlin 1970).
(E 18) Artikel aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 5. 7. 1944 »Sechs Todesurteile in Bielefeld«.
(E 19) Blatt 1 der Urteilsverkündung gegen Gustav Höcker und andere (1944; Abschrift).
(E 20) Deutsche Richter erheben die Hand zum Hitlergruß (Foto aus: Widerstand 1933–1945. Bonn 1980).
(E 21) Eine typische Guillotine der NS-Zeit.
(E 23) Urteil gegen Otto Giesselmann und andere (1944; Abschrift).
(E 25) Artikel aus der Westfälischen Zeitung vom 6. 11. 1943 »Tod den Verrätern«.
(E 26) Bericht der Freien Presse vom 7. 12. 1946 über die Ermordung des Volkswachtredakteurs Dr. Max Sachs.
(E 28) Heiko Plöger, zusammen mit seinem auf Fronturlaub befindlichen Bruder (1940; Foto von Frau W. Schlüter, Herford).

29. Die Namen der toten Widerstandskämpfer

Von mehr als 50 Widerstandskämpfern aus Bielefeld, die für ihre politische Überzeugung ermordet oder hingerichtet worden sind, wissen wir





(E 30) Otto Appelfelder * 1901
† 15. 9. 1944

(E 31) Gustav Höcker * 1896
† 15. 9. 1944

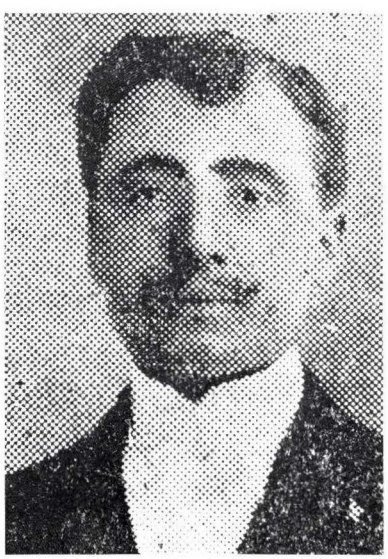
die Namen. Ihre Zahl liegt wahrscheinlich höher, weil die nationalsozialistischen Machthaber oft bewußt Verdunkelung betrieben. Längst nicht immer wurden Todesurteile oder Hinrichtungen in den Tageszeitungen bekanntgemacht. Bombardierungen, aber auch die Wirren der Nachkriegszeit haben weitere Unklarheiten entstehen lassen. Andere, wie beispielsweise Fritz Bockhorst, starben im Gefängnis. Meist ist nicht zu ermitteln, ob Mißhandlungen oder natürliche Ursachen zum Tod geführt haben.
Auf dem Sennefriedhof wurde in der Nachkriegszeit ein Ehrenfeld für die Hingerichteten und Ermordeten geschaffen. Am Gedenkstein und auf Grabplatten sind die Namen festgehalten.





(E 32) Hermann Kleinewächter
* 1902 † 15. 9. 1944

(E 33) Gustav Koch * 1900
† 15. 9. 1944





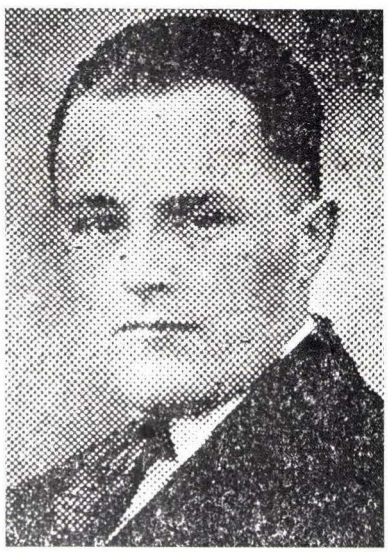
(E 34) Gustav Milse * 1885
† 15. 9. 1944

(E 35) Bernhard Putjenter * 1888
† 15. 9. 1944

(E 46) Gedenkstein auf dem Ehrenfeld des Sennefriedhofs mit den Namen der ermordeten Widerstandskämpfer aus Bielefeld.

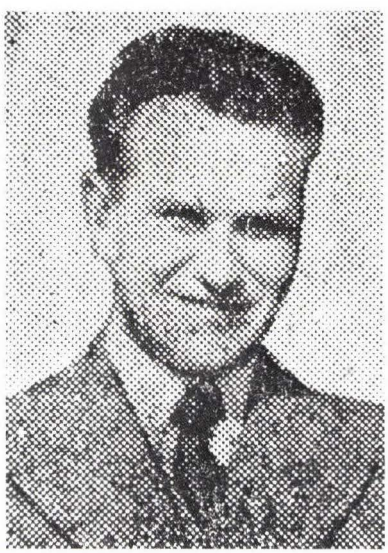
(E 39, 40, 43, 44, 45) Grabplatten für Paul Brockmann (*1899, †22. 9. 1944), Rudolf Sauer (*1900, †22. 9. 1944), Max Sachs (*1883, †5. 10. 1935), Bernhard Zawacki (*1899, †2. 5. 1944) und Oskar Grube (*1877, †7. 7. 1941).

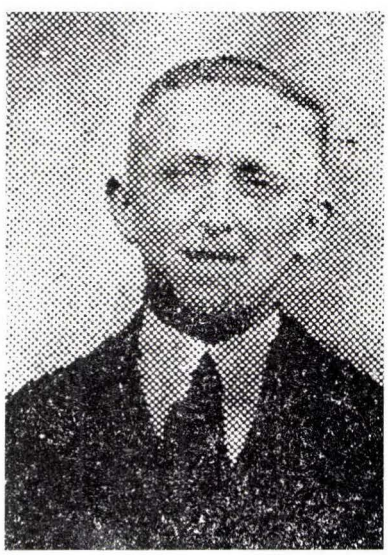




(E 36) Hermann Wörmann *1902 †15. 9. 1944

(E 37) Friedrich Wolgast *1901 †15. 9. 1944

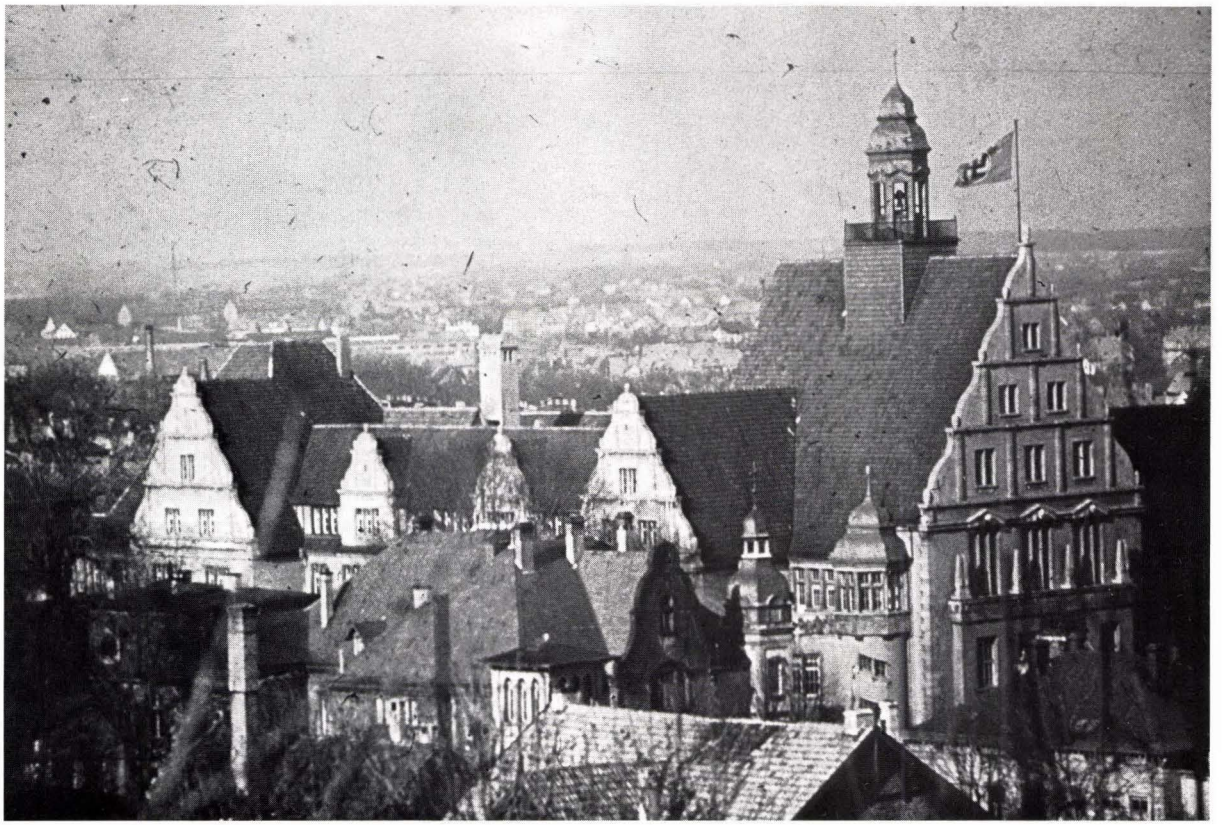




(E 38) Otto Giesselmann *1904 †22. 9. 1944

(E 42) Fritz Bockhorst *1901 †30. 6. 1944


ES
SOLL
DIE ERDE
IN DER IHR
RUHT
GANZ
EINE FREIE
WERDEN
BERNHARD
PUDENTZ
6.4.1888–15.9.1944
RUDI
SAUER
20.9.1900–22.9.1944
HERMANN
WORMANN
6.7.1896–15.9.1944
FRITZ
WOLGAST
8.8.1901–15.9.1944
GUSTAV
HOCKER
19.2.1898–15.9.1944
BERNHARD
ZAMAM
15.6.1899–2.6.1944



(E 47) Das Bielefelder Landgericht, in dem auch das Sondergericht und der Volksgerichtshof tagten.

30. Nationalsozialistische »Rechtsprechung«

Neben den Todesurteilen der Sondergerichte und des Volksgerichtshofes werden leicht die vielen, im Verhältnis leichteren Strafen vergessen, die von den Gerichten in der Zeit des Nationalsozialismus im Namen des Volkes verhängt worden sind.
Unbedachte Äußerungen über Hitler, seine Kriegsführung oder staatliche Willkür, Solidaritätsbekundungen gegenüber Juden, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, Boykott von Veranstaltungen der Partei, Arbeitsverweigerung durch Langsamarbeiten oder Streik, das Weitererzählen politischer Witze, im Krieg schließlich das Abhören ausländischer Sender – all das zog, wenn sich jemand fand, der den Täter denunzierte, leichtere oder schwerere Gefängnisstrafen nach sich.
In den Anfangsjahren des NS-Staates konnte die Bestrafung noch milde ausfallen. Ein Major a. D., der am Schalter der Dresdner Bank 1934 in einer Unterhaltung mit dem Kassierer abfällige Äußerungen über den Gauleiter Dr. Meyer gemacht hatte, kam mit sieben Tagen Schutzhaft davon. Ein Brackweder hingegen, der gegenüber einem Nachbarn beim Kaninchenfutterschneiden im Krieg geäußert hatte, Hitler sei verrückt, mußte mit einem halben Jahr Gefängnis büßen.
Gefährlich war es, aus Mitleid Ostarbeitern zu helfen. Ein Dreher der



1. 10. 39.

Er hörte ausländische Sender

und wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Vor dem zuständigen Sondergericht wurde jetzt das erste Verfahren im Landgerichtsbezirk Bielefeld wegen Verbrechens gegen die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 durchgeführt. Die Anklage richtete sich gegen den bisher nicht vorbestraften, 40 Jahre alten Hermann D. aus Bielefeld, der am 14. November vorläufig festgenommen und am 28. November in Untersuchungshaft genommen wurde. Der Angeklagte sollte nach der Anklage nach Erlaß der Rundfunkverordnung ausländische Sender gehört (§ 1 der VO.) und außerdem Nachrichten ausländischer Sender verbreitet haben (§ 2 der VO.).

In der Hauptverhandlung vor dem Sondergericht gab der Angeklagte zu, mehrfach ausländische Sender gehört zu haben, und zwar Nachrichten über Straßburg, Lyon und aus Italien. Ueber den Inhalt der gehörten Nachrichten erklärte der Angeklagte, daß sie durchweg offensichtlich den Stempel der Unwahrheit getragen hätten. Gelegentlich habe er auch seiner Frau von den Nachrichten erzählt, auf deren Verschwiegenheit er sich bestimmt habe verlassen können. — In diesem Zusammenhang glauben wir den Lesern auch wenigstens eine der sensationellen Nachrichten nicht vorenthalten zu sollen, die der Angeklagte durch den ausländischen Rundfunk erfuhr: Die Stadt Bielefeld sei, so hatte einer der ausländischen Sender behauptet, in Schutt und Asche gelegt und sei nur noch ein Trümmerhaufen!

Das Sondergericht verurteilte den Angeklagten wegen Abhörens ausländischer Sender (§ 1 der Verordnung vom 1. September 1939) zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr. Von der Anklage des Verbrechens gegen § 2 der Rundfunkverordnung (Verbreiten von Nachrichten ausländischer Sender) wurde der Angeklagte dagegen freigesprochen, da die vom Angeklagten wiedergegebenen Nachrichten nicht geeignet gewesen seien, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden. Da aber wegen des Abhörens ausländischer Sender im Normalfall auf eine Zuchthausstrafe zu erkennen sei, während nur in einem milden Fall eine Gefängnisstrafe verhängt werden kann, habe das Gericht lange erwogen, ob hier ein milder Fall angenommen werden könne. Zu dieser Auffassung sei das Gericht lediglich mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Angeklagten gekommen, der sich nach dem Kriege bei den Kämpfen im Baltikum — er wurde damals mit dem Baltenkreuz, mit dem Georgskreuz und dem Maltheserkreuz ausgezeichnet — und bei der Niederwerfung der Kommunistenaufstände im Ruhrgebiet Verdienste erworben habe, der aber auch im Berufsleben nach den vorgelegten Zeugnissen in hervorragendem Maße seine Pflicht getan habe.

Das Urteil wurde mit der Verkündung rechtskräftig.

*

Diese erste Verurteilung im Landgerichtsbezirk Bielefeld mag eine ernste Warnung für solche Volksgenossen bedeuten, die vielleicht bis zu diesem Zeitpunkt die Tragweite der Rundfunkverordnung noch nicht voll erkannt haben. Das deutsche Volk hat wirklich kein Interesse daran, über die Auslandssender zu erfahren, wie Kübel von Gemeinheiten, Niederträchtigkeiten und Lügen über Deutschland ausgegossen werden. Das „Tatsachenmaterial", das die ausländischen Sender zu verbreiten haben, ist wohl durch die wiedergegebene Meldung eines Auslandssenders über die Vernichtung der Stadt Bielefeld offensichtlich genug gekennzeichnet. Sie schmeckt verdächtig nach dem Lügenminister Churchill.

(E 52) Artikel aus der Westfälischen Zeitung vom 1. 10. 1939.

Dürkoppwerke, der Ostarbeiterinnen zu beaufsichtigen hatte, wurde dabei überrascht, wie er einer dieser Arbeiterinnen Kartoffeln zusteckte. Mit seinem Fall beschäftigte sich nicht ein ordentliches Gericht, sondern der Ehren- und Disziplinarhof der Deutschen Arbeitsfront. Der Beschuldigte konnte von Glück sagen, daß er, wie das Urteil angibt, »sonst ein tadelfreier Mann« war und daß sich der Betriebsobmann für ihn einsetzte. So erhielt er nur eine Rüge. Die Erwartung wurde ausgesprochen, daß er »sich in Zukunft durch ein tadelfreies Verhalten dieser Milde würdig erweisen« werde.

Nicht so glimpflich kamen andere davon. 1941 wurde ein Bielefelder mit einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis bestraft, weil er offenbar mehrfach auf seiner Arbeitsstelle in Brackwede »böswillige und hetzerische« Äußerungen getan hatte. Schon gleich nach Kriegsbeginn wurde ein anderer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er ausländische Sender gehört hatte. Grundlage für diese beiden Urteile waren das »Heimtückegesetz« bzw. die Rundfunkverordnung (Abhören und Verbreiten von Nachrichten ausländischer Sender).

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ging eine neue Verhaftungswelle auch über die Stadt. Der Volksgerichtshof tagte permanent im großen Saal des Landgerichts. In der Kriegschronik wird der Eindruck von einer dieser Sitzungen wiedergegeben: »Der Chronist war bei einer solchen Gerichtssitzung zugegen. Es handelte sich um den vollendeten Versuch der Zersetzung der Kampfkraft durch kommunistische



Unbelehrbarer Schwätzer

Vor dem Bielefelder Sondergericht stand wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz ein unbelehrbarer Schwätzer, der 34 Jahre alte Georg Kl. aus Bielefeld. Der schon mehrfach und auch einschlägig vorbestrafte Angeklagte hatte auf seiner Arbeitsstelle in Brackwede trotz ernstlicher Verwarnung immer wieder böswillige und hetzerische Aeußerungen getan. Er wurde jetzt zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

(E 53) Artikel aus der Westfälischen Zeitung vom 21. 6. 1941.

Umtriebe. Der Vorsitzende Vizepräsident Dr. Crone – Berlin und die beiden Beisitzer erschienen in dunkelroten Roben mit entsprechenden Baretts. Weitere Beisitzer waren Generale und hohe Parteiführer. Die Verkündung des Urteils machte auf die Kommunisten, die sich zum Teil sehr geschickt verteidigten, wie auch auf die Zuhörerschaft einen sichtbar starken Eindruck. Teilweise hatte man, nach den Verhandlungen, nicht mit so schweren Strafen gerechnet.«

Um die Arbeiterschaft einzuschüchtern, machte Dr. Crone einen Besuch bei den Dürkoppwerken. Auch hierzu berichtet die Kriegschronik: »Im Anschluß an eine Folge von Sitzungen des Volksgerichtshofes hielt der Vizepräsident Dr. Crone in vollem Ornat in Begleitung seiner Beisitzer vor den Rüstungsarbeitern der Firma Dürkopp einen Vortrag, in dem er warnend auf die Folgen kommunistischer Umtriebe hinwies. Er erwähnte u. a., daß der bereits hingerichtete Kommunistenführer Kaps über 100 deutsche Arbeiter verführt und auf das Schafott gebracht habe.«

Unmittelbar nach dem Attentat vom 20. Juli hielt sich in Bielefeld das Gerücht, der Prozeß gegen die Verschwörer werde im hiesigen Landgericht stattfinden. Man glaubte zu wissen, daß das Attentat in Sennelager stattgefunden habe. Tatsächlich hatte Mussolini dort am 19. Juli einen Besuch gemacht.

(E 48) Der Unterdrückungsapparat der Nazis. (Übersicht aus: Widerstand und Verfolgung in Dortmund, 1981).
(E 49) Die Ostarbeiterin Nadia Luchina, Landarbeiterin beim Bauern K. in Holtkamp.
(E 50) Entscheid des Disziplinar- und Ehrenhofs der DAF, Gau Westfalen-Nord, gegen einen Mann, der einer Ostarbeiterin Kartoffeln zugesteckt hatte (1943).
(E 51) Empfang von Kriegsnachrichten mit dem Volksempfänger. (Foto aus der Bielefelder Kriegschronik).

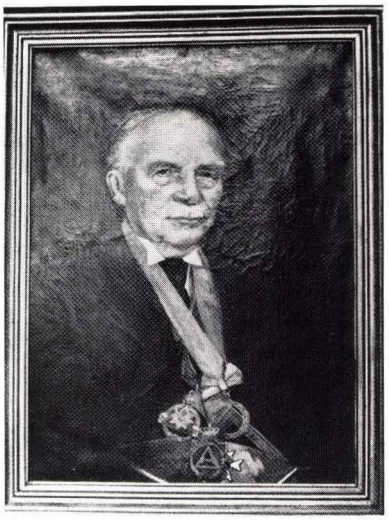


(E 57) Das Polizeigefängnis an der Turnerstraße (heute steht dort das Winfriedhaus); ein Luftschutzbunker wird gebaut (1941).

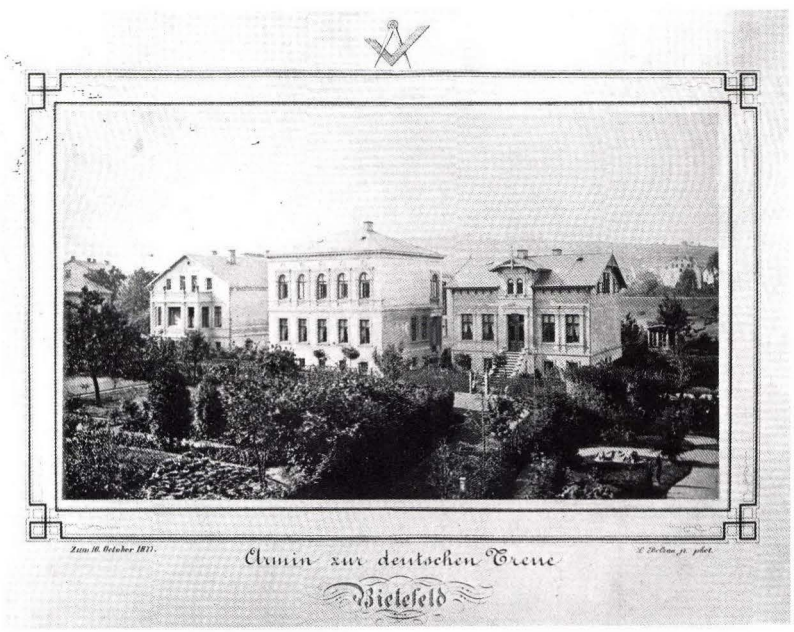
(E 54) Ausgabe der Westfälischen Zeitung vom 9. August 1944 »Tod den Verbrechern des 20. Juli«.
(E 55) Hitler und Mussolini mit Hermann Göring (Foto vom Treffen am 21. Juli 1944, aus: Informationen zur politischen Bildung 160, 1974).
(E 56) Collage aus der Bielefelder Kriegschronik (1941 und 1944).

31. Die Freimaurer

In Bielefeld gab es zwei Freimaurerlogen: die Loge »Freiherr vom Stein« und die Loge »Armin zur deutschen Treue«. Wie alle Logen waren sie in der Weimarer Zeit Anfeindungen von seiten der Völkischen Bewegung (Ludendorff) ausgesetzt. Schon hier tauchte das Motiv der angeblichen jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung auf. Die Nationalsozialisten haben dieses Motiv in ihrer Propaganda aufgegriffen.
In seiner Geschichte der Loge »Armin zur deutschen Treue« (1932), bezeichnet der Autor, Ernst Nölle, den Nationalsozialismus als Hauptgegner. Zwar seien dessen Ziele, Wehrhaftigkeit, Nationalwirtschaft und Brechung der Zinsknechtschaft, denen der Loge verwandt, doch die Methode sei verwerflich. An ihr, die von Haß, Intoleranz und Hochmut geprägt sei, schieden sie die Geister. Die Freimaurer setzten Gedankenfreiheit, Toleranz und Humanität dagegen.
Mit der Machtübernahme Hitlers begannen die Repressionen. Am 27. Juni 1933 besetzten SA-Leute das Logenhaus, als die Brüder sich dort zu einer Sonnwendfeier versammelt hatten. Über diesen gewaltsamen Eingriff der SA liegt ein Bericht des letzten Vorkriegsstuhlmeisters



(E 59) Architekt Bernhard Kramer, Meister vom Stuhl 1924 bis zur Auflösung der Loge »Freiherr-vom-Stein« 1935.



(E 58) Logenheim (Bildmitte) der Bielefelder Freimaurerlogen in der Brüderstraße, heute Elsa-Brändström-Straße; 1945 zerstört.

(E 61) Anzeige Bernhard Kramers über die Besetzung des Logenhauses am 30. 6. 1934. ▶

Abschrift.

Bielefeld, 2. Juli 1934.

1

Anzeige
wegen schweren Landfriedensbruchs,
gemeinschaftl. Landfriedensbruchs u. vorsätzlicher Körperverletzung §§ 125, 123, 303 St.G.B.

An den Herrn Oberstaatsanwalt
beim Landgericht Bielefeld.

Die altpreuß. Logen Arminia z. d. T. u. Hoffn. von Stein in B., Landgerichtstr., am Sonnabd. 30/6. 1934 abds 6 Uhr im Logengebäude ein Sonnenfest abzuhalten, wie solches in den andern Städten vorgesehen gewesen ist. Weil in vergangenen Jahren die Feier durch einen Überfall der S.A. gestört wurde, da für einen kurzen Abschnitt der zeitweiligen Öffnung des Gebäudes Posten, sahen die leitenden Vorstände der Logen von der Landgerichtstraße die geheime Staatspolizei u. die Ortspolizeibehörde Kenntnis gaben mit der Anfrage, ob die Abhaltung der Feier irgendwelche Bedenken entgegenstehen würden. Laut Genehmigung beider Stellen, am 14. Juni 1934 sind dann die Einladungen versandt worden.

Am 22. 6. erfuhren wir, daß Mitglieder der S.A. Landgerichtstr., Zutritt zu der polizeilichen Absicht, diese Feier zu stören. Am 25. 6. wurde die Polizei hierum Kenntnis gegeben mit der Anfrage, ob die Polizei den sicheren Schutz

der Loge «Freiherr vom Stein«, des Architekten Bernhard Kramer, vor. Er schreibt unter anderem:
»Etwa eine Stunde später (nach einem ersten Besuch von fünf SA-Männern) . . . meldete der Kastellan: ›Die SA ist wieder da!‹ – Kurz darauf kamen etwa 50–60 Mann in SA-Uniform in das Klubzimmer bzw. den Saal. Der Führer sagte: ›Die SA besetzt das Logenhaus! Ich lasse Ihnen 5 Minuten Zeit, sich zu entfernen!‹«
Die Polizei lehnte es ab, gegen die SA einzuschreiten. »Der Herr Polizeipräsident«, so fährt Kramer fort, »sagte noch, daß diese außergewöhnlichen Zeiten außergewöhnliche Maßnahmen erforderten und er unmöglich in solchen Fällen Panzerwagen gegen die SA auffahren lassen könne.«
Etwa ein Jahr später, am 30. 6. 1934, drangen rund 70 SA-Leute in das Logengebäude ein, sprengten die Türen, verspritzten größere Mengen



(E 60) »Bijou« der Loge »Freiherr-vom-Stein«.



Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 4 | Nürnberg, im Januar 1936 | 14. Jahr 1936

Die Wahrheit

Tatsachenbericht über Sowjetrußland

So sieht das jüdische Paradies aus / Not und Hunger / Verzweiflungskampf der Arbeiter und Bauern / Das Ende der christlichen Kirchen / Die Lüge des Bolschewismus

Die entschleierte Sphinx

Das wahre Gesicht der Freimaurerlogen

Aus dem Inhalt

Die Ergebnisse von Canterbury und die Juden

Das Weltjudentum bekämpft

Jüdische Brunnenkunst

Der Jude Bankier

Talmudsätze Steinhöfers

Die Juden sind unser Unglück!

(E 65) Titelblatt von Julius Streichers Hetz-Zeitung »Der Stürmer«. In der Karikatur wird die Verbindung von Freimaurerei und Judentum suggeriert und verächtlich gemacht.

einer ätzenden Flüssigkeit und zerstörten das Inventar. Die Logen wurden gezwungen, sich aufzulösen (1935).

(E 62) Titelblatt und Schlußkapitel aus dem Buch von E. Nölle: Geschichte der Loge Armin zur deutschen Treue, 1932.
(E 63) Zitat aus der Rede Kramers anläßlich der Auflösung der Logen am 16. 7. 1935.
(E 64) Bericht Bernhard Kramers über die Besetzung des Logenhauses durch die SA am 26. 6. 1933.
(E 66) Innenaufnahme des Logentempels Armin zur deutschen Treue nach der Auflösung (26. 9. 1935).

32. Die Zigeuner

Eines der schlimmsten, zugleich aber auch am wenigsten bekannten Kapitel der NS-Zeit ist das Schicksal der Zigeuner. In den Vernichtungslagern sind mehr als 220 000 von ihnen umgekommen – Männer, Frauen und Kinder. Keine Stadt setzt den Zigeunern ein Denk- oder Mahnmal; es gibt keine Lobby, die ihre Rechte vertritt, keinen Staat, der sich ihrer annimmt. Erst in jüngster Zeit haben die Vereinigungen der Sinti und Roma auf ihr Schicksal öffentlich aufmerksam gemacht.
Wie die Juden, so wurden im nationalsozialistischen Staat auch die Zigeuner als minderwertig angesehen. Die Verfolgung stützte sich auf ein unklares Gemisch aus rassistischen Motiven – obwohl die Zigeuner



(E 67) Gedenkkundgebung in Bergen-Belsen, 1979.



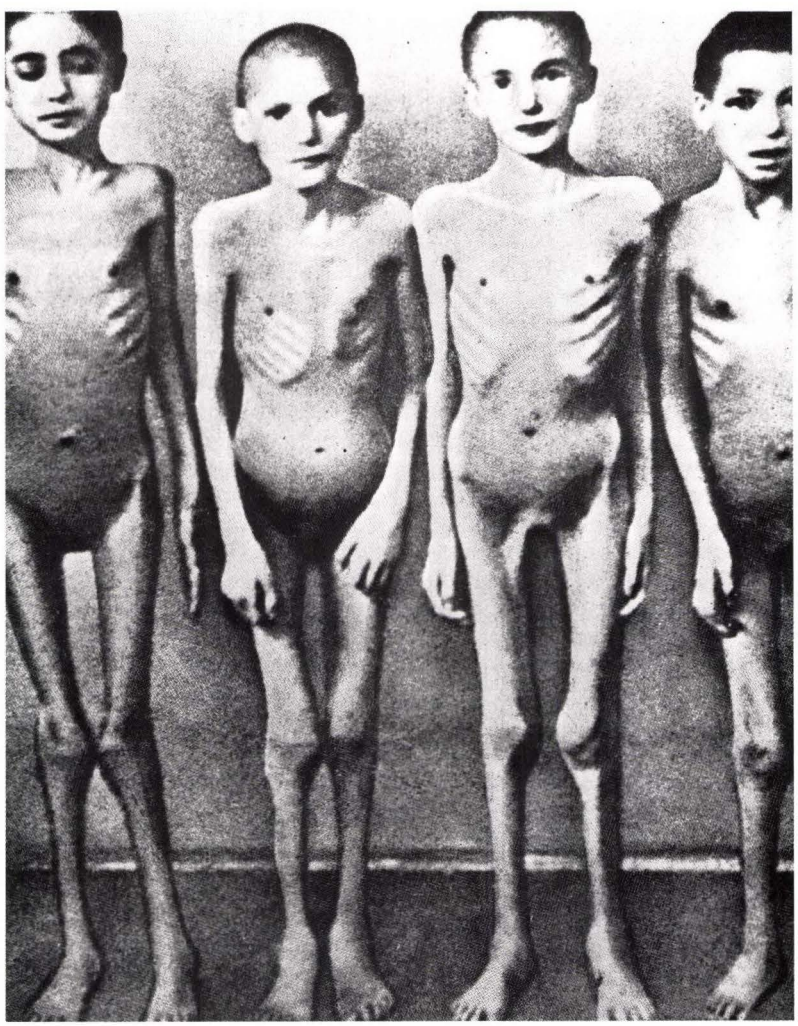
(E 70) Zigeunerfamilie an der Heeper Straße 1980 (Foto J. Escher).

als Nachkommen der Inder als »Arier« hätten gelten müssen – und auf die Abstempelung als Asoziale. Hiervon waren vor allem die nomadisierenden, in Wohnwagen lebenden Familien betroffen. Polizei und Staat konnten sich dabei auf die jahrhundertealten Vorurteile stützen, die in der Öffentlichkeit gegenüber Zigeunern herrschten und herrschen.
Bielefeld war kein besonderer Anziehungspunkt für landfahrende Zigeuner. Nur gelegentlich traf man auf ihre Wagen, etwa am Parkplatz vor der Ausstellungshalle, im Feuerholz, im Meierholz, in den Heeper Fichten oder am Kalkwerk in Brackwede. Einige waren bei den Behörden registriert, weil sie in Bielefeld arbeiteten.
Als auf dem Reichsparteitag der NSDAP 1935 in Nürnberg die Rassegesetze und das Reichsbürgergesetz verkündet wurden, setzte man Zigeuner und Juden gleich. Der berüchtigte Kommentar von Stuckart-Globke schreibt dazu: »In Europa sind regelmäßig nur Juden und Zigeuner artfremden Blutes«. Beim Reichsgesundheitsamt in Berlin wurde die von einem Dr. Ritter gegründete »Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle« eingerichtet. Sie stützte sich auf die Unterlagen des Philologen und Tsiganologen Dr. Sigmund Wolf, dessen Arbeit anfangs von staatlicher Seite unterstützt worden war, bis man seine Akten beschlagnahmte und an Dr. Ritter auslieferte. Ritter hat bis 1941 etwa 20000 Personen als Zigeuner oder Zigeunermischlinge »klassifiziert«. Seinem Urteil nach waren sie »hochgradig unausgeglichen, charakterlos, unberechenbar, unzuverlässig, sowie träge oder unstet und reizbar, kurz arbeitsscheu und asozial«. Die Arbeiten Ritters und seiner Mitarbeiterin Eva Justin waren die Grundlage für die systematische Verhaftung der deutschen Zigeuner.
Schon seit 1933 begann man damit, Zigeuner in Lager einzuweisen. 1936 wurden 400 Roma in das KZ Dachau geschickt. Seit 1938 nahmen die Verhaftungen zu, stets unter dem Etikett der »vorbeugenden Verbrechensbekämpfung«.
Alle Polizeidienststellen wurden aufgefordert, mindestens 200 Zigeuner festzunehmen und in das Konzentrationslager Buchenwald zu überführen. Ende des Jahres 1938 arbeitete man die erste, gezielte gegen

(E 72) Alma Weiß mit Kennkarte »Z«, ein Foto aus der Hamburger Morgenpost 1980.



Zigeuner gerichtete Verordnung aus. Ihr rassischer Charakter liegt auf der Hand; es heißt darin: »Die bisher bei der Bekämpfung der Zigeunerplage gesammelten Erfahrungen und die durch die rassenbiologischen Forschungen gewonnenen Erkenntnisse lassen es angezeigt erscheinen, die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus in Angriff zu nehmen . . . Ich ordne an, daß alle seßhaften und nicht seßhaften Zigeuner sowie alle nach Zigeunerart umherziehenden Personen beim Reichskriminalpolizeiamt – Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens – zu erfassen sind.« »Rassereine« Roma erhielten Ausweise in brauner Farbe, »Mischlinge« solche mit hellblauem Querstreifen. 1941 wurde hierfür das Z bzw. ZM eingetragen.
Seit dem Kriegsbeginn trieb man die Zigeuner in festen Lagern zusammen. Viele von ihnen wurden in den nächsten Jahren in polnischen Ghettos oder in die Konzentrationslager gebracht, hauptsächlich nach Auschwitz. Die Deportation traf gleichermaßen die deutschen wie die Zigeuner



(E 75) Kinder, die in Auschwitz-Birkenau als Versuchspersonen dienten (aus: We have not forgotten. Warschau 1960).

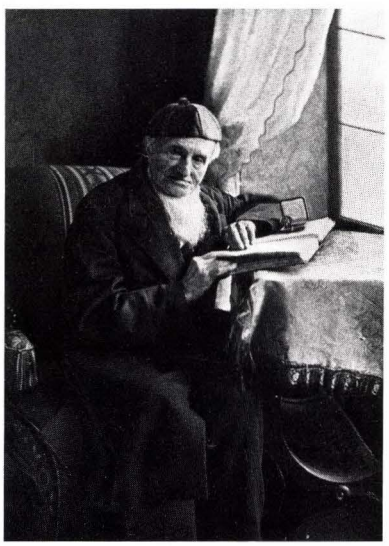
in den von Deutschland besetzten Gebieten. Sie fanden wie die Juden den Tod in den Erschießungsgräben oder in den Gaskammern.
Andere, vor allem Frauen, wurden für medizinische Experimente benutzt, beispielsweise für Versuche mit der Ernährung durch Meerwasser oder mit Sterilisationen durch Giftspritzen und Röntgenstrahlen.
Aus dem Raum Bielefeld ist eine Deportationsliste mit 15 Namen erhalten. Außerdem weisen die Meldekarteien die »Erfassung« und den Tod von Zigeunerfamilien aus. Die Sintifamilie Weiß hatte vier Kinder, von denen eines in Brackwede starb, ein anderes in Auschwitz-Birkenau. Vermutlich sind dort auch die beiden anderen Kinder umgekommen. In Auschwitz arbeitete der berüchtigte KZ-Arzt Mengele. Seinen Versuchen fielen tausende von Sinti-Kindern zum Opfer.
Das Schicksal der Familien Albert und Robert Weiß ist bekannt, weil Albert Weiß überlebte und nach dem Krieg einen Entschädigungsantrag für seine drei Wohnwagen stellte.

(E 68) Meldekarte Adalbert Weiß.
(E 69) Meldekarte Robert Weiß.
(E 71) Entschädigungsantrag für Albert Weiß (1954).
(E 73) Liste mit Zigeunern aus Brackwede, angefertigt für die Deportation nach Auschwitz (1943; Staatsarchiv Detmold).
(E 74) Roma-Häftlinge im KZ Dachau (aus Kenrick/Puxon: Sinti und Roma. Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat. Göttingen 1981).

33. Aufkommender Antisemitismus

Am 14. 6. 1924 erschien in den damals noch liberalen Westfälischen Neuesten Nachrichten der Leserbrief eines Güterslohers, der sich darüber erregte, daß die Grabsteine auf dem alten jüdischen Friedhof in Bielefeld mit Hakenkreuzen beschmiert worden seien. »Der helle Zorn kam über mich angesichts der Tatsache, daß man mit Gemeinheiten nicht einmal zurückhält an der Stätte des Todes.«
Was sich hier abzeichnete, endete viel schlimmer, als sich der Briefschreiber damals vorstellen konnte. Die »Gemeinheiten« gipfelten in der planmäßigen Ausrottung eines ganzen Volkes.
Die Bielefelder Judengemeinde geht in das Mittelalter zurück. Seit dem Jahr 1586 lebten Juden in der Stadt als Einwohner minderen Rechts. Ein Ghetto, eine Judengasse oder Judenhäuser hat es hier nicht gegeben. Nur vorübergehend unter der französischen Regierung erhielten die Juden das volle Bürgerrecht. Zwar gab es seit 1865 stets ein bis zwei Abgeordnete jüdischen Glaubens in der Stadtverordnetenversammlung, die Gleichberechtigung als Staatsbürger räumte der Preußische Staat den Juden jedoch erst seit 1869/71 ein, etwa gleichzeitig mit der ersten antisemitischen Welle in Deutschland, die, wenig später von den örtlichen Wahlkreisabgeordneten Stoecker und Marcard getragen, 1891 zur Gründung der Antisemitenpartei »Deutscher Socialer Reformverein« führte.

(E 76) Marcus Jordan, ein Bielefelder Jude im 110. Lebensjahr (1889), damals der älteste Einwohner des Deutschen Reichs.



Seit 1845 besaß die jüdische Gemeinde am Klosterplatz eine eigene Synagoge. Ein Rabbiner, Dr. Felix Coblenz, leitete diese Gemeinde seit 1894. Ihre Einstellung war reformerisch-liberal, ganz entsprechend einem guten Teil des Bielefelder Bürgertums. 1905 konnte unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung eine neue Synagoge an der Turnerstraße eingeweiht werden.

Gut eintausend Juden lebten zu dieser Zeit in der Stadt. Wie sehr sie in die Bevölkerung integriert waren, zeigt nicht nur die Tatsache, daß ein Max Hirschfeld 1907 Schützenkönig werden konnte, sondern auch das »Buch der Stadt« von 1926: Hier wird dokumentiert, wie groß der Anteil der Judenschaft an den wichtigsten Firmen, insbesondere in der Textilbranche, gewesen ist. Die Ravensberger Seidenweberei der Gebrüder Wertheimer etwa war neben der Firma C. A. Delius & Söhne die bedeutendste Seidenfabrik im hiesigen Raum. Zahlreiche Textil-Fachgeschäfte und ein Textil-Warenhaus waren in jüdischem Besitz.

Die Schändung des jüdischen Friedhofes 1924 war indessen das Zeichen einer neuen Welle von Antisemitismus, in dem sich die Nachfahren Stoeckers und Marcards mit der Völkischen Bewegung und später den Nationalsozialisten trafen. Im Evangelischen Monatsblatt des Ravens-

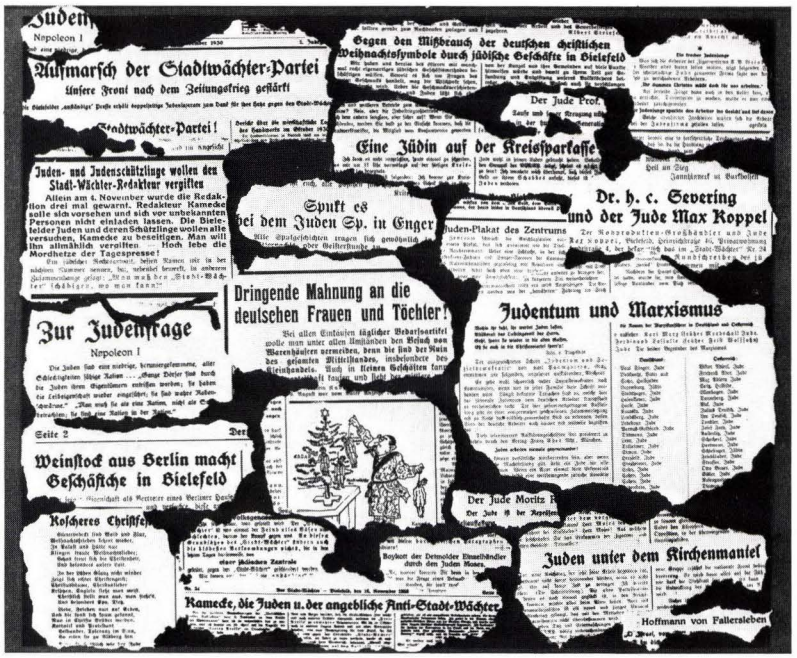
(E 78) Leserbrief aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 14. 6. 1924, montiert auf das Titelblatt einer Nachkriegsveröffentlichung von A. Diamant über geschändete deutsche Friedhöfe.



Pietätlosigkeit auf dem Friedhof

Als auswärtigen Besucher der Stadt Bielefeld führte mich am ersten Pfingstfeiertage mein Weg auch am alten jüdischen Friedhof am Haller Weg vorbei. Da plötzlich blieb ich unwillkürlich stehen und ich traute meinen Augen kaum, als ich etwas sah, was man kaum für möglich halten sollte. Sowohl der Eingang zum Friedhofe als auch ein großer Teil der darauf stehenden Denkmäler waren mit Hakenkreuzen besudelt und der helle Zorn kam über mich angesichts der Tatsache, daß man mit Gemeinheiten nicht einmal zurückhält an der Stätte des Todes. Ein gewöhnlicher Kinderstreich, der wohl zuläßt, daß Häuser, ob frisch gestrichen oder nicht, mit Kreide besudelt werden, kann es in diesem Falle nicht gewesen sein; hier hat offensichtlich die „politische Ueberzeugung" eines in den Flegeljahren sich befindenden Buben diesem die Kreide in die Hand gedrückt. Ein gereifter, auf Sitte und Anstand haltender Mann, der sich auch noch das geringste Gefühl von Pietät bewahrt hat, ist solcher Schandtat nicht fähig. Bielefeld ist bekannt als eine Stadt der Gastfreundschaft, deren Schönheit es nicht allein ist, welche so gern den Fremden anzieht. Wie abstoßend aber wirkt es auf letzteren, wenn man im Vorübergehen Eindrücke erhält, wie den oben erwähnten. Selbst ein deutschvölkischer Mann mit ehrlicher Gesinnung wird nicht so weit gehen, Schandtaten wie die hier geschilderte gutzuheißen und mit dem Schreiber dieses den Wunsch haben, daß so etwas nicht ungestraft ausgeführt werden darf. Vor jedem unserer Mitmenschen sollll man einen gewissen Grad von Achtung haben, gleichviel wie man sonst zu einander stehen mag, die Toten aber soll man unter allen Umständen ruhen lassen und Schmierfinken sollen von ihrer Ruhestätte die Hand lassen.

J. V., Gütersloh.



(E 81) Collage aus antisemitischen Artikelüberschriften aus der Bielefelder Zeitung »Der Stadtwächter« (1930/31).

bergischen Mission-Hilfsvereins erschien 1925 ein Artikel mit Auslassungen des Eckardtsheimer Pfarrers Klein: »In welchen stinkenden Skandal die revolutionäre und nachrevolutionäre, wesentlich vom Zentrum mitverschuldete Wirtschaft unser armes Vaterland hineingerissen hat, ist an dem Riesenskandal offenbar geworden, der die Namen Kutisker-Barmat trägt. Die Entscheidungen in dieser knoblauchduftenden Großschiebersache sind ja noch nicht gefallen . . . Es ist klar ausgemacht, daß die allergefährlichsten Blutsauger des deutschen Volkes, diese Aasgeier aus dem Osten, diese Isaak, Chaim, Isidor, Abraham und Konsorten, die sich an der größten Not des deutschen Volkes gemästet haben, die ganz besonderen Lieblinge und Schützlinge des sozialistisch-revolutionären Regiments gewesen sind.«

Seit 1930 erschien in Bielefeld eine Zeitung unter dem Titel »Der Stadtwächter«, das Kopfblatt einer gleichnamigen Osnabrücker Zeitung, deren einziger Zweck es war, mit Hetzartikeln Sozialisten und Juden anzugreifen und mit Skandalen in Verbindung zu bringen. Die unbeschreiblichen Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten dieses Blattes riefen fortwährend die Gerichte auf den Plan; doch weder Geldstrafen noch das Gefängnis für verantwortliche Redakteure konnten die Schmierereien verhindern.

Der »Westfälische Beobachter« – er erschien zeitweise auch unter dem Titel eines »Bielefelder Beobachters« – nahm den Faden auf und versuchte, den »Stadtwächter« zu übertreffen. Er war das offizielle Organ der NSDAP im Gau Westfalen bzw. Westfalen-Nord für Ostwestfalen. Der Judenhaß, der hier gepredigt wurde, hätte den Zeitgenossen längst vor der Machtergreifung die Augen öffnen müssen; doch entweder nahm man die Artikel nicht ernst, oder man teilte, schlimmer noch, die dort geäußerten Ansichten.

(E 82) Titelblatt einer protestantischen Zeitschrift, worin antisemitische Auslassungen abgedruckt worden sind (1925).


2. Heft 81. Jahrgang 1925 Februar

Evangelisches

Monatsblatt

für Westfalen

Herausgegeben von dem Vorstande des Ravensbergischen Missions-Hilfsvereins, besorgt von P. D. J. Möller-Gütersloh, P. Klein-Eckardtsheim, P. Brünger-Exter

Gütersloh · Druck und Verlag von C. Bertelsmann

jährlich 1,80 M. Postscheckkonto Hannover Nr. 130.

(E 79) Der jüdische Friedhof am Bolbrinkersweg (1944).



Am Tag der Machtergreifung, dem 30. Januar 1933, lebten 903 Juden in Bielefeld. Nach der Reichsstatistik vom Juni 1933 waren davon 797 Glaubensjuden. Sie gehörten im wesentlichen zur Schicht der Kaufleute oder kleineren Industriellen. Verhältnismäßig hoch war der Anteil an Ärzten und besonders an Juristen. Soweit die Juden in Bielefeld alteingesessen waren, fühlten sie sich in die Bürgerschaft integriert.

(E 77) Artikel von Martha Modersohn-Kramme über die alte Synagoge am Klosterplatz (1927).
(E 80) Programm eines Wohltätigkeitskonzerts der Synagogengemeinde zugunsten des Städtischen Jugendheims (vor 1933).
(E 82) Zwei Seiten aus dem Evangelischen Monatsblatt für Westfalen (1925) mit einem Hetzartikel des Pfarrers Klein aus Eckardtsheim.
(E 83) Julie Wallach, 1938 in Bielefeld gestorben, mit vier ihrer zehn Kinder als bayerische Trachtengruppe. Die Wallachs besaßen ein bekanntes Volkskunsthaus in München.
(E 84) Adolf Hitler vor Stoffen aus dem Volkskunsthaus Wallach in München.

34. Beginn der Diskriminierung

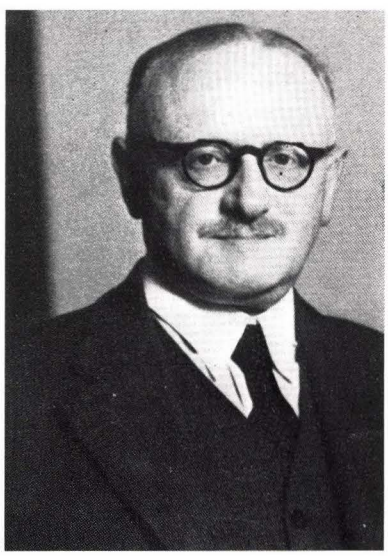
Am 1. Mai 1933 marschierte die Belegschaft der Seidenweberei Wertheimer hinter ihrem Firmenschild zur Kundgebung in die Heeper Fichten. Das Firmengebäude an der Ecke Hindenburgstraße/Bürgerweg (Alfred-Bozi-Straße/Stapenhorststraße) war mit Hakenkreuzfahnen geschmückt. – Die ganze Widersprüchlichkeit der beginnenden NS-Zeit und des Verhaltens der jüdischen Bevölkerung zur ersten Welle der Dis-



(E 85) Die Angestellten der Firma Wertheimer (Ravensberger Seidenweberei) am 1. Mai 1933 auf dem Marsch in die Heeper Fichten.

kriminierung wird hieran deutlich. Denn die antisemitischen Ausschreitungen hatten längst eingesetzt.
Zum 1. April 1933 organisierte die NSDAP einen Boykott aller jüdischen Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte. Es ist ganz offensichtlich, daß man der Parteibasis nach den langen Jahren antisemitischer Hetze eine erste Gelegenheit geben wollte, den aufgestauten Haß in Aktionen umzusetzen. In Bielefeld versperrten Angehörige der SA und der SS schon am 28. März die Eingänge der jüdischen Läden; einige dieser Läden wurden von den Inhabern vorsichtigerweise geschlossen. Mitglieder des Deutschnationalen Kampfringes verteilten Flugblätter und Handzettel. In einem Telegramm an Hugenberg wurde gemeldet: »Tiefe Erregung über jüdische Lügen- und Greuelpropaganda hat den Deutschnationalen Kampfring Westfalen-Ost veranlaßt, Kampf aufzunehmen für: Deutsche, kauft nur deutsche Waren! Umzüge und Flugblattmassenverteilung in diesem Sinn. Werden Kampf bis zum siegreichen Ende durchführen!«
Am 1. April, pünktlich um 10 Uhr, setzte dann die zentral organisierte Aktion ein. Wieder wurden vor den jüdischen Geschäften und auch den Rechtsanwaltskanzleien Posten von SA- und SS-Leuten aufgestellt; überall klebten Plakate mit Boykottaufrufen. In Gastwirtschaften und auf den Straßen verteilte man Flugblätter mit Aufschriften wie »Wer im Warenhaus kauft, ist ein Lump und Feind des Volkes« und ähnlichen Texten. Den jüdischen Rechtsanwälten wurde der Zutritt zum Amts- und Landgericht verwehrt.
Die Notsituation der jüdischen Bürger zeigt ein Telegramm, mit dem die Bielefelder Judengemeinde der Partei den Vorwand zum Boykott zu nehmen versuchte:
»Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde Bielefeld wendet sich mit Entrüstung gegen die im Auslande betriebene unwahre, deutsch-feindliche Greuelpropaganda. Er bittet die in Deutschland maßgebenden jüdischen Stellen, alles in ihren Kräften stehende zur Bekämpfung dieser Propaganda und der Boykotthetze gegen deutsche Waren zu tun.«

(E 99) Rechtsanwalt Dr. Willy Katzenstein, zeitweise Mitglied des Bielefelder Magistrats und lange Jahre Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde.



(E 98) Aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 5. April 1933.

Nur noch 2 jüdiſche Rechtsanwälte in Bielefeld zugelaſſen.

Der preußiſche Juſtizminiſter hat vor einigen Tagen einen Erlaß über die Beſchränkung der jüdiſchen Rechtsanwälte bei den Gerichten herausgegeben. Auf Grund dieſes Erlaſſes haben nun Beſprechungen zwiſchen dem Landgerichtspräſidenten, dem Gau-Rechtsſtellenleiter der NSDAP., Rechtsanwalt Semler und dem Vorſitzenden des Bielefelder Anwaltsvereins ſtattgefunden. Ueber das Ergebnis dieſer Beſprechungen können wir jetzt mitteilen, daß von nun an nur noch zwei jüdiſche Rechtsanwälte bei den hieſigen Gerichten zugelaſſen ſind und zwar die Rechtsanwälte Dr. Willy Katzenſtein, und Dr. Fr. Cosmann.

Gott der Gerechte, Herr Dr. Kamp, was werden Sie nun machen ohne die dicken Honorare? Wiſſen Sie, fragen Sie doch mal bei Ihrem Kompagnon-Verteidiger Dr. Frank 1 in Dortmund an, dieſer „berühmte Mann" hat vielleicht noch ein Plätzchen in ſeinem Büro für Sie. Sollte man auch bei ihm dicht gemacht haben, ja, beſter Herr Dr. Kamp, Dortmund ſoll eine ganze Anzahl Kohlengruben in ſeiner näheren und weiteren Umgebung haben. Ob da kein Platz für Sie wäre??? Schipp, Schipp, Hurra!

Zugleich mit dem Boykott der Geschäfte liefen die ersten Maßnahmen gegen jüdische Juristen an. Am 1. April wurde den jüdischen Notaren in Preußen die Amtstätigkeit untersagt; die Befugnisse der Rechtsanwälte wurden vom 4. April an erheblich eingeschränkt, alles ohne irgendeine gesetzliche Grundlage, lediglich auf Grund einer Rundverfügung des Reichskommissars für das Justizwesen, Kerrl.
Von den zwölf in Bielefeld zugelassenen Rechtsanwälten durften nur noch zwei ihr Amt ausüben; die fünf als Notare tätigen Juristen verloren ihre Praxis, weil »die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ernstlicher Gefahr ausgesetzt ist, wenn Deutsche sich im Rechtsverkehr weiterhin Urkunden entgegenhalten lassen müssen, die von jüdischen Notaren aufgenommen oder beglaubigt worden sind.«

(E 88) Bescheinigung für RA Gustav Meyer über die Verleihung des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer im Namen des Führers (1934).

(E 90 , 91 u. 94) Kaufhaus Alsberg am Jahnplatz, das Fachgeschäft für Herde und Öfen Adolf Heine und das Betten- und Manufakturgeschäft Wisbrun in Brackwede an der Hauptstraße (vor 1933).







(E 92 und 93) Die Geschäfte Dessauer und Friedmann in der Niedernstraße (vor 1933).
(E 95) Antisemitischer Handzettel der Ortsgruppe Sparrenberg der NSDAP.
(E 96) Nazi-Plakat zum Judenboykott am 1. April 1933.
(E 97) Lebenslauf von Richter Albert Samson (1891–1976).



(E 86) Die Schriftstellerin Josefa Metz auf einem Foto der 20er Jahre († 1942 in Theresienstadt).

Der Präsident der
Reichsschrifttumskammer

Berlin W 8, den 20. Februar 1935.
Leipziger Str. 19
A) Jäger 3043/44

Fräulein
Josefa Metz,
Bielefeld
Detmolderstr. 4

Zu meinem Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass ich Ihre Aufnahme in den Reichsverband Deutscher Schriftsteller und damit in die Reichsschrifttumskammer ablehnen muss. Nach dem Willen des Führers und Reichskanzlers soll die Verwaltung des deutschen Kulturgutes nur geeigneten und zuverlässigen Volksgenossen im Sinne des § 10 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vorbehalten sein. Bei der hohen Bedeutung geistiger und kulturschöpferischer Arbeit für Leben und Zukunftsentwicklung des deutschen Volkes sind zweifellos nur d i e Persönlichkeiten geeignet eine solche Tätigkeit in Deutschland auszuüben, die dem deutschen Volke nicht nur als Staatsbürger, sondern auch durch die tiefe Verbundenheit der Art und des Blutes angehören. Nur wer sich aus der rassischen Gemeinschaft heraus seinem Volke verbunden und verpflichtet fühlt darf es unternehmen, mit einer so tiefgreifenden und folgenschweren Arbeit, wie sie das geistige und kulturelle Schaffen darstellt, einen Einfluss auf das innere Leben der Nation auszuüben. Durch Ihre Eigenschaft als Nichtarier sind Sie ausserstande, eine solche Verpflichtung zu empfinden und anzuerkennen. Ich muss Ihnen daher die Zuverlässigkeit und Eignung, die die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft bei der Reichsschrifttumskammer geben, absprechen und auf Grund des § 10 der genannten Verordnung eine Aufnahme in den RDS, den für Sie zuständigen Fachverband der Reichsschrifttumskammer, ablehnen. Die Veröffentlichung schriftstellerischer Arbeiten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der RSK ist Ihnen damit untersagt.

Im Auftrage

Für die
Richtigkeit:

gez. Suchenwirth.

(E 87) Der Präsident der Reichsschrifttumskammer lehnt die Aufnahme der Schriftstellerin Josefa Metz in die Kammer ab (1935).



(E 105) Sanitätsrat und
DRK-Leiter
Dr. Siegfried Rosenberg († 1937).

35. Unter den Nürnberger Rassegesetzen

Bis zum Erlaß der Nürnberger Gesetze 1935 setzte sich die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung aus einer zunehmenden Zahl mehr oder weniger von der NSDAP kontrollierter Einzelaktionen zusammen. Die Ortsgruppen und einzelne Personen in Bielefeld versuchten, sich gegenseitig mit antisemitischen Einfällen zu übertrumpfen.
Immer häufiger tauchten in der Öffentlichkeit Schilder auf, mit denen Juden verboten wurde, sich irgendwo aufzuhalten, sei es in bestimmten Geschäften, in Restaurants oder Vergnügungsstätten, in Badeanstalten oder gar beim Friseur, zu dem man jahrelang regelmäßig gegangen war. In Straßenbahnen war es den Juden nicht erlaubt, Sitzplätze einzunehmen. Einzelne wurden willkürlich in Schutzhaft genommen. Fotografen hielten die Bürger im Bild fest, die jüdische Geschäfte betraten, um einzukaufen. Eine Ausnahme war sicher das Verhalten der Brackweder, die, als sich vor dem Geschäft Wisbrunn zwei unbeliebte Parteigenossen aufbauten, um die Kunden am Eintritt zu hindern, in umso größerer Zahl erschienen.
Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 – sie wurden auf dem Reichsparteitag der NSDAP verkündet – und die folgenden Verordnungen zum Reichsbürgergesetz zwischen 1935 und 1943 schlossen Nichtarier von der deutschen Staatsbürgerschaft aus. Genau wurde geregelt, wer als Jude, als Mischling oder als »deutschblütig« zu gelten habe. Schrittweise wurden den Juden alle bürgerlichen Rechte und jeder Anspruch auf Menschenwürde aberkannt.
Insbesondere »Der Stürmer«, das Wochenblatt des fränkischen Gauleiters Julius Streicher, verstand sich als Kampfblatt gegen das »internationale Judentum«. In Bielefeld wurden mit einem Aufmarsch von SA und Partei drei neue Stürmerkästen eingeweiht.
Zugleich aber schränkte man seit 1935 die Einzelaktionen von Ortsgruppen, SA-Leuten oder anderen Parteimitgliedern ein. Der jüdische Direktor einer Bielefelder Bank konnte davor bewahrt werden, daß ihn die SA mit einem Strick um den Hals und einem Schild durch Bielefeld führte, auf dem man lesen sollte, er habe einen besonderen Ruf als Liebhaber blonder deutscher Mädchen.

Zäsuren / Aufnahmeländer	30. 1. 33 bis 31. 12. 33	1. 1. 34 bis 15. 9. 35	16. 9. 35 bis 9/10. 11. 38	11. 11. 38 bis 1. 9. 39	2. 9. 39 bis 23. 10. 41	Nach 23. 10. 41	Nicht bestimmbar	Gesamt
USA	—	5	62	31	23	—	1	122
GB	2	1	17	68	1	—	2	91
NL	5	7	17	43	5	1	1	79
Palästina	9	6	32	3	7	—	—	57
Südamerika	—	2	26	14	10	—	—	52
Rest	8	9	27	37	2	1	2	86
Nicht bestimmbar	2	2	3	—	—	—	1	8
Gesamt	26	32	184	196	48	2	7	495

(E 108) Tabelle zur Emigration von Bielefelder Juden 1933–1941 (aus: Meynert/Schäffer: Die Juden in Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus).



(E 107) Fortzug der jüdischen Familie Meyer-Michael aus Bielefeld; ein Zollbeamter paßt auf (1936).

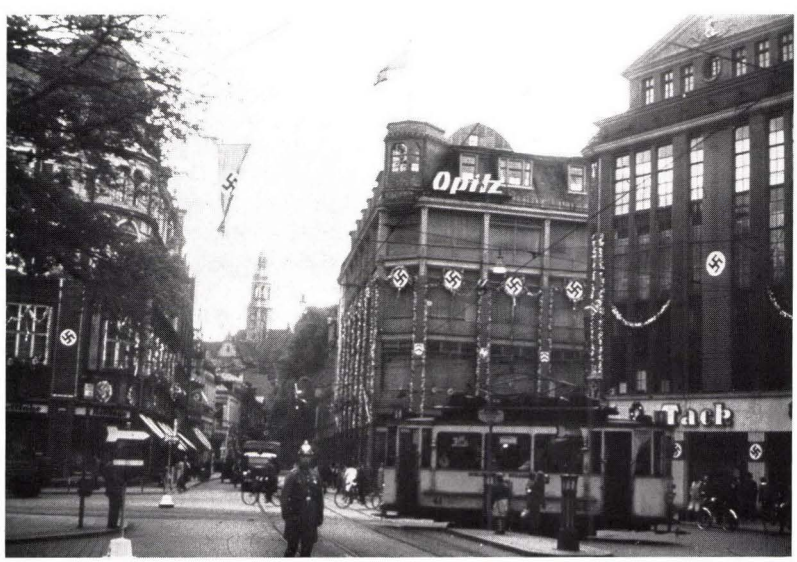
Unter solchen Umständen bemühten sich immer mehr jüdische Mitbürger um die Auswanderung. Ihre Zahl stieg nach Erlaß der Rassengesetze sprunghaft an. Bekannte Firmen wie die Seidenweberei Wertheimer oder das Kaufhaus Alsberg gingen in »arischen« Besitz über.
Bei der Stadtverwaltung gab es übereifrige Beamte, die sich etwa einfallen ließen, eine »Judenkartei« einzurichten oder dem Oberbürgermeister den Vorschlag machten, wie man andere Beschäftigte der Stadt kontrollieren könne, die in jüdischen Geschäften einkauften. Im Frühjahr 1939 erhob die Stapo-Stelle Bielefeld gegen neun Beamte den Vorwurf, sie hätten zwischen 1935 und 1938 im jüdischen Kaufhaus Alsberg eingekauft. Oberbürgermeister Budde ließ die Vernehmung dieser Beamten vom Personalamt durchführen, um das Verfahren der Gestapo zu entziehen, und er erreichte tatsächlich, daß der Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde die Angelegenheit niederschlug.
Viele Juden gingen ihren arischen Bekannten aus dem Weg, um ihnen Ungelegenheiten zu ersparen. Andererseits kam es einmal zu einer Demonstration, als der Leichenzug mit dem angesehenen Sanitätsrat und ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rosenberg, eine Bahnunterführung passierte: Die »arischen« Patienten bildeten dort Spalier; nachts überhäuften sie sein Grab mit Kränzen.
Unter dem Druck von außen schlossen sich die jüdischen Vereinigungen enger zusammen. Sie organisierten Vorträge und Kulturprogramme oder schufen soziale Einrichtungen wie etwa die Erholungsfürsorge des

(E 110) Der jüdische Fußballklub in Bielefeld (zw. 1933 und 1938). Gespielt wurde in Brackwede.



Jüdischen Frauenvereins in Bielefeld. Mit Mißtrauen beobachteten Regierungsstellen und die Gestapo diese »innere Regeneration«.

(E 100) Übersichtstafeln zur Abstufung von Juden und Judenmischlingen auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze. (Aus Eichler, Du bist sofort im Bilde. 1937).
(E 102) Tagebuchaufzeichnung von Margarete Weiß (1934).
(E 103) Titelblatt »Der Stürmer«, Sondernummer 5/1936.
(E 104) Die Fa. Wertheimer teilt ihren Kunden den Verkauf der Seidenweberei mit.
(E 106) Programm eines Vortragsabends des Jüdischen Kulturbundes.
(E 107) Rundschreiben des Jüdischen Frauenvereins mit der Bitte, das Hilfswerk »Erholung für das jüdische Kind« zu unterstützen (1936).



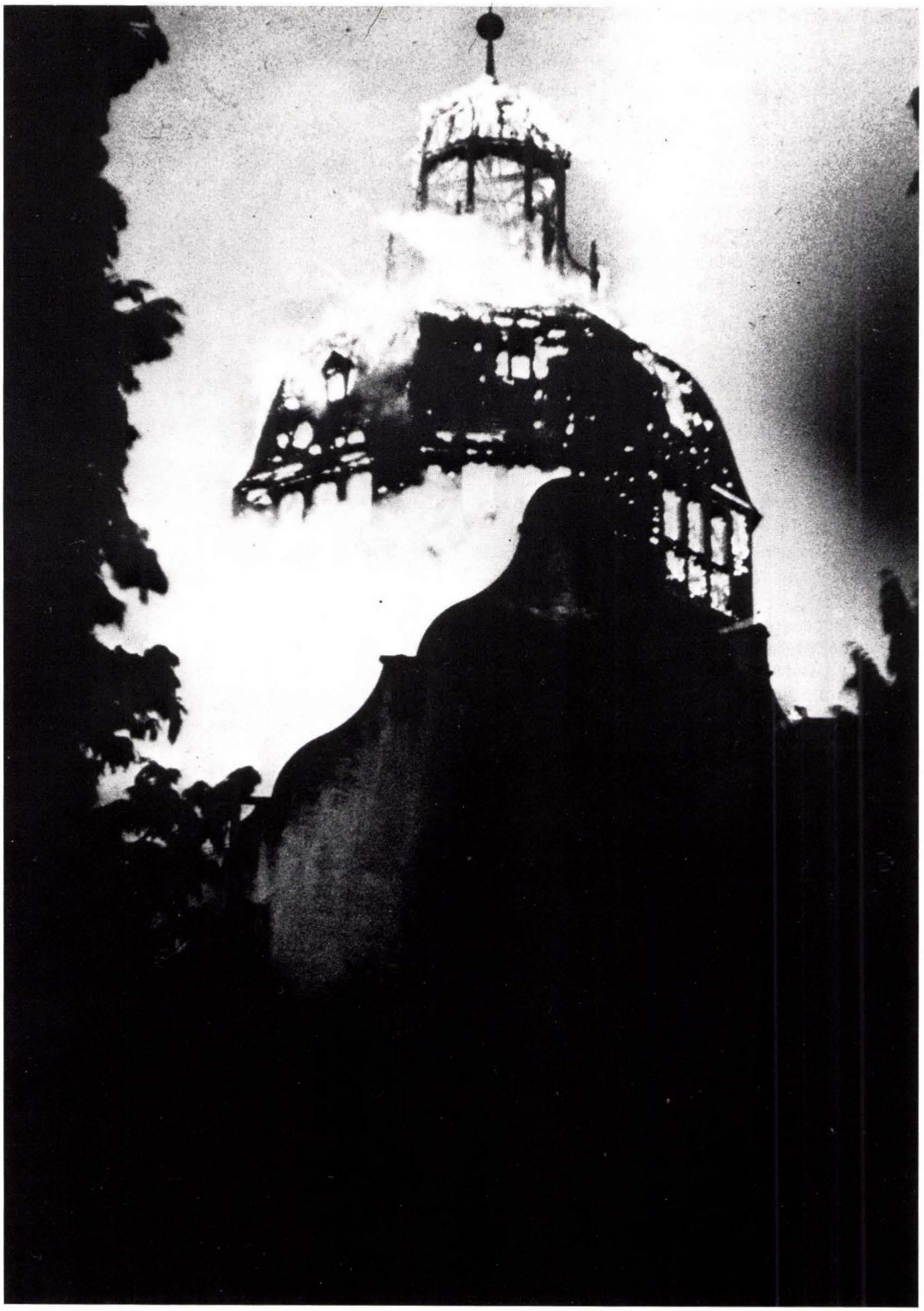
(E 101) Das ehemalige Kaufhaus Alsberg, jetzt als arisierter Betrieb im Schmuck der Hakenkreuzfahnen (1939).

36. Die Reichskristallnacht

Die Ereignisse in der sogenannten »Reichskristallnacht« waren keine Reaktionen einer aufgebrachten Volksmenge, sondern das Ergebnis einer wohlkalkulierten Planung. Schon in den Monaten zuvor lief eine neue Welle antisemitischer Maßnahmen an, angefangen mit der Ausweisung von staatenlosen und polnischen Juden aus dem Reich über die Anmeldung des jüdischen Vermögens bis hin zur Registrierung und Kennzeichnung jüdischder Gewerbebetriebe.
Das Attentat des Herschel Grünspan auf den Botschaftsangehörigen vom Rath in Paris bot den Machthabern nun die Gelegenheit, den Terror zu verschärfen. Da vom Rath erst einige Tage nach dem Attentat seinen Verletzungen erlag, hatte man ausreichend Zeit, zentral gesteuerte Aktionen in Gang zu bringen.
Mit Hitlers Einverständnis gab Goebbels am Abend des 9. November 1938 in einer Hetzrede das »Startzeichen«. Alle Gestapo-Dienststellen – unter ihrer Leitung sollten die Aktionen stattfinden – wurden fernschriftlich über die Organisation des Pogroms informiert.
In Bielefeld wurde in der Nacht vom 9. zum 10. November um Mitternacht die Synagoge an der Turnerstraße durch SA- und SS-Leute angezündet. Im Bericht der Feuerwehr, die erst mehr als vier Stunden später alarmiert wurde, heißt es: »Das Feuer war so stark und die Einsturzgefahr so groß, daß die Feuerwehr sich unter Anwendung von 15 C-Rohren auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken mußte.«
Die Synagoge und das Gemeindehaus brannten völlig nieder. Die Ruinen hat man später abgebrochen.
Die Tochter eines Bielefelder jüdischen Rechtsanwalts hat ihre Erinnerungen an den folgenden Morgen später in literarischer Form niedergeschrieben: »Zur gewohnten Zeit ging sie (Esther) zur Schule. Als sie dort ankam, merkte sie, daß irgendwas besonderes los war. Die Mädchen standen vor den Fenstern oder liefen vor den Klassenzimmern hin und



(E 111) Die Feuerwache am Kesselbrink, dahinter die Synagoge in der Turnerstraße.



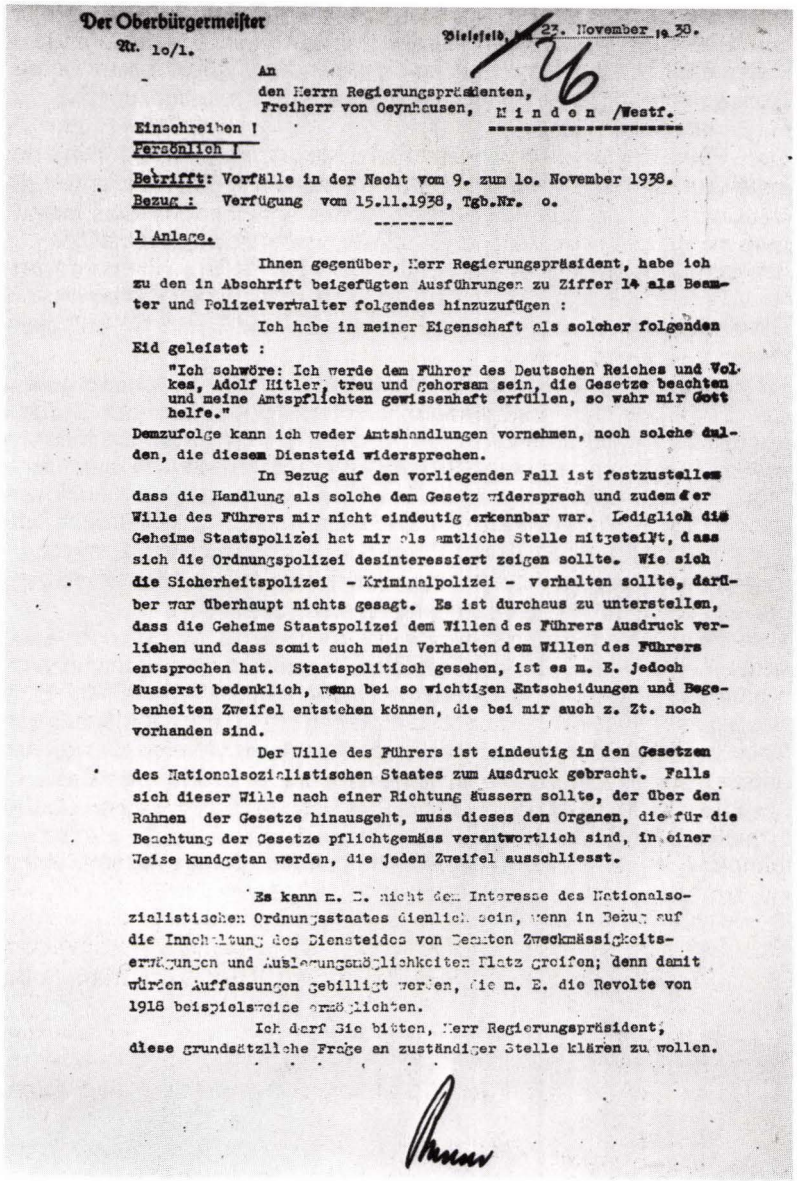
her; Esthers Klasse war beinahe leer. Irgendjemand sagte: ›Kinder, in der Körnerstraße brennt 'n Haus!‹ Und auf einmal: ›Die Synagoge brennt‹. Einer der Lehrer, ein berüchtigter Nazi, stand unten an der Treppe und schickte die Kinder zur brennenden Synagoge, um sich das Feuer anzusehen.
Ruth, Esther und Lore waren allein in der Klasse, als die Lehrerin, die die erste Stunde Unterricht geben sollte, hereinkam. Voller Mitleid sah sie die Kinder an und sagte: ›Ihr armen Kinder, was Ihr doch alles mitmachen müßt‹. Esther erzählte, daß ihr Vater verhaftet worden war . . .
Abends, als es dunkel war, ging Esther nach Hause. Sie sah die erleuchteten Fenster der Häuser, und sie hörte kleine Gruppen Kinder ›Martin Luther‹ singen. Sie hatten Lampions bei sich und Beutel für Süßigkeiten . . .«
Mit einer Ausnahme blieben die Privatwohnungen der Bielefelder Juden von den folgenden Ausschreitungen verschont. Hingegen wurden wenigstens 18 jüdische Geschäfte von der SS demoliert, die meisten davon in der Innenstadt. Die SS-Banden zertrümmerten die Ladentüren, schlugen die Schaufensterscheiben ein und verwüsteten die Auslagen und die Ladeneinrichtungen. An die Hauswände und an die Scheiben schmierten sie antisemitische Parolen. Bei Dessauer in der Niederstraße war zu lesen: »Juden raus! Juden und Ratten sind dieselben, überall versuchen sie durchzuschlüpfen« und anderes.
In der Nacht vom 10. zum 11. November zerstörte ein Trupp von SA-Leuten in Brackwede die Schaufensterscheiben des Geschäftes von Wisbrunn, das Mobilar ging zu Bruch, Textilien wurden gestohlen. Eine besondere, gerade absurde Schikane ließen sich einige SA-Männer einfallen, indem sie die Hühner des Geschäftsinhabers töteten. Die auf der gegenüberliegenden Straße postierte Ordnungspolizei griff nicht ein.
Am Morgen des 10. November verhaftete die Gestapo zwischen 40 und 50 jüdische Männer. Im Polizeigefängnis an der Turnerstraße wurden sie verhört. Am 12. November brachte man einen großen Teil von ihnen



(E 114) Die brennende Synagoge am Morgen des 10. November 1938.

(E 122) Ehemalige Synagoge in Schildesche, an der Stiftskirche (Foto von 1959).

(E 113) Stellungnahme von Oberbürgermeister Budde zu den Ereignissen der Reichskristallnacht (23. 11. 1938).



Der Oberbürgermeister

Nr. Io/1.

Bielefeld, den 23. November 1938.

An
den Herrn Regierungspräsidenten,
Freiherr von Oeynhausen,
M i n d e n /Westf.

Einschreiben !
Persönlich !

Betrifft: Vorfälle in der Nacht vom 9. zum Io. November 1938.
Bezug : Verfügung vom 15.11.1938, Tgb.Nr. o.

1 Anlage.

Ihnen gegenüber, Herr Regierungspräsident, habe ich zu den in Abschrift beigefügten Ausführungen zu Ziffer 14 als Beamter und Polizeiverwalter folgendes hinzuzufügen :

Ich habe in meiner Eigenschaft als solcher folgenden Eid geleistet :

"Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Demzufolge kann ich weder Amtshandlungen vornehmen, noch solche dulden, die diesem Diensteid widersprechen.

In Bezug auf den vorliegenden Fall ist festzustellen, dass die Handlung als solche dem Gesetz widersprach und zudem der Wille des Führers mir nicht eindeutig erkennbar war. Lediglich die Geheime Staatspolizei hat mir als amtliche Stelle mitgeteilt, dass sich die Ordnungspolizei desinteressiert zeigen sollte. Wie sich die Sicherheitspolizei - Kriminalpolizei - verhalten sollte, darüber war überhaupt nichts gesagt. Es ist durchaus zu unterstellen, dass die Geheime Staatspolizei dem Willen des Führers Ausdruck verliehen und dass somit auch mein Verhalten dem Willen des Führers entsprochen hat. Staatspolitisch gesehen, ist es m. E. jedoch äusserst bedenklich, wenn bei so wichtigen Entscheidungen und Begebenheiten Zweifel entstehen können, die bei mir auch z. Zt. noch vorhanden sind.

Der Wille des Führers ist eindeutig in den Gesetzen des Nationalsozialistischen Staates zum Ausdruck gebracht. Falls sich dieser Wille nach einer Richtung äussern sollte, der über den Rahmen der Gesetze hinausgeht, muss dieses den Organen, die für die Beachtung der Gesetze pflichtgemäss verantwortlich sind, in einer Weise kundgetan werden, die jeden Zweifel ausschliesst.

Es kann m. E. nicht dem Interesse des Nationalsozialistischen Ordnungsstaates dienlich sein, wenn in Bezug auf die Innehaltung des Diensteides von Beamten Zweckmässigkeitserwägungen und Auslegungsmöglichkeiten Platz greifen; denn damit würden Auffassungen gebilligt werden, die m. E. die Revolte von 1918 beispielsweise ermöglichten.

Ich darf Sie bitten, Herr Regierungspräsident, diese grundsätzliche Frage an zuständiger Stelle klären zu wollen.

unter Bewachung durch SS-Leute in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Einer der Verhafteten schildert:
»(Am 10. 11.) wurde ich mit anderen Glaubensgenossen verhaftet und mittels Lastauto bei der Gestapo in Bielefeld abgeliefert . . . Wir wurden dann verladen und kamen unter Bewachung von SS-Leuten nach Weimar. Hier angekommen, mußten wir auf dem Bahnsteig antreten in Reihen zu 5 Mann und wurden dann durch die Unterführung auf die Straße geführt . . . In der Unterführung mußten sich je 5 Mann mit dem Gesicht zur Wand aufstellen und wurden von den Grünen (hier verkleidete SS-Leute) mit der Reitpeitsche bearbeitet . . . In Buchenwald angekommen,

mußten wir uns aufstellen. Nach und nach waren wir ca. 12000 Mann, wovon die Hälfte in zwei großen Baracken untergebracht wurde . . . Jeder, der Platz fand, legte sich dahin ohne Unterlage und ohne Decke. Licht war nicht vorhanden . . .

Gegen 12 Uhr in der Nacht kamen plötzlich drei in rote Mäntel gehüllte Leute, die sich wahllos ein Dutzend von uns herausholten. Wir hörten sie im Freien fürchterlich schreien und haben sie nicht mehr gesehen . . . Nach etwa 20 Tagen wurde ich entlassen . . . Wir wurden nach Feststellung der Personalien darauf aufmerksam gemacht, daß wir nicht erzählen dürften, wie es im Lager war und daß die Nazis überall ihre Leute hätten . . .«.

Oberbürgermeister Budde erstattete der Regierung einen Bericht über die Vorgänge in Bielefeld:

»In der Bielefelder Bevölkerung ist das Verständnis für die Bekämpfung des Judentums unbedingt vorhanden, auch wird es allgemein als selbstverständlich hingenommen, wenn, um die Juden unschädlich zu machen, außerordentlich scharfe Maßnahmen zur Anwendung kommen. Gegen die Zerstörung der Synagoge ist im großen und ganzen auch nicht viel eingewendet worden. Die Art des Vorgehens gegen jüdische Geschäfte aber – Einschlagen der Schaufensterscheiben usw. – und damit eine Vernichtung von Sachwerten, die über kurz oder lang doch in arischen Besitz übergegangen wären, ist allgemein nicht verstanden worden. Mit Kopfschütteln und z. T. eisigem Schweigen wurde dieser Tatbestand hingenommen. Des Weiteren war in der Bevölkerung auch sofort bekannt, daß es sich hier nicht um eine spontane Entrüstung des Volkes gehandelt hat, sondern, daß hier ein Vorgang zur Auslösung kam, der organisiert war. Abfällige Äußerungen wurden nicht gehört, wohl aber der Unwille in oben angegebener Form offensichtlich zum Ausdruck gebracht. Die Bevölkerung hat anhand von Vorgängen sich ihr eigenes Urteil gebildet.«

Buddes Kritik wird noch deutlicher in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten, in welchem er, sich auf seinen Amtseid berufend, Dinge ablehnt, die »diesem Diensteid widersprechen. In Bezug auf den vorliegenden Fall ist festzustellen, daß die Handlung als solche dem Gesetz widersprach und zudem der Wille des Führers mir nicht eindeutig erkennbar war.«

Den deutschen Juden wurde eine »Geldbuße« von einer Milliarde Reichsmark auferlegt, als Strafe für den »ruchlosen Mord in Paris«. Am 1. Januar 1939 verbot man ihnen die Führung irgendeines Geschäftsbetriebs.

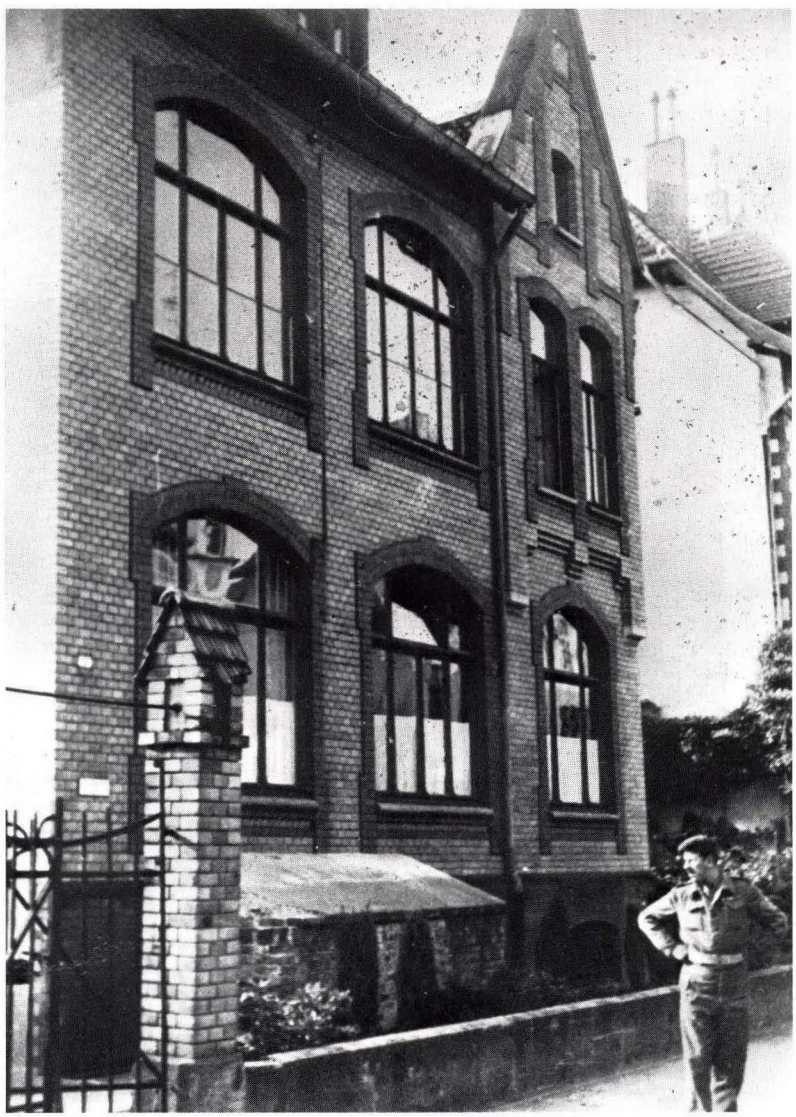
Über die Schätze der Juden, die in den Synagogen verborgen sein sollten, kursierten die wildesten Gerüchte. 1942 erbot sich eine Bielefelder Firma gegenüber dem Oberbürgermeister, den angeblichen Schatz unter der Synagogenruine zu heben: »Bei von mir vorgenommenen provisorischen Messungen abends in der Dunkelheit konnten in der Turnerstraße an den Ruinen des früheren Judentempels Wahrnehmungen gemacht werden, daß dort vermutlich in Stahlkammern eingemauerte Bestände an Gold und Silber sehr wahrscheinlich vorhanden sind, und zwar in einer Kellerwand der südwestlichen Ruinenecke an der Turnerstraße.« In Wahrheit befand sich nichts in der Synagoge als die Kassette aus dem Grundstein von 1905 mit 10 Münzen des Kaiserreichs.

(E 112) Brandbericht der Bielefelder Feuerwehr vom 10. 11. 1938.
(E 113) Aus dem Bericht des Oberbürgermeisters über die Vorfälle am 10. November 1938.
(E 115) Schmierereien am Schuhgeschäft Dessauer in der Niederstraße.
(E 116) Augenzeugenbericht eines nach Buchenwald Deportierten (aus: Deutschlandberichte der Sopade 1934–1940. 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1980).
(E 117) Erlebnisbericht der Renate von Hinte, Tochter des RA Dr. Kamp, über den Morgen des 10. November.
(E 118) »Ruth« und »Esther« 1937.
(E 119) Zeitungsartikel mit versteckter Notiz über den Synagogenbrand unter dem Titel »Waffenbesitz für Juden verboten«.
(E 120) Zeitungsartikel »Eine Milliarde Geldbuße«.
(E 121) Firmenangebot zur »Hebung des Schatzes« unter dem »Judentempel« (1942).

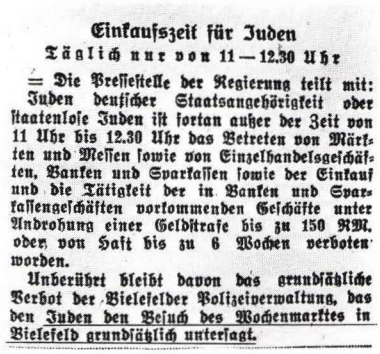
37. Die Deportationen

Die ersten Mißhandlungen von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde waren schon anläßlich des Transports nach Buchenwald im Gefolge der Reichskristallnacht verübt worden. Richard Baer und Alfred Levy starben im Konzentrationslager.
In den anschließenden Monaten bis hin zu den Deportationen während des Krieges wurden die Terrormaßnahmen immer mehr verschärft. Alle Juden waren seit 1941 gezwungen, den gelben Judenstern zu tragen. Geschäfte durften sie nur noch zu bestimmten Tageszeiten betreten, während ihnen der Besuch des Wochenmarktes ganz verboten wurde. Die Zuteilungen an Lebensmitteln wurden immer knapper. Zur Diskriminierung kam der Hunger.
Nach und nach wurde der Haus- und Grundbesitz jüdischer Familien »arisiert«. Mit Zwangsmaßnahmen bis hin zur Verschleppung in ein Konzentrationslager half man der Bereitwilligkeit der Eigentümer nach, ihr Besitztum abzugeben – meist unter Wert. Viele Juden hofften, auf diese Weise wenigstens an die erforderlichen Mittel für die Auswanderung zu kommen.
Die Familien und Einzelpersonen überführte man in sogenannte Judenhäuser. Viele mußten mehrmals umziehen. Nicht alle dieser Häuser sind bekannt, doch ließen sich u. a. die folgenden Quartiere noch feststellen:
Koblenzerstraße 4 (heute Artur-Ladebeck-Straße)
Ritterstraße 57
Detmolder Straße 4
Oberntorwall 2
Lützowstraße 10 (heute Karl-Eilers-Straße)
Wiesenstraße 10 (heute Werner-Bock-Straße).
In der Stapenhorststraße 35 befand sich ein jüdisches Altersheim. Dieses wie die Arbeitseinsatzstelle in der Schloßhofstraße 73 a wurde größtenteils durch ortsfremde Juden belegt. Wer arbeitsfähig war, wurde zur Zwangsarbeit herangezogen. Es gab jüdische Straßen- und Tiefbaukolonnen in Bielefeld. Andere Juden mußten in einer Fahrradfabrik Wehrmachtsfahrräder produzieren.

Schließlich wurde der Ausweg der Auswanderung versperrt. Hitler befahl Mitte September 1941 die systematische Deportation aller deutschen Juden in das Generalgouvernement und in die neugeschaffenen Reichskommissariate Ostland und Ukraine. Mit der Abwicklung wurden die Gestapoleitstellen und ihre Außenstellen beauftragt. Außerdem bezog man die Bezirksstellen der Reichsvereinigung der deutschen Juden zwangsweise mit ein. In Zusammenarbeit mit Vertretern der Bezirksstelle stellte die Gestapo Listen der zu deportierenden Juden auf, die Stelle selbst hatte für die Benachrichtigung der Betroffenen zu sorgen.
Die Behörden der Stadt und des Landkreises übernahmen dann die mit dem Transport zusammenhängenden Aufgaben, beispielsweise den Einzug und Versand des Reisegepäcks, die Versieglung der Wohnungen und die Bereitstellung von Sammellagern. In Bielefeld wurde hierfür



(E 123) Das Haus Laerstraße 9, seit 1939 Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Deutschen Juden (Foto von 1945).



Einkaufszeit für Juden

Täglich nur von 11—12.30 Uhr

= Die Pressestelle der Regierung teilt mit: Juden deutscher Staatsangehörigkeit oder staatenlose Juden ist fortan außer der Zeit von 11 Uhr bis 12.30 Uhr das Betreten von Märkten und Messen sowie von Einzelhandelsgeschäften, Banken und Sparkassen sowie der Einkauf und die Tätigkeit der in Banken und Sparkassengeschäften vorkommenden Geschäfte unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 150 RM. oder von Haft bis zu 6 Wochen verboten worden.

Unberührt bleibt davon das grundsätzliche Verbot der Bielefelder Polizeiverwaltung, das den Juden den Besuch des Wochenmarktes in Bielefeld grundsätzlich untersagt.

(E 126) Zeitungsnotiz über die Einschränkung der Einkaufszeit für Juden.



(E 130) Judenstern und KZ-Nummer eines Häftlings aus Buchenwald (nach der Evakuierung aus Riga); der Häftling ist durch insgesamt sieben Konzentrationslager gegangen.

der »Kyffhäuser« am Kesselbrink freigemacht. Offiziel liefen die Deportationen unter dem Begriff der »Evakuierung«; die Juden selbst erfuhren die Reiseziele nicht. Wahrscheinlich blieben auch die lokalen Behörden hierüber im Unklaren.

Nicht alle Deportationsschübe sind bekannt. Außerdem gab es stets nebenher noch die Verschleppung von Einzelpersonen oder von kleineren Gruppen. Der erste größere Transport mit 88 Personen führte nach Riga; nur wenige der Deportierten haben überlebt. Die übrigen Transporte – in den Jahren 1942 und 1943 – endeten in Auschwitz und in Theresienstadt, während von zwei anderen nur bekannt ist, daß sie »nach Osten« führten. Im September 1944 verbrachte man jüdische »Mischlinge« und Partner aus Mischehen in das Zwangsarbeitslager für Frauen in Elben bei Kassel und in das Männerarbeitslager bei Zeitz in Thüringen. Von den letzten Juden, die noch im Februar 1945 nach Theresienstadt deportiert worden sind, wurden die meisten durch die Rote Armee befreit.

28 der verschleppten jüdischen Personen haben nach 1945 wieder in Bielefeld gelebt. Die meisten der anderen sind in den Konzentrationslagern umgekommen oder ermordet worden. Wie groß ihre Zahl ist, bleibt unbekannt. Wenn von knapp eintausend Mitgliedern der jüdischen Gemeinde um 1933 fast die Hälfte auswandern konnte, von den übrigen aber nur 28 wieder in Bielefeld gelebt haben, und wenn man annimmt, daß vielleicht noch einige andere lebend aus den Konzentrationslagern



(E 128) Im »Kyffhäuser« werden Juden aus Bielefeld und Umgebung für die Deportation nach Riga gesammelt (1941).

Sammel-Deportationen Bielefelder Juden

Zeitpunkt	Personenzahl	Personenkreis	Ziel	Überlebende	Sammelstelle
13.12.41	88	unter 65 Jahren	Riga	einige wenige	Kyffhäuser
31. 3.42	45	unter 65 Jahren	"Osten"	1	Kyffhäuser
8./11. 7.42	32	relativ Alte	"Osten"	0	
31. 7. 42	145	"Altentransport" mit Jüngeren	Theresienstadt	11	Kyffhäuser und Eintracht
2. 3. 43	84	Arbeitsfähige	Auschwitz	7	Schloßhofstr. 73a
12. 5. 43	29	Alte und "Bevorzugte"	Theresienstadt	4	Eintracht
28. 6. 43	8	"Bevorzugte" und andere	Theresienstadt	2	
19. 9. 44	30-40	Halbjuden und Mischehenpartner	Elben und Zeitz	± alle	Eintracht
13. 2. 45	unbekannt	" über 16 Jahre	Theresienstadt	± alle	"Stadt Bremen"

(E 134) Übersicht über die Deportationen der Bielefelder Juden 1941–1945 (M. M.).

gekommen sind, so kann man die Zahl der Opfer auf mehr als 400 schätzen.

(E 124) Bescheinigung über die zwangsweise Annahme des jüdischen Vornamens Reha (1938).
(E 125) Begleitschreiben für die Übersendung einer kleinen Waage an das Städtische Museum aus der Auflösung eines jüdischen Haushaltes (1939).
(E 127) Koblenzer Straße 4 (X), heute Artur-Ladebeck-Straße, wo ab 1940 bis zu 53 Juden leben mußten.
(E 131) Zeitungsbericht über die Zeugenaussage von Robert Levi im Wolff-Prozeß (1964).
(E 135) Quittung über die Abgabe von 5 Elektrogeräten durch Leonard Kamp, Bielefeld.

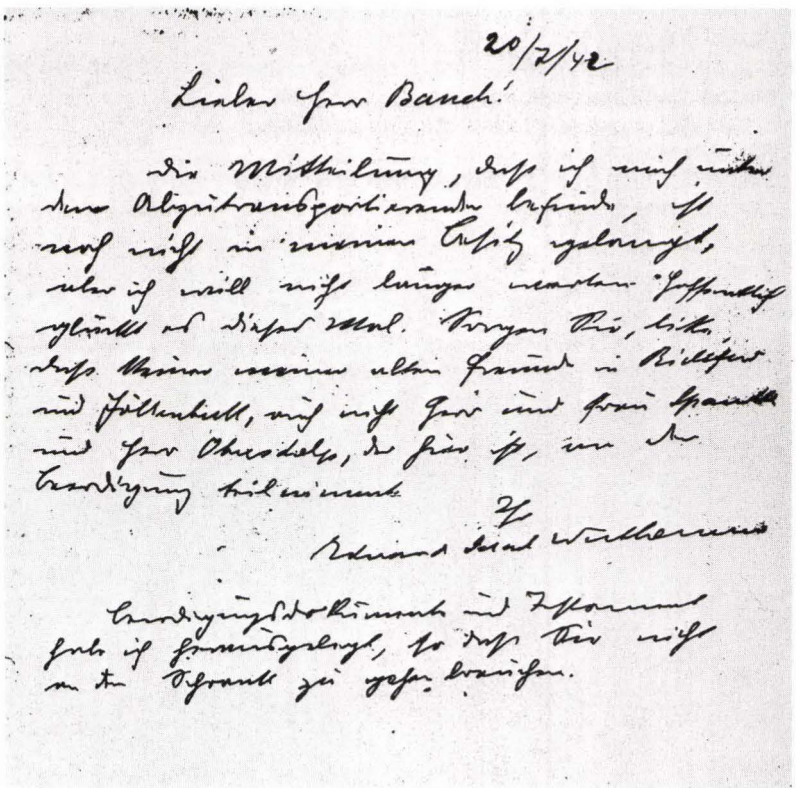


(E 129) Der Transportzug auf dem Bielefelder Bahnhof (1941).



(E 132) Porträt
Eduard Wertheimers (1942).

(E 136) Antrag an die Militärregierung auf Genehmigung einer »Notgemeinschaft der wegen ihrer Rasse verfolgten Opfer des Faschismus für den Stadt- und Landkreis Bielefeld e.V.« (November 1945).



(E 133) Letzte Verfügung
Eduard Wertheimers vor seinem
Freitod (1942).

F. Die Kirche

38. Deutsche Christen und Bekennende Kirche

Die Bemühungen der Nationalsozialisten um Gleichschaltung aller öffentlichen Einrichtungen und Verbände machten vor der Kirche nicht halt. Doch konnte die NSDAP nur bei der evangelischen Kirche einigen Erfolg verbuchen. Sie stützte sich dabei auf die Glaubensbewegung »Deutsche Christen«, eine Vereinigung, in deren Welt- und Glaubensbild Gott und Adolf Hitler gleichermaßen ihren Platz fanden.

Die Deutschen Christen stießen durchaus auf Sympathie in der Kirche, weil die Pfarrer in der Weimarer Zeit in ihrer Mehrheit politisch rechts standen und selbst antisemitische Tendenzen nicht unterdrückt werden konnten. Sehr deutlich wurde diese Haltung in den Märzwahlen 1933, wo das konfessionell geprägte Gadderbaum mit der Anstalt Bethel zu gut zwei Dritteln die NSDAP oder die DNVP wählte (vgl. Tafel 14).

Der Klärungsprozeß innerhalb der Kirche brauchte seine Zeit. Nicht jeder Pfarrer fand von Anfang an zu einer eindeutigen Haltung. So konnte es geschehen, daß Friedrich von Bodelschwingh, der Leiter der Betheler Anstalten, als ausgleichende Persönlichkeit im Mai 1933 das Amt des Reichsbischofs übernahm, doch schon einen Monat nach seiner Ernennung einem Deutschen Christen Platz machen mußte.

(F 2) Friedrich von Bodelschwingh (Mitte) als Reichsbischof in Berlin, 1933 (aus: W. Brandt, Fr. von Bodelschwingh. Bethel 1967).




Liste
Deutsche
Christen!
muß
Kirche bleiben!
Wählt Liste:
Evangelium und Kirche.

Deutlicher noch entschied sich der spätere Bekenntnis-Pfarrer Wilhelm Niemöller anfangs für den Nationalsozialismus. Mehrmals hat er 1933 die Fahnen der NSDAP-Ortsgruppen geweiht. In seiner Ansprache anläßlich der Fahnenweihe für die Ortsgruppe Sparrenberg heißt es: »›Herr, laß mich wissen den Weg, den ich gehen soll‹. Dieses Wort schreiben wir auf die Fahne und dem ins Herz, der sie uns zu tragen berufen ist. Und nun erhebt eure Hände. Ich weihe die Fahne und bitte: ›Herr, laß uns wissen den Weg, den wir gehen sollen!‹. Wir wünschen dem Träger der Fahne und denen, die ihr folgen, dem Mann, der sie uns geschenkt, unserer großen Bewegung und unserem ganzen deutschen Volk: Heil!«

Als Pfarrer an der Jakobus-Kirchengemeinde hat sich Niemöller aber noch 1933 ganz auf die Seite der Bekennenden Kirche gestellt und in Predigten, die selbst im Druck verbreitet wurden, gegen die Deutschen Christen Stellung bezogen.

Die Deutschen Christen sind in Minden-Ravensberg auf Dauer in der Minderheit geblieben. Zu stark wirkte hier die Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts nach, als daß Bekenntnisse zu Adolf Hitler ganz allgemein hätten Einzug in die Kirche halten können.

Dennoch entstand ein Riß in der evangelischen Kirche. Er wurde ganz deutlich anläßlich der Kirchenwahlen im Juli 1933. Ihnen ging die Ernennung eines Staatskommissars, des Wiesbadener Landgerichtsrats August Jäger, für die kirchlichen Angelegenheiten in Preußen voraus. Jäger löste Kirchenvertretungen auf, beurlaubte Pfarrer und drohte mit strafrechtlichen Verfolgungen. Hiergegen wandte sich das »Bielefelder Bekenntnis« vom 29. Juni 1933 (Bekenntnis westfälischer Pfarrer aus der Synode Bielefeld). Die Teilnehmer verpflichteten sich, nur ihren kirchlichen Führern Folge zu leisten; sie beriefen sich auf ihr Gewissen als einzig rechtmäßige Instanz und forderten Freiheit für die Kirche.

Die Deutschen Christen wurden im Wahlkampf massiv von der NSDAP unterstützt. Gegenüber der Gruppe »Evangelium und Kirche« der Bekennenden Kirche setzten sie sich dementsprechend durch, so daß rund zwei Drittel aller Stimmen den Kandidaten der DC zufielen. Entsprechend hoch war der Anteil an Gemeindeverordneten. Diese wählten ihrerseits die Presbyterien, und hier ergab sich schon eine so weitgehende Verschiebung, daß die Kreissynoden und die Provinzialsynode schließlich über eine Mehrheit der Gruppe »Evangelium und Kirche« verfügten. Die Provinzialsynode wurde per Gesetz im März 1934 aufgelöst. Als sich die Pfarrer der Bekennenden Kirche hiergegen wandten, zogen die Deutschen Christen aus. Die Verbliebenen bildeten die »Bekenntnissynode« mit dem Anspruch, die evangelischen Christen in Westfalen zu vertreten.

In den Gemeinden kam es zu Auseinandersetzungen, die bis zum offenen Streit führen konnten. Anlaß war jeweils der Kampf um die Benutzung kirchlicher Räume. Ein solcher Streit führte in Sieker zur Verhaftung des Pfarrers Mebus, des Hilfspredigers Stein und von sechs Gemeindemitgliedern jeweils für eine Woche. Die Geistlichen mußten Westfalen und Rheinland verlassen.

In Jöllenbeck zerrten SA-Leute den Hilfsprediger Schildmann aus dem Haus, verprügelten ihn und ließen ihn im Bielefelder Polizeigefängnis für 14 Tage einsperren. Schildmann hatte sich geweigert, den Hitlergruß im Religionsunterricht zuzulassen.

In Sieker richtete die Bekennende Kirche ein eigenes Predigerseminar ein. 1937 wurde es von der Gestapo geschlossen.



(F 3) Bruno Adler, Bischof der Deutschen Christen des 1933 geschaffenen evangelischen Bistums Münster.

(F 1) Wahlkampf vor der Kirchentür: Die Kirchenwahlen 1933 (aus: I. Hübner, Unser Widerstand. Frankfurt a. M. 1982).

(F 5) Farbfoto: Die Neustädter Marienkirche mit Hakenkreuzflagge (Foto: Fritz Imkamp, 1939).
(F 6) Kundgebungsaufruf der Deutschen Christen vom 20. 3. 1934.
(F 7) Einladung zur Bekenntnisversammlung am 26. 9. 1934.
(F 8) Anzeige der Deutschen Glaubensbewegung zu einem Vortrag »Väterglaube und Muttersprache« (1935).
(F 9) Bericht über eine Versammlung der Deutschen Christen (1934).
(F 10) Missionskandidat Ewald Schildmann, Jöllenbeck (Foto: Heimatverein Jöllenbeck).
(F 11) Jöllenbeck; links die evangelische Marienkirche, rechts das Adlerdenkmal im Hakenkreuzschmuck.
(F 12) Bericht der Westfälischen Neuesten Nachrichten über die Fahnenweihe der Ortsgruppe Sparrenberg der NSDAP (1933).
(F 13) Titelblatt der gedruckten Bekenntnispredigt des Pfarrers Quistorp (1933).
(F 14) Gedruckte Predigt des Pfarrers Niemöller (1934).
(F 15) Predigerseminar in Bielefeld-Sieker, heute Otto-Riethmüller-Haus (Foto aus der Nachkriegszeit).

(F 4) Aufruf der Bekennenden Kirche zum Gemeindetag für Minden-Ravensberg (1934).

An alle bekenntnistreuen Gemeindeglieder Minden-Ravensbergs!

Am Sonntag waren in Dortmund 23000 Männer in der Westfalenhalle versammelt, um ein starkes Zeugnis zur „Bekennenden Kirche im Kampf" abzulegen.

Nun rufen wir das Minden-Ravensberger Land nach Bielefeld

Samstag, den
24. März

abends 7³⁰ Uhr in der
Ausstellungshalle
(Herforder Straße)

und um 8 Uhr in der
Neustädter Marienkirche

Es werden sprechen Führer der „Bekennenden Gemeinde":

Pfarrer Georg Schulz-Barmen
Pfarrer Becker-Schwelm
Präses D. Koch-Bad Oeynhausen

Die Versammlung trägt geschlossenen Charakter.
Einlaßkarten werden durch die Pfarrer und ihre Vertrauensleute ausgegeben.

Minden-Ravensberger Gemeindetag „Unter dem Wort"

Wir rufen alle bekenntnistreuen Gemeindeglieder, vornehmlich die Männer und die Jugend, zur freudigen Teilnahme auf!

Die Bekenntnisgemeinschaft der Synoden Minden-Ravensbergs.

Druck Rob. Bechauf, Bielefeld

Werbt von Mund zu Mund!

39. Christen in der Verfolgung

Die Mordbürokratie des NS-Staates machte vor den Behinderten nicht halt. Ein Euthanasie-Programm wurde eingeleitet, die Vernichtung »lebensunwerten Lebens«. Im Juni 1940 trafen in Bethel 3000 Meldebögen ein mit der Aufforderung, die Behinderten und unheilbar Kranken zu registrieren. Dort war bereits bekannt, daß die Gemeldeten in eine Landesanstalt verlegt wurden und auf mysteriöse Art zu Tode kamen, und so verweigerte man die Ausfüllung der Karten. Pfarrer von Bodelschwingh gelang es, die Aktion so lange zu verzögern, bis eine neue Entwicklung eintrat.

Bei einem Bombenangriff auf Bielefeld am 19. September 1940 wurde ein Pflegeheim in Bethel getroffen. 13 Kinder fanden den Tod. Dieses Ereignis wurde von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet. Goebbels sprach vom »Kindermord« und lenkte damit die Aufmerksamkeit auf die Anstalten, so daß schon deshalb ein Abtransport von Kranken nicht mehr durchgeführt werden konnte.

Gegenüber den Juden nahm Bethel eine weniger eindeutige Haltung ein. Der Antisemitismus der Stoeckerbewegung (vgl. Tafel 33) war noch lebendig. Zur gleichen Zeit, als man die 3000 christlichen Patienten schützte, wurden nur fünf von 13 kranken Juden vor dem Sammeltrans-

(F 16) Kranke in Bethel bei einer Veranstaltung (1935).





(F 17) Pfarrer Friedrich von Bodelschwingh (1933).

(F 19) Udo Hallau, Lehrling und Ministrant, der von einer HJ-Bande so schwer mißhandelt wurde, daß er an den Verletzungen im August 1943 starb.



port in das Lager Wunstorf bewahrt. Vier waren von ihrer Familie abgeholt worden, während eine alte Dame im Petristift in Heepen Aufnahme fand.

1946 stellte die Westfälische Provinzialsynode in einem Bekenntnis fest: »Wir haben im Anfang allzu leichtgläubig einen Nationalsozialismus, der das Volk zum Götzen machte, nicht durchschaut. Wir haben dann gegen die Ausrottung der Juden und anderer Verfemter nicht laut genug unsere Stimme erhoben . . . Wir ermahnen unsere Brüder und Schwestern, sich vor Gottes Angesicht auf die eigene Verschuldung zu prüfen«.

Die Katholiken waren in Bielefeld mit rund 10 % der Bevölkerung nur eine Minderheit. Eine der Bekennenden Kirche vergleichbare Bewegung hat es hier nicht gegeben, doch wird von der Unterstützung Inhaftierter durch die Caritas, von der Weitergabe von Predigttexten des Münsterschen Bischofs von Galen oder von einer katholischen Lehrerin berichtet, die auswanderungswilligen Juden kostenlos Englischunterricht gab.

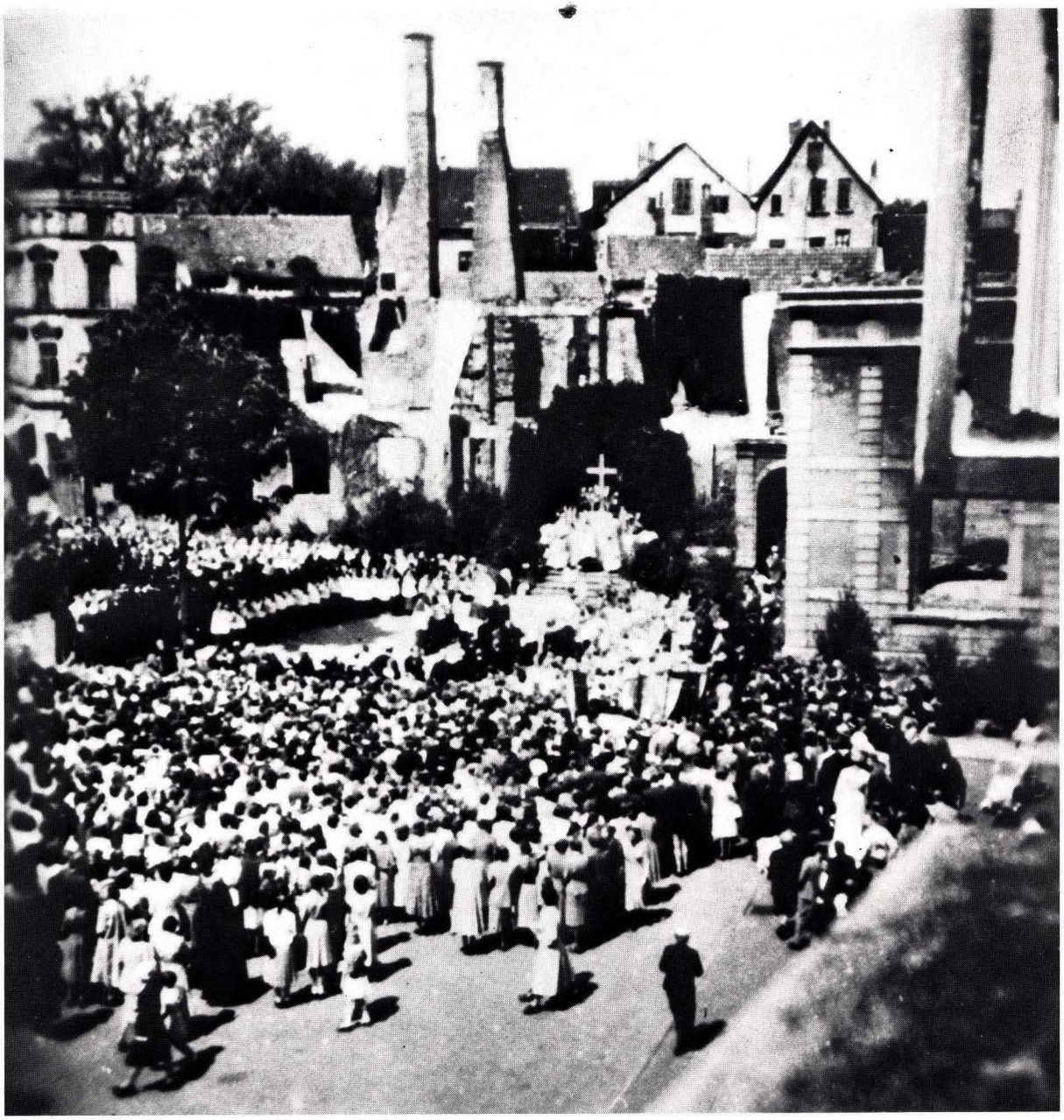
Die katholische Gemeinde beklagte auch das einzige Opfer, das um seines Glaubens willen den Tod fand: Der Lehrling und Ministrant Udo Hallau wurde von einer HJ-Bande verschleppt, in Gestapomanier verhört und derart mißhandelt, daß er an den Verletzungen starb. Udo Hallau hatte sich geweigert, Aussagen über die Vikare Doerr und Lippka von der Jodokus-Gemeinde zu machen, deren Jugendarbeit der HJ mißfiel.

(F 20) Pfarrer Wilhelm Niemöller, Mitglied der Bekennenden Kirche und Schöpfer eines Kirchenkampf-Archivs, hier auf einem Foto der Nachkriegszeit.

(F 21) Aufzeichnungen der Mutter von Udo Hallau über die Mißhandlung und den Tod ihres Sohnes.

(F 22) Der münstersche Bischof Clemens August von Galen, einer der führenden Männer des katholischen Widerstands.

(F 23) Auszüge aus einer Predigt des Bischofs von Galen von 1941 (Nachdruck). Predigttexte von Galens kursierten auch unter den Katholiken in Bielefeld.



(F 18) Trauerfeier der katholischen Gemeinde für die Toten des Luftangriffs 1944.



(G 1) Aufmarsch auf dem Schillerplatz, vermutlich zum Besuch der Alten Garde 1939.

G. Der Führerstaat

40. Macht und Masse

Hitler hat es verstanden, das Volk zu organisieren und zu mobilisieren. Kaum ein erwachsener Deutscher, der nicht Mitglied in der Partei oder in einer der NS-Organisationen war.
Die folgenden Zahlen sind bekannt:

NSDAP	bis Mai 1933	1,5 Millionen	Mitglieder
	1945	8,5 Millionen	Mitglieder
SA	um 1934	2 Millionen	Mitglieder
SS	1933	52 000	Mitglieder
	1944	40 000	Mitglieder Allgemeine SS
		950 000	Mitglieder Waffen-SS
DAF	1934	14 Millionen	Mitglieder
	1942	25 Millionen	Mitglieder
NSV	1938	6,5 Millionen	Mitglieder
NS-Frauen-schaft	1939	3,3 Millionen	Mitglieder

Das Führercorps der NSDAP, von Hitler angefangen bis zum Blockleiter, bestand 1939 aus rund 700 000 Personen. Die Deutsche Arbeitsfront beschäftigte vor dem Krieg etwa 40 000 hauptamtliche Funktionäre.

Die Massenorganisationen hatten jedoch nur geringen Einfluß auf die Verteilung der Macht. Die Willensbildung erfolgte von oben nach unten, also vom Führer bis zum Blockleiter, vom Reichsführer-SS bis zum letzten SS-Mann. Die Macht lag bei Hitler und bei dem kleinen Kreis seiner Vertrauten: Himmler, Göring, Goebbels, Bormann, Heß, Ley und anderen. Die Massen waren dazu bestimmt, für Hitler zu marschieren und zu demonstrieren.

(G 2) Parteiveranstaltung im Rathaus (1936 ?). Der Saal ist mit Führerbüste (»Kopfreliquiar«) und Führerbild geschmückt.

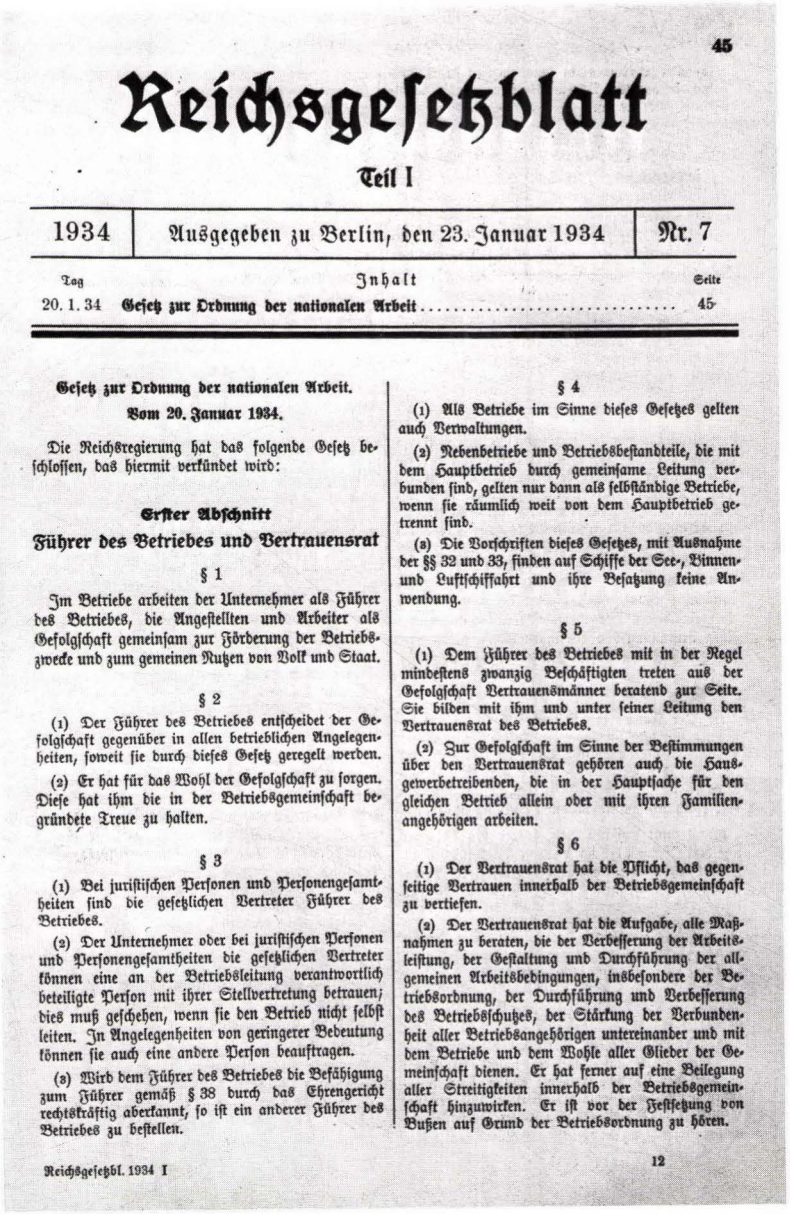
41. Die Goldene Fahne

In ihrer Propaganda hatte die NSDAP den Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitnehmerschaft und der Arbeitgeber versprochen. An die Stelle des Klassenkampfes sollte die Idee der Volksgemeinschaft treten. Am 2. Mai 1933 war mit der Zerschlagung der Gewerkschaften dieser Ausgleich gewaltsam herbeigeführt und zugunsten der Unternehmer gelöst worden. Nun kam es für den NS-Staat darauf an, die Betriebe in das Führersystem einzugliedern. Die Grundlage hierfür wurde das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« vom 20. Januar 1934. Sein erster Paragraph lautete: »Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat«. Dem Unternehmer wurde die Fürsorge für die Beschäftigten zur Pflicht gemacht (§ 2, 2): »Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen«. Sie ihrerseits war durch Treuepflicht gebunden: »Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten«.



(G 8) Jubilarsehrung, vermutlich in den Kammerich-Werken. Der Aufwand an Fahnen und Spalier ist wichtiger als der Jubilar.

(G 3) Mit dem »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« wurde der Unternehmer zum »Führer des Betriebes» ernannt, die Arbeitnehmerschaft zur »Gefolgschaft« degradiert.



45

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 23. Januar 1934	Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
20. 1. 34	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit	45

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.

Vom 20. Januar 1934.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Erster Abschnitt

Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§ 1

Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2

(1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

§ 3

(1) Bei juristischen Personen und Personengesamtheiten sind die gesetzlichen Vertreter Führer des Betriebes.

(2) Der Unternehmer oder bei juristischen Personen und Personengesamtheiten die gesetzlichen Vertreter können eine an der Betriebsleitung verantwortlich beteiligte Person mit ihrer Stellvertretung betrauen; dies muß geschehen, wenn sie den Betrieb nicht selbst leiten. In Angelegenheiten von geringerer Bedeutung können sie auch eine andere Person beauftragen.

(3) Wird dem Führer des Betriebes die Befähigung zum Führer gemäß § 38 durch das Ehrengericht rechtskräftig aberkannt, so ist ein anderer Führer des Betriebes zu bestellen.

§ 4

(1) Als Betriebe im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Verwaltungen.

(2) Nebenbetriebe und Betriebsbestandteile, die mit dem Hauptbetrieb durch gemeinsame Leitung verbunden sind, gelten nur dann als selbständige Betriebe, wenn sie räumlich weit von dem Hauptbetrieb getrennt sind.

(3) Die Vorschriften dieses Gesetzes, mit Ausnahme der §§ 32 und 33, finden auf Schiffe der See-, Binnen- und Luftschiffahrt und ihre Besatzung keine Anwendung.

§ 5

(1) Dem Führer des Betriebes mit in der Regel mindestens zwanzig Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.

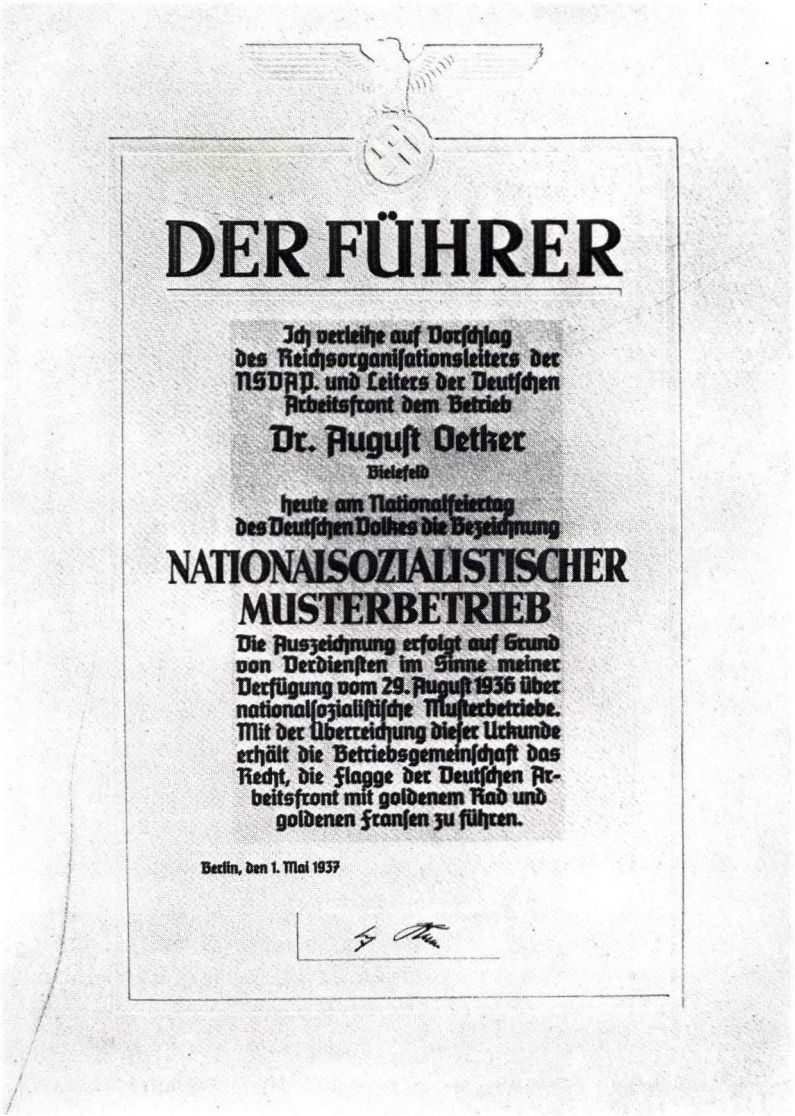
(2) Zur Gefolgschaft im Sinne der Bestimmungen über den Vertrauensrat gehören auch die Hausgewerbetreibenden, die in der Hauptsache für den gleichen Betrieb allein oder mit ihren Familienangehörigen arbeiten.

§ 6

(1) Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.

(2) Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bußen auf Grund der Betriebsordnung zu hören.

An die Stelle des ehemaligen Betriebsrates wurde der »Vertrauensrat« gesetzt, ein Gremium aus dem Kreis der Beschäftigten, das den Unternehmer beraten sollte. Es wurde nicht gewählt, sondern im Einvernehmen mit der Partei ernannt, bestand also in der Regel aus zuverlässigen Parteigenossen.
Es kann nicht bestritten werden, daß es Betriebe gab, die ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten ernst genommen haben. In ihrem »Buch der Gefolgschaft« zählt die Firma Dr. Oetker 1941 ihre



DER FÜHRER

Ich verleihe auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. und Leiters der Deutschen Arbeitsfront dem Betrieb

Dr. August Oetker

Bielefeld

heute am Nationalfeiertag des Deutschen Volkes die Bezeichnung

NATIONALSOZIALISTISCHER MUSTERBETRIEB

Die Auszeichnung erfolgt auf Grund von Verdiensten im Sinne meiner Verfügung vom 29. August 1936 über nationalsozialistische Musterbetriebe. Mit der Überreichung dieser Urkunde erhält die Betriebsgemeinschaft das Recht, die Flagge der Deutschen Arbeitsfront mit goldenem Rad und goldenen Fransen zu führen.

Berlin, den 1. Mai 1937

(G 4) Als erster Betrieb in Bielefeld erhielt die Firma Dr. August Oetker 1937 die Goldene Fahne der Deutschen Arbeitsfront.

Leistungen auf, beispielsweise an finanziellen Zuwendungen, Zuschüssen, für die Werksbücherei, das Gesundheitswesen und andere Einrichtungen. Hierfür erhielt sie als erster Betrieb in Bielefeld 1937 die Goldene Fahne der Deutschen Arbeitsfront; sie durfte sich »Nationalsozialistischer Musterbetrieb« nennen.

Der Firmenchef, Dr. Richard Kaselowsky, war indessen auch ein besonderer Förderer der Partei. Als Verleger der »Westfälischen Neuesten Nachrichten« hatte er dafür gesorgt, daß diese Zeitung amtliches Organ der NSDAP werden konnte. Kaselowskys Mitgliedschaft im »Freundeskreis Himmler« ist bekannt.

(G 6) Besuch des Gauleiters Dr. Meyer (in Uniform) in der Firma Dr. Oetker; rechts neben ihm der Firmenchef Dr. Richard Kaselowsky.



(G 5) Zwei Seiten aus dem »Buch der Gefolgschaft« von Dr. Oetker.
(G 7) Dr. Ley, Leiter der DAF, bei einem Besuch in der Firma Dr. Oetker (Mai 1937).

42. Die Wehrmacht

Im März 1935 kündigte Hitler die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht an – entgegen den Bestimmungen des Vertrages von Versailles, in dem die Stärke der Reichswehr auf 100000 Mann begrenzt und die Produktion schwerer Waffen verboten worden war. Die Reichswehr war ein reines Berufsheer.
Sofort nach der Machtübernahme gab Hitler Anweisung, die Reichswehr durch Aufstellung motorisierter Verbände, Panzertruppen, Fallschirm- und Fliegereinheiten zu verstärken und die Flotte auszubauen. Der langsame Wiederaufstieg der Wirtschaft geht zum guten Teil auf diese Aufrüstung zurück. Mit ihr hat es Hitler verstanden, die Interessen der nationalen Verbände, die auf Deutschlands Stärke pochten, und der Industrie, die Aufträge brauchte, zu verbinden. Über die sogenannten Mefo-Wechsel – ein Art von Geld- und Kreditschöpfung – wurde die Aufrüstung finanziert.
Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht war zugleich eine Entscheidung Hitlers gegen die SA. Ein Milizheer, wie es dem 1934 ermordeten SA-Stabschef Röhm vorgeschwebt hatte, konnte Hitler für seine außenpolitischen Pläne nicht gebrauchen. Mit den Offizieren und Soldaten der Reichswehr verfügte er über einen erfahrenen Kern für die neue Armee.
Oberster Befehlshaber der Reichswehr war der Reichspräsident gewesen. Mit dem Tod Hindenburgs im Sommer 1934 vereinigte Hitler dieses Amt mit dem Amt des Reichskanzlers; damit wurde er zugleich auch



(G 10) Soldaten der Wehrmacht, angetreten auf dem Kesselbrink.

Oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Soldaten und Offiziere leisteten ihren Eid hinfort nicht mehr auf die Verfassung und auf die Gesetze, sondern auf Hitler persönlich:
»Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingt Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.«
Die Offiziere, die nicht gänzlich dem Führer ergeben waren, wurden nach und nach aus der Wehrmacht entfernt. Einen gewissen Abschluß erreichte dieses Vorgehen 1938 mit der Entlassung des Reichswehrministers von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch. Hitler übernahm jetzt auch den unmittelbaren Oberbefehl.
Die Verquickung der Interessen der Wehrmacht mit denen der NSDAP wurde in gemeinsamen Veranstaltungen demonstriert, etwa beim Heldengedenktag am 17. März 1935, kurz vor Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht. Dazu ein Zeitungsbericht:
»Feldgraue Stahlhelmer, hellgrüne Landespolizei, die blaugrauen Uniformen der Fliegerortsgruppe, Arbeitsdienst, braune SA und PO, NSKK und Hitlerjugend, schwarze SS, die bunten Mützen der alten Soldaten vom Kyffhäuserbund und die blitzenden Helme der Offiziere der alten Armee überstrahlen farbenfroh das schlichte Grau und das feierliche







(G 12–14) Wochensprüche der NSDAP, herausgegeben von der Gau- bzw. Reichspropagandaleitung der Partei (1939–1941).

Schwarz des Zivils; Kriegsmütter, Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte der NSDAP nehmen die Ehrenplätze vor dem Podium ein, NS-Frauenschaft und BDM füllen die Seitentribünen. Aus dem Hintergrunde grüßen Schwarz-Weiß-Rot- und Hakenkreuzbanner, groß und leuchtend die Farben des Reichs.«
Natürlich fehlte unter den Rednern auch die Partei nicht; dieses Mal hielt der Kreisleiter und Oberbürgermeister Budde die Ansprache. Den militärischen Part übernahm der Bielefelder Standortälteste, Abteilungskommandeur Major Joesten.

(G 9) Bekanntmachung aus dem Amt Brackwede über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (18. 3. 1935).
(G 11) Wehrmacht auf dem Kesselbrink, vermutlich anläßlich einer Sammlung für das Winterhilfswerk.
(G 15) Wochenspruch der NSDAP, 1939.

43. Der Führerkult

Unzählige Male hat sich Hitler in der Pose des Staatsmannes und Helden abbilden lassen. Um seinen Geburtstag wurde ein Kult getrieben, der an die höchsten kirchlichen Feiertage erinnerte. Die ganze Hybris des Kultes wird in dem – Mussolini abgesehen und auch als Wochenspruch der NSDAP veröffentlichten – Wort deutlich »Der Führer hat immer recht«.
Ein Beispiel für einen Zeitungstext zum Hitler-Geburtstag sei hier wiedergegeben (1934):
»Ein trotz aller militärischen Erfolge und nationalen Großtaten schließlich doch verlorener Krieg von viereinhalbjähriger Dauer mußte ein Volk wie das deutsche an den Rand des Abgrundes führen, bis ein starker Führer erstand, es wieder auf den vorwärtsführenden Weg seiner geschichtlichen Bestimmung zurückzureißen. Dieser Führer ist Adolf Hitler, dessen

(G 16) Ausdruck des Führerkultes waren die unzähligen Plakate, Bilder und Büsten, in denen Hitler sich darstellen ließ.


Ein Volk, ein Reich, ein Führer!

45. Geburtstag das deutsche Volk heute in Dankbarkeit begeht . . .
Nicht die stahlharte Faust, mit der er die Zügel hält, nicht der Glanz, der seinen gekrönten oder ungekrönten Stuhl umbrandet; Liebe und Vertrauen des Volkes sind das Fundament heutigen Führertums.«

44. Die Hitlerjugend I

Mit Ausnahme der kirchlichen Jugendgruppen übernahm die Hitlerjugend alle Jugendorganisationen in Deutschland. Die schrittweise Gleichschaltung wurde mit dem »Gesetz über die Hitlerjugend« vom 1. Dezember 1936 abgeschlossen. Dessen § 1 lautete: »Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt«. Der HJ wurden neben dem Elternhaus und der Schule entscheidende Erziehungsaufgaben übertragen, »körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft« (§ 2). Das Parteiamt des Reichsjugendführers der NSDAP wurde als »Jugendführer des Deutschen Reiches« eine Oberste Reichsbehörde.
Jeder Junge und jedes Mädchen wurde damit, sobald das 10. Lebensjahr erreicht war, Mitglied in der halb staatlichen, halb zur NSDAP gehörenden Hitlerjugend, automatisch, ohne die Möglichkeit, sich für oder gegen die Beteiligung zu entscheiden.
Zur Hitlerjugend gehörten vier Gruppen:

HJ Hitlerjugend Jungen von 14 bis 18 Jahren	DJ Deutsches Jungvolk in der Hitlerjugend (Pimpfe) Jungen von 10 bis 14 Jahren
BDM Bund Deutscher Mädel Mädchen von 14 bis 21 Jahren	JM Jungmädel in der HJ Mädchen von 10 bis 14 Jahren



(G 19) Eine Gruppe von Pimpfen der Hitlerjugend ist angetreten. Nicht alle tragen eine vollständige Uniform.



(G 17) Ein Hitlerjunge, angetreten am Tag der Hitlerjugend 1933.

(G 18) BDM-Mädchen. Am Revers und am Ärmel ist das amtliche Emblem der Hitlerjugend zu erkennen.

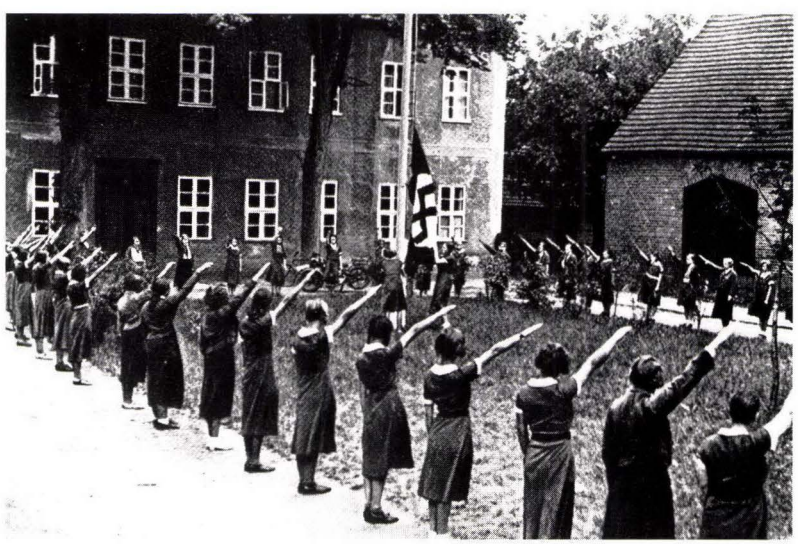


Am 17. November 1933 fand in Bielefeld ein Tag der Hitlerjugend statt, der im Dienst des Winterhilfswerks stand. In und an den Schulen wurden Nagelbretter mit dem HJ-Emblem aufgestellt. Spendenwillige Bürger konnten hier gegen ein Entgeld einen Nagel einschlagen, bis die Bretter mit Nägeln voll bestückt waren. In einer Ansprache des Oberbannführers Gert Breipohl im Gymnasium vernahmen die Schüler, es sei das Verdienst der HJ, »daß der Jungprolet und der höhere Schüler heute Hand in Hand gehe«. Die Untergauführerin des BDM hob die »Opfer« der HJ

(G 20) Eine Gruppe des Bundes Deutscher Mädel – BDM – in der Hitlerjugend.



hervor; die Frauen hätten hierbei nicht zurückgestanden – was immer sie unter »Opfern« verstanden haben mag.
Nach zeitgenössischen Aufzeichnungen war die Bielefelder Hitlerjugend vom Typ des Jungarbeiters geprägt. Beklagt wurde, daß sich die höheren Schüler zurückhielten und im Sommer vorzögen, mit ihren Eltern zu verreisen, statt mit der HJ ins Lager zu ziehen. Schwierigkeiten gab es mit Bielefelder Firmen, die längst nicht immer bereit waren, ihre in der HJ organisierten Jugendlichen dauernd zu irgendwelchen Appellen und Veranstalungen freizugeben.
Auch nach dem »Gesetz über die Hitlerjugend« entzogen sich viele dem Dienst. 1938 wurde beklagt, daß längst nicht alle Jungen in der HJ tätig wären.



(G 21) Fahnenhissen in einem BDM-Heim.

(G 25) Beilage der »Westfälischen Neuesten Nachrichten« vom 11. 7. 1936.

Stürmende Jugend

Amtliches Nachrichtenblatt der HitlerJugend Gebiet Westfalen

Das Ziel: Die Gesamtleistung der Gemeinschaft

Die Untergausportfeste des Bundes Deutscher Mädel

Seit Beginn der Sportarbeit des Bundes Deutscher Mädel im Jahre 1933 haben in jedem Jahre Sportfeste stattgefunden. 1934 wurden sie noch von den Gauen durchgeführt und warben als Massenveranstaltungen für die körperliche Ertüchtigung des Bundes Deutscher Mädel überhaupt. Denn noch war dem Außenstehenden der Gedanke neu und ungewohnt, daß jedes Mädel, ob Großstädterin oder Landmädel, ob Schülerin oder Fabrikarbeiterin, sich sportlich betätigen sollte. Den sichtbaren Erfolg der sportlichen Schulung im BDM. stellten die Untergausportfeste 1935 dar. Es zeigte sich bei ihnen, daß über eine halbe Million deutscher Mädel die zur körperlichen Gewandtheit und Leistungsfähigkeit notwendige sportliche Grundlage nunmehr beherrschten. Darüber hinaus hatte jedes Mädel begriffen, daß gemeinsame Leistungen nur möglich sind, bei unbedingter Einordnung und Disziplin jeder einzelnen, daß es

nicht auf einmalige Einzelleistungen ankommt, sondern auf die Gesamtheit und die Gesamtleistung der Gemeinschaft.

In diesen Tagen setzen nun in allen Gauen wieder die Untergausportfeste des Bundes Deutscher Mädel ein. Etwa tausend Mädel nehmen in jedem Untergau an dem Sportfest teil, das nach



BDM.-Leistungsabzeichen

reichseinheitlichen Richtlinien von den einzelnen Untergauen selbständig gestaltet wird. Entsprechend dem fortgeschrittenen Können der Mädel sind die Anforderungen in diesem Jahre größere als im Vorjahre. Es kommt weniger auf Kraftleistung an, als auf die

sichere Beherrschung des ganzen Körpers, auf Gewandtheit und auf Geschicklichkeit.

Nach diesen Grundsätzen wurden auch die einzelnen Uebungen ausgewählt. Die Körperschule wird in diesem Jahre nicht wie sonst nach Kommandos, sondern nach Musik ausgeführt. Diese Musik wurde eigens für die Sportfeste des Bundes Deutscher Mädel von Blumensaat geschaffen und auf Schallplatten übertragen. Jeder Untergau erhält drei Schallplatten, nach denen die Körperschule ausgeführt ist.

Der Schulung zur Geschicklichkeit dient das Bodenturnen. Von der Rolle zum Bockspringen, von der Wackelschlange zum Handstand wird hier von den Jungmädeln eine große Anzahl von Geschicklichkeitsübungen herausgestellt, die eine gute Durchschnittsleistung der Gemeinschaft zeigen. Neben diesen einfachen Bodenturnen der Jungmädel können auch schwierigere Bodenübungen von einer auserwählten Gruppe von BDM.-Mädeln gezeigt werden. Doch wird auch hierbei Wert darauf gelegt, nicht akrobatisches Einzelkönnen herauszustellen, sondern die hohe Leistung aller zu zeigen.

Der Wille zum Wettkampf, der in jedem jungen Menschen liegt, kommt beim Mehrkampf der Ringe und Gruppen zum Ausdruck. Der BDM. führt eine Anzahl von leichtathletischen



Wir empfinden es als eine Pflicht, uns körperlich zu ertüchtigen und gesund zu leben

Wettkämpfen durch: Schlagballwurf, Hindernislauf, Weitsprung, Zielwerfen und Staffellauf. Die Jungmädel kämpfen ihres Alters und ihrer Form entsprechend in Form eines lustigen Staffellaufes mit Hindernissen.

Ein Volkstanz, ausgeführt von je 500 Mädeln, bildet den Abschluß des Festes. Hier zeigen die Mädel ihre Freude an natürlicher beherrschter Bewegung und an echter, volkstümlicher Musik, die in unseren alten Bauerntänzen noch am reinsten erhalten ist. Den festlichen Rahmen geben Lieder und ein chorisches Spiel von Wolfram Brockmeier. In ihm zeigt sich nochmals der Sinn des Mädelsports, so wie ihn das Mädel des nationalsozialistischen Deutschlands erfaßt und gestalten will. Körper, Seele und Geist bilden eine Einheit, die es zu stärken und rein zu halten gilt. Denn wir leben ja nicht nur unser Eigenleben — darüber hinaus tragen wir in uns die Verpflichtung, ein starkes Deutschland der Zukunft mitzugestalten.

S. H.

Vorbildliche Gesundheitsführung

Tagung der HJ.-Aerzteschaft des Gebietes Westfalen

Etwa 100 Aerzte, Aerztinnen, Zahnärzte und Apotheker der Hitler-Jugend fanden sich zu einer Arbeitstagung im Landeshaus in Münster ein, um die gesundheitlichen Aufgaben während der Sommerarbeit herauszustellen.

Einleitend betonte der Gebietsarzt, Pg. Dr. Schwarze, die Wichtigkeit einer einwandfreien gesundheitlichen Sicherung der Zeltlager und Fahrten. Die Vorbereitungen dazu seien von den verantwortlichen Führern und Aerzten gewissenhaft getroffen worden, so daß die Eltern ihre Jungen und Mädel unbesorgt in die Lager schicken könnten.

Der stellvertretende Gauamtsleiter des Amtes für Volksgesundheit im Gau Westfalen-Nord, Pg. Dr. Peter, führte kurz zusammengefaßt etwa aus: Es ist besonders wichtig, das blutsmäßig edle und wertvolle Erbe in unserem Volk zu erhalten und den erbgesunden Teil der Bevölkerung zu fördern. Unter besonderer Berücksichtigung der erbgesunden, kinderreichen Familien muß diese Auslese bereits in der Hitler-Jugend erfolgen. Das Amt für Volksgesundheit wird die Aerzteschaft der Hitler-Jugend bei diesen wichtigen Aufgaben nach besten Kräften unterstützen.

Der Gruppenarzt der SA.-Gruppe Westfalen, Sanitäts-Obersührer Pg. Dr. Winter, versprach durch Abstellung ausgesuchter, besonders qualifizierter SA.-Aerzte die gesundheitliche Betreuung der HJ. namentlich in den Provinzteilen mit sichern zu helfen, in denen die Zahl der HJ.-Aerzte verhältnismäßig gering ist.

Der Vertreter des Reichsarztes der HJ., Pg. Dr. Rehse, unterstrich die erzieherische Aufgabe der HJ.-Aerzte, die besonders auf dem Gebiet der Erb- und Rassenpflege die Schulung in der HJ. übernehmen müßten. — Die vorbildliche Einrichtung der Gesundheitsführung in der HJ. habe bei den Vertretern ausländischer Staaten jedesmal begeisterte Zustimmung gefunden.

Der Gebietszahnarzt sprach anschließend eingehend über die zahnärztliche Betreuung in der HJ.

Zum Abschluß der Vormittagstagung stellte der Gebietsarzt die Notwendigkeit heraus, die „Konjunkturritter" von der Gesundheitsführung mit aller Schärfe aus der Aerzteschaft zu entfernen. Der HJ.-Arzt müsse sich eindeutig zur Weltanschauung des Nationalsozialismus bekennen, namentlich die Begriffe Blut und Ehre müßten eine wesentliche Rolle bei seiner Arbeit bedeuten.

Zu Beginn der Nachmittagstagung sprach der Vertreter des Reichszahnärzteführers, Pg. Dr. Schäfer, über die Bedeutung der zahnärztlichen Jugendbetreuung. Fast 1 Prozent aller Gemusterten seien wegen ihrer schlechten Zähne untauglich. Dieser Uebelstand sei zu vermeiden durch eine zeitig einsetzende Untersuchung und Behandlung bei der Jugend. Hierdurch werde die Wehrfähigkeit des Volkes erheblich gesteigert. Pg. Dr. Schäfer erwähnte in diesem Zusammenhang besonders die ausgezeichnete zahnärztliche Organisation des Gebietes Westfalen.

Sportfest des Untergaues 158

Am morgigen Sonntag findet in Bielefeld das Sportfest des Untergaues 158 statt. Schon einmal hatte in diesem Jahre der Untergau zu seinem großen Sporttreffen aufgerufen. Leider fiel die sportliche Veranstaltung dem Regen zum Opfer.

Morgen werden nun wiederum die Einheiten des Untergaues nach Bielefeld kommen, um das diesjährige Sportfest durchzuführen. Die vielen tausend Mädel werden wieder in unsere Stadt einen und ihre Einsatzbereitschaft unter Beweis stellen. Das Sportfest auf Königsbrügge beginnt um 15 Uhr mit dem Einmarsch der hundert Wimpel des BDM. Nach der Begrüßung durch die Untergauführerin wird Oberbürgermeister Gauinspekteur Pg. Rudde das Wort ergreifen. Anschließend beginnen dann in folgender Reihenfolge die sportlichen Veranstaltungen: Körperschule, Bodenturnen der Jungmädel, Singtänze der Jungmädel, Bodenturnen der BDM.-Mädel, Mannschaftskampf der JM., Mannschaftskampf der BDM.-Mädel. Es folgt dann der große Volkstanz des Bundes Deutscher Mädel, an dem 256 Mädel teilnehmen.

Die Vorbereitungen sind sorgfältigst durchgeführt. Es ist selbstverständlich, daß die Bevölkerung unserer Stadt, vor allem die Elternschaft der nationalsozialistischen Jugend, durch regen Besuch der Veranstaltung ihre Verbundenheit mit der Jugend zum Ausdruck bringt.

Aufruf des Kreisleiters

Als am Sonntag, dem 14. Juni 1936, ungefähr 5000 Mädel in frohmendem Regen zum Sportplatz Königsbrügge marschierten, da boten diese jungen Mädelgruppen ein beredtes Beispiel dafür, daß der Untergau 158 des BDM. auf dem Gebiete der körperlichen und sportlichen Ertüchtigung weit voran ist.

Wenn dann die Veranstaltung mit Rücksicht auf die Gesundheit der Mädel trotzdem abgeblasen werden mußte, so war das für die Führung ein schwerer Entschluß, der nur dadurch erleichtert wurde, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist.

Und so treten denn diese Mädel am morgigen Sonntag wieder an, um uns allen einen Einblick in ihr Wollen und Wirken zu geben. Wir sind daher mit Recht stolz auf diese Jugend. Sie bietet uns die Gewähr, daß das, was wir erkämpften, erhalten und Deutschland ewig in ihr leben wird.

Heil Hitler!

Himmerich, Kreisleiter.

Aufruf der Untergauführerin

Der Reichsjugendführer hat wiederum den Bund Deutscher Mädel zu großen Sportveranstaltungen aufgerufen.

Eine Million deutscher Mädel werden auf den Sportfesten unserer Gemeinschaft ein machtvolles Bekenntnis zur körperlichen Ertüchtigung ablegen.

Sport der Gemeinschaft, nicht Sport einzelner, das ist der tiefste Sinn unserer Untergausportfeste.

Das Sportfest unseres Untergaues findet nunmehr am 12. Juli statt. Wenn auch unser erster Sportag verregnete, so sind wir doch nicht untätig gewesen. Der morgige Tag wird beweisen, daß im Bund Deutscher Mädel ganze Arbeit geleistet wird.

So rufe ich denn euch, Mädel des Untergaues und des Jungmädeluntergaues, auf, kommt zu unserem großen Sportfest nach Bielefeld.

Eintausend Mädel unseres Untergaues werden auf der Kampfbahn Königsbrügge einen Einblick in unsere sportliche Arbeit geben. Tausende von Eltern und Kameradinnen werden das Sportfest umjubeln.

Heil Hitler!

Die Führerin des Untergaues 158

Käthe Schoneweg, Untergauführerin.



Körperkultur ist nicht nur eine Forderung vom Standpunkt des einzelnen, sondern auch von dem der Gemeinschaft — — —

Der BDM hatte ähnliche Schwierigkeiten mit den höheren Schülerinnen. Das Hauptkontingent wurde von Mädchen aus der Arbeiterschaft und aus dem mittleren Bürgertum gestellt. Die Mädchen zwischen dem 17. und 21. Lebensjahr gehörten dem BDM-Werk »Glaube und Schönheit« an. Hier sollten sie auf ihre künftige Aufgabe entsprechend dem Leitbild des Nationalsozialismus als Frau und Mutter vorbereitet werden.

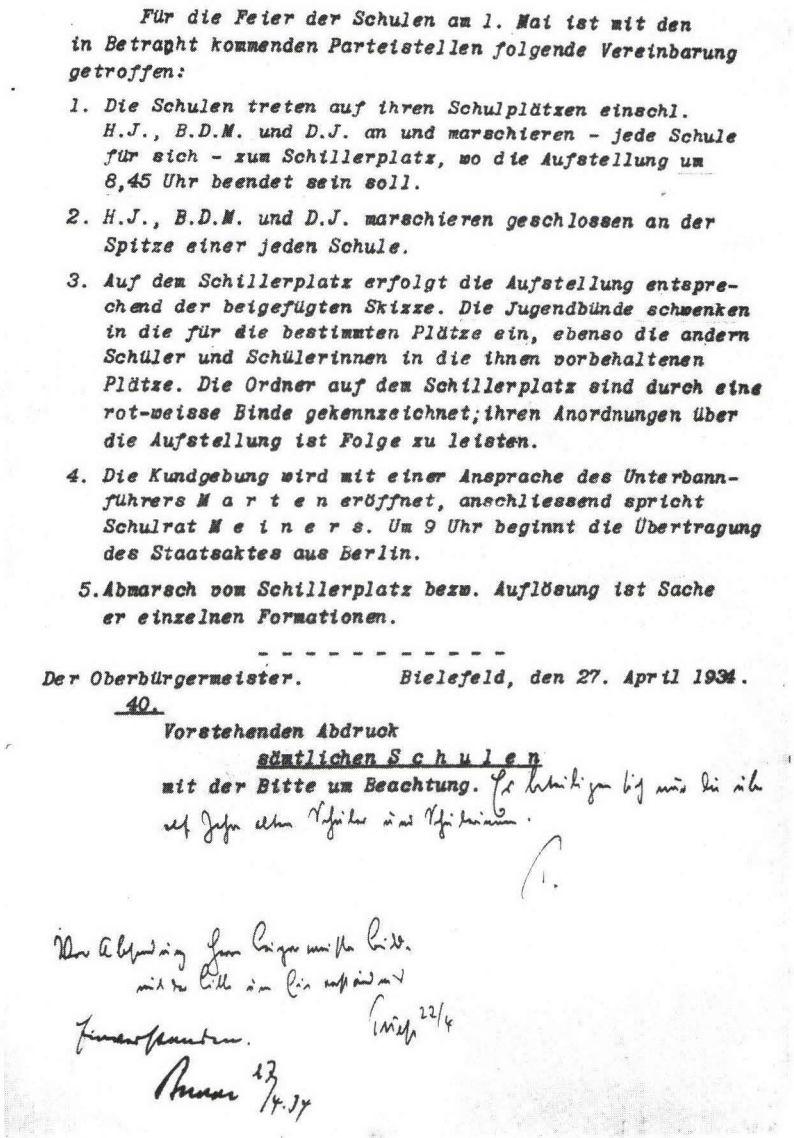
(G 22) Ein als Hitlerjunge ausstaffierter Schulanfänger zusammen mit Klassenkameraden.
(G 23) Veröffentlichung des Gesetzes über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936 im Reichsgesetzblatt.
(G 24) Beilage der Westfälischen Neuesten Nachrichten: »Hier spricht die Hitler-Jugend« (30. 10. 1937).

45. Die Hitlerjugend II

»So durch die Straßen der Stadt marschieren zum dumpfen Klang der großen Landsknechtstrommel, stolz voran der kleine Trommler; so aus heller Kehle sein Lied singen; mit diesen blanken Augen dem Leben entgegenstürmen; so unbeschwert von allen Rätseln und Wundern des Lebens – das kann auch die Jugend nur, solange sie Pimpf ist« (Zitat aus einer zeitgenössischen Chronik).
Mit den Schulen gab es wegen des häufigen Dienstes bei besonderen Veranstaltungen Probleme. Man brauchte die Jugendlichen zum Spalierstehen und Fähnchenschwenken, wenn hoher Besuch anstand oder eines der NS-Feste gefeiert wurde. Dann griff der Oberbürgermeister in den Schulunterricht ein. In der Verfügung für die Maifeier 1934, zu wel-



(G 28) Tag der Hitlerjugend 1933, hier am Stadttheater.



Für die Feier der Schulen am 1. Mai ist mit den in Betracht kommenden Parteistellen folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Schulen treten auf ihren Schulplätzen einschl. H.J., B.D.M. und D.J. an und marschieren - jede Schule für sich - zum Schillerplatz, wo die Aufstellung um 8,45 Uhr beendet sein soll.
2. H.J., B.D.M. und D.J. marschieren geschlossen an der Spitze einer jeden Schule.
3. Auf dem Schillerplatz erfolgt die Aufstellung entsprechend der beigefügten Skizze. Die Jugendbünde schwenken in die für die bestimmten Plätze ein, ebenso die andern Schüler und Schülerinnen in die ihnen vorbehaltenen Plätze. Die Ordner auf dem Schillerplatz sind durch eine rot-weisse Binde gekennzeichnet; ihren Anordnungen über die Aufstellung ist Folge zu leisten.
4. Die Kundgebung wird mit einer Ansprache des Unterbannführers M a r t e n eröffnet, anschliessend spricht Schulrat M e i n e r s. Um 9 Uhr beginnt die Übertragung des Staatsaktes aus Berlin.
5. Abmarsch vom Schillerplatz bezw. Auflösung ist Sache der einzelnen Formationen.

- - - - - - - - - - - -

Der Oberbürgermeister. Bielefeld, den 27. April 1934.

40.

Vorstehenden Abdruck

sämtlichen S c h u l e n

mit der Bitte um Beachtung.

Vor Absendung Herrn Bürgermeister Budde mit der Bitte um Einverständnis.

Einverstanden. 22/4

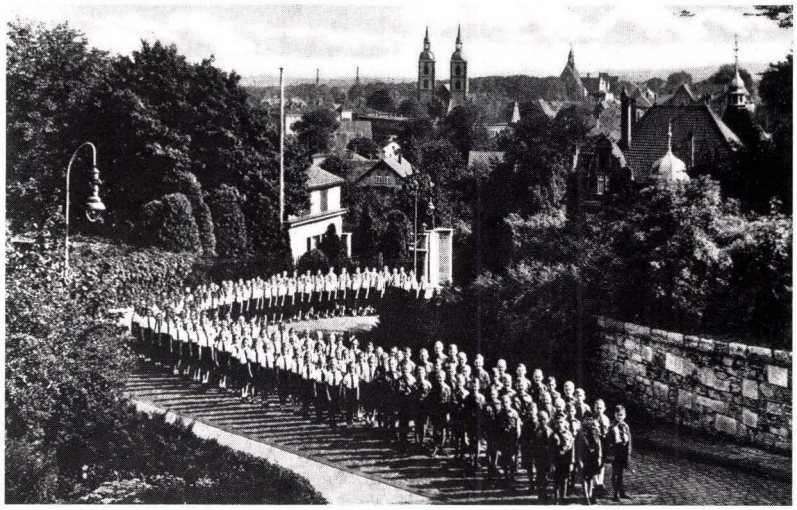
13/4.34

(G 26) Verfügung des Oberbürgermeisters Dr. Prieß wegen der Teilnahme von Schülern an den Feiern zum 1. Mai 1934; mit Einverständniserklärung des NSDAP-Bürgermeisters Budde.

cher die Schüler auf den Schillerplatz abkommandiert wurden, findet sich am Schluß der Vermerk »Vor Absendung Herrn Bürgermeister Budde mit der Bitte um Einverständnis«. Der NSDAP-Bürgermeister, der sein »Einverstanden« erklärte, wurde hier gleichsam als Kontrollinstanz über den Oberbürgermeister tätig.

Im Schuljahr 1939/40 verlangte die BDM-Führung in Bielefeld, den Montag von jedem Schulunterricht freizuhalten und alle Turnhallen für den BDM zur Verfügung zu stellen. Mittwochs nachmittags sollten keine Schulaufgaben gegeben werden, damit für die Heimnachmittage Zeit

(G 29) Der Bielefelder Kinderchor. Er wurde im Oktober 1937 geschlossen in die HJ überführt.



wäre. Die Schulnotwendigkeiten »hemmen unseren Dienstbetrieb«, so schrieb ungeniert die Untergauführerin des BDM an den Bürgermeister, und der beeilte sich, den Kreisschulrat um Erlaubnis zu fragen.

(G 27) Verfügung des Oberbürgermeisters über die Spalierbildung von Schülern zum Besuch des Reichsjugendführers Baldur von Schirach (Oktober 1934).
(G 30) Schreiben der Untergauführerin des BDM an den Bürgermeister um Befreiung vom Schulunterricht für BDM-Mädchen und um Erlaß von Schulaufgaben (Januar 1939).

46. Die Frau

Vor 1933 hat die Frau in den Gliederungen der NSDAP keine nennenswerte Rolle gespielt. Zu einseitig war die Hitlerbewegung auf »Kampf« ausgerichtet. Fast jedes Parteimitglied war zugleich in der SA oder SS organisiert. Dem Parteivorstand durften Frauen satzungsgemäß nicht angehören.
Als Wählerin hingegen war die Frau für Hitler wichtig. Deshalb mußte sich die Propaganda auch an sie wenden und Werbemittel produzieren, mit denen speziell Frauen angesprochen werden konnten. Kennzeichnend hierfür ist ein Plakat vom Ende der Weimarer Zeit, auf dem die Frau als der ruhig-überlegene Pol in der Familie erscheint, während der Mann, verzweifelt über das Los der Arbeitslosigkeit, gramgebeugt am Tisch sitzt und die Hände ringt.
Im krassen Gegensatz dazu steht die Zeichnung des Wochenspruchs aus dem Juli 1939. Die Bildanordnung kehrt fast unverändert wieder, nur daß jetzt dem Mann die Rolle des Führenden, des Helden zugewiesen wird, während die Frau, umgeben von der Schar ihrer Kinder, liebevoll, ja ehrfürchtig zu ihm aufblickt.



(G 31) Hitler brauchte die Frauen als Wählerinnen, daher der Appell auf einem Plakat vom Ende der Weimarer Republik. In der NS-Ideologie hingegen war die Frau politisch unmündig.

(G 32) Im Wochenspruch von 1939 hat sich das Motiv verkehrt: Hier ist der Mann der kämpferische Held, die Frau blickt zu ihm auf.



Das Leitbild der NSDAP für die Aufgabe der Frau war das der Hausfrau und Mutter. Berufstätigkeit, verbunden womöglich mit dem Streben nach Gleichberechtigung und Emanzipation, wurde kritisiert oder ganz abgelehnt. Hier trafen sich die Vorstellungen der Nationalsozialisten mit den Wünschen von konservativen Sozialpolitikern, die den Abbau der Frauenarbeit als einen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verstanden. Nur in »typisch weiblichen« Berufen wie dem der Näherin oder der Krankenschwester erkannte man weibliche Berufstätigkeit an.

Wir Frauen helfen mit!

SONDERBEILAGE DER WESTFÄLISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN

Die Mission der deutschen Frau

Von Frau Scholtz-Klink, Reichsführerin der NS Frauenschaft

Die nationalsozialistische Bewegung hat 14 Jahre um das deutsche Volk gekämpft aus der Erkenntnis heraus, daß die Weltanschauung, die man diesem Volke von einer bestimmten Seite aus aufzwingen wollte, in ihrer Konsequenz zum Tode dieses Volkes führen mußte.

Sie hat sich aber nicht allein mit der Erkenntnis dieser Tatsache begnügt, sondern aus der Erkenntnis des Verderbens jener Weltanschauung wurde das ganz spontane Bekenntnis zur Kraft und Wahrhaftigkeit – und damit zur Idee des Nationalsozialismus.

Was wir heute in Deutschland tun, ist nichts anderes, als daß wir durch unsere Arbeit um den deutschen Menschen ringen, um in ihm wieder das Bewußtsein seines ursprünglichen Wesens zu erwecken.

In seinem Kampf um Deutschland hat sich der Führer letzten Endes ausschließlich an die Seele und das Herz des deutschen Menschen gewandt und in einem Glauben obsiegelchen sollte ihm sein Volk, weil es wußte,

daß für die Erhaltung des deutschen Bodens und der deutschen Existenz in der ganzen Welt der Nationalsozialismus die allein seligmachende politische Grundlage ist.

Wir sind der Auffassung, daß des Menschen letzter Sinn nicht auf dieser Erde beschlossen ist. Aber ungeachtet dieser Erkenntnis wissen wir, daß ein Mensch auf dieser Erde nicht leben kann, ohne daß ihm ein Ziel dieser Erdenwandlung gegeben wird.

Deshalb haben wir es uns zum Ziel gesetzt, den Menschen klar zu machen, warum wir auf dieser Erde, unbeschadet des himmlischen Heimatrechtes wichtige Aufgaben zu lösen und als gottgebundene Menschen auch auf dieser Erde einen göttlichen Willen zu leben und zu erfüllen haben.

Erst wenn wir den Menschen dort haben, daß er Gott als den Urquell alles Seins im Leben wieder fühlt, in sich selbst und an der deutschen Erde, dem Acker, an seinen Händen, die ein Werk gestalten, dann weiß er, auch auf dem Gebiet des religiösen Zwiespaltes unseres Volkes, daß

wesentlicher als Formgebung der Inhalt ist, der allen Formen von Anfang an ihren Sinn überhaupt erst verlieh.

Wir wissen, daß der Kampf auf allen Gebieten deutschen Lebens ein schwerer ist und immer sein wird; wenn aber Männer und Frauen in diesem Kampf gemeinsam ihr Bestes geben, wird er zum Ziel führen. Deshalb ist auch die Arbeit der nationalsozialistischen Frauen nichts anderes als die geschlossene Willenskundgebung ihren Teil an diesem Werke zu erfüllen.

Dabei ist es gar nicht wichtig, an welchem Platze wir nun gerade stehen mögen – sei es in der Familie oder sei es im Beruf oder an der Maschine oder in der Erziehungsgemeinschaft des Arbeitsdienstes oder in der Lehr- und Forschungsgemeinschaft einer hohen Schule – entscheidend ist einzig das Maß und die Weise der Kraft, die wir in die Waagschale zu werfen haben, und das Zutrauen, das wir zu unserer Kraft zu fassen vermögen! Und so – wissend, daß wir immer zuerst Frauen und Mütter unseres Volkes sind, wird sich in unserem Beruf und in der gesamten Arbeit unser Frauentum zum Segen der Nation auswirken.



Wir schenken Deutschland Kinder!

Von Eva Kriner-Fischer

Ueberall wäre die Frau — wenn auch oft schwer — zu ersetzen. Aber daß sie ihrem Volke seine Kinder schenkt, das stellt sie auf einen der verantwortungsvollsten und unentbehrlichsten Posten im Kampfe um das Fortbestehen und die Größe ihres Volkes.

Denn ein Kampf ist es, den die Frau als Mutter und Erzieherin des kommenden Geschlechts in der Stille ihres Hauses auszukämpfen hat, und letzten Endes hängt von ihrem Sieg oder ihrer Niederlage ab, wie sich die Zukunft ihres Volkes gestaltet.

Zweifach ist die Aufgabe, die der Frau als der Mutter des neuen Geschlechts gestellt ist; zweifach der Kampf, den sie zu führen hat. Der erste geht um die Gesundheit ihres Volkes, um seine Kraft. Unerbittlich gegen sich selbst, ernst und unbestechlich hat schon das Mädchen sich zu prüfen, ob sie auf Grund ihres Erbgutes zur Mutterschaft berufen ist, ob sie in sich ein Familienerbe trägt, das weiterzugeben im Interesse ihres Volkes liegt. Und wenn sie das bejahen kann, besteht für sie die Pflicht, nur die Ehe einzugehen, aus der sie sich mit Fug Kinder erhoffen kann, die an Leib und Seele gesund sind. Nicht darum darf es gehen, daß sie sich ein leichtes Leben schafft; nicht darauf darf sie schauen, daß der Mann eine gesicherte Stellung, ein auskömmliches Einkommen hat.

Von den vielen tausend einzelnen Familien, die es zusammensetzen, hängen Größe und Weltgeltung eines jeden Volkes ab, und so ist es nicht nur Staatsnotwendigkeit, daß ausschließlich gesunde Ehen geschlossen werden, sondern über Sein oder Nichtsein von Volk und Staat entscheidet die Zahl der in diesen Ehen geborenen Kinder. In unendlicher Vielfältigkeit baut sich das Wirtschafts- und Kulturleben eines Volkes, wie es das unsere ist, auf. Kein Beruf, kein Stand dürfte, ohne unermeßlichen Schaden für das Ganze, in seiner Leistung nachlassen.

Daß wir reich waren, an tüchtigen, arbeitsfrohen Menschen — das hat Deutschland groß gemacht, auf allen Gebieten, und nichts ist am Vertrag von Versailles für unser Volk von nur annähernd so furchtbarer Bedeutung gewesen, als die Tatsache, daß dieser Vertrag indirekt die Ursache wurde, daß etwa 10 Millionen Kinder in Deutschland, in den diesem „Frieden" folgenden Jahren nicht geboren wurden.

Aber nicht die Schmerzen, die sie zu leiden hat, nicht die Mühe und Arbeit, die sie zu tragen hat, nicht die Opfer, die sie zu bringen hat, und die Sorgen, die sie durchzumachen hat, sind das Wesentliche des Kampfes, den jede Mutter zu bestehen hat. Den schwersten Kampf wird sie, soll sie eine wahre Mutter der Nation werden, auszukämpfen haben, um ihre Kinder zu wertvollen Gliedern ihres Volkes heranzuziehen. Jahrein, jahraus, Tag für Tag heißt es für sie, wach zu sein in der Sorge um das körperliche Wohl ihrer Kinder in der Fürsorge für ihre sich entfaltenden Seelen. Denn hundertfältig sind die Gefahren, die dem gesund geborenen Körper des Kindes drohen, und hundertfältig die Möglichkeiten, daß Geist und Seele des Kindes Schaden nehmen.

Keimhaft und unentwickelt liegen im Kinde die Anlagen als Möglichkeiten. Letzten Endes läuft jede Erziehung heraus auf ein kluges Fördern und Stützen des Wertvollen und ein unermüdliches Hemmen und Unterdrücken des Wertlosen. Um aber auf einen Wert hin ihre Kinder erziehen zu können, muß sie selbst in sich einen Wertmaßstab tragen, der sie Wertvolles und Wertloses unterscheiden läßt, muß sie erst selbst sich erzogen haben zu einem Vorbild für ihre Kinder, dem diese nachstreben können!

Drei Frauen, riesengroß, spannen dem alten Deutschen am Schicksalsladen des einzelnen, des Geschlechts. Heute ist die Sorge von einst bewußte Wirklichkeit geworden: Tausende von Müttern, jede einzelne klein, bedeutungslos, unbekannt, sie weben heute am Webstuhl der Zeit — die deutsche Zukunft.





(G 35) Eine Beilage der Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 22. 1. 1936.

(G 36) In »typisch weiblichen« Berufen wie dem der Näherin konnten sich Mädchen ausbilden lassen. Sonst war Frauenarbeit nicht gern gesehen.

Mutterschaft hingegen war der eigentliche Lebenszweck der nationalsozialistisch eingestellten Frau. »Dem Führer ein Kind schenken« war eine geflügelte Redensart. Immer und überall wurde die Frau mit der Schar ihrer Kinder abgebildet, in der Werbung, in der Kunst oder in offiziellen Veröffentlichungen wie einem Buch über die Partei und ihre Gliederungen, wo auf einer Seite Säuglinge in eine Zeitungsseite mit Familienanzeigen einkopiert sind, unter der Überschrift: »Gehe hin und tue desgleichen!«

Frauen mit vier und mehr Kindern erhielten das Mutterkreuz. In einem Zeitungsartikel vom Januar 1936 kann man etwa unter dem Titel »Wir schenken Deutschland Kinder« nachlesen: »Denn ein Kampf ist es, den die Frau als Mutter und Erzieherin des kommenden Geschlechts in der Stille ihres Hauses auszukämpfen hat, und letzten Endes hängt von ihrem Sieg oder ihrer Niederlage ab, wie sich die Zukunft ihres Volkes gestaltet . . . Über Sein oder Nichtsein von Volk und Staat entscheidet die Zahl der in diesen (gemeint ist »gesunden«) Ehen geborenen Kinder.«

(G 37) Frau mit Mutterkreuz.



Trotz der gegenteiligen Propaganda wuchs die Zahl der berufstätigen Frauen an. Je weiter sich die Wirtschaft erholte und je mehr aufgerüstet wurde, desto größer wurde auch der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften. 1938 waren in der Industrie anderthalbmal so viele Frauen beschäftigt wie 1933.

Vollends verkehrte sich die Lage in ihr Gegenteil, als Hitler den Krieg begann. Jetzt mußten die Frauen selbst in der Rüstungsindustrie mitarbeiten, ja die gesamte deutsche Rüstungswirtschaft wäre ohne die Frauen zusammengebrochen. Jetzt konnten auch Zeitungsartikel erscheinen mit Überschriften wie »Die deutsche Frau in die Betriebe«. Auf einer Tagung der NSDAP-Kreisleitung 1940 forderte der Direktor des Arbeitsamtes, Dr. Kuhlo, geradezu dazu auf, die durch die Einberufung entstandenen Lücken durch den Einsatz von Frauen und Mädchen zu schließen. »Es sei eine Ehrenpflicht der deutschen Frau, mit allen

Kräften dabei mitzuhelfen, daß den im Felde stehenden Männern das zur Kriegsführung notwendige Material zur Verfügung gestellt werde.«

(G 33) Wochenspruch der NSDAP »Die Arbeit ehrt die Frau wie den Mann, das Kind aber adelt die Mutter«.
(G 34) Abbildung aus einer NS-Veröffentlichung, in der dazu aufgefordert wird, Kinder in die Welt zu setzen.
(G 38) Artikel aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten: »Die deutsche Frau in die Betriebe!« (April 1940).

H. Bielefeld im Zweiten Weltkrieg

47. Sieg und Niederlage

Im Rückblick erscheint die Hitlersche Politik von Anfang an als eine konsequente Hinführung zum Krieg. Sie begann mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, setzte sich fort in der Besetzung des Rheinlands entgegen dem Versailler Vertrag, führte über den Einmarsch nach Österreich, die Annexion des Sudetenlandes und die Zerschlagung der Tschechoslowakei bis hin zum Überfall auf Polen am 1. September 1939.

Trotzdem erlebte die Bevölkerung den Kriegsbeginn ganz anders als 1914. Hatte man damals daran geglaubt, daß Deutschland bitteres Unrecht geschehen sei, und war deshalb die Mobilmachung mit Begeisterung aufgenommen worden, so wollte sich die gleiche Begeisterung 1939 nicht einstellen.

Erst nach dem schnellen Ende des Polenfeldzuges und der über alles Erwarten leichten Niederwerfung Frankreichs wurde die Stimmung mehr und mehr zuversichtlich. Die aus den Feldzügen zurückkehrenden Soldaten halfen, den Glauben an die Überlegenheit Deutschlands zu verbreiten.

Die Wende im Krieg kam mit dem Einmarsch in Rußland. Im Dezember 1941 schon brach der Angriff auf Moskau zusammen. Während die Zeitungen und der Rundfunk die Bevölkerung über den tatsächlichen Kriegsverlauf täuschten, konnten sich doch manche schon ein Bild machen, weil sie Feldpostbriefe ihrer Männer und Söhne erhielten. Fritz St. aus der Wittekindstraße schrieb an seine Eltern und Freunde: ». . . die Kämpfe sind jetzt sehr schwer und wir ununterbrochen im Einsatz . . . Bin fast vier Wochen nicht aus dem Koppelzeug gekommen . . . Unsere Verluste sind groß« (22. 12. 1941). »Bei jeder Ablösung (müssen) wir über Leichen steigen, denn die Russen zu begraben ist unmöglich. Wenn wir unsere eigenen Gefallenen bestatten, müssen wir mit Minen Löcher sprengen, denn es ist hier 80 cm tief gefroren«



(H 7) Wochenspruch der NSDAP vom Dezember 1940.



(H 1) Das Bielefelder Infanterieregiment Nr. 18 rückt aus.

(H 2) Aufschrift auf einem Militärfahrzeug auf dem Klosterplatz vor dem Einmarsch nach Frankreich.



(1. 1. 1942). Fritz St. starb Anfang 1942 bei Iwanowsky in der UdSSR, 19 Jahre alt.
Die Todesanzeigen in den Tageszeitungen häuften sich. Mehr als vier Millionen Soldaten fielen im Zweiten Weltkrieg, davon 3394 aus Bielefeld.

(H 4) Todesanzeigen vom Sommer 1940.
(H 5) Aus den Feldpostbriefen von Fritz St. an Eltern und Freunde (1941/42).
(H 8) Massengrab für deutsche Soldaten auf Kreta (aus: Der 2. Weltkrieg. Gütersloh 1968).



(H 3) Rückkehr der Panzer-Abteilung 65 vom Frankreichfeldzug; Parade auf dem Niederwall (1940).

(H 6) Todesanzeigen aus den Tageszeitungen (1944).

August 1944 327

Mein lieber Mann und guter Vater seiner Kinder und Pflegekinder, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Grenadier

Heinrich Jürgen-Lohmann

ist in treuer Pflichterfüllung im Alter von 37 Jahren am 31. Juli im Osten gefallen.

In stiller Trauer: **Frau Elsbeth Jürgen-Lohmann**, geb. Runge / **Töchter Anneliese und Elsbeth / Pflegekinder Helmut und Peter / sowie alle Anverwandten.**

Bielefeld (Blumenstr. 14), z. Zt. Windheim/Weser Nr. 148, Hillegossen, Lage, Hamburg.

Unsagbar schwer traf uns die Nachricht, daß mein innigstgel. herzensguter Mann, unser glücklicher Vati, einziger Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel, Neffe u. Vetter, Unteroffizier

Karl Kaufmann

Inh. d. Ostmed. u. d. KVK. 2. Kl. m. Schw., im Alter von 33 Jahren im Osten am 10. 8. 1944 den Heldentod gefunden hat.

In tiefer Trauer: **Margarete Kaufmann**, geb. Englisch / **Marie-Luise u. Gisela / Fam. Paul Kaufmann / Fam. Josef Englisch / und alle Angehörigen.**

Bielefeld z. Zt. Brackwede, Elsa Brändström-Str. 2), 28. 8. 1944.

Ein hartes Schicksal entriß uns unseren guten, hoffnungsvollen Sohn, meinen geliebten Mann und Vater seines Sohnes, meinen lieben Bruder, Schwager, Onkel und Neffen, Architekt

Karl Heinz Spillner

Fahnenj.-Feldw., Inh. des E. K. 2, im Alter von 27 Jahren. Er folgte seinem Bruder Erich nach vier Monaten.

In tiefer Trauer: **Karl Spillner u. Frau / Charlotte Spillner**, geb. Schneider / **Anneliese Spillner / nebst Verwandten.**

Bielefeld (Heimweg 6), Kleinkeula, Kiel.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Am 28. Juni 1944 fiel im Osten im Alter von 41 Jahren mein geliebter Mann, der treusorgende Vater unseres Jungen, mein guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Vetter, der Soldat

Hans Hartmann

In tiefem Leid: Hildegard Hartmann, geb Höcker / **Sohn Wolf / und Angehörige.**

Bielefeld (Ditfurthstraße 57), im August 1944.

Nach Gottes heiligem Willen fiel am 3. 8. 1944 an der Ostfront unser herzensguter, einziger Sohn, unser lieber Bruder, Enkel, Neffe und Vetter, der Gefreite

Theodor Wegener

im Alter von 19 Jahren.

In tief. Schmerz: **Theodor Wegener u. Frau Gertrud**, geb. Heinrichs / **Milly Wegener / Christa Wegener.**

Bielefeld (Siegfriedstr. 3), Rubi, **Bochum**, im August 1944.

Feierliches Seelenamt ist am Sonnabend, dem 26. 8. 44 um 8 bzw. 10 Uhr in der St. Jodokuskirche.

In treuer Pflichterfüllung fiel im Osten am 16. 7. unser herzlieber, treuer Sohn, guter Bruder, Schwager, Enkel, Neffe und Vetter, Gefreiter

Günter Vogt

Inh. d. Panzer-Sturmabzeichens im Alter von 20 Jahren.

In tiefem Schmerz: **Friedrich Vogt und Frau Erna**, geb. Springer / **Friedrich Vogt**, z. Zt. Wehrm. **und Frau Hanna**, geb. **Borgers / Rudolf Vogt**, z. Zt. **Wehrm. / und alle Anverwandten.**

Bielefeld, Wellensiek 188.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied im Alter von 41 Jahren am 13. August plötzlich nach kurzer Krankheit in einem Reserve-Lazarett mein geliebter, stets treusorgend. Mann, mein lieber Schwiegersohn, unser guter Schwager und Onkel

Willi Wötzel

Kraftfahrer i. e. Kraftf.-Ers.-Abt.

In tiefer Trauer im Namen aller Angehörigen: **Grete Wötzel**, geb. Lottmann.

Bielefeld (Bleichstr. 3), Düsseldorf Tunis.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. 8., 11.30 von der Kapelle des Sennefriedhofes aus statt. Vorfeier 11.10 Uhr.

Am 6. 6. fand im Westen unser lieber, einziger Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Edmond Bauch

Leutnant und Kompanieführer in einem Grenadier-Regiment, kurz vor seinem 30. Geburtstage, den Heldentod.

In tiefem Schmerz: **Heinrich Bauch und Frau Emma**, geb. Dreyer / **Ingenieur Paul Maack und Frau Hilde**, geb. Bauch / **Frank Maack.**

Bielefeld (Ehlentruper Weg 112). Danzig (Adolf-Hitler-Straße 282.).

Wir erhielten die erschütternde Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, meines am 22. 7. 1944 geborenen Sohnes guter Vater, unser lieber, ältester Sohn, Schwiegersohn, Bruder u. Schwager

Hartwig Ellerbrock

Feldw. i. e. Pz.-Jäg.-Abt.. Inh. d. Ostmed., d. Verw.- u. d. Sturm-Abz. am 15. 7. im Westen schwer verwundet wurde und am gleichen Tage auf einem Hauptverbandsplatz im Alter von 25 Jahren gestorben ist.

In tiefer Trauer im Namen aller Angehörigen: **Käthe Ellerbrock**, geb. Jürging **u. Söhnchen Hartwig.**

Bielefeld, Hameln, den 7. 8. 1944.

Am 13. August wurde mir mein lieber, sonniger Junge, unster stets fröhlicher Bruder, Schwager, Neffe, Onkel u. Vetter der Panzer-Grenadier

Günter Schrader

durch einen tragischen Unglücksfall im blühenden Alter von 17½ Jahren entrissen.

In tiefem Schmerz: **Frau Martha Schrader**, geb. Meuter / **Hermann Schrader**, Ltn. i. e. Geb.-Jäg.-Rgt., **u. Frau / Martha Schrader / und alle Angehörigen.**

Bielefeld, am 16. August 1944.

Beisetzung in Bückeburg.

Die harte Hand des Schicksals nahm uns unseren einzigen, innigstgeliebten, hoffnungsvollen Sohn, meinen guten Enkel, unseren lieben Neffen und Vetter, den Obergefreiten

Wilfred Wilkenhöner

im Alter von 24 Jahren. Er starb am 26. 7. 44 den Heldentod.

In tiefem Schmerz: **Herm. Wilkenhöner u. Frau Klara**, geb. Tiemann, **Lisa Otto / u. alle Anverwandten.**

Bielefeld, Am Lauksberg 10.

Gedenkfeier 20. August 44, 16 Uhr Martinikirche.

Immer in Gedanken bei ihm, traf uns die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn und Schwiegersohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel, Neffe, Vetter, mein innigstgeliebter Verlobter, Obergefr.

Gustav Böckmann

Inh. d. E. K. 2, Kl., d. KVK. 2. Kl. und d. Ostmedaille im Alter von 24 Jahren am 29. 7. im Westen den Heldentod fand.

In stiller Trauer: **Fam. Gustav Böckmann / Elli Beckmann** als **Verlobte.**

Bielefeld, Herforder Str. 162.

Am 10. 8. 44 entschlief im Alter von 38 Jahren an den Folgen seiner schweren Verwundung in einem Lazarett mein über alles geliebter Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, unser lb. Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Vetter

Ignaz Strunz

Uffz. in einem Panzer-Gren.-Regt. Er wurde am 14. 8. 44 auf einem Heldenfriedhof beigesetzt.

In tiefer Trauer: **Helene Strunz**, geb. Willig / **Manfred und Gisela Strunz / und alle Angehörigen.**

Bielefeld, Dorotheenstr. 26 (z. Zt. Totenhausen 92 über Minden).

Nichts konnte uns schwerer treffen als die traurige Nachricht, daß mein geliebter, herzensguter Mann, unser lieber Vater, Schwiegersohn, Bruder, Onkel, Neffe und Vetter, Soldat

August Mönkemöller

im Alter von 45 Jahren am 9. 6. in Italien den Heldentod fand.

In tiefem Schmerz: **Elisabeth Mönkemöller**, geb. Bosse / **Werner Mönkemöller**, z. Zt. Soldat / **Ursula Mönkemöller / und Angehörige.**

Bielefeld, Wittekindstr. 67.

Gedächtnisfeier am 20. 8., 10 Uhr in der Johanniskirche.

Am Freitag, 11. 8., entschlief nach schwerem, kurzem Leiden im Res.-Laz. mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser guter, treusorgender Vater und über alles geliebter Opi, lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, Schütze

Paul Hesse

im Alter von 46 Jahren.

In tiefem Schmerz: **Familien: Hesse / Herrmann / Platen / Herting.**

Bielefeld (Schildescher Str. 87), Barmen, Gelsenkirchen, Ewersbach, Berlin, Mecklenburg und **Krefeld.**

Hart traf uns die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, einziger Sohn, unser fröhlicher Bruder, Schwager, Enkel, Neffe und Vetter, der Gefreite

Horst Schlingmann

bei den harten Kämpfen in Italien am 1. 7. 1944 im Alter von 20 Jahren den Heldentod fand.

In tiefem Schmerz: **Heinr. Schlingmann u. Frau Anna**, geb. Depenbrock / **Lieselotte Schlingmann / Inge Schlingmann / und alle Anverwandten.**

Bielefeld, Friedrichstr. 42.

Gedächtnisfeier am 20. 8. 44 in der Johanniskirche.

Das unerbittliche Schicksal nahm mir am 17. 8. 44 meinen geliebten Mann, meinen lieben Papi, unseren lieben Sohn, Schwiegersohn, Bruder u. Schwager, Gren.

Helmut Wieneke

im Alter von 31 Jahren.

In tiefem Schmerz: **Herta Wieneke**, geb. Homberg **und Töchterchen Karin / Fritz Wieneke und Frau / Bernhard Homberg und Frau / Julius Moshage und Frau**, geb. Wieneke / **Ingeborg Floeren**, geb. Homberg.

Bielefeld, z. Zt. Meller Str. 73.

Beerdigung Montag, 21. 8. 44, 15.30 Uhr Sennefriedhof. Vorfeier 15.10.

Unser geliebter, hoffnungsvoller jüngster Sohn u. guter Bruder, Schwager, Onkel, Enkel, Neffe, mein lieber, treuer Freund, der Uffz. R.O.B.

Helmut Detering

mußte im 21. Lebensjahre bei den schweren Kämpfen im Osten zu früh von uns scheiden.

In tiefem Schmerz: Familie Gustav Detering / Waltraud Krüger als Freundin / und alle Anverwandten.

Bielefeld, Westerfeldstr. 141.

Gedenkfeier den 3. 9. Stiftskirche zu Schildesche.

Hart griff das Schicksal in mein Leben u. nahm mir meinen innigstgeliebten, stets besorgt. Mann, lb. Vater, guten Sohn u. Schwiegersohn, Schwager und Onkel, Feldw.

Fritz Quentmeier

Inh. d. EK 2 u. and. Orden, im Alter von 48 J. Er starb in einem Res.-Laz. an einer schweren Verw. In unsagbarem Schmerz: **Frau Mariechen Quentmeier**, geb. Rohlfs. **Tochter Lilly u. a. Anv.** Bielefeld, Fritz-Reuter-Str. 10. Beisetz. 2. 8., 13.10 Uhr, Sennefriedhof.

Wir erhielten die traur. Nachricht, daß mein lb. Mann, uns. guter Vater, uns. allz. fröhl. Sohn, Schwiegers., Brud., Schwag., Onkel, Neffe u. Vetter, SS-Uschaf. u. Rev.-Oberw. der Schutzpolizei

Adolf Niekamp

im Alter von fast 35 J. im Westen am 1. 7. den Heldentod fand. In still. Trauer: **Alma Niekamp**, geb. Gehauer / **Hannelore u. Günter** a. Kinder / **Fam. Rudolf Nickamp, Fam. Heinr. Gehauer u. a. Angeh.**

Bielefeld, Klarhörststraße 4.

Hart und schwer traf uns die Nachricht, daß mein lieber, herzensguter Mann, der stolze Vater seines Söhnchens, unser lieber und treuer, stets fröhl. Schwiegersohn und Schwager, der Obergefr.

Paul Wulfmeier

im Alter von 34 J. am 7. 6. im Westen den Heldentod fand.

In tiefem Schmerz: **Therese Wulfmeier**, geb. Harting, **und Söhnchen Paul-Heinz nebst allen Anverw.**

Bielefeld, den 1. August 1944. Wellensiek 132

Großes Herzeleid brachte uns die tieftraurige Nachricht, daß unser über alles geliebter Pflegesohn, Neffe u. Vetter der Obgefr.

Werner Dopheide

im Alter von 25 Jahren am 2. 7. 44 nach fünfjähr. Einsatz den Heldentod im Westen fand.

In tiefem Schmerz: **August Dopheide u. alle Angehörigen / Margot Wrenger** als Freundin.

Bielefeld, Eichenstr. 15, Neustadt an der Weinstr.

Unser geliebter, hoffnungsvoller Sohn, mein guter Bruder, Neffe u. Vetter, mein lieber Freund, Uffz.

Gustav Freese

Inh. EK. I u. 2, Nahkampfsp., silb. Verw.-Abz. u. and. Auszz., fand im Alter von fast 23 J. am 28.5.44 bei den schwer. Abwehrk. in Süditalien den Heldentod. In stiller Trauer: **Gust. Freese u. Frau Mathilde**, geb. Brinkmann / **Anni Freese / Lotte Beuler.** - Blfd., Hohenzollernstr. 47, Nieder-Ohmen (Hess.). Gedächtnisf. 20. 8. 44, 16 Uhr, Martinikirche.

Unser lieber, herzensg. Sohn, Bruder Enkel, Neffe u. Vetter, mein geliebt. Verlobter, Obergefr.

Hans Altekrüger

hat im Alter von 22½ J. sein junges Leben hingegeben. Er starb am 1. 7. 44 infolge eines Unglücksfalles im Westen. In tief. Schmerz: **Louis Altekrüger u. Frau Auguste**, geb. Berkemeier / Obgefr. **Erwin Altekrüger**, z. Zt. im Osten / **Gertrud ten Brink** als Braut **u. a. Anverw.**

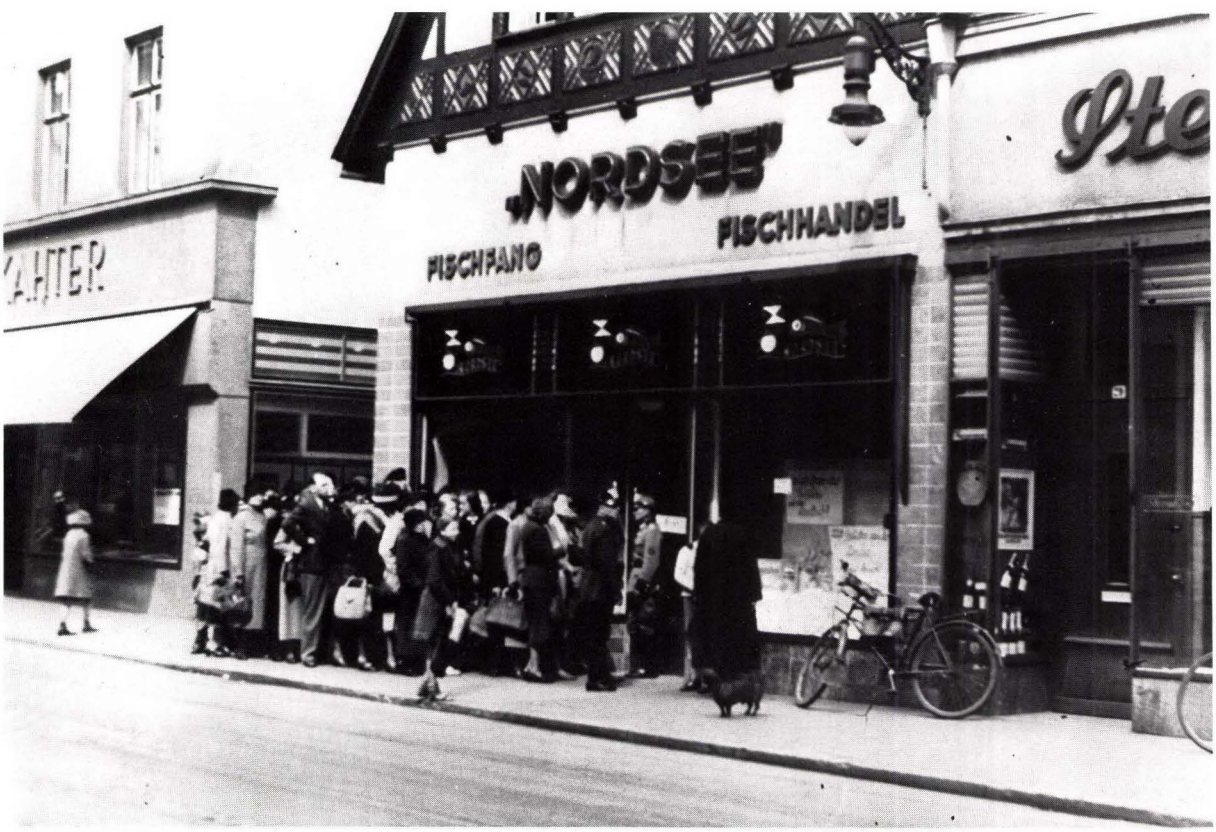
Bielefeld, Oldentrup. Str. 5. **Gedenkfeier 18. 8., Lutherkirche, 10 Uhr.**

48. Die Versorgung der Bevölkerung

Unmittelbar nach Kriegsbeginn wurden die ersten Bewirtschaftungsbestimmungen erlassen. Textilien, Lederwaren, Feuerungsmittel und nach und nach auch alle Grundnahrungsmittel waren offiziell nur noch über Bezugsscheine zu erhalten. Lebensmittelkarten, Reichskleiderkarten und Marken bestimmten den täglichen Einkauf.

Zwar hatte die NS-Führung die Kriegsvorbereitungen massiv vorangetrieben; auf eine umfassende Umstrukturierung der Wirtschaft auf die Kriegsbedürfnisse war jedoch verzichtet worden. Wie Rüstungsminister Speer berichtete, fürchtete Hitler einen Umschwung in der Gunst des Volkes, die er doch so dringend für seinen Angriffskrieg brauchte. Grundlage für die Wirtschaftspolitik in den Jahren bis 1941 war das Konzept des »Blitzkrieges«. Schnell errungene Siege sollten eine durchorganisierte Kriegswirtschaft unnötig machen. Dieses Konzept schien bis zum Frankreichfeldzug tatsächlich aufzugehen. Trotz der Bewirtschaftung gelang es, die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung weitgehend zu befriedigen. Die Verbrauchsgüterproduktion konnte sogar anfangs noch gesteigert werden; der Lebensstandard blieb im großen und ganzen gesichert. Nur die Beschaffung wurde mühseliger.

Alles das änderte sich mit dem Einmarsch nach Rußland. Jetzt mußte die Produktion eingeschränkt werden. Immer mehr machte sich der Mangel bemerkbar, und die Stimmung der Bevölkerung begann zu sinken.

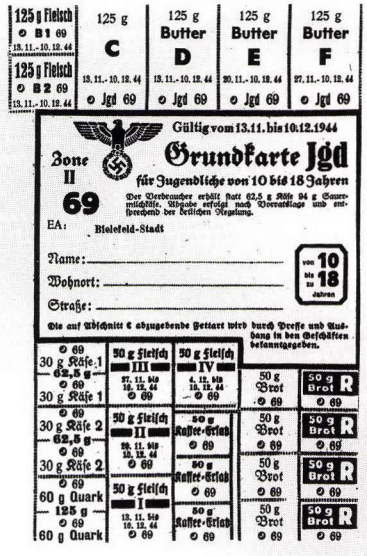


(H 12) Käuferschlange vor dem Fischgeschäft »Nordsee« in der Obernstraße (1940).

Nachrichten hierüber finden sich in großer Zahl in den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes (SD) in Bielefeld. Die Qualität des Brotes wurde schlechter, Darmerkrankungen und Wurmbefall häuften sich. Die Versorgung mit Fleisch und Fett reichte nicht mehr aus. Wegen des Mangels an Textilien und Schuhen fürchtete der SD gesundheitliche Schäden für die Zivilbevölkerung. Die Gesundheitsfürsorge registierte eine allgemeine Gewichtsabnahme bei der Bevölkerung. In den Betrieben erhöhte sich der Krankenstand, die Säuglingssterblichkeit nahm zu. Wegen der Mangellage und der Gesundheitsschäden stieg die Nachfrage nach Arzneimitteln. Vitaminpräparate, Mittel gegen Haarausfall, Darmkrankheiten und Geschwüre, Hustenmittel und schließlich Schlaf-, Schmerz- und Beruhigungsmittel waren besonders gefragt.

Dennoch ist es im Krieg nicht zu einer derart katastrophalen Mangellage gekommen wie im Ersten Weltkrieg. Im ganzen funktionierte das Bewirtschaftungs- und Rationierungssystem, wenn es auch immer wieder beträchtlichen Ärger hervorrief, daß reiche und »prominente« Bürger offenbar Wege fanden, sich außerhalb dieses Systems zu versorgen.

Rigoros ging der NS-Staat gegen Schieber und Diebe vor. Das Sondergericht beim Landgericht und auch der Volksgerichtshof ahndeten Vergehen wie Schwarzschlachtungen und Diebstähle selbst für Kriegszeiten äußerst hart. Im Oktober berichtete die Kriminalpolizei über einen »reisenden Bohreinbrecher«, der versucht hatte, aus einer Fleischerei Waren zu stehlen. Vom Sondergericht war er wegen »Volksschädlingsverbrechen in Tateinheit mit schwerem Diebstahl« für sechs vorher begangene Straftaten sechsmal zum Tode verurteilt worden. – Eine Schlagzeile in der Westfälischen Zeitung vom 7. Mai 1942 lautete:

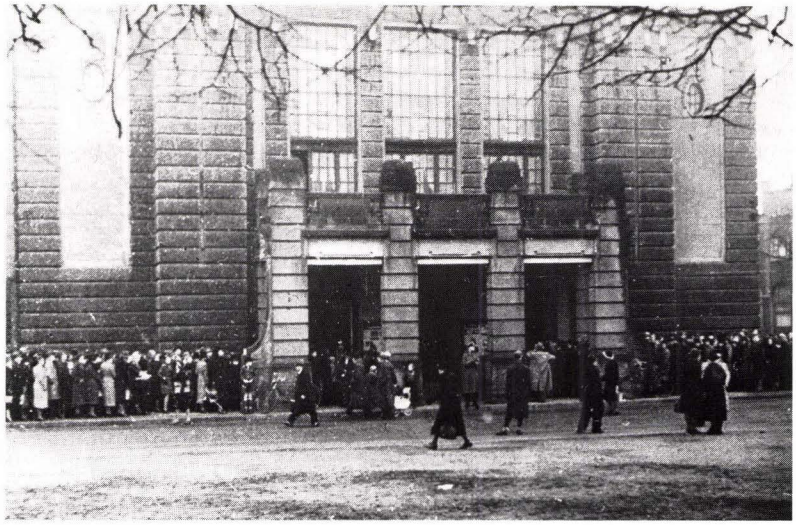


(H 9) Lebensmittelkarte aus dem Kriegsjahr 1944.



(H 13) Kohlentransport im Winter 1939/40.

(H 16) Großer Andrang vor dem Stadttheater in der Spielzeit 1942/43.



»Todesurteile gegen Schwarzschlächter und Schieber. An Bielefelder, Brackweder und Paderborner Gaststätten 50 Schweine und 28 Rinder verschoben. Schwere Zuchthausstrafen gegen die Helfer«. Immer mehr prägte der Krieg den Alltag der Bevölkerung. Zum stundenlangen Schlangestehen nach knappen Waren kamen die zermürbenden Luftalarme. In den Zeitungen häuften sich die Todesanziegen für gefallene Soldaten. Gleichsam als Ausgleich für den schwierigen Alltag wuchs das Bedürfnis nach Ablenkung und Zerstreuung. Die Kinos waren gut besucht, und auch das Stadttheater war sehr gefragt. Schlangen vor den Theaterkassen gehörten ebenso zum täglichen Bild wie vor den Geschäften.

(H 17) Wegen Treibstoffmangels werden wieder Pferdekutschen eingesetzt, hier vor dem Bahnhof (1940).



(H 15) Bekanntmachung in der Tageszeitung über die Lockerung des Tanzverbotes in der Öffentlichkeit (1940).

Lockerung des Tanzverbots

Mit sofortiger Wirkung wird das bestehende Tanzverbot insofern aufgelockert, als bis auf weiteres an drei Tagen in der Woche von 16 Uhr ab wieder getanzt werden darf. Diese Tage sowie der Beginn der Tanzunterhaltungen wird nach Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durch die Kreispolizeibehörden bestimmt.

In der Zeit vom 25. Dezember 1940 bis 1. Januar 1941 einschließlich, also zwischen Weihnachten und Neujahr, darf an allen Tagen in der Woche getanzt werden. Dabei ist selbstverständliche Voraussetzung, daß die festzusetzende Polizeistunde bei Abhaltung von Tanzveranstaltungen genau eingehalten wird.

(H 10) Zitate aus B. Hey, Bielefeld und seine Bevölkerung in den Lageberichten des Sicherheitsdienstes (SD) 1939–1941.
(H 11) Montage aus einer Zeitungsschlagzeile (WZ vom 7. 5. 1942) und einem Bericht der Kriminalpolizei über Todesurteile gegen einen Dieb (1941).
(H 14) Foto eines Briefmarkengeschäftes: Der Inhaber hat wegen seiner Einberufung das Geschäft geschlossen (1942).

49. Der »totale« Kriegseinsatz

Am 18. Februar 1943 hielt Goebbels seine berühmt-berüchtigte Rede im Sportpalast in Berlin. Für die NS-Führung kam es jetzt – nach der Katastrophe der 6. Armee vor Stalingrad – darauf an, alle Reserven zu mobilisieren und den Fanatismus der Bevölkerung anzuregen. »Totaler Krieg gleich kürzester Krieg und totaler Sieg« – so lautete die demagogische Formel. Sie spiegelt sich in den Schlagzeilen der örtlichen Presse wieder.



(H 20) Eine Lehrlingswerkstatt um 1937 (Phönix; Berufswettkampf).

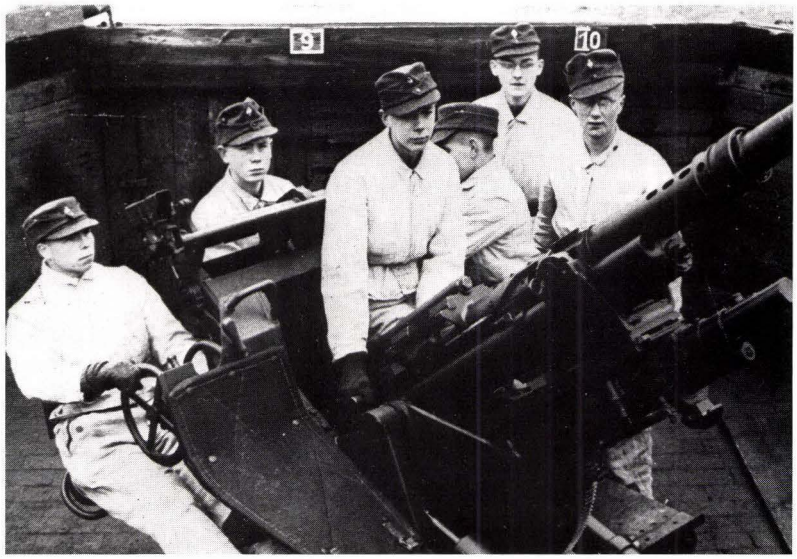
(H 18) Schlagzeile der Westfälischen Zeitung vom 19. 2. 1943.

Das Gebot der Stunde:

Totaler Krieg – totaler Sieg

Begeisterte Volkskundgebung im Berliner Sportpalast — Dr. Goebbels über die Gefahren des Bolschewismus und die Errettung Europas — Das Gelöbnis des deutschen Volkes

(H 22) Helmholtzschüler als Flakhelfer (1943).



In Wahrheit hatte sich der Charakter des Kriegs längst zum totalen Krieg gewandelt. Seit dem Kriegseintritt der Amerikaner und seit den Rückschlägen in Rußland hatte Deutschland mit Gegnern zu rechnen, die an Zahl und an Kriegsmaterial weit überlegen waren. Trotz ständiger Engpässe, trotz des Bombenkrieges und des akuten Rohstoffmangels gelang es dem Rüstungsminister Speer, die Kriegsproduktion kontinuierlich zu steigern und bis zum Sommer 1944 auf ein nicht für möglich gehaltenes Höchstmaß zu bringen.
Ein Haupthindernis für die Rüstungswirtschaft war der Arbeitskräftemangel. Bis 1942 waren gut neun Millionen Männer eingezogen worden. Fritz



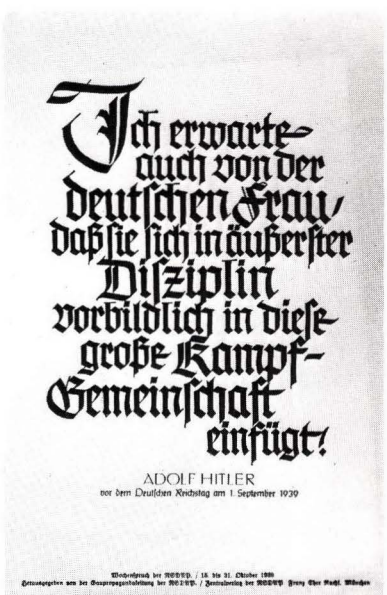
(H 27) Ausbildung von Kraftfahrerinnen durch das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK) in der Meisterschule des Mechanikerhandwerks (1943).



(H 23) Ältere arbeitsfähige Männer werden als »Polizeireserve« verpflichtet.

Sauckel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, ordnete Ende Januar 1943 die Verpflichtung aller Männer vom 16. bis zum 65. und aller Frauen vom 17. bis zum 45. Lebensjahr an. Man brauchte die Jugendlichen nicht nur in der Produktion und in der Landwirtschaft, viele von ihnen wurden als Flakhelfer eingesetzt. Geschütze standen in Bielefeld unter anderem am Haller Weg, auf dem Arminia-Sportplatz und am Stadtholz, und hier versahen Schüler ihren Kriegsdienst. Nicht nur in Bielefeld hat mancher dabei sein Leben verloren.
Während des Krieges ist es nicht gelungen, den Einsatz von weiblichen Arbeitskräften wesentlich zu steigern. 1939 waren 14,6 Millionen Frauen berufstätig, am 31. September 1944 insgesamt 14,9 Millionen. Davon arbeiteten nur 2,7 Millionen in einer Fabrik. Auch die Propaganda, die jetzt von der »Heim- und Mutter«-Ideologie abrücken mußte und den Kriegseinsatz der Frauen auf zahlreichen Veranstaltungen verkündete, half nicht weiter. Die Produktion in der Industrie und in der Landwirtschaft

(H 24) Wochenspruch der NSDAP vom Oktober 1939.





(H 28) Wochenspruch der NSDAP (1942).

wurde in erster Linie von den mehr als sieben Millionen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aufrechterhalten (vgl. Tafel 54–56). Aber auch sie füllten nicht die Lücken ganz aus, die durch die Einberufungen zur Wehrmacht entstanden waren.

(H 19) Artikel aus der Westfälischen Zeitung »Totale Kriegsbereitschaft der Jugend« vom 15. 2. 1943.
(H 21) Ernteeinsatz von Jugendlichen 1943. Dazu ein Zitat aus der amtlichen Kriegschronik: »Zugleich Schulung für ihre spätere Aufgabe als Neubauer oder Siedler in den neuen Ostgebieten.«
(H 25) Artikel aus der Westfälischen Zeitung »Frauen an der Werkbank« vom 8. 6. 1940.
(H 26) Artikel aus der gleichen Zeitung »Frauen arbeiten für den Sieg« vom 17. 10. 1941.

50. Aus Altmaterial wird Kriegsmaterial

Für den »Schicksalskampf des deutschen Volkes« – so lautete eine der amtlichen Umschreibungen für Hitlers Angriffskriege – benötigte man in großen Mengen Rohstoffe. Der Weltmarkt war, da sich Deutschland fast mit ganz Europa und einer großen Zahl außereuropäischer Staaten im Kriegszustand befand, weitgehend verschlossen. Schon mit dem Vierjahresplan hatte sich der NS-Staat bemüht, die eigenen Rohstoffvorkommen, auch wenn sie wenig rentabel waren, auszubeuten. Ein Beispiel hierfür sind die Hermann-Göring-Werke in Salzgitter. Im Krieg kam vor allem die Sammlung von Altmaterial hinzu. Zahllose Sammelaktionen wurden durchgeführt, und hier waren vor allem die Frauen und Kinder aufgerufen, sich zu beteiligen.



(H 29) »Metallspende zum Geburtstag des Führers« (1940); Sammelstelle Reichsreifenlager in der Horst-Wessel-Straße.



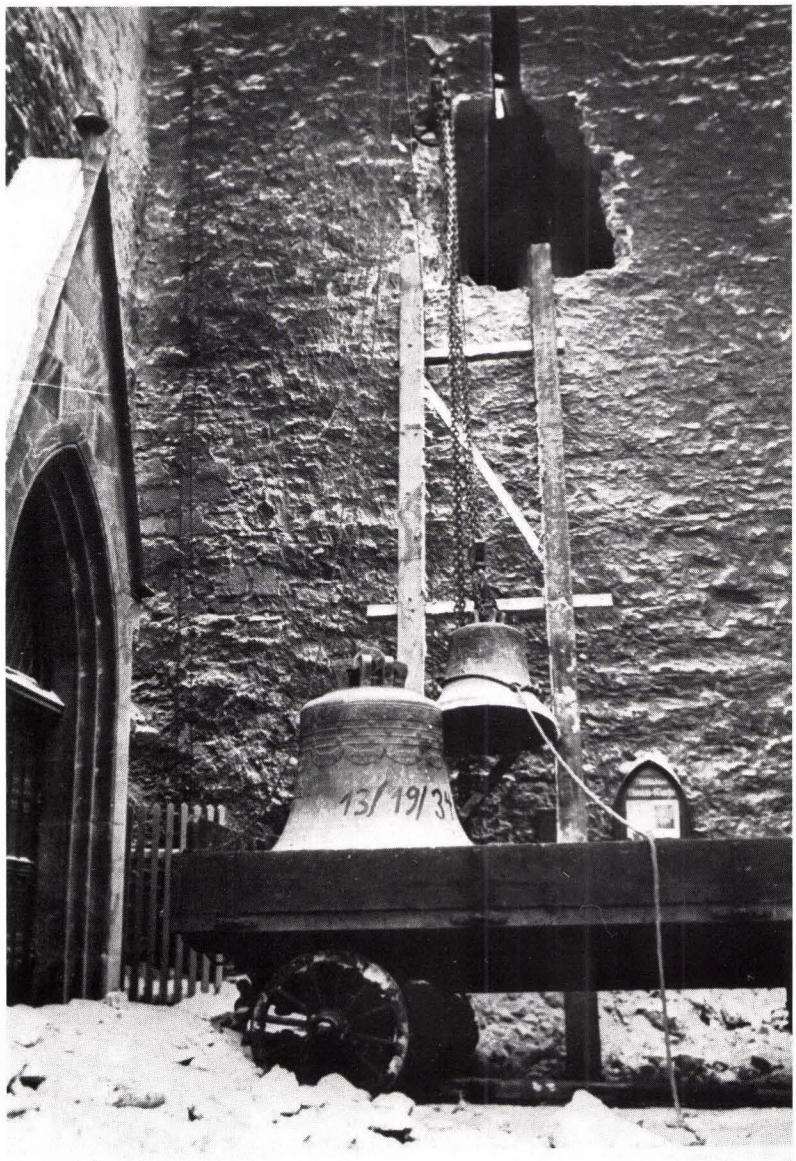
(H 30) Werbung für die Reichsspinnstoffsammlung 1941 in der Westfälischen Zeitung.

Zugleich wurde dazu aufgefordert, mit Energie sparsam umzugehen. Von Litfaßsäulen und Hauswänden starrte während des ganzen Krieges der »Kohlenklau«.
Die Kinder in der Stadtheiderschule fingen an, Seidenraupen zu züchten, weil Rohseide dringend für die Produktion von Fallschirmen benötigt wurde. Alle Schulen beteiligten sich an der Sammlung von Knochen, Kräutern und Altmaterial. In den Zeitungen erschienen Artikel, in denen die Abgabe von Abfällen zum Garanten für den »Endsieg« gemacht wurde. Aus einem Artikel vom August 1944 mit der Überschrift »Auch unsere Suppenknochen helfen siegen« sei hier zitiert:



(H 33) Schulkinder in der Stadtheider Schule züchten Seidenraupen (1942). Rohseide wurde für die Herstellung von Fallschirmen gebraucht.

(H 34) Die Glocken der Altstädter Nicolaikirche werden abgenommen und als Kriegsmaterial eingezogen (1942).



»Eigentlich müßten es alle Hausfrauen wissen, denn die Aktion läuft bereits seit Mitte April. Für jedes abgelieferte Kilogramm Haushaltsknochen gibt es eine Prämienmarke, und wer fünf dieser Marken beisammen, wer also fünf Kilogramm Knochen abgeliefert hat, kann bei seinem Kaufmann ein Stück Kernseife ohne Seifenkarte beziehen«. Es folgt eine Aufzählung aller der Produkte, die aus Knochen hergestellt werden können. Dann heißt es weiter: »Nach dieser kleinen Epistel ist es wohl selbstverständlich, daß in Zukunft in Bielefeld kein Knochen mehr aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit der Wiederverwertung entzogen wird. Auch unsere Suppenknochen helfen siegen. Sie verhelfen uns zudem zu einem Waschtag ohne Seifenmarken.«

Die Rohstoffbeschaffung machte selbst vor den Kirchen nicht halt. 1942 mußten die Glocken der Bielefelder Kirchen zum Einschmelzen zur Verfügung gestellt werden.

(H 31) Artikel aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten »Auch unsere Suppenknochen helfen siegen« vom 3. 8. 1944.
(H 32) Kinderzeichnung zur Altmaterialsammlung der Bielefelder Schulen 1940.
(H 35) Ein fertiggestellter Panzer verläßt die Fabrikhalle – Werbung für das Ergebnis der Rohstoffsammlung (aus: Der 2. Weltkrieg. Gütersloh 1968).

51. Der Luftkrieg über Bielefeld I

Im Sommer 1940 hatte Hitler Polen erobert, Dänemark und Norwegen besetzt, dann auch Holland und Belgien unterworfen und schließlich Frankreich zu einem Waffenstillstand gezwungen. Ein beträchtlicher Teil Europas befand sich in deutscher Gewalt. Für den September 1940 war der Angriff auf England geplant. Doch das Landeunternehmen »Operation Seelöwe« kam nicht zustande. Stattdessen wurde die sogenannte »Luftschlacht über England« begonnen. Die Erfolge der Luftwaffe in Polen und Frankreich ließen Hitler glauben, auch England niederzwingen zu können. Von Anfang an wurden Industrieanlagen (Coventry, Birmingham) und Wohnviertel bombardiert (London). Die Fehleinschätzung der englischen Luftabwehr führte zu erheblichen Verlusten, und es begannen als Antwort die englischen Bombardements deutscher Städte. Bald war Deutschland den Angriffen alliierter Bomber hilflos ausgeliefert.
Im Sommer 1940 fielen die ersten Bomben auf Bielefeld. Sie richteten im Norden der Stadt Zerstörungen an, vor allem aber hatte die Bevölkerung an den Begleiterscheinungen der Luftalarme zu leiden. Die dauernde



(H 40) Beim Luftangriff auf Bethel getötetes krankes Kind (1940).

Luftalarm

Beobachtungen und Eindrücke des Museumsdirektors Dr. Schoneweg, festgehalten in der von ihm geführten Bielefelder Kriegschronik (1939 - 1944)

2. 7.1940: "Allmählich gewöhnt man sich an die nächtlichen Störungen... Wohin ich höre, stelle ich fest, daß das Opfer der nächtlichen Ruhestörung gern auf sich genommen wird. Die Stimmung im Volk ist vorzüglich, das Vertrauen zum Führer unbegrenzt..."

6. 7.1940: "Wenn man sich von Bekannten trennt, wünscht man sich nicht mehr eine 'gute Nacht', sondern eine 'splitterfreie Nacht'. Man sieht, der Galgenhumor bemächtigt sich der Situation..."

10. 7.1941: "Das Ledergeschäft Elvers an der Obernstraße hat am 10. Juli in der Zeit von morgens bis mittags 160 Koffer verkauft. Jeder hat das Bestreben, Wäsche und Kleidungsstücke einzupacken und mit in den Keller zu nehmen..."

8.11.1941: "...verschiedentlich kurze Alarme... aber von der Bevölkerung nicht recht ernst genommen. Wohin ich auch hörte: niemand war im Keller gewesen. Seit dem letzten schweren Angriff in der Nacht vom 6. und 7.Juli 1941 ist eben nichts mehr passiert. Die Menschen werden allmählich gleichgültig..."

8.12.1942: "... Kriegsmüdigkeit ... Wir müssen unbedingt durchhalten ..."

14. 5.1943: " 'Wann ist Bielefeld wieder an der Reihe?' so fragten sich heute morgen manche ängstlichen Gemüter."

14.12.1943: "Die Bevölkerung wird durch die vielen Alarme nervös. Man sieht viel abgespannte Gesichter. Wir hatten Alarm an folgenden Tagen: ... am 31.Oktober gab es Alarm von 19.20 bis 19.40 Uhr, am 3. November von 19.28 bis 20.20, am 5. November von 13.05 bis 14.45 und von 19.05 bis 20.10, am 7. November von 2.45 bis 3.40, am 9. November von 19.42 bis 20.11, am 11. November von 6.25 bis 7.05, von 14.05 bis 15.27 und von 19.48 bis 20.55 Uhr, am 12. November von 19.55 bis 20.15, am 13. November von 4.10 bis 4.28 und von 19.05 bis 20.15 Uhr; am 16. November von 19.30 bis 19.50, am 17. November von 19.30 bis 21.45 und von 22.05 bis 22.55 Uhr" usw.

25. 3.1944: "Die Stimmung im Volk ist nicht einheitlich. Die ältere Generation sieht zum Teil trübe in die Zukunft ... Die Stadt Bielefeld macht seit dem 11.1.1944, dem Tage des letzten Angriffs, einen ziemlich heruntergekommenen Eindruck. An der Obern- und Niedernstraße sind mit geringen Ausnahmen die Schaufenster mit Brettern zugenagelt..."

26. 4.1944: "Die Tätigkeit der feindlichen Luftangriffe nimmt von Woche zu Woche zu. In den Fabriken wird auch bei Vollalarm gearbeitet, bei höchster Gefahrstufe erhalten die Werkleitungen besondere Alarmnachricht. Sonst würde der Ausfall an Arbeitsstunden, besonders in der Rüstungsindustrie zu groß sein..."

(H 36) Beobachtungen und Eindrücke aus der von Dr. Schoneweg geführten Kriegschronik (1940–1944).

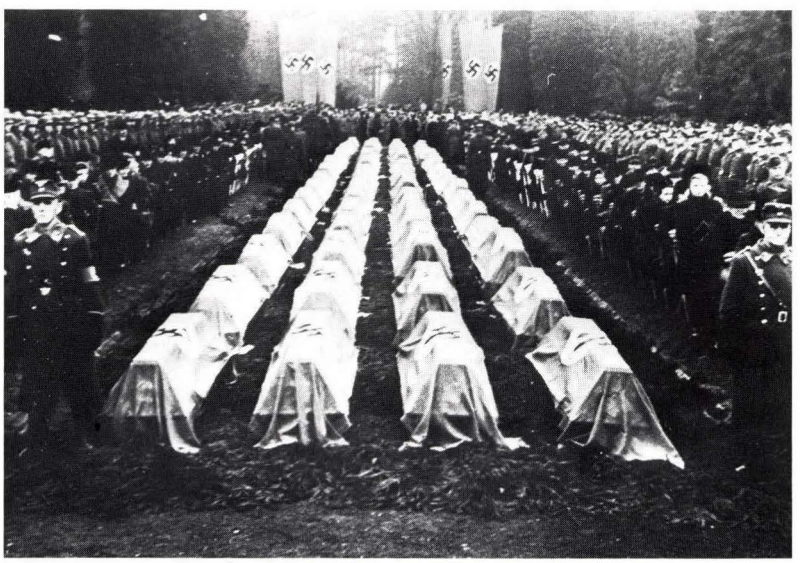
Störung der Nachtruhe zerrte an den Nerven. Der Schulbetrieb kam häufig durcheinander. Allmählich wurden die Angriffe auch immer wirksamer. Im dritten Kriegsjahr fehlten in der Stadt bereits rund 6000 Wohnungen als Ersatz für bombengeschädigten Wohnraum.

Trotz der Propagierung des Luftschutzes schon im Frieden herrschte Mangel an geeigneten Schutzräumen. Der Bunkerbau kam nicht gut voran; neu errichtete Bunker wie vor dem Rathaus entsprachen nicht



(H 42) Parteifunktionäre bei der Trauerfeier für die in Bethel getöteten Kinder. Rechts der Kreisleiter Heidemann.

den Sicherheitsvorschriften. Die Keller der Häuser befestigte man mit eingezogenen Holzstützen; sie hielten der Sprengkraft der Bomben jedoch nicht stand. Der Bunker an der Neustädter Straße – er steht noch heute – wurde nicht rechtzeitig fertiggestellt.
Im September 1940 und im Frühjahr 1941 wurden die Betheler Anstalten von alliierten Bomben getroffen. Ziel des Luftangriffs war vermutlich die Bahnlinie. Beim ersten Angriff wurden 13 kranke Kinder und eine Hilfsschwester getötet. Die Nationalsozialisten schlachteten diesen »Kindermord« propagandistisch aus, und das zu einem Zeitpunkt, wo Patienten



(H 43) Bestattung der Opfer des Luftangriffs vom 11. Januar 1944 auf dem Johannisfriedhof.

aus Heil- und Pflegestätten in Euthanasieanstalten ermordet wurden. von Bodelschwingh schrieb am 28. September 1940 an den Mindener Regierungspräsidenten: »Soll ich die Tat der Engländer verurteilen und kurz darauf meine Hand reichen zu einem ›Kindermord‹ in Bethel weit größeren Umfangs? Ich würde mir als Lügner vorkommen, zugleich als Verräter am Erbe meines Vaters . . .«.

(H 37) Der Luftschutzbunker an der Neustädter Straße (1943).
(H 38) Schlagzeilen der Bielefelder Tagespresse zum Bombenangriff auf Bethel (1940).
(H 39) Stellungnahme von Pastor Bodelschwingh zum Bombenangriff auf Bethel in einem Schreiben vom 28. 9. 1940 an den Mindener Regierungspräsidenten (aus: Ein Jahrhundert Diakonie in Bethel, S. 59).
(H 41) Ein über Bielefeld abgeworfenes Flugblatt (1943, nach der Landung der Alliierten auf Sizilien).

52. Der Luftkrieg über Bielefeld II

Seit dem Januar 1941, als die Luftangriffe häufiger wurden, forderten die Behörden die Eltern auf, ihre Kinder mit Sammeltransporten aufs Land, oft in entfernt liegende Gebiete, zu schicken. Wenig später begann man damit, Mütter mit mehreren Kindern zu evakuieren. Die »Kinderlandverschickung« (KLV) hatte jedoch nicht den erhofften Erfolg. Angesichts der Kriegslage wollten viele Eltern das Risiko, von den Kindern getrennt zu werden, nicht auf sich nehmen. Auch Strafandrohungen halfen nicht.
Die schlimmsten Luftangriffe gingen im Jahr 1944 auf die Stadt nieder. Immer mehr Wohnungen wurden zerstört, immer größer wurde der Ausfall an Industrieanlagen. Dennoch gab man sich in Bielefeld der trügerischen Hoffnung hin, die Stadt werde von den Alliierten geschont. Schon allein Bethels wegen werde nicht noch einmal bombardiert. Der Luftschutz wurde vernachlässigt. Manche Bielefelder suchten auch bei Luftalarm keine Schutzräume mehr auf.



(H 44) Ein »Mutter und Kind-Transport« verläßt Bielefeld (1941).

(H 45) Aufruf des Kreisleiters i.V. Heidemann in den Tageszeitungen (1943).

Kinder in Sicherheit!

Zur Räumung Bielefelds, die in einer Reihe von Versammlungen erörtert wurde, erläßt der Kreisleiter i. V. Heidemann folgenden Aufruf:

Bielefelder Mütter! Gebt Euch keinen Illusionen hin!

Ich fordere Euch hiermit auf, Eure Kinder in Sicherheit zu bringen. Ihr habt die Stadt zu verlassen.

Dieses gilt für alle, die hier nicht durch Beruf oder durch andere hohe Pflichten zwingend notwendig gebunden sind.

Eure schulpflichtigen Kinder, vom 10. bis 14. Lebensjahre, sind ohne Bedenken der KLV. anzuvertrauen. Alle Mütter mit ihren jüngeren Kindern wenden sich an die NSV.

Ich erwarte von jedem Quartiergeber im Kreise Bielefeld-Land und Halle bereitwilligste Aufnahme ohne Bedenken und Einwände.

Jeder hat zu helfen, und keiner hat zu fordern! Dieses gilt für alle.

Jeden Widerstand gegen diese Anordnung werde ich mit Gewalt brechen!



(H 46) Angriffszeichen amerikanischer Bomber über Bielefeld (1944).

Die Katastrophe brach an einem sonnigen Herbsttag, dem 30. September 1944, über die Stadt herein. Beim schwersten Luftangriff des Krieges wurden große Teile Bielefelds zerstört, die Alt- und Neustadt glichen einem Trümmerfeld. Im Bombenhagel fanden mehr als 600 Menschen den Tod, rund 1300 erlitten Verletzungen. Es gibt Erinnerungen, in denen zu lesen ist, daß mancher nicht einmal die vertrauten Straßenzüge wiedererkannt hat. Mehr als 10000 Bielefelder waren obdachlos. Insgesamt hat der Bombenkrieg 1300 Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. 19000 Häuser waren 1945 zerstört oder beschädigt.
Der Vormarsch der amerikanischen Truppen war nicht mehr aufzuhalten. Vom Ruhrgebiet rückten sie auf Ostwestfalen vor. Ein schnell aufgestellter »Volkssturm« sollte den Vormarsch stoppen. Ihm gehörten auch Jugendliche und Greise an, alle unausgebildet. Der »Endkampf« um Bielefeld fand jedoch nicht statt. Von einzelnen Verzweiflungsakten abgesehen, die immerhin noch 70 Menschen, darunter auch zwei Jugendlichen in Lämershagen, das Leben kosteten, kam es zu keinen nennenswerten Kämpfen mit den vorrückenden Truppen. Die eilig errichteten Panzersperren wurden nicht verteidigt, ja oft schon vor den ankommenden Panzern geöffnet.
Dennoch konnte jeder Widerstand gegen die irrsinnigen Befehle der NS-Funktionäre den Tod bedeuten. Der Bürgermeister von Brackwede, Bitter, der den Befehl gegeben hatte, die Panzersperren vor dem Dorf zu öffnen, wurde auf Befehl des Kreisleiters Reineking verschleppt und in einem Wäldchen erschossen.
Am 4. April 1945 rückten die Amerikaner in Bielefeld ein. Vom Rathaus wehte die weiße Fahne der Kapitulation.

(H 47) Das Gebiet von Burg- und Kesselstraße nach dem Luftangriff vom 30. 9. 1944.
(H 49) Alliiertes Luftfoto von der Bombardierung des Viaduktes in Schildesche. Der Viadukt ist am 14. März 1945 endgültig zerstört worden.



(H 48) Die Bielefelder Neustadt nach dem Luftangriff vom 30. September 1944. In der Mitte die Neustädter Marienkirche.

(H 50) Bericht über den Volkssturm aus dem Nachlaß des Majors Kühlwein.
(H 51) Bericht über die Verhaftung und Erschießung des Brackweder Bürgermeisters Bitter; aus dem selben Nachlaß (nach 1947).

53. Das Stalag 326-VI-K in Eselsheide/Stukenbrock

Der Krieg gegen Rußland war nach den Worten des Historikers Ernst Nolte der »ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt«. Das Schicksal der 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen ist noch weitgehend unbekannt. Zwischen dem Einmarsch in Rußland im Juni 1941 und dem Kriegsende kamen etwa 3,3 Millionen dieser Kriegsgefangenen in deutschen Lagern um. Sie starben an Hunger, Seuchen und Mißhandlungen, oder sie wurden aus verschiedensten Gründen erschossen. Allein bis zum Frühjahr 1942 verloren rund 2 Millionen ihr Leben.
Erst dann ging der NS-Staat dazu über, die Kriegsgefangenen in der deutschen Industrie einzusetzen. Nicht humanitäre Gründe, sondern die Notwendigkeiten der Rüstung haben bewirkt, daß auf diese Weise viele Russen vor dem sicheren Tod bewahrt wurden.
Auch in unmittelbarer Nachbarschaft Bielefelds spielte sich die Tragödie der russischen Kriegsgefangenen ab. In Eselsheide/Stukenbrock wurde im Juli 1941 das Stalag (Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager) 326-VI-K eingerichtet. Etwa 65000 Gefangene, meist Russen, aber auch Italiener, Franzosen, Jugoslawen und Polen, sind hier umgekommen. Viele starben an Erschöpfung, weil man bei chronischer Unterernährung versuchte, maximale Arbeitsleistungen zu erpressen.



(H 58) Gedenkkundgebung ehemaliger Lagerinsassen in Stukenbrock am Denkmal für die gestorbenen und ermordeten Kriegsgefangenen.

Abschrift.

Der Regierungspräsident
Sond.Dez.

Minden, den 1. Oktober 1942.

An die Herren Landräte pp.

Betr.: Verhalten der Kriegsgefangenen.
RdVerfügungen vom 5.8. und 8. September 1942.

In Änderung meiner RdVerfg. vom 8.9.42 weise ich darauf hin, daß mit Wirkung vom 1.9.42 dem Kriegsgefangenenlager: Kgf.M.Stammlager 326 (VI/K) als Arbeitseinsatzbezirk der Regierungsbezirk Minden und das Land Lippe zugewiesen wurde. Auf dieses Lager gehen auch die Betreuungsaufgaben über, die bisher u.a. für die Kreise Herford und Minden von der 2.Komp. des Landesschützenbataillons 487 in Heisterholz über Minden, Fernruf Lahde 468, zu erfüllen waren. Alle Klagen über das Verhalten und die Disziplin der Kriegsgefangenen sind dem Kgf.M.Stammlager 326 (VI/K) in Forellkrug bei Paderborn mitzuteilen.

Das Kgf.M.Stammlager 326 (VI/K) ist an der Reichsstraße Paderborn -Bielefeld zwischen den Ortschaften Stukenbrock und Hövelhof (Tr.Üb.Pl Senne) gelegen. Postanschrift: Post Forellkrug über Paderborn, Fernsprechanschluß: Hövelhof 82 und 83. Bahnstation für Personenbeförderung ist Hövelriege, für Frachtgutsendungen und größere Kr.Gef.-Transporte in Waggons Hövelhof an der Bahnlinie Bielefeld-Paderborn.

M.Stammlager 326 (VI/K) bittet um vertrauensvolle Mitarbeit in allen Fragen des Kr.Gef.-Einsatzes und sichert tatkräftige Unterstützung der militärischen u.zivilen Dienststellen und der Unternehmerschaft zu.

Wegen der Beschwerde über das Nichtgrüßen von deutschen Uniformträgern teilt mir die Kommandantur dieses Lagers folgendes mit:

"Die Kr.Gef.sind nach Art. 18 Abs. 2 des Abkommens über Behandlung der Kr.Gef. vom 27.9.29 verpflichtet, den Offizieren des Gewahrsamsstaates militärischen Gruß zu erweisen. Kr.gef. Offiziere erweisen deutschen Offizieren und Wehrmachtbeamten im Offiziersrang im Dienst stets, ausser Dienst den ranggleichen und ranghöheren Offizieren und Beamten militärischen Gruß. Vorgesetzte deutsche Offiziere (Lagerkommandant, Führer des Arbeitskommandos, wenn er Offizier ist) sind von den kriegsgefangenen Offizieren in jedem Falle zu grüßen.
Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf sowjetische Kriegsgefangene, weil die UdSSR. nicht Vertragspartner des Abkommens von 1929 ist Von sowjet.Kr.Gef. ist daher zu fordern, daß sie allen deutschen Wehrmachtangehörigen militärischen Gruß erweisen.
Während der Arbeit findet der Gruß der Kr.Gef. nicht statt."

In Vertretung:
gez. Dr.Zorn.

Beglaubigt:
gez.Unterschrift.
Reg.-Sekr.

Amt Ho... II
Eing. 12. OKT. 1942
Abt. II Nr. 1674

Der Landrat
Nr. 3331 L

Bielefeld, den 8. Oktober 1942.

Abschrift im Nachgange zu meiner Rundverfügung vom 15.IX.1942 - 3020 L - zur gefl. Kenntnis.

An die Herren Amtsbürgermeister usw.

I.V.

Nach der Befreiung Anfang April 1945 errichteten die kräftigsten der etwa 10000 Überlebenden ein Ehrenmal für die toten Kameraden. Es wurde in einer Gedenkstunde schon am 2. Mai 1945 eingeweiht.

(H 52) Auszug aus einem Vortrag von zwei Gestapo-Beamten in Weimar, wonach die russischen Kriegsgefangenen wie »Tiere und Bestien« zu behandeln seien. (Nach Kogon, Der SS-Staat).
(H 53) Aufstellung über die tägliche Nahrung der Gefangenen in Stukenbrock.
(H 55) Augenzeugenbericht über die Lebensverhältnisse im Lager.
(H 56) Aufschrift des Denkmals in Stukenbrock.
(H 57) Über die Bestattung in Massengräbern. (Aus dem Informationsmaterial des Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock).

(H 54) Rundschreiben des Mindener Regierungspräsidenten an die Landräte über das Verhalten der Kriegsgefangenen im Lager Stukenbrock (1942).

54. Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter in Bielefeld I

Je mehr Soldaten die Wehrmacht seit Kriegsbeginn benötigte, um so größer wurde der Mangel an Arbeitskräften. Die Lücken sollten durch Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter geschlossen werden, damit Landwirtschaft und Industrie leistungsfähig blieben.
Ende Oktober trafen die ersten polnischen Kriegsgefangenen in Bielefeld ein. Sie kamen aus dem Stammlager in Hemer bei Iserlohn. Zweck ihrer Verlegung war der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft. Streng bewachte Lager wurden in Senne I (Schillingshof und Beckel) und in Isselhorst (ehemalige Schlachterei Gräwe) eingerichtet. Später baute



Soldaten ohne Gewehr

Polnische Kriegsgefangene in der heimischen Landwirtschaft – Der erste Trupp im Arbeitsamtsbezirk Bielefeld

In Polen ist längst „Gewehr in Ruh" kommandiert, es gibt keinen östlichen Kriegsschauplatz mehr. Die polnische Armee steht in Deutschland — hinter Stacheldraht. Aber der Stacheldraht ist mehr von symbolischer Bedeutung. Ein großer Teil der polnischen Kriegsgefangenen ist zu friedlicher Tätigkeit zurückgekehrt, sie helfen den deutschen Bauern die letzte Frucht in die Scheuer zu bringen.

Am Sonnabend kam der erste Trupp polnischer Kriegsgefangener im Arbeitsamtsbezirk Bielefeld an, 450 gelbbraune Gestalten aus einem Kriegsgefangenenlager im Sauerland, die nun, auf einzelne Gemeinden der Kreise Bielefeld, Halle und Wiedenbrück verteilt, bei der Hackfruchternte eingesetzt werden.

(H 65) Zeitungsausschnitt über das Eintreffen von polnischen Kriegsgefangenen. (Aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 23. 10. 1939).

Bielefeld-Land
(Heepen № 291)

Heimatort: Malonikolacwaka

Ausländer - Personalbogen. F2

Name: Kolisnitschenko Vorname: Nikolaj

Geboren am: 20.12.27 in: Malonikolacwka Kreis:

Staatsangehörigkeit: UdSSR Wohnung: Brake Nr,92

Volkszugehörigkeit: Muttersprache: russisch

Familienstand: led. Religion: Beruf: Arbeiter

Arbeitgeber: Rixe & Co. G.m.b.H. Brake Nr.92

Seit wann in Deutschland: Seit wann im jetzigen Wohnort: 19.10.42

Gedient? (wo, wann, als):

Welcher Sprachen mächtig: russisch Führerschein: Flugschein:

Vorbestraft:

Paß oder Paßersatz. (Nummer des Passes. Ausstellungstag. Ausstellungsbehörde. Gültigkeitsdauer.):

Aufenthaltsgenehmigung, beantragt am: erteilt am:

erteilt durch: bis:

für welches Gebiet:

Arbeitskarte Nr.: X/132 ausgestellt von: Arbeitsamt Bielefeld
neue Arbeitskarte ausgestellt am: ~~12.11.42~~ gültig bis: 20.10.1944
~~24.11.43~~

Arbeitsbuch-Ersatzkarte Nr.: 132/40362

Befreiungsschein beantrag am:

Befreiungsschein Nr.: gültig bis:

Bemerkungen: (Frühere Wohnorte im Reich, Verzug usw.)

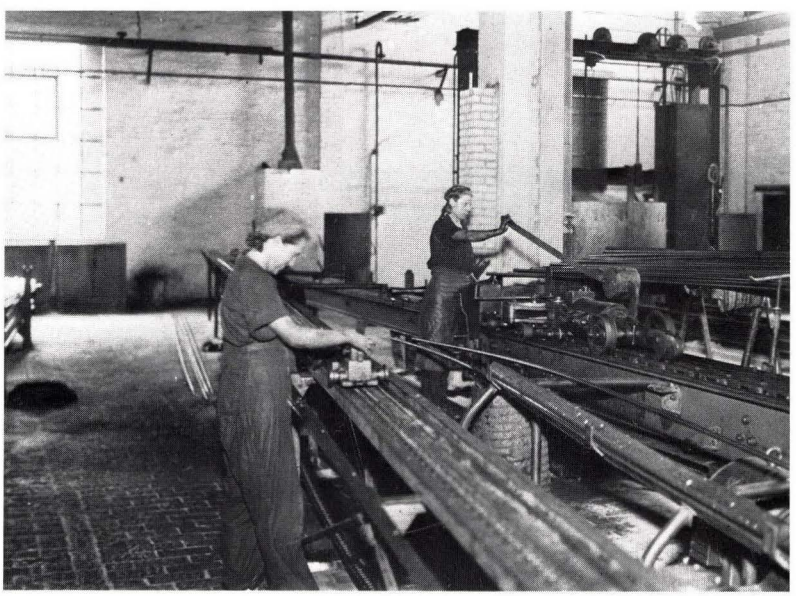




(H 61) Ausländer-Personalbogen für einen russischen Jungen. Zur Zeit seiner Ankunft in Bielefeld war er noch nicht einmal 15 Jahre alt.

(H 66) Zeitungsfoto der polnischen Kriegsgefangenen.

man auch Lager auf dem Johannisberg und in den Heeper Fichten. Auf dem Johannisberg gab es ein Lager für französische Zivilarbeiter. Weitere Lager folgten, als die Zeit der »Blitzkriege« vorüber war und man sich mehr und mehr auf eine langdauernde Kriegsführung einrichten mußte.
Vom März 1940 liegt ein Bericht der Kreisbauernschaft im Reichsnährstand vor. Darin heißt es: »Als Ersatz für die durch die Einberufung abgegangene Gefolgschaft in den landwirtschaftl. Betrieben wurden 7 Lager (im Stadtbezirk das Lager Schildesche) mit 185 polnischen Kriegsgefangenen errichtet (Schildesche 30). Die Vorbereitungen hierzu wurden



(H 69) Ostarbeiterinnen bei der Arbeit an Rohrziehbänken der Firma Kammerich in Brackwede (zwischen 1942 und 1945).

durch Kreisleiter, innere Verwaltungsbehörde und Kreisbauernschaft getroffen. Über die Leistungen der Kgf. ist die Landwirtschaft zufrieden, die Gefangenen sind anspruchslos und arbeiten gut. Für den Fehlbedarf wurde im Frühjahr 1940 die Einsetzung von einigen 100 polnischen Zivilarbeitern vorbereitet. Während die Kgf. in Lagern zusammengeschlossen sind, werden die polnischen Zivilisten zur Arbeitsleistung auf den Höfen untergebracht.«
Über das Ausmaß des Einsatzes vom Fremdarbeitern gibt es nur aus den Landkreis-Ämtern Brackwede, Heepen und Jöllenbeck genauere Zahlen. Von den weit über 10000 Fremdarbeitern, die bei Kriegsende in Stadt und Land eingesetzt waren, arbeiteten fast 4000 im Amtsbezirk Brackwede, davon rund 2000 bei der Ruhrstahl AG und bei Kammerich. Den größten Anteil hieran stellten Russen.
Viele der osteuropäischen Fremdarbeiter waren jünger als 20 Jahre, manche sogar noch im Kindesalter. Bei der Firma Rixe & Co. in Brake hatten von 137 Arbeitern 108 ein Alter zwischen 12 und 20 Jahren; bei den Arbeiterinnen waren von 45 insgesamt 34 20 Jahre oder jünger (1942).

(H 59) Tabelle 1: Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte im Amt Brackwede nach Geschlecht und Nationalität (nach J. Kallmeyer)
(H 60) Tabelle 2: Altersstruktur der bei Rixe & Co. beschäftigten Ostarbeiter (nach J. Kallmeyer).
(H 62) Tabelle 3: Arbeitskräftebilanz für das Deutsche Reich 1939–1944 (nach E. Aleff, Das Dritte Reich, Hannover, 4. Aufl. 1970).
(H 63) Tabelle 4: Rekrutierung ziviler Fremdarbeiter für das Deutsche Reich 1942–1945 (Nach E. L. Homze, Foreign Labor in Germany. Princeton 1967).
(H 64) Tabelle 5: Entwicklung des Fremdarbeitereinsatzes im Amt Heepen (Ukrainer, Polen und Ostarbeiter) (nach J. Kallmeyer).
(H 67) Organisationsanweisung für die Einrichtung von Kriegsgefangenenlagern in Bielefeld (Oktober 1939).
(H 68) Bericht der Kreisbauernschaft Bielefeld über den Einsatz von polnischen Kriegsgefangenen (1940).

55. Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter in Bielefeld II

Die Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten in Westeuropa wurden besser behandelt als jene aus Osteuropa. Nach den Vorstellungen der Nationalsozialisten hatte man es bei Russen und Polen mit »Untermenschen« zu tun. Die Richtlinien und Bestimmungen über die Lagerordnungen, den Arbeitseinsatz und den Umgang mit der deutschen Bevölkerung erinnern an die Diskriminierung der Juden. Ähnlich wie sie mußten Ostarbeiter ein Zeichen auf der Kleidung tragen: die Russen die Aufschrift »Ost«, die Polen ein »P«.
Wie weit sich die Ideologie der Nazis in den Köpfen festgefressen hatte, zeigt der Kommentar des Führers der Kriegschronik, Dr. Schoneweg. Er schreibt über die Ukrainerinnen und deren Lager auf dem Johannisberg: »Sie haben in der Heimat Schweres erlebt, Bolschewistenherrschaft und



Kriegsschrecken . . . Aber langsam lernen sie . . . wieder Arbeit, Ordnung, Frohsinn«.

(H 70) Schreiben des Rüstungsministers Speer wegen der Unterbringung von ausländischen Arbeitskräften (1942).
(H 71) Tabelle über die deutschen und ausländischen Arbeitskräfte der Dürkopp-Werke im Februar 1945.
(H 75) Erlaubnisschein für den russischen Arbeiter N. Kolisnitschenko zum Besuch eines Arztes (1944).
(H 76) Tagesbefehl der Schutzpolizei Nr. 32 »Überwachung der Ausländer« (1944).
(H 78) Arbeitsordnung für die russischen Kriegsgefangenen bei dem Eisenwerk Baumgarte in Brackwede (1943/44).

(H 72) Ukrainerinnen der Dürkopp-Werke vor ihrem Lager auf dem Johannisberg. Die junge Frau in der Mitte trägt das Abzeichen »Ost« (1943).

Anlage IV

Nur zum Dienstgebrauch !

Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthalts im Reich.

Jedem Arbeiter polnischen Volkstums gibt das Großdeutsche Reich Arbeit, Brot und Lohn. Es verlangt dafür, daß jeder die ihm zugewiesene Arbeit gewissenhaft ausführt und die bestehenden Gesetze und Anordnungen sorgfältig beachtet.

Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Großdeutschen Reich gelten folgende Bestimmungen:

1. Das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten.
2. Während des von der Polizeibehörde angeordneten Ausgehverbotes darf auch die Unterkunft nicht verlassen werden.
3. Die Benutzung der öffentlichen Verkersmittel, z.B. Eisenbahn, ist nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet.
4. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzunähen.
5. Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verläßt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager. Bei Sabotagehandlungen und anderen schweren Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin erfolgt schwerste Bestrafung, mindestens eine mehrjährige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager.
6. Jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzvergnügen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung, ist verboten. Tanzen und Alkoholgenuß ist nur in den den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet.
7. Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft.
8. Jeder Verstoß gegen die für die Zivilarbeiter polnischen Volkstums erlassenen Anordnungen und Bestimmungen wird in Deutschland bestraft, eine Abschiebung in die Heimat erfolgt nicht.
9. Wer seine Arbeit zufriedenstellend erledigt, erhält Brot und Lohn. Wer jedoch lässig arbeitet und die Bestimmungen nicht beachtet, wird besonders während des Kriegszustandes unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen.
10. Über die hiermit bekanntgegebenen Bestimmungen zu sprechen oder schreiben, ist strengstens verboten.

Anlage



(H 74) Anordnungen des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei, Himmler, über die Pflichten der polnischen Zivilarbeiter (1943).

(H 73) Aus der UdSSR verschleppte Arbeiterinnen treffen mit ihrer geringen Habe in den Kammerich-Werken ein (um 1943).

(H 79) Schreiben der SD-Stelle Bielefeld an den Amtsbürgermeister in Heepen wegen des Aufenthaltes in einer Gaststätte (1944).
(H 80) Bericht und Foto über einen Besuch von Gauleiter Dr. Meyer im Ukrainerinnenlager auf dem Johannisberg (1942).



(H 77) Ein polnischer Kriegsgefangener bei der Arbeit in der Düppelstraße (1941).

Finger weg von Kriegsgefangenen

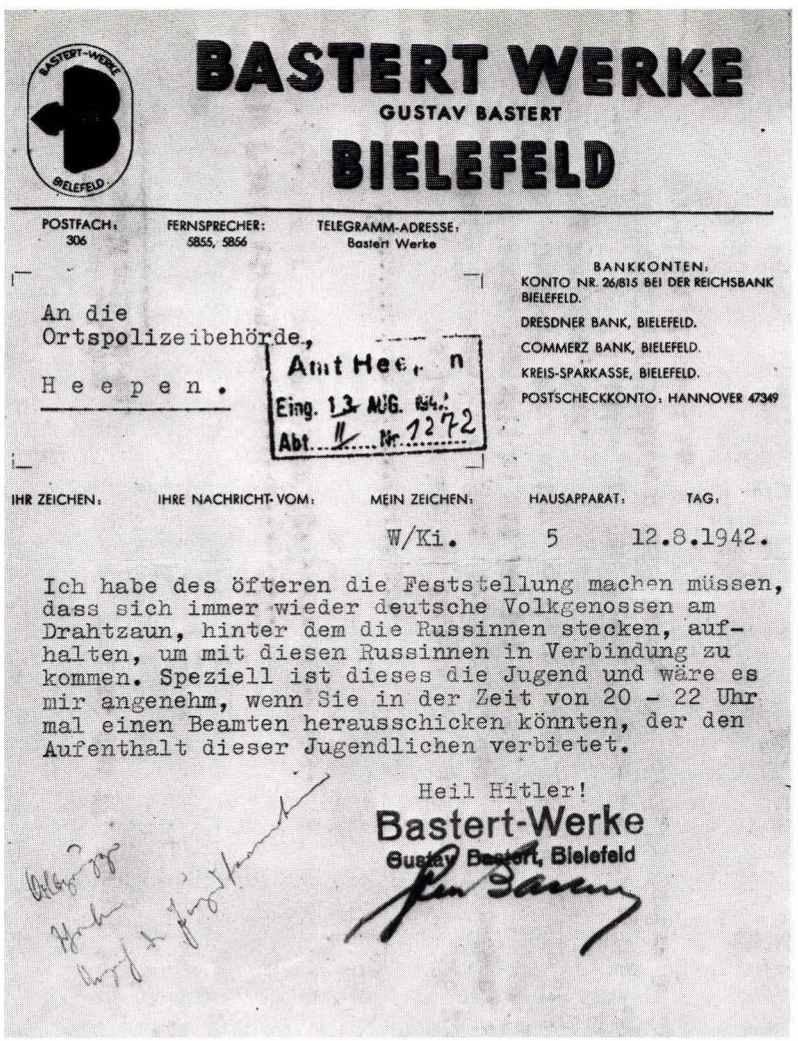
Fünf Monate Gefängnis für Ehrvergessenheit

Daß jeglicher Umgang mit Kriegsgefangenen zu unterbleiben hat, ist nicht nur gesetzlich geregelt, sondern sollte für jeden anständigen Deutschen eine Selbstverständlichkeit sein. Für die 28 Jahre alte Sofie L. aus Bielefeld, die sich am Dienstag vor dem Amtsgericht zu verantworten hatte, war das aber anscheinend nicht der Fall. Die bisher noch nicht vorbestrafte Angeklagte war in einem Bielefelder Betrieb beschäftigt, dem auch französische Kriegsgefangene zugewiesen waren. Obwohl die Gefolgschaftsmitglieder immer wieder darauf hingewiesen wurden, daß jeglicher Umgang mit den Gefangenen verboten ist, hat die Angeklagte sich mit einem Gefangenen unterhalten, sich von ihm ein Foto geben lassen und ihm sogar mehrfach Butterbrote und Zigaretten geschenkt. Als daraufhin Arbeitskameraden der Angeklagten Vorwürfe machten und sie verwarnten, hat sie dennoch den Gefangenen weiter gegrüßt und sich nach seinem Befinden erkundigt.

Wenn die Angeklagte auch weniger aus einer bewußten schlechten Absicht heraus gehandelt hat, so war das Verhalten doch für das Ehrgefühl aller deutschen Volksgenossen verletzend, so daß nur eine empfindliche Freiheitsstrafe in Frage kommen konnte. Lediglich mit Rücksicht auf das sonst von allen Seiten gegebene gute Leumundszeugnis hat es das Gericht bei einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten bewenden lassen. **sp.**

56. Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter in Bielefeld III

Jeder Umgang von Deutschen mit Kriegsgefangenen und mit zivilen Fremdarbeitern war außerhalb der Arbeitsplätze verboten. Auch hier sollte er sich auf das zur Erledigung der Arbeit notwendige Maß beschränken. Kontakte privater Natur widersprachen dem von den Nationalsozialisten propagierten »gesunden Volksempfinden«. Allzu häufig denunzierten »pflichtbewußte« Volksgenossen ihre Mitbürger oder Arbeitskollegen und meldeten Kontakte der Polizei. Verhöre bei der Gestapo, Haftstrafen oder Arbeitserziehungslager waren die schlimmen Folgen von Handlungen, die oft aus reiner Menschlichkeit vorgenommen wurden. Ein Beispiel hierfür ist die Verurteilung einer Frau zu fünf Monaten Gefängnis, weil sie einem französischen Kriegsgefangenen Butterbrote und Zigaretten zugesteckt und ein Foto von ihm erhalten hatte.



BASTERT WERKE
GUSTAV BASTERT
BIELEFELD

POSTFACH: 306 FERNSPRECHER: 5855, 5856 TELEGRAMM-ADRESSE: Bastert Werke

BANKKONTEN:
KONTO NR. 26/815 BEI DER REICHSBANK BIELEFELD.
DRESDNER BANK, BIELEFELD.
COMMERZ BANK, BIELEFELD.
KREIS-SPARKASSE, BIELEFELD.
POSTSCHECKKONTO: HANNOVER 47349

An die
Ortspolizeibehörde,
H e e p e n .

Amt Heepen
Eing. 13. AUG. 1941
Abt. II Nr. 1272

IHR ZEICHEN:	IHRE NACHRICHT VOM:	MEIN ZEICHEN:	HAUSAPPARAT:	TAG:
		W/Ki.	5	12.8.1942.

Ich habe des öfteren die Feststellung machen müssen, dass sich immer wieder deutsche Volkgenossen am Drahtzaun, hinter dem die Russinnen stecken, aufhalten, um mit diesen Russinnen in Verbindung zu kommen. Speziell ist dieses die Jugend und wäre es mir angenehm, wenn Sie in der Zeit von 20 - 22 Uhr mal einen Beamten herausschicken könnten, der den Aufenthalt dieser Jugendlichen verbietet.

Heil Hitler!
Bastert-Werke
Gustav Bastert, Bielefeld

(H 82) Verurteilung einer Frau wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen. (Artikel aus den Westfälischen Neuesten Nachrichten vom 16. 7. 1941).

(H 84) Anzeige der Bastert-Werke über Kontakte zwischen deutschen Jugendlichen und Ostarbeiterinnen (1942).

(H 87) Vermerk der Polizei: Klage einer Frau über die Bettelei von russischen Zivilarbeitern (1942).

Vermerk:
Frau Horstbrink,Heepen,Heeperholz 193 beschwert sich darüber, dass z.Zt.die russischen Zivilarbeiter u.-arbeiterinnen andauernt am betteln seien.Ihr Mann sei zum Heeresdienst eingezogen und sie sei mit dem Pflichjahrmädchen allein zu Hause.Am 29.12.42 seien 3 Russen gekommen und haben gebettelt.Sie sei allein zu Haus gewesen und bedeute daher diese Belästigungen eine Gefahr für ihre Sicherheit.Sie bittet darum,dass Abhilfe geschaffen wird.

G.R.
Herrn Meister der Schutzpolizei Bokemeier mit dem Ers.,die Gegend des öfteren zu kontrollieren.Es ist mit aller Schärfe gegen die bettelnden Russen vorzugehen.

H.d. 30. 12. 42.
D. A.

Heepen, den 5. 2. 1943.
Es sind in letzter Zeit Kontrollen vorgenommen und russische Zivilarbeiter, die hier betteln, umherzogen, festgenommen. Weitere Kontrollen finden statt.

53-19
Meister d. Schupo.

(H 93) Grabstein auf dem Sennefriedhof zur Erinnerung an russische Kriegsgefangene.



Für die Fremdarbeiter war es schwierig, gegen die entwürdigende Behandlung zu protestieren. Es gab keine gemeinsamen Aktionen, nur individuelle Verweigerungen, etwa dadurch, daß man das Tragen der Erkennungsplakette ablehnte.
Weil viele der Fremdarbeiter Hunger litten, kam es zu Betteleien und Diebstählen.
Die Plünderungen und Diebstähle nach Kriegsende sind auf die lange Hungerzeit und auf die schlimme Behandlung zurückzuführen. Übergriffe auf Lebensmittellager wie beispielsweise auf das Lager im Betheler Krankenhaus »Studentenheim« sind zwar nicht zu entschuldigen, wohl aber zu verstehen. Allein in Gadderbaum gab es im Mai 1945 noch drei Lager mit fast 200 russischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, und deren Situation hatte sich trotz des Kriegsendes nicht verbessert, brach doch die Versorgung in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der Amerikaner fast vollständig zusammen.

(H 81) Rundverfügung der Gestapo Bielefeld: Verbot des Umgangs mit Kriegsgefangenen (1940).
(H 83) Bericht des Amtsbürgermeisters in Heepen über das Verhalten polnischer Zivilarbeiter (1942).
(H 85) Meldung der Schutzpolizei über Kontakte zwischen russischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiterinnen (1944).
(H 86) Meldung der Fa. Anton & Richter über die Flucht von drei Ostarbeiterinnen (1945).

(H 88) Zeitungsartikel »Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen«; Westfälische Zeitung vom 27. 3. 1942.
(H 89) Rundschreiben des Amtsbürgermeisters von Heepen: Verhinderung von Kontakten zwischen Jugendlichen und Ostarbeiterinnen (1942).
(H 90) Gestapo Bielefeld an den Amtsbürgermeister in Heepen: Einweisung des polnischen Zivilarbeiters Hübner in das Arbeitserziehungslager Lahde/Weser (1944).
(H 91) Sowjetische Kriegsgefangene erbetteln Lebensmittel.
(H 92) Die Ortspolizeibehörde Gadderbaum an den Landrat: Diebstähle und Plünderungen russischer Kriegsgefangener nach Kriegsende (1945).

57. Die Bilanz von zwölf Jahren

Die Herrschaft der Nationalsozialisten und der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg haben in Deutschland und Europa Millionen von Opfern gefordert. Bis Januar 1945 sind mehr als 1,8 Millionen deutsche Soldaten gefallen und weitere 191 000 aus verschiedenen Ursachen umgekommen. 305 000 waren kriegsversehrt. Mit der Zahl der Vermißten und der in russischer Kriegsgefangenschaft Verstorbenen verloren rund

(H 95) Der Gehrenberg (1945).



4 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben. Die Zahl der Bombenopfer unter der Zivilbevölkerung wird auf über 500000 geschätzt. Mehr als 11 Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Die deutschen Städte lagen in Trümmern.

Schlimmer noch sieht die Bilanz für Europa aus. Allein in Rußland sind etwa 20 Millionen Menschen umgekommen, darunter rund 7 Millionen Zivilisten; in Polen insgesamt etwa 4,5 Millionen Menschen. Hinzu kommen 6 Millionen Juden, die in den Konzentrationslagern starben oder planmäßig getötet worden sind.

Rechnet man alle Staaten und Kriegsschauplätze zusammen, so liegt die geschätzte Zahl der Opfer des Zweiten Weltkrieges zwischen 30 und 50 Millionen.

In Deutschland war man nach dem Kriege schnell bereit, die Schuld an dem unendlichen Leid allein Hitler zuzuschieben. Er hatte den Nationalsozialismus an die Macht geführt, er hatte den Krieg vom Zaum gebrochen, er hatte auch die Vernichtung der Juden veranlaßt. Eine solche Einschätzung verkennt den Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft wie den der Vernichtungsmaschinerie. Hitler konnte sich 1933 auf einen beträchtlichen Teil der deutschen Elite stützen. Sie hat seine Herrschaft gewollt und dafür die Diktatur bewußt in Kauf genommen. Die

(H 96) Das Gebiet zwischen Obernstraße und Am Bach (1945).



Wehrmacht hat Hitler in seinen Kriegszielen bestätigt und alles getan, diese Ziele zu verwirklichen. Sie hat der SS und den Einsatzgruppen im Osten geholfen; sie war mitverantwortlich dafür, daß Millionen von Kriegsgefangenen in deutschen Lagern starben. Die deutsche Wirtschaft wollte die Zerschlagung der Gewerkschaften, sie wollte die Wiederaufrüstung, sie zog ihren Nutzen aus den Arisierungen und beteiligte sich an der Ausplünderung der besetzten Gebiete. Millionen von Deutschen haben Hitler 1933 die Stimme gegeben. Sie haben gewußt, daß damit anderen das Recht auf eigene politische Meinung genommen würde; sie haben sich nicht daran gestoßen, daß schon mit der Machtübernahme die ersten Konzentrationslager eingerichtet worden sind; viele haben sich an der Verfolgung, ja an der Ermordung Andersdenkender beteiligt.
Die Frage der persönlichen Schuld vieler Deutscher ist ein Problem, mit dem sich die Gerichte beschäftigt haben und noch beschäftigen. Die Frage der Verantwortung hat jeder Zeitgenosse mit sich selbst auszumachen. Die Vergangenheit ist nicht zu »bewältigen«, aber sie ist aufzuklären. Von den Nachkommenden ist zu fordern, daß sie sich der Vergangenheit stellen und mit der Kenntnis dieser Vergangenheit leben. Nur so kann verhindert werden, daß sich die schlimmen Jahre in irgendeiner Form wiederholen.

(H 94) Plakat »Zahlen klagen an . . . Hitler war unser Unglück!« (nach 1945).

58. Das Ende in Bielefeld

Am Abend des 4. April 1945 wehte vom Rathaus die weiße Fahne der Kapitulation. Die Amerikaner waren bis in den Stadtkern vorgedrungen, ohne auf nennenswerten Widerstand zu gestoßen zu sein. Nur in Brackwede, am Gaswerk und am Lönkert, war es zu sinnlosen Schießereien gekommen, weil es noch immer Leute gab, die meinten, Deutschland ausgerechnet dort bis zum letzten Mann verteidigen zu müssen.
Schon in den letzten Märztagen hatte der amerikanische Vorstoß bis in die Nähe der Stadt geführt. Am 31. standen die Panzer bereits an der Grenze des Landkreises, doch wurde Bielefeld zunächst westlich und östlich umgangen. Jöllenbeck kam am 2. April, Ubbedissen am Morgen des 3. April in amerikanische Hände. Es scheint, als hätten der Leiter des Johannesstifts, Pastor Pawlowski, und Oberbürgermeister Budde die Kapitulation der Stadt heimlich vorbereitet. Jedenfalls fuhr Pawlowski mit dem Fahrrad den anrückenden Besatzern auf der Gütersloher Straße entgegen und teilte mit, daß kein Widerstand geleistet werde. Die Wehrmachtsführung und die Parteigrößen machten sich davon, nachdem es in den Tagen zuvor noch zu Auseinandersetzungen vor allem mit dem fanatischen Kreisleiter Reineking um die Verteidigung Bielefelds gekommen war.
Zum Stadthauptmann setzten die Amerikaner den Versicherungsdirektor Josef Niestroy ein, während Budde mit Hilfe Pawlowskis zunächst untertauchte. (Später hat er sich den Besatzungstruppen gestellt).

(H 97) Der von den Amerikanern eingesetzte Stadthauptmann versucht, erste Ordnung in das Chaos der Tage der Kapitulation zu bringen.



Preis 10 Pfg.

Westfälische Zeitung

Bielefeld, den 10. April 1945
135. Jahrgang

Bielefelder Tageblatt

Druck und Verlag J. D. Küster Nachf.
Verleger Dr. Reinhard Kaeller
Hauptschriftleiter Carl Kähne

Einwohner Bielefelds!

In dieser ernsten Stunde wird die Bevölkerung aufgerufen, höchste Ruhe und Besonnenheit zu wahren und äusserste Disziplin zu üben, damit unnötige Leiden für unsere Heimatstadt vermieden werden. Die Stadtverwaltung wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um einen geordneten Gang der Verwaltung aufrecht zu erhalten. Ein jeder trage durch sein Verhalten dazu bei, daß Reibungen und Spannungen auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden.

Die Lenkung der Lebensmittelversorgung und die Bewirtschaftung der Spinnstoff- und Schuhwaren sowie der Haushaltsgegenstände erfolgt in bisheriger Weise planmäßig. Dem Kleinhandel ist es schärfstens untersagt, Lebensmittel ohne Marken abzugeben. Die Ausgabe von Spinnstoffen, Schuhwaren usw. muß vorläufig bis zum 20. April gesperrt werden.

Alle Personen, die in den letzten Tagen Lebensmittel oder Textil- und Schuhwaren sowie Haushaltsgeräte aller Art aus öffentlichen Beständen oder Versorgungslägern ohne behördlichen Ausweis empfangen oder in Besitz genommen haben, sind verpflichtet, sie zurückzugeben, damit sie der allgemeinen Planbewirtschaftung zugeführt werden können.

Die Rückgabe hat vom Mittwoch, dem 11. bis Freitag, dem 13. April in der vorgeschriebenen Ausgehzeit zu erfolgen. Es sind abzuliefern:

Lebensmittel in der Turnerstraße 49 (Hauptzollamt)
Textil- u. Schuhwaren, Leder u. Haushaltsgeräte im Stadttheater

Die Straßen dürfen nur in den für den Geschäftsverkehr freigegebenen Zeiten betreten werden.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß von 18 Uhr bis 7 Uhr morgens auf Anordnung der Besatzungsmacht die Häuser in keinem Falle verlassen werden dürfen, da sich jeder, der in dieser Zeit auf der Straße angetroffen wird, der Gefahr aussetzt, ohne Anruf erschossen zu werden.

Bielefeld, den 10. April 1945.

Der Stadthaupfmann
Niestroy

Unter Niestroys Leitung konnte die Stadtverwaltung weiterarbeiten, und das hieß, erst einmal in diesen chaotischen Tagen die Versorgung zu sichern. Niestroy forderte öffentlich dazu auf, Nahrungsmittel und Textilien zurückzugeben, die bei der Plünderung der Lebensmittel- und

Bekleidungslager wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner mitgenommen worden waren. Tatsächlich hat dieser Aufruf einigen Erfolg gehabt.
Ab Anfang Mai 1945 übernahmen die Engländer das Kommando in Bielefeld. Der von ihnen eingesetzte Gouverneur, Colonel MacOlive, wurde der eigentliche Herr der Stadt. Er ernannte am 21. Januar 1946 einen vorläufigen Stadtrat, der bis zur Wiederkehr demokratischer Verhältnisse die Geschicke Bielefelds unter englischer Aufsicht lenkte.



(H 98) Colonel MacOlive, der britische Gouverneur, im Bielefelder Rathaus
(Aus G. Gerke, Bielefeld, so wie es war, Bd. 2).

Bildnachweis

Die meisten der im Katalog wiedergegebenen Fotos stammen aus den Beständen des Stadtarchivs. Sofern Bilder aus der Literatur übernommen wurden, ist dies vermerkt. Darüber hinaus sind uns von Privatpersonen und Institutionen Bilder zur Verfügung gestellt worden. Allen Leihgebern sei hiermit vielmals gedankt.

Quellen und Literatur

Auf Einzelnachweise ist bei den Quellen verzichtet worden. Die Akten stammen aus den Beständen des Stadtarchivs Bielefeld und des Staatsarchivs Detmold. Ferner sind uns von Privatpersonen und Instituten Dokumente zur Wiedergabe überlassen worden. Die Reproduktionen von Zeitungsartikeln entstammen den im Stadtarchiv bewahrten Bielefelder Tageszeitungen.
Die folgende Literaturübersicht ersetzt keine Bibliographie zur NS-Zeit. Sie bietet lediglich eine Auswahl von Büchern, die für die Ausstellung und den Katalog benutzt worden sind oder deren Lektüre als Anregung empfohlen werden kann.

1. Bibliographie

Hüttenberger, Peter: Bibliographie zum Nationalsozialismus (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte 8). Göttingen 1980.

2. Literatur über die Weimarer Republik und die NS-Zeit in Stadt und Kreis Bielefeld

Brandt, Wilhelm: Friedrich von Bodelschwingh 1877–1946. Nachfolger und Gestalter. Bielefeld-Bethel 1967.

Brauer, Michael: Die Bielefelder SPD zur Zeit der nationalsozialistischen »Machtergreifung«. In: Harder-Gersdorff u. a. (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Bielefelder Arbeiterbewegung. Bielefeld 1981, S. 169–198.

Brokfeld, Karl-August: Der Kirchenkampf in der Bielefelder Presse 1933/34. In: 66. Jahresbericht d. Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1968/69, S. 111–150.

(Buch) Das Buch der Gefolgschaft. Aus der Geschichte der Firma Dr. August Oetker. Bielefeld 1941.

Fenner, Peter (Hrsg.): Bethel in den Jahren 1939–1943. Eine Dokumentation zur Vernichtung lebensunwerten Lebens. In: Bethel – Arbeitsheft 1. 4. Aufl. Bielefeld 1979, S. 3–35.

Frey, Theodor: Jöllenbecker Erinnerungen: Missionar Schildmann in Schutzhaft. In: Jöllenbecker Blätter 29, April 1978, S. 987f.

Gerke, Günter: Bielefeld, so wie es war, Bd. 2, 2. Aufl. Düsseldorf 1978.

Gramlich, Bernhard, u. a. (Hrsg.): Ein Jahrhundert Diakonie in Bethel. Bielefeld 1967.

Harder-Gersdorff, Elisabeth, Arno Klönne und Karl-Theodor Stiller (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Bielefelder Arbeiterbewegung. Bielefeld 1981.

Hey, Bernd: Bielefeld und seine Bevölkerung in den Berichten des Sicherheitsdienstes (SD) 1939–1942. In: 70. Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1976, S. 227–274.

Hey, Bernd: Zum Kirchenkampf im Raum Bielefeld. In: 69. Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1974, S. 105–122.

Hiemisch, Max: Der nationalsozialistische Kampf um Bielefeld. (Die Geschichte der NSADP Bielefeld). Bielefeld 1933.

Hochmuth, Anneliese: Bethel in den Jahren 1939–1943. Eine Dokumentation zur Vernichtung lebensunwerten Lebens. In: Bethel – Arbeitsheft 1, 4. Aufl. 1979.

Kronheim, Hans: Geschichte der Synagogengemeinde Bielefeld. In: Das Buch der Stadt. Bielefeld 1926, S. 160–163.

Kühlwein, Friedrich Karl: Die Kämpfe in und um Bielefeld im März und April 1945. In: 56. Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1951, S. 269–318.

Lawan, Christian: Die Bielefelder KPD im Widerstand gegen den Faschismus. In: Harder-Gersdorff u. a. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Bielefelder Arbeiterbewegung. Bielefeld 1981, S. 199–230.

Maas, Herbert: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bielefeld in der brandenburgisch-preußischen Zeit bis zur Emanzipation. In: 65. Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1968, S. 79–94.

Meyersieck, Johannes: Chronik der evangelischen Kirchengemeinde Ubbedissen. Bielefeld 1968.

Meyersieck, Johannes: Kriegsende 1945 in Ubbedissen und Lämershagen. Eine Ergänzung zu Fr. Kühlweins Darstellung der Kämpfe in und um Bielefeld. In: 58. Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1956, S. 216–226.

Meynert, Joachim, und Friedhelm Schäffer: Die Juden in Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus. Maschinenschriftl. Manuskript, Bielefeld 1981. (Demnächst im Druck als: Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte, Bd. 3).

Niemann, Ursula (Bearb.): Liste der um 1933 in Bielefeld ansässig gewesenen Juden und ihre Schicksale. Maschinenschriftl. Manuskript, 2. Aufl. Bielefeld 1971/72.

Niemöller, Wilhelm: Bielefelder Dokumente zum Kirchenkampf. Bielefeld 1947.

Niemöller, Wilhelm: Aus dem Leben eines Bekenntnispfarrers. Bielefeld 1961.

Nölle, Ernst: Geschichte der Loge Armin zur deutschen Treue in Bielefeld. Bielefeld 1932.

Potratz, Barbara: Die Synagoge brennt . . . Zur 25. Wiederkehr der Kristallnacht am 9./10. November. In: Blätter des Bielefelder Jugendkulturrings 158, November 1963 (Jahrg. 14), S. 27–32.

Rahe, Wilhelm: Die Eröffnung des Predigerseminars der Bekennenden Kirche in Bielefeld-Sieker am 7. November 1934. In: Jahrbuch f. Westfäl. Kirchengeschichte 49/50, 1957/58, S. 176–190.

(Reich) Wird unser Reich Jahrtausend dauern. Bielefeld 1933–1945. Kunst und Kunstpolitik im Nationalsozialismus. Ausstellungskatalog, Kunsthalle Bielefeld 1981. Text: Rüdiger Jörn.

Sax-Demuth, Waltraut: In jenen Tagen . . . Weiße Fahnen über Bielefeld. Untergang und Neubeginn 1945. Herford 1982.

Schäffer, Friedhelm: s. Meynert

Schütz, Annegret: Machtergreifung und Gleichschaltung in Bielefeld. Maschinenschriftl. Manuskript. Bielefeld 1976.

(Stadttheater) 75 Jahre Stadttheater Bielefeld. 1904–1979. Hrsg. von den Bühnen der Stadt Bielefeld. Bielefeld 1979.

Vogelsang, Reinhard: Die Bielefelder Stadtverordnetenversammlung 1929–1933. In: 68. Jahresbericht des Histor. Vereins f. d. Gfsch. Ravensberg 1972, S. 162–181.

Zoremba, Dieter: Die kommunistische Arbeiterbewegung in der Stadt und im Landkreis Bielefeld am Ende der Weimarer Republik (1929–1933). Maschinenschriftl. Manuskript. Bochum 1981.

3. Allgemeine Literatur und Literatur über Westfalen

a) Übersichten, politische Geschichte, Biographien

Bahne, Siegfried: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935. Frankfurt am Main 1976.

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Stuttgart u. Düsseldorf, 5. Aufl. 1971; (als Taschenbuch) 1. Aufl. 1978).

Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus. Köln und Berlin 1969.

Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln u. Opladen, 2. Aufl. 1962.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1969 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9).

Buchheim, Hans, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates. 2 Bände. Olten u. Freiburg im Breisgau, 2. Aufl. 1979.

Diehl-Thiele, Peter: Partei und Staat im Dritten Reich, Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945. München 1969 (Studienausgabe, 2. Aufl. München 1971).

(Ende) Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Mathias und Rudolf Morsey. Düsseldorf 1960.

Fest, Joachim: Hitler: Eine Biographie. Frankfurt, Berlin, Wien 1973.

(Gau) Der Gau Westfalen Nord. Hrsg. vom Gau Westfalen-Nord. Detmold 1939.

Grunberger, Richard: Das zwölfjährige Reich. Der Deutsche Alltag unter Hitler. Wien u. a. 1937.

Hildebrand, Klaus: Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Bosch, Michael (Hrsg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Düsseldorf 1977, S. 55–61.

Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Gütersloh 1967.

Horn, Wolfgang: Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933). Düsseldorf 1972.

Hüttenberger, Peter: Die Anfänge der NSDAP im Westen. In: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau. Hrsg. von Walter Först. Köln u. Berlin 1972, S. 53–80.

Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969.

Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Köln 1982.

Kroll, Gerhard: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Berlin 1958.

Kuhn, Anette, und Valentine Rothe: Frauen im deutschen Faschismus. 2 Bde., Düsseldorf 1982.

Mason, Timothy W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939. Opladen 1975.

Matzerath, Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart 1970.

Mommsen, Hans: Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Bosch, Michael (Hrsg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Düsseldorf 1977, S. 62–71.

Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Stuttgart 1966.

Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963.

Nolte, Ernst: Der Nationalsozialismus. Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1970 (Ullstein-TB 2756).

Petzina, Dieter, Werner Abelshauser u. Anselm Faust: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945. München 1978.

Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968.

Schröder, Arno: Mit der Partei vorwärts! Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord. Detmold 1940.

Schulz, Gerhard: Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt u. Berlin 1975.

Stockhorst, Erich: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich? Velbert u. Kettwig 1967.

(Theorien) Theorien über den Faschismus. Hrsg. von Ernst Nolte. Köln 1967.

Vogelsang, Reinhard: Der Freundeskreis Himmler. Göttingen 1972.

(Wahlen) 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen. 1919–1968. Düsseldorf 1969.

Wegner, Bernd: Hitlers Politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933–1945. Paderborn 1982.

Winkler, Heinrich August: Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 20, 1972, S. 175–191.

b) Verfolgung und Widerstand

Altmann, Peter, u. a.: Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933–1945. In Bildern und Dokumenten. Frankfurt am Main 1978.

Bonvier, Beatrix: Die deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1972.

Buchheim, Hans, u. Walter Schmitthenner: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966.

Elling, Hanna: Frauen im deutschen Widerstand 1933–1945. Frankfurt am Main 1978.

(Gewissen) Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945. Gesammelt von Annedore Leber. Hrsg. in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher. Frankfurt am Main 1955.

Helm, Rolf: Anwalt des Volkes. Erinnerungen. Berlin 1978.

Hübner, Irene: Unser Widerstand. Deutsche Frauen und Männer berichten über ihren Kampf gegen die Nazis. Frankfurt am Main 1982.

Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München 1969.

Klein, Herbert: Arbeiterwiderstand im Faschismus. Nördliches Ruhrgebiet/Münsterland 1933–1945. Münster 1979.

Kleßmann, Christoph, u. Falk Pingel (Hrsg.): Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit. Frankfurt am Main 1980.

Klönne, Arno: Gegen den Strom. Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich. Hannover 1957.

Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Hannover 1969.

Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Berlin 1946 u. ö.

(Material) Material zu einem Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Vervielfältigtes Manuskript, London 1946.

Neuberger, Helmut: Freimaurerei und Nationalsozialismus, 2 Bde., Hamburg 1980.

Peukert, Detlev: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945. Frankfurt am Main 1976.

Pingel, Falk: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg 1976.

Röder, Werner: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Bonn 1973.

Roon, Ger van: Widerstand im Dritten Reich. München 1979.

Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Frankfurt am Main 1961.

Schnabel, Reimund: Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS. Frankfurt am Main 1957.

Schuler, Jung, Helga, U. Horst u. W. Emer (Hrsg.): Ostwestfalen im Faschismus (Arbeitstitel) (Verschiedene Beiträge, Biographien, erscheint 1983).

Steinberg, Hans-Josef: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945. Bonn, 2. Aufl. 1973.

(We) 1939–1945. We have not forgotten. Warschau 1960.

Weisenborn, Günther: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. Hamburg 1953.

(Widerstand) Widerstand an Rhein und Ruhr 1933–1945. Hrsg. vom Landesverband der VVN. Düsseldorf 1969.

(Widerstand) Widerstand 1933–1945. Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gegen Hitler (Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn 1980.

(Widerstand) Widerstand und Verfolgung in Dortmund (Ausstellung). Dortmund 1981.

(Widerstandskämpfer) Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe. 2 Bde., Berlin 1970.

c) Verfolgung von Juden und Zigeunern

Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1979.

Adler, Hans Günther, H. Langbein u. E. Lingens-Reiner: Auschwitz. Zeugnisse und Berichte. Frankfurt am Main 1962.

Adler, Hans Günther: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974.

Barlev, Jehuda: Juden und jüdische Gemeinden in Gütersloh 1671–1943. Hrsg. von der Stadt Gütersloh. Gütersloh 1977.

Brilling, Bernhard: Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815–1945. In: Beiträge zur Geschichte der preußischen Provinz Westfalen. Band 2, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen. Münster 1978, S. 107–143.

Diamant, Adolf: Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Mit Anlage: Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945–1980. Frankfurt am Main 1982.

Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen 1966.

Hahn, Fred: Lieber Stürmer! Leserbriefe an das NS-Kampfblatt 1924–1945. Bonn 1978.

Hanf Noren, Catherine: The Camera of my Familiy. New York 1976.

Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973.

Hohmann, Joachim S.: Zigeuner und Zigeunerwissenschaft. Ein Beitrag zur Grundlagenforschung und Dokumentation des Völkermordes im »Dritten Reich«. Marburg 1980.

Kenrick, Donald, u. Gratton Puxon: Sinti und Roma. Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat. Göttingen 1981.

Kenrick, Donald, Grattan Puxon u. Tilman Zülch: Die Zigeuner. Verkannt – verachtet – verfolgt. Hannover 1980.

Knipping, Ulrich: Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches. Dortmund 1977.

Kronheim, Hans: Geschichte der jüdischen Gemeinde in Minden-Ravensberg. In: Minden-Ravensberg, ein Heimatbuch. Bielefeld u. Leipzig 1929, S. 357–361.

Meyer, Hans Chanoch: Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Frankfurt am Main 1962.

Oppenheimer, Max, Horst Stuckmann u. Rudi Schneider: Als die Synagogen brannten. Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute. Frankfurt am Main 1978.

Pätzold, Kurt: Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935). Berlin 1975.

Pogrom, Zeitschrift für bedrohte Völker. Sonderausgabe: 3. Welt-Roma-Kongreß. Göttingen 1981.

(Reichskristallnacht) »Reichskristallnacht« in Hannover. Eine Ausstellung zur 40. Wiederkehr des 9. November 1938 (Historisches Museum). Hannover 1978.

Reitlinger, Gerald: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945. 3. Aufl. Berlin 1960.

Ribbert, Uta: Juden in Westfalen. In: Westfalenspiegel. Heft Jan., Feb., März 1981.

Scheffler, Wolfgang: Judenverfolgung im Dritten Reich. Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 4. Hrsg. von der Landeszentrale f. polit. Bildungsarbeit Berlin in Verbindung mit dem Otto-Suhr-Institut. Berlin 1964.

Schoenberner, Gerhard: Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933–1945. Hamburg 1960.

d) Die Kirche

Binder, Gerhard: Irrtum und Widerstand. Die Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. München 1968.

Hegel, Eduard: Die katholische Kirche in Westfalen 1815–1945. In: Beiträge zur Geschichte der preußischen Provinz Westfalen. Band 2: Kirchen und Religionsgemeinschaften. Münster 1978, S. 1–39.

Hey, Bernd: Die Kirchenprovinz Westfalen 1933–1945. Bielefeld 1974.

Niemöller, Wilhelm: Chronik des Kirchenkampfes in der Kirchenprovinz Westfalen. Bielefeld 1962.

Niemöller, Wilhelm: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche. Bielefeld 1948.

Portmann, Heinrich: Bischof Graf von Galen spricht! Ein apostolischer Kampf und sein Widerhall. Freiburg im Br. 1946.

Portmann, Heinrich: Dokumente um den Bischof von Münster. Münster 1948.

Stupperich, Robert: Die evangelische Kirche in Westfalen 1815–1945. In: Beiträge zur Geschichte der preußischen Provinz Westfalen. Band 2: Kirchen und Religionsgemeinschaften. Münster 1978. S. 41–104.

e) Der Zweite Weltkrieg
(einschl. Euthanasie, Kriegsgefangene, Fremdarbeiter, Wirtschaft)

Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944. München 1974.

Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943. Stuttgart 1967.

Dahms, Hellmuth Günther: Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Tübingen 1965.

Deus, Regina, Herbert Klemisch u. Manfred Krause: Fremdarbeiter in Solingen 1939–1945. Ohne Ort u. Jahr (zu beziehen über das Stadtarchiv Solingen).

Ehrhardt, H.: Euthanasie und Vernichtung »lebensunwerten« Lebens. Stuttgart 1965.

Euler, Helmuth: Die Entscheidungsschlacht an Rhein und Ruhr 1945. Stuttgart 1980.

Gruchmann, Lothar: Der Zweite Weltkrieg. Kriegsführung und Politik. 7. Aufl. München 1982.

Homze, E. L.: Foreign Labour in Nazi-Germany. Princeton 1967.

Janssen, Gregor: Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg. Berlin, Frankfurt am Main, Wien 1968.

Kallmeyer, Johannes: Soziale Lage und Widerstand der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im Deutschen Reich (1939–1945). Maschinenschriftl. Manuskript, Bielefeld 1979.

Kuropka, Joachim: Stimmung und Lage der Bevölkerung in Westfalen zu Kriegsbeginn 1939. In: Westfälische Forschungen 30, 1980, S. 169–197.

Meyer-Detring, Wilhelm: Die militärischen Ereignisse im rheinisch-westfälischen Raum während des Zweiten Weltkriegs. In: Westfälische Zeitschrift 117, 1967, S. 49–65.

Milward, Alan S.: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945. Stuttgart 1966.

Milward, Alan.: S.: Der 2. Weltkrieg: Kriegswirtschaft und Gesellschaft 1939–1945. München 1977.

Petzina, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968.

(Protokoll) Protokoll Stukenbrock, Hrsg. vom Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock. 2. Aufl. o. Ort 1981.

Seeber, E.: Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement 1939–1945. Berlin 1964.

Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Stuttgart 1978.

Wegmann, Günter: Das Kriegsende zwischen Niederrhein, Emsland und Teutoburger Wald im März/April 1945. 2. Teil. In: Osnabrücker Mitteilungen 84, 1978, S. 111–207.

Anhang

Verzeichnis der Straßen, Stätten und Gebäude, die in Bielefeld an Verfolgung und Widerstand während der nationalsozialistischen Herrschaft erinnern.

Dieses Verzeichnis kann nicht vollständig sein. Noch immer fehlt eine Darstellung zum Thema Verfolgung und Widerstand in Bielefeld, aus der man ein umfassendes Bild gewinnen könnte. Deshalb konnten nur die Straßen, Stätten und Gebäude aufgenommen werden, von denen wir zur Zeit Kenntnis haben.
Das Verzeichnis gliedert sich in die folgenden Gruppen:

1. Arbeiterbewegung
2. Kirchen
3. Rassisch Verfolgte
4. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene
5. NS-Institutionen
6. Straßen und Plätze

Die Übersicht in der dritten Gruppe stützt sich im wesentlichen auf die Arbeit von Meynert und Schäffer (vgl. das Literaturverzeichnis). Für viele Hinweise zur ersten Gruppe danken wir Christian Lawan.

1. Arbeiterbewegung



Das Kamphofviertel

Das Kamphofviertel war eines der typischen Bielefelder Arbeiterviertel. In der Meller, Bremer-, Siegfried-, Nord-, Schildescher- und Sudbrackstraße finden sich die charakteristischen Arbeiterwohnhäuser. Als Hochburg der von der SPD geprägten Arbeiterbewegung war das Kamphofviertel bevorzugtes Objekt von Propagandamärschen der SA. Häufiger kam es dabei zu regelrechten Straßenschlachten zwischen den Nationalsozialisten und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Foto: Meller Straße (1982)

Der Konsumbau

Meller Straße 48 – 52. Der Bau war das Zentrum des Widerstands gegen die Provokationen der SA-Trupps. Nach dem Reichstagsbrand wurde er



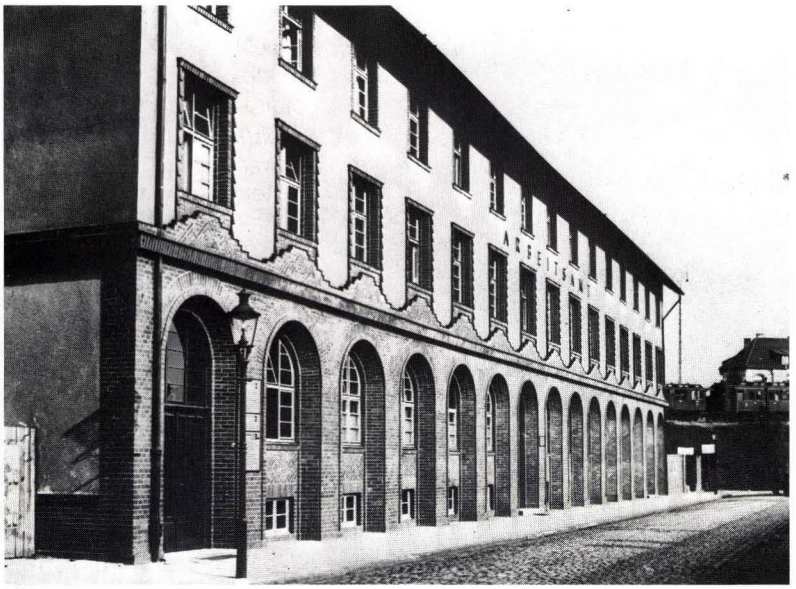
immer wieder von Polizei und SA umstellt und auf Waffen und verbotene Druckschriften durchsucht. Seine Bewohner mußten sich Verhaftungen und Verhöre gefallen lassen.

(Foto 1982)

Das Arbeitsamt

Friedenstraße 19. In der Weimarer Zeit war es für den Arbeitsamtsbezirk Bielefeld und Halle zuständig. Im Jahr 1932 wurden mehr als 20000 Erwerbslose betreut, von denen allerdings nur noch ein Drittel Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatte. Im Zeichen der Wahlkämpfe dieses Jahres kam es in der engen Straße zu Schlägereien zwischen Arbeitslosen und Anhängern der NSDAP, am schlimmsten im Juli im Vorfeld der Reichstagswahl.

(Foto um 1929)



Das Volkswacht-Gebäude

Die »Volkswacht« war das Parteiorgan der SPD; sie erschien seit Aufhebung der Sozialistengesetze 1890. In diesem Gebäude wurden auch die übrigen Druckschriften und Plakate der Partei hergestellt.
Schon am 1. Februar 1933 umstellten SA-Leute das Gebäude, doch konnten sie nichts ausrichten, weil beim Arbeitsamt wartende Erwerbslose es schützten. »Die Volkswacht« wurde am 25. Februar zunächst



auf drei Tage, dann vom 28. Februar an ganz verboten. Am 28. Februar besetzte die Polizei das Gebäude und beschlagnahmte das Inventar einschließlich der Druckmaschinen.

(Foto vor 1933)



Die Ziegelstraße

Das Gebiet um die Ziegelstraße im früheren V. Kanton war eines der Bielefelder Arbeiterviertel. Da hier die KPD das politische Feld beherrschte,



kam es schon vor 1933 häufig zu Schlägereien. Nach Hitlers Machtergreifung veranstalteten Polizei und Hilfskräfte (SA, SS und Stahlhelm) in diesem Gebiet Razzien und Haussuchungen. Zahlreiche Kommunisten sind hier verhaftet und ins Gefängnis verschleppt worden.

(Foto aus den 20er Jahren)

Ziegelstraße 67

Die Gastwirtschaft »Zum Dortmunder Stiftskrug« (heute »Am TÜV«) war ein bevorzugter Treffpunkt kommunistischer Arbeiter.

(Foto um 1930)



Die Bleichstraße

In einzelnen Häusern in der Bleichstraße wurden Flugblätter und Druckschriften gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verfaßt und hergestellt.
Im Haus Nr. 171 stand eine Handdruckmaschine. Zum Teil wurden hier selbst verfaßte Texte abgezogen, zum Teil auch Matrizen aus der KPD-Zentrale Essen vervielfältigt.
Im Haus Nr. 66 half ein Parteiloser einer illegalen KP-Gruppe, indem er seinen Keller für Druckarbeiten zur Verfügung stellte. Von etwa März bis Oktober 1933 wurde hier der illegale »Kämpfer« der KPD gedruckt.

Foto: Bleichstraße 171 (1982)

Der Heimweg

Unter dem Dach des Hauses Nr. 12 verfaßte Else Zimmermann, nach dem Krieg Landrätin des Kreises Bielefeld, im März und April 1933 zwei Ausgaben der »Roten Volkswacht«, einer illegalen KPD-Zeitung.



Die Ausgaben wurden von dem Maurer Konstantin Langhammer im Haus Nr. 18 vervielfältigt.
Else Zimmermann konnte sich durch Flucht der Verhaftung entziehen. Langhammer wurde festgenommen.

Foto: Heimweg 12 (1982)

Illegale Druckereien

In den Arbeitervierteln gab es eine größere Zahl illegaler Druckereien. Sie sind im einzelnen nur dadurch nachzuweisen, daß die Polizei dort Vervielfältigungsapparate und Druckmaschinen beschlagnahmte und die Betreiber verhaftete. Die Druckereien gehörten sowohl Anhängern der SPD wie der KPD. Folgende sind bekannt:

Ziegelstraße 63 a, Verein für Bestattungsfürsorge
(Fortsetzung des Proletarischen Freidenkerverbandes)
Meisenstraße 52, Rote Hilfe
Fehrbelliner Straße 6
Am Uhlenteich 4
Heimweg 18 — alle 1933
Brönninghausen Nr. 10
Stieghorster Straße 6 — beide Anfang 1934

Bei der Entdeckung wurden jeweils eine größere Zahl von Arbeitern (Druckern, Kurieren) festgenommen.

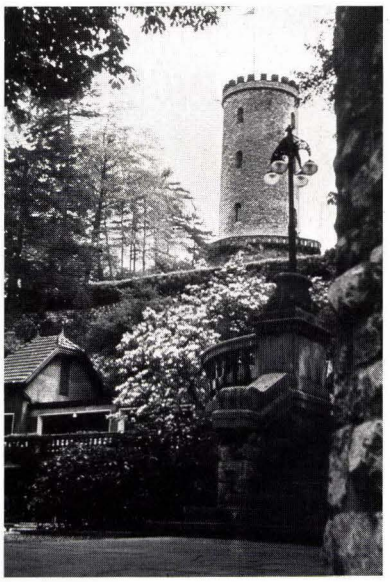
Illegale Treffpunkte

Für die in der Illegalität kämpfenden Arbeiter war es wichtig, gelegentlich unbeobachtet zusammenzukommen, um Gedanken auszutauschen, sich Mut zu machen und Absprachen zu treffen. Auch wurde hier Material ausgetauscht.



Solche Treffpunkte waren, soweit bekannt, am Walkenweg, in den Heeper Fichten, in der Senne, in den Rieselfeldern, auf Friedhöfen, in Gartenkolonien und bei Peter auf'm Berge, ja sogar auf dem Alten Markt.

Fotos: Am Walkenweg (um 1930),
der Alte Markt (um 1930),
an der Sparrenburg (um 1939)





Die Carl-Hoffmann-Straße

Die Häuser gehörten der »Freien Scholle«. Vom Haus Nr. 24 aus verteilte Marie-Luise Hartmann (im Bild rechts) illegale Druckschriften. Noch 1933 wurde sie festgenommen und ins Gefängnis gebracht.

(Foto 1982)



Der Fichtenhof

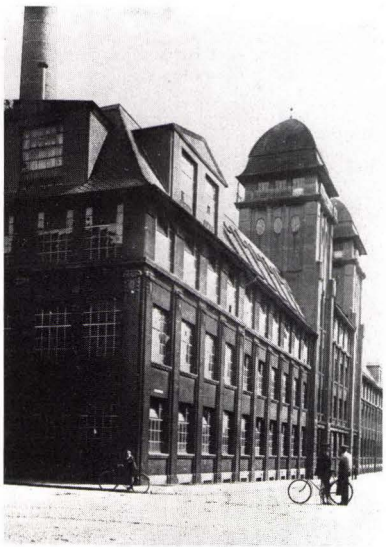
Heinrich-Forke-Straße 5, war ein Lokal, in dem vor allem die Anhänger der SPD verkehrten. Bis 1933 fanden hier zahlreiche Parteiveranstaltungen statt.

(Foto um 1930)

Industriebetriebe

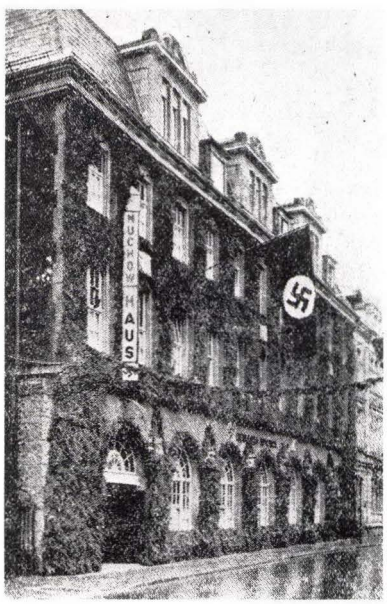
Vor allem in der Bielefelder Metallindustrie hat es Widerstandsgruppen gegeben. Ein Teil der 1944 hingerichteten Arbeiter, die ihr Grab auf dem Ehrenfeld des Sennefriedhofs gefunden haben, war in den Dürkoppwerken (Nikolaus-Dürkopp-Straße) und in den Benteler-Werken (Weidenstraße, heute Frachtstraße) beschäftigt.





Andere Firmen, aus denen Widerstand in irgendeiner Form bekannt ist (Einheitsfrontkontakte, Ablehnung der Winterhilfswerk-Spende, Ablehnung der Vertrauensratswahl, Verteilung von Flugblättern):
Gebr. Wittler, Bleichstraße,
Miele & Co., Schildescher Straße,
Kochs Adler Nähmaschinenwerke, Teichstraße
Feldmühle AG, Hillegossen,
Anker-Werke, Ravensberger Straße.

Foto: Dürkoppwerke (1927)



Die Eisenhütte

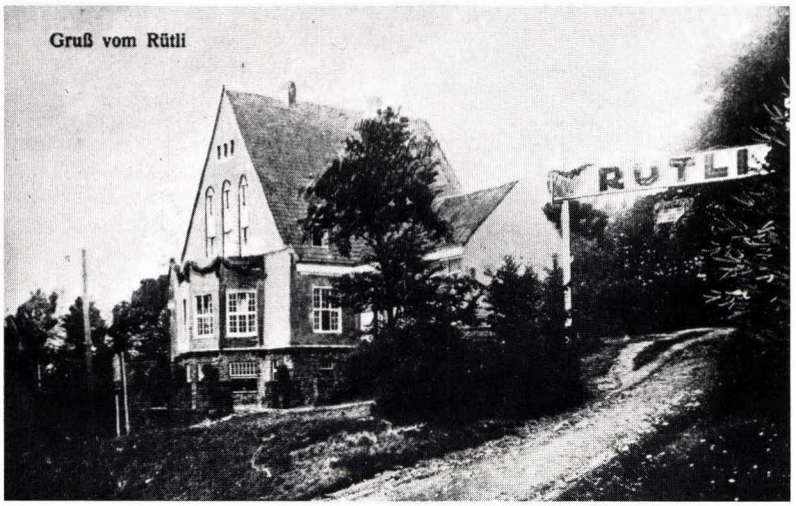
Sie ist als Versammlungshaus des Metallarbeiterverbandes errichtet worden. Am 2. Mai 1933 wurde die Eisenhütte von der SA besetzt. Wie alles Gewerkschaftsvermögen wurde sie auf die Deutsche Arbeitsfront übertragen und in »Muchow-Haus« umbenannt.

Foto (1935)

Waldheim Rütli

Osningstraße 245. Das Ausflugslokal gehörte dem Deutschen Metallarbeiterverband. Wie das übrige Gewerkschaftsvermögen wurde es im Mai 1933 beschlagnahmt und in das Eigentum der Deutschen Arbeitsfront überführt.

(Foto um 1920)



Heim der Sozialistischen Arbeiterjugend

Melanchthonstraße 76 (abgerissen). Das Heim wurde 1933 enteignet und der Hitlerjugend übermacht. Es trug seitdem die Bezeichnung »Baldur-von-Schirach-Haus«.

Ehrenfeld auf dem Sennefriedhof

Es wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet, um die von der nationalsozialistischen Justiz 1944 hingerichteten Widerstandskämpfer zu bestatten. Außerdem befinden sich unter den 15 Gräbern auch das des im Konzentrationslager umgekommenen ehemaligen Volkswachtredakteurs Max Sachs. Die Grabplatten enthalten die Namen und Lebensdaten der Ermordeten.

(Fotos 1982)





2. Kirchen

St. Jodokuskirche

Der Ministrant Udo Hallau von der Jodokus-Gemeinde wurde von einer HJ-Bande überfallen, verschleppt, mit Gestaop-Methoden verhört und so schwer mißhandelt, daß er an seinen Verletzungen starb. Die Hitlerjungen wollten von ihm belastende Aussagen über die Jugendarbeit der Vikare Doerr und Lippka erpressen.

(Foto um 1960)



Katholisches Vereinshaus

Heeper Straße 2 (heute Winfriedhaus). Im Dezember 1934 fand hier eine Chanuka-Feier der jüdischen Gemeinde statt. Während der auch von Orten außerhalb Bielefelds gut besuchten Veranstaltung brachen SA-Leute und andere Nationalsozialisten ein. Frauen und Kinder mußten den Saal verlassen, die Männer wurden festgenommen und erst am nächsten Tag wieder freigelassen. Der Überfall paßte der Nazi-Führung aber nicht ins Konzept, weil die Erregung in der Bevölkerung allzu groß wurde. Eine Anzahl von SA-Leuten wurde deshalb zur Strafe beurlaubt; das Recht zum Tragen von Uniformen wurde für andere ausgesetzt.

Jakobuskirche

Jakobusstraße. Hier hielt Pfarrer Wilhelm Niemöller Predigten im Geiste der Bekennenden Kirche. Diese Predigten sind teilweise auch im Druck verbreitet worden.

Marienkirche

Jöllenbeck. Hier wurde der Pfarrvikar Schildmann, weil er sich geweigert hatte, den Hitlergruß im Religionsunterricht zuzulassen, von der SA aus

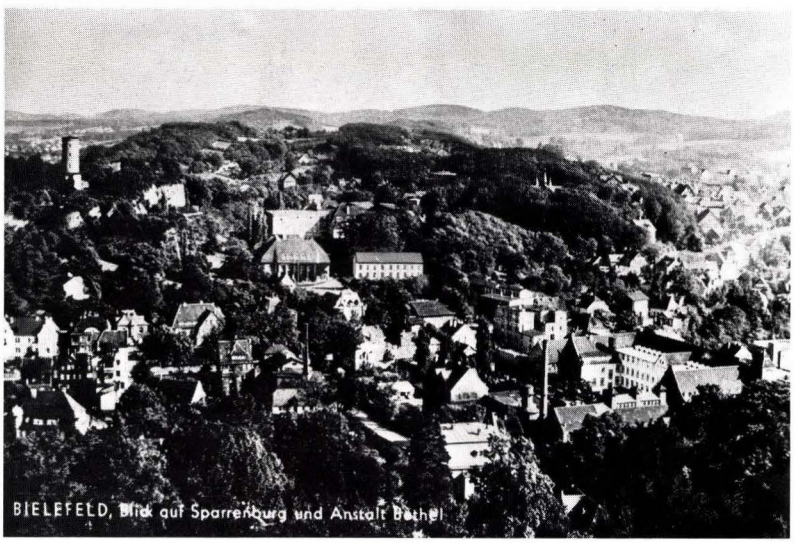
dem Haus geschleppt, verprügelt und in das Bielefelder Polizeigefängnis gebracht. Die empörten Jöllenbecker weigerten sich daher in großer Zahl, zur Olympiade 1936 die Hakenkreuzfahne zu flaggen.

Bartholomäuskirche

Brackwede. 1935 berichtete der Pfarrer Münter in seinen Predigten am Palmsonntag und am Karfreitag von acht Pfarrern, die um ihres Glaubens willen im Gefängnis wären und dort entwürdigend behandelt würden.

Evangelische Kirche Heepen

Im Mai 1935 gab der Pfarrer Kötter in der Kirche die Namen von Pastoren bekannt, die im Konzentrationslager Dachau inhaftiert waren. Zu Pfingsten konnte er der Gemeinde mitteilen, daß diese Pastoren entlassen worden seien.



Anstalt Bethel

Der Leiter der Betheler Anstalten, Pastor von Bodelschwingh, konnte 1940 verhindern, daß die ihm anvertrauten Kranken gemeldet und in den nationalsozialistischen Eutanasieanstalten ermordet wurden.

(Foto nach 1945).

Predigerseminar

Promenade 10, heute Otto-Riethmüller-Haus, ein Wohnheim der Anstalt Bethel. In diesem Haus befand sich das Predigerseminar der Bekennenden Kirche. 1937 wurde es von der Gestapo geschlossen.



3. Rassisch Verfolgte

Synagoge

Turnerstraße 5. Sie ist 1905 unter großer Anteilnahme der Bielefelder Bevölkerung eingeweiht worden. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, der sogenannten »Reichskristallnacht«, wurde die Synagoge von Nationalsozialisten angezündet. Die Feuerwehr hat man erst vier Stunden später gerufen, aber nur, damit sie die umliegenden Gebäude schützte.
Die Synagoge brannte völlig aus.
Wegen Einsturzgefahr wurde die Ruine später abgerissen.
An die Synagoge erinnert ein Schild. Es ist am Platz, auf dem die Synagoge gestanden hat, aufgestellt.

(Fotos vor 1914 und 1978)



Koblenzer Straße 4

heute Artur-Ladebeck-Straße. Das Haus des Arztes Dr. Mosberg war 1939 ein sogenanntes Umschulungszentrum für auswanderungswillige Juden. Es wurde dann eines der »Judenhäuser«, in welche die jüdischen Bewohner Bielefelds zwangsweise umquartiert wurden. Zeitweise haben hier 53 Menschen leben müssen.

Weitere »Judenhäuser«:
Blumenstraße 18
(heute Helmholtzstraße)
Brüderpfad 3
Detmolder Straße 4
Detmolder Straße 84
Falkstraße 17
Humboldtstraße 8
Heimweg 16
Laerstraße 9
Lützowstraße 10
(heute Karl-Eilers-Straße)
Mühlenstraße 7
Oberntorwall 2
Ritterstraße 35
Stapenhorststraße 35
Steinstraße 7
Wertherstraße 6
Wiesenstraße 13
(heute Werner-Bock-Straße)



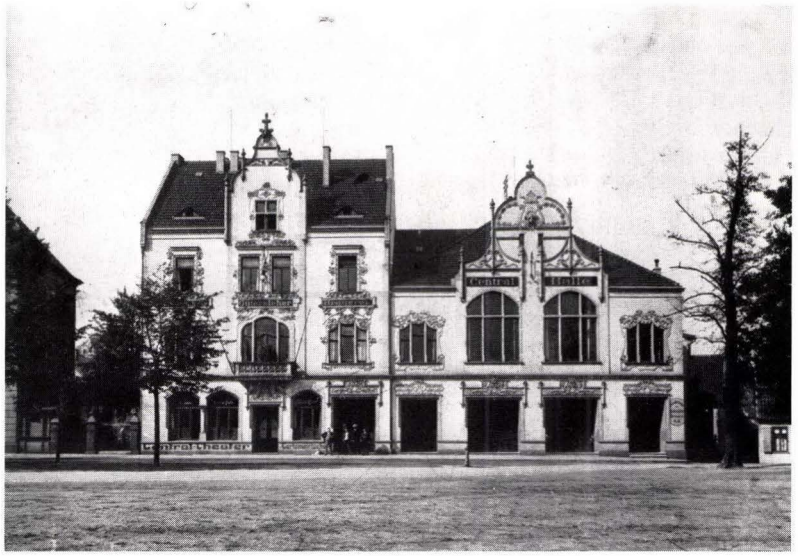
Restaurant Schloßhof

Schloßhofstraße 73 a. 1940 war dieses Haus eine jüdische Einsatzstelle. Der größte Teil der hier zusammengezogenen Juden stammte nicht aus Bielefeld. Die Bewohner mußten Hilfsarbeiten für die Montage von Wehrmachtsfahrrädern verrichten; andere wurden in Tiefbaukolonnen eingesetzt. Am 2. März 1943 war das Lager Sammelstelle für einen Transport nach Auschwitz.

(Foto vor 1914)

Der Kyffhäuser

Restaurant am Kesselbrink an der heutigen Friedrich-Ebert-Straße, früher Reichspoststraße (heute durch Neubauten ersetzt).
Vom Sammellager, das in diesem Restaurant eingerichtet wurde, gingen



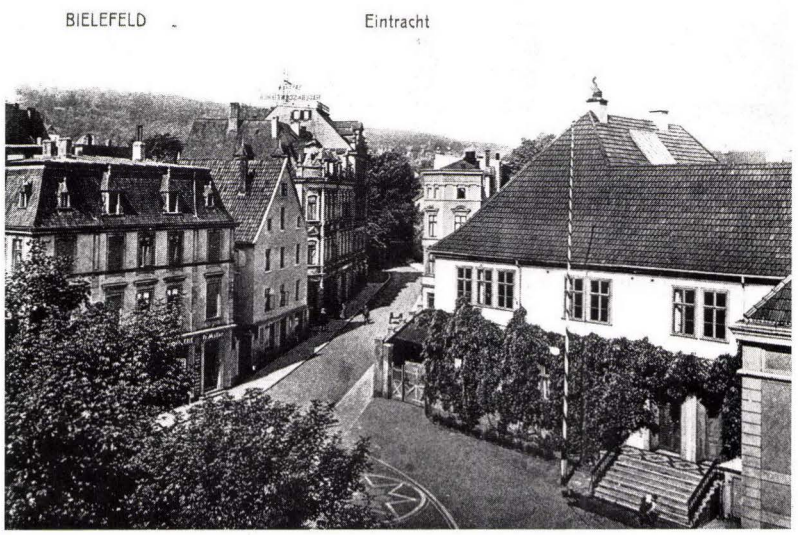
1941 und 1942 größere Judendeportationen aus. Die Kriegschronik im Stadtarchiv enthält eine Serie von Fotos einer Deportation aus dem Jahr 1941.

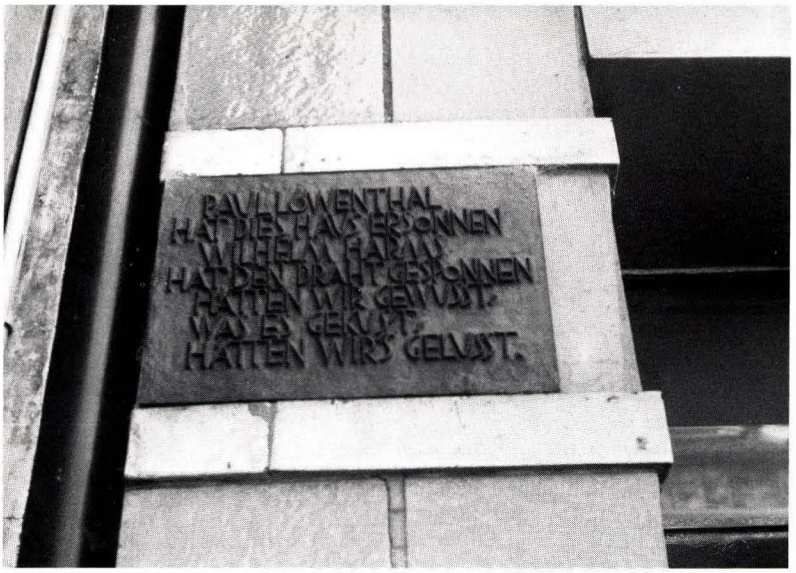
(Foto vor 1918)

Die Eintracht

am Klosterplatz (heute Gesellschaftshaus). Das Gebäude war 1943 und 1944 Sammelplatz für die Deportation von Juden.

(Foto vor 1933)





Hagenbruchstraße 13

Ecke Goldstraße. Die Inschrift erinnert an den Architekten Paul Löwenthal, den Erbauer des Hauses. Er wurde zusammen mit seiner Frau 1941 nach Riga deportiert; dort sind beide ermordet worden. Der Name auf der Tafel wurde in der NS-Zeit abgemeißelt. 1965 ist er wieder ergänzt worden.

(Foto nach 1965)





Stapenhorststraße 35

Ehemals Privathaus der jüdischen Familie Porta. 1939 wurde das Haus jüdisches Altersheim. Seit 1951/63 ist es Betraum bzw. Synagoge der jüdischen Gemeinde. Am Fenster im Treppenhaus befinden sich Glasmalereien mit den Namen der Vernichtungslager.

(Foto um 1960)

Jüdischer Friedhof

zwischen dem Johannisfriedhof und dem Ostwestfalendamm. Der Gedenkstein erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Zahl 388 ist ungenau. Sie enthält auch die Juden, die zwangsweise in die Lager in Bielefeld eingewiesen und später deportiert worden sind, nicht aber diejenigen, die nur zeitweise nach 1933 in der Stadt gewohnt haben und deren späteres Schicksal unbekannt geblieben ist.

(Foto nach 1945)

4. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene

Lager für Ukrainerinnen auf dem Johannisberg

Kirmesplatz Neubethlem. Das Lager ist 1942 für zwangsverschleppte Ukrainerinnen eingerichtet worden. Später wurden auch Polinnen eingewiesen. Die Frauen wohnten in Baracken; zeitweise waren es mehr als 500.
Die meisten Frauen arbeiteten in den Dürkoppwerken.

(Fotos: der Johannisberg 1982; Besuch von Gauleiter Dr. Meyer, 1942).





Weitere Lager für Fremdarbeiter und Kriegsgefangene.
Auf Altbethlem (Johannisberg), in Olderdissen und im Johannistal gab es Lager für französische Kriegsgefangene. Polnische Kriegsgefangene waren in Isselhorst, Ummeln und in Senne I untergebracht. In den Heeper Fichten befand sich ein Lager für russische Zwangsarbeiter, in Brake eines für Ostarbeiterinnen.
Darüber hinaus gab es zahlreiche Lager in und bei den Firmen, die mit Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern den Betrieb aufrechterhielten, u. a. bei Dürkopp, Gundlach, Miele, Phönix, Fricke, Calow, Ruhrstahl, Kammerich, Bielefelder Sackfabrik.



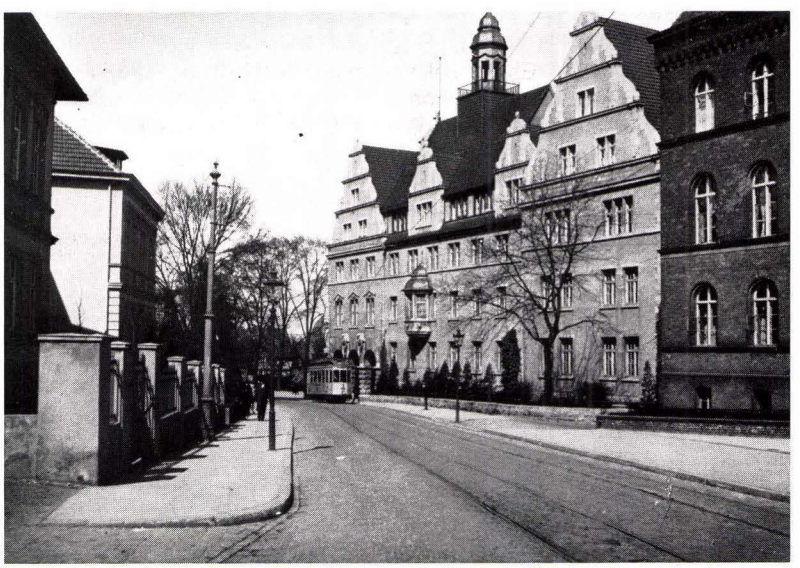
Firmenlager waren auch die Lager Waldesruh und Heideland in Senne I (Dürkopp) und das Lager Lütteholk in der Bahnmeisterei Brackwede. In Gadderbaum bestanden bei Kriegsende wenigstens drei Lager mit rund 200 Arbeitern.
Die in der Landwirtschaft beschäftigten Fremdarbeiter wohnten meist auf den Bauernhöfen.
Bis Kriegsende gab es mehr als 10000 Kriegsgefangene und Fremdarbeiter in Stadt und Landkreis Bielefeld.

(Foto: Lager der Kammerich-Werke, 1942)

5. NS-Institutionen

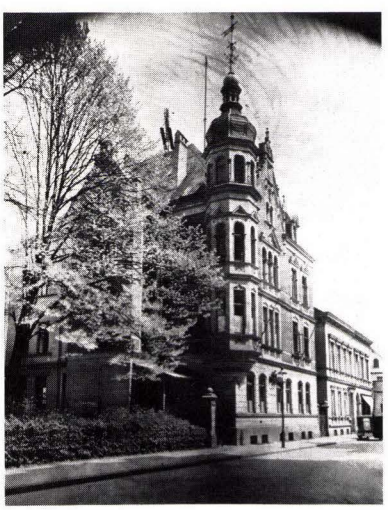
Landgericht

Detmolder Straße/Ecke Niederwall (früher Ulmenwall). Im Landgericht fanden auch die Prozesse des Sondergerichts und des Volksgerichtshofes statt. In diesen Prozessen, meist wegen politischer Straftaten, wur-



den oft hohe Zuchthausstrafen und auch Todesurteile verhängt. Die letzten Prozesse, in denen zusammen 12 Todesurteile durch den Volksgerichtshof gefällt wurden – wegen Abhörens ausländischer Sender, defaitistischer Äußerungen vor Jugendlichen u. a. –, sind im Sommer und Herbst 1944 geführt worden.

(Foto 1928)



Polizeipräsidium

Viktoriastraße 9 (heute Verwaltungsneubau). Hier residierte bis 1936

auch die Geheime Staatspolizei. Verhaftete wurden in das Polizeigefängnis Turnerstraße oder ins Gerichtsgefängnis eingeliefert.

(Foto um 1930)



Siekerwall 9

Seit 1936 Amtssitz der Geheimen Staatspolizei. Das Haus wurde durch Bomben zerstört und ist heute durch einen Neubau ersetzt.
Die Gestapo verlegte ihren Sitz an den Johannisberg, zuletzt in die Waldwirtschaft Waterbör in Senne I.

(Foto: linkes Gebäude mit Erker, 1928)

Polizeigefängnis

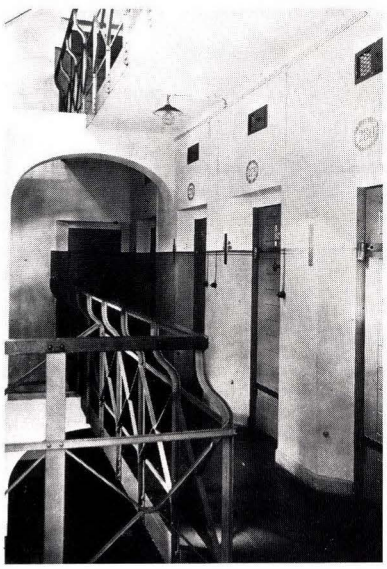
Turnerstraße 4 (heute der Platz des Winfriedhauses). Viele der 1933 und 1934 verhafteten Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung wurden hier inhaftiert. Im Februar 1945 wurde das Gefängnis zerstört. Die Häftlinge verlegte man in die Siekerschule.
Nach privaten Zeugenaussagen hat die Gefängnisleitung Lebensmittelkarten für die Häftlinge selbst verwendet, ebenso zog sie für Inhaftierte bestimmte Päckchen zum eigenen Nutzen ein.

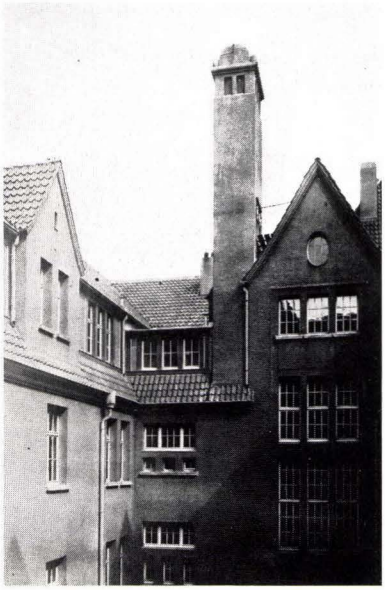
Gerichtsgefängnis

an der Gerichtsstraße. Es enthielt vor dem Umbau in der Nachkriegszeit mehrere Gebäudeteile mit Innenhöfen. Die meisten der nach 1933 Inhaftierten wurden hier festgehalten. Wegen Überfüllung wurden 1933 Häftlinge in das Gerichtsgefängnis Herford, nach Bochum und Münster verlegt.

(Foto aus den 20er Jahren, Innenaufnahme und Innenhof 1918)







Polizeikaserne

in der Hans-Sachs-Straße (früher Kasernen-, dann 55er Straße), zugleich Heeresstandortverwaltung. Hier hatte auch die SA-Hilfspolizei ihren Sitz. Die Kaserne wurde zeitweise als Gefängnis benutzt. 1935 inhaftierte man in der Kaserne die Mitglieder einer kommunistischen Widerstandsgruppe (Bertram, Aude u. a.). Viele von ihnen sind schwer mißhandelt worden. Ein Teil wurde ins Zuchthaus Münster eingewiesen und dann in das Konzentrationslager Börgermoor verlegt. Andere kamen nach Herford, wo sich der Gefängnisdirektor über die Mißhandlungen beschwerte.

(Foto 1932)

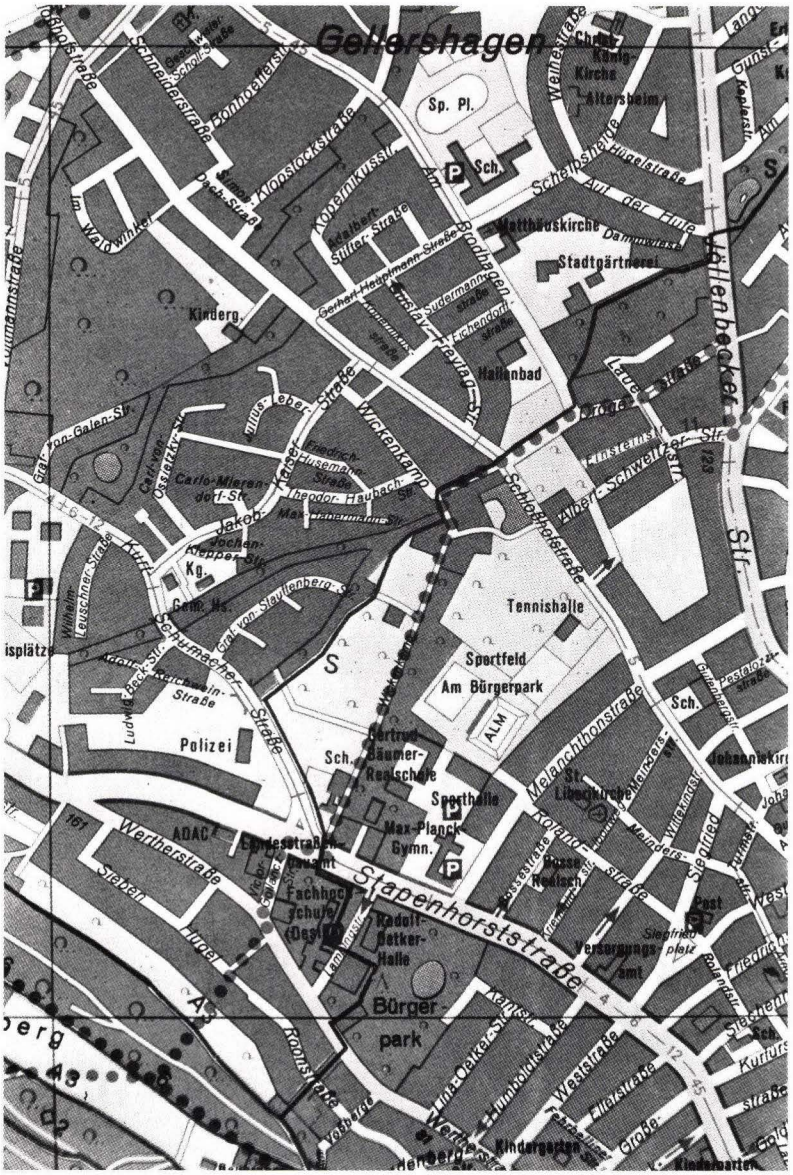


6. Straßen und Plätze

Dieses Verzeichnis ist alphabetisch geordnet. Die meisten Straßen befinden sich im Bültmannshof-Viertel. Sofern die Straßen und Plätze in den äußeren Stadtbezirken liegen, ist dies ausdrücklich vermerkt.

Adolf-Reichwein-Straße

Pädagoge und Schriftsteller, *3. 10. 1898 in Bad Ems, †20. 10. 1944 in Berlin-Plötzensee.
Reichwein kam von der Jugendbewegung zur Sozialdemokratie. Er arbeitete als Volkshochschulleiter, PH-Professor und als Referent im Preußischen Kultusministerium. Nach 1933 wurde er Dorfschullehrer.



Das Stadtviertel am Bültmannshof

Als Freund Mierendorffs war er Mitglied im Kreisauser Kreis. Anfang Juli 1944 wurde er verhaftet und nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler in Plötzensee hingerichtet.
Adolf-Reichwein-Schule
Sennestadt, Uchteweg 26.

Anne-Frank-Straße

Das jüdische Mädchen Anne Frank, *12. 6. 1929, wurde durch sein Tagebuch bekannt. Mit ihrer Familie lebte Anne Frank in einem Hinterhaus in Amsterdam. Nach der Entdeckung des Verstecks durch die

Gestapo kam sie in das Konzentrationslager Bergen-Belsen. Dort ist sie 1945 umgekommen. Von der Familie hat nur der Vater überlebt.
Die Anne-Frank-Straße liegt im Ortsteil Brackwede.

Bonhoefferstraße

1948 umbenannt nach Dietrich Bonhoeffer, *4. 2. 1906 in Breslau, †9. 4. 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg.
Bonhoeffer war evangelischer Pfarrer und Theologe. 1935 übernahm er die Leitung eines illegalen Predigerseminars der Bekennenden Kirche. 1940 verhängte der NS-Staat über ihn Rede- und Schreibverbot. Als Widerstandskämpfer wurde er 1945 hingerichtet.
Die Bonhoefferstraße in Heepen ist 1974 in Ludwig-Steil-Straße, der Bonhoefferweg in Sennestadt in Behringweg umbenannt worden.

Carl-von-Ossietzky-Straße

Führender Publizist der Weimarer Republik, *3. 10. 1889 in Hamburg, †4. 5. 1938 in Berlin.
Ossietzky war Chefredakteur der linken Zeitschrift »Die Weltbühne«. Er entlarvte 1931 die geheime Aufrüstung der Reichswehr. Die Aufdeckung brachte ihn vor Gericht und wurde mit 18 Monaten Gefängnis bestraft. 1933 bis 1936 wurde er in ein Konzentrationslager verbracht. 1935 erhielt er den Friedensnobelpreis. Für die Ablehnung des Preises hätte er sich die Freiheit erkaufen können. Ossietzky starb in einem Berliner Krankenhaus an den Mißhandlungen in der Haft.
Carl-von-Ossietzky-Zentrum
Mühlenstraße 54. Sitz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Friedensgesellschaft (DFG/VK).

Carlo-Mierendorff-Straße

Sozialdemokratischer Politiker und Journalist, *24. 3. 1897 in Großenhain, †4. 12. 1943 in Leipzig bei einem Luftangriff.
Dr. phil.; er gründete in Darmstadt die Zeitschrift »Das Tribunal«. Als jüngster Reichstagsabgeordneter der Weimarer Republik brachte er die sogenannten Boxheimer Dokumente (Umsturzpläne der NSDAP) an die Öffentlichkeit. 1933 bis 1938 wurde er in ein Konzentrationslager verbracht. Danach wurde er Mitglied im Kreisauser Kreis des Grafen Helmuth James von Moltke, einer christlich geprägten Widerstandsgruppe.
Die Carlo-Mierendorff-Straße in Heepen wurde 1974 in Rombergstraße umbenannt.

Ehrenbergplatz

Der Platz trägt den Namen von Hans Ehrenberg, *4. 6. 1883 in Hamburg-Altona, †1. 4. 1958 in Heidelberg.
Ehrenberg war Philosoph und Theologe. Von 1925 bis 1937 hatte er ein Pfarramt in Bochum inne. 1937 wurde er, der gebürtige Jude und entschiedene Vertreter der Bekennenden Kirche, amtsenthoben. 1938 brachte man ihn in das Konzentrationslager Sachsenhausen. 1939 wurde er ökumenischer Berater des Erzbischofs von Canterbury. 1946 bis 1956 war Ehrenberg in Bielefeld landeskirchlicher Pfarrer für volksmissionarische Aufgaben.

Der Ehrenbergplatz liegt im Ortsteil Sennestadt.
Hans-Ehrenberg-Gymnasium
am Ehrenbergplatz, eine Schule der Evangelischen Landeskirche.

Fechenbachstraße

Die Straße trägt den Namen von Felix Fechenbach, *28. 1. 1894 in Bad Mergentheim. †7. 8. 1933 im Kleinenberger Wald bei Scherfede.
Fechenbach war Redakteur und Politiker. 1918/19 wurde der gebürtige Jude Sekretär von Kurt Eisner, dem Bayerischen Ministerpräsidenten. Wegen einer Telegrammveröffentlichung wurde er in einem Landesverratsprozeß zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt, aber schon 1924 freigelassen. 1926 wurde das Urteil als Fehlurteil vom Reichsgericht aufgehoben. Seit 1929 redigierte er das »Volksblatt« in Detmold (SPD). 1933 verhaftet, wurde Fechenbach während des Transports nach Dachau »auf der Flucht erschossen«.
Die Straße liegt im Ortsteil Jöllenbeck.

Friedrich-Husemann-Straße

Bergarbeiterführer, *19. 9. 1873 Leopoldsthal (Lippe), †15. 4. 1935 im Konzentrationslager Papenburg/Esterwegen.
Husemann war gelernter Maurer und Steinmetz. In Bielefeld bekam er 1891/92 ersten Kontakt mit der Arbeiterbewegung; er wurde Vertrauensmann im Fachverband der Maurer und Mitglied im Sozialdemokratischen Verein. Dann wurde er Bergmann im Ruhrgebiet. Mitglied des Reichstages und des Preußischen Landtages, schließlich erster Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes und Vizepräsident der Bergarbeiter-Internationale. Seit 1933 verhaftet und im Konzentrationslager Esterwegen »auf der Flucht erschossen«.

Geschwister-Scholl-Straße

Hans Scholl, *22. 9. 1918, und Sophie Scholl, *9. 5. 1921.
Hans Scholl war Medizinstudent; seine Schwester Sophie nahm nach einer Ausbildung als Kindergärtnerin 1942 das Studium der Philosophie und Biologie auf. Beide gehörten zur Widerstandsgruppe »Weiße Rose«. Mit Flugblättern rief diese Gruppe zu Aktionen gegen Hitler und den Krieg auf. Durch Verrat wurden beide beim Verteilen von Flugblättern verhaftet. Sie sind am 22. Februar 1943 hingerichtet worden.
Die Geschwister-Scholl-Straße in Jöllenbeck wurde 1974 in Delphinstraße, die gleichnamige Straße in Theesen in Gaudigstraße umbenannt.

Goerdelerstraße

Der Name der Straße erinnert an Carl Goerdeler, einen der führenden Männer des deutschen Widerstands, *31. 7. 1884 in Schneidemühl, †2. 2. 1945 in Berlin-Plötzensee.
Goerdeler war Jurist und Kommunalpolitiker, u. a. in Solingen und Königsberg, zuletzt Oberbürgermeister von Leipzig. Aus Protest gegen die Beseitigung des Mendelssohn-Denkmals in Leipzig trat er von seinem Posten zurück. Er verfaßte zahlreiche Denkschriften gegen Hitler. Totz seiner engen Verbindungen zum Kern der Widerstandsgruppe des

20. Juli lehnte er das geplante Attentat ab. Goerdeler wurde verhaftet und in Plötzensee hingerichtet.
Die Goerdelerstraße liegt im Ortsteil Brackwede. Gleichnamige Straßen in Heepen und Jöllenbeck wurden 1974 in Fontanestraße bzw. Wegastraße umbenannt.

Graf-von-Galen-Straße

Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster, *16. 3. 1878 in Dinklage, †22. 3. 1946 in Münster.
Galen ist durch seine mutigen Predigten in der Münsteraner Lambertikirche gegen das Unrecht des NS-Staates bekannt geworden. U. a. wandte er sich gegen die Rassenlehre und gegen das Euthanasieprogramm.
Die Graf-von-Galen-Straße in Heepen ist 1974 in Wollinstraße umbenannt worden.

Graf-von-Stauffenberg-Straße

benannt nach dem Generalstabsoffizier Claus Graf Schenk von Stauffenberg, *15. 11. 1907 in Jettingen, †20. 7. 1944 in Berlin.
Er gehörte dem militärischen Widerstand gegen Hitler an. Seit 1943 verfolgte er das Ziel, Hitler durch ein Attentat zu beseitigen, und arbeitete den Putsch- und Attentatsplan für den 20. Juli 1944 aus. Die von ihm im Führerhauptquartier in der Wolfsschanze bei Rastenburg/Ostpreußen niedergelegte Bombe tötete Hitler jedoch nicht. Noch am Tage des Attentats wurde Stauffenberg standrechtlich erschossen.
Die von-Stauffenberg-Straße in Brackwede wurde 1974 in Kasseler Straße, die gleichnamige Straße in Jöllenbeck in Wassermannstraße umbenannt.

Jakob-Kaiser-Straße

christlicher Gewerkschaftsführer, Zentrums- bzw. CDU-Politiker, *8. 2. 1888 in Hammelburg, †7. 5. 1961 in Berlin-Dahlem.
Kaiser arbeitete während der NS-Zeit im Untergrund für eine Einheitsgewerkschaft und eine nichtmarxistische linke Volkspartei. Zusammen mit Wilhelm Leuschner knüpfte er Verbindungen zu Carl Goerdeler. Nach dem 20. Juli 1944 hielt sich Kaiser bis Kriegsende in einem Keller versteckt. Mitbegründer der CDU.

Jochen-Klepper-Straße

Schriftsteller, *22. 3. 1903 in Beuthen, †11. 12. 1942 in Berlin-Nikolassee. Bekannt wurde Klepper durch geistliche Lyrik, dann vor allem durch den Geschichtsroman »Der Vater«. Weil er eine jüdische Ehefrau und zwei jüdische Stieftöchter hatte, verlor der studierte Theologe seine Stellung beim Rundfunk, später auch beim Ullsteinverlag. Angesichts der bevorstehenden Deportation von Frau und Tochter wählte er zusammen mit ihnen 1942 den Freitod.

Julius-Leber-Straße

Sozialdemokratischer Redakteur und Politiker, *16. 11. 1891 in Biesigheim/Elsaß, †5. 1. 1945 in Berlin.

Leber war als Offizier an der Niederwerfung des Kapp-Putsches beteiligt. Seit 1921 führte er die Lübecker Sozialdemokratie. Mitglied des Reichstages 1924–1933. Von 1933 bis 1937 wurde er in ein Konzentrationslager verbracht. Nach der Entlassung nahm er Verbindung zu Widerstandsgruppen auf. Kurz vor dem 20. Juli 1944, an dessen Vorbereitung er mitwirkte, wurde er verhaftet. Im Januar 1945 ist er in Berlin hingerichtet worden.
Die Julius-Leber-Straße in Brackwede wurde 1974 in Versmolder Straße umbenannt.

Kurt-Schumacher-Straße

Sozialdemokratischer Politiker, *13. 10. 1895 in Kulm (Westpreußen), †20. 10. 1952 in Bonn.
Schumacher war zunächst Redakteur, dann Mitglied des Landtags in Württemberg, 1930–1933 Mitglied des Reichstages. 1933 bis 1945 war er fast ununterbrochen in Konzentrationslagern inhaftiert. Nach dem Krieg übernahm er den Vorsitz der SPD.

Ludwig-Beck-Straße

1965 nach dem Generalobersten Ludwig Beck benannt, *29. 6. 1890 in Biebrich, †20. 7. 1944 in Berlin.
Beck war vor 1933 General der Reichswehr. 1935 wurde er Chef des Generalstabes des Heeres und General der Artillerie. 1938 trat er von seinen Ämtern zurück, nachdem er den Abwehrkampf gegen Hitlers Kriegspläne als gescheitert ansehen mußte. Als führendes Mitglied der Widerstandsbewegung nahm er sich am 20. Juli 1944 nach dem Fehlschlag des Attentats auf Hitler das Leben.
Die Ludwig-Beck-Straße in Heepen wurde nach der Eingemeindung 1974 in Wedepohlstraße umbenannt.

Ludwig-Steil-Straße

Evangelischer Theologe, *29. 10. 1900 in Tannenhof/Lüttringhausen, †17. 1. 1945 im Konzentrationslager Dachau.
Steil war seit 1929 Pfarrer in Holsterhausen bei Wanne-Eickel. Er trat der Bekennenden Kirche bei und wurde eines der führenden Mitglieder. Auf Grund seiner Predigten verbrachte man ihn 1944 in das Konzentrationslager Dachau, wo er 1945 umkam.
Die Straße liegte in Heepen. Sie trägt seit 1974 diesen Namen (vorher Bonhoefferstraße).
Ludwig-Steil-Haus
der evangelischen Markus-Gemeinde, An der Kleinen Howe.

Max-Habermann-Straße

Habermann war ein christlich-nationaler Gewerkschaftsführer, *21. 3. 1885 in Altona, †30. 10. 1944 in Gifhorn.
Er wirkte als Funktionär im Deutschen Handlungsgehilfenverband und wurde 1928 Präsident des Internationalen Bundes Christlicher Angestelltengewerkschaften. Seit 1934/35 war er am Aufbau einer illegalen deutschen Einheitsgewerkschaft beteiligt. U. a. arbeitete er mit Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner zusammen. Er hatte auch enge Kontakte

zu Goerdeler und Beck. Nach dem Attentat vom 20. Juli tauchte Habermann unter, wurde dann aber doch verhaftet. In Gestapohaft nahm er sich das Leben.

Theodor-Haubach-Straße

Haubach war sozialdemokratischer Redakteur, *15. 9. 1896 in Frankfurt am Main, †23. 1. 1945 in Berlin-Plötzensee.
Er gehörte zum Führungsgremium des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Unter Severing war er Pressechef im Preußischen Innenministerium. 1933, 1934 bis 1936 und 1939 war er in Konzentrationslagern inhaftiert. Er arbeitete mit Julius Leber zusammen und war Kontaktmann zwischen Widerstandsgruppen der Wehrmacht und dem Kreisauer Kreis. Im Gefolge des 20. Juli 1944 ist Haubach verhaftet und anschließend in Plötzensee hingerichtet worden.

Werner-Bock-Straße

Gewerkschafter, *3. 1. 1898 in Gera, †3. 8. 1964 in Düsseldorf.
Bock war Vorsitzender des Bielefelder Textilarbeiterverbandes. Er wurde nach 1933 verhaftet und politisch verfolgt.
Die frühere Wiesenstraße wurde auf Grund eines Ratsbeschlusses vom 20. 6. 1974 umbenannt.

Wertheimerstraße
Als einzige Straße ist die Wertheimerstraße nach einer jüdischen Bielefelder Familie benannt, den Begründern und Inhabern der Ravensberger Seidenweberei in Bielefeld und Jöllenbeck. Die Jöllenbecker Chronik vermerkt die besonderen sozialen Leistungen für Betriebsangehörige, zumal im 1. Weltkrieg. 1842 zog der Vater des Firmengründers, Marcus Wertheimer, in Bielefeld zu. Einer der beiden Enkel, der Mitinhaber der Firma, Eduard Wertheimer, beging 1942 Selbstmord, um der Deportation zu entgehen.
Die Straße liegt im Ortsteil Jöllenbeck.

Wilhelm-Leuschner-Straße

Sozialdemokratischer Politiker und Gewerkschaftsführer, *15. 6. 1890 in Bayreuth, †29. 9. 1944 in Berlin-Plötzensee.
1928 bis 1932 war Leuschner Hessischer Innenminister, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er wurde in das Konzentrationslager Börgermoor verbracht. Nach der Entlassung arbeitete er im Widerstand. Im Gefolge des 20. Juli 1944 wurde Leuschner verhaftet und in Plötzensee hingerichtet.